

**23. Sitzung**

**Donnerstag, den 24. März 1988**

**Mainz, Deutschhaus**

**Landeshaushaltsgesetz 1988/1989 (LHG 1988/1989)**

1452

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

- Drucksache 11/670 -

**Zweite Beratung**

**dazu:**

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 1987 bis 1991**

**Unterrichtung durch die Landesregierung**

- Drucksache 11/671 -

**Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**

- Drucksache 11/950 -

**Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses**

- Drucksache 11/951 -

**Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

- Drucksache 11/977 -

**Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**

- Drucksache 11/1001 -

**Entschließungsanträge der Fraktion der SPD**

- Drucksachen 11/978 bis 11/1000 -

**Entschließungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN**

- Drucksachen 11/1003 bis 1008 -

**Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU und F.D.P.**

- Drucksachen 11/1016 bis 1023, 11/1031 und 11/1032 -

**Landesgesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes,  
des Kindergartengesetzes und des Privatschulgesetzes**

**Gesetzentwurf der Landesregierung**

- Drucksache 11/731 -

**Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**

- Drucksache 11/961 -

**Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**

- Drucksache 11/1009 -

*Die Drucksachen 11/670/671/950/951/977/1001/978 bis 1000,  
1003 bis 1008/1016 bis 1023, 11/1031 und 11/1032 und die  
Drucksachen 11/731/961/1009 werden gemeinsam aufgerufen  
und beraten.*

**Fortsetzung der Beratungen vom 23. März 1988**

***Es wurden beraten:***

<b><i>Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr -</i></b>	<b>1452</b>
<b><i>Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten -</i></b>	<b>1492</b>
<b><i>Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Sport -</i></b>	<b>1528</b>
<b><i>Einzelplan 14 - Ministerium für Umwelt und Gesundheit -</i></b>	<b>1565</b>

## Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel; die Staatsminister Brüderle, Caesar, Geil, Dr. Gölter,  
Frau Dr. Hansen, Martin, Dr. Wagner, Wilhelm, Ziegler; Staatssekretär Schleyer

## Rednerverzeichnis:

Präsident Dr. Volkert	1452, 1456, 1461, 1468, 1470, 1471, 1464, 1473, 1481 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1491, 1572, 1578, 1580 1583, 1584, 1587, 1589. 1590, 1591, 1593, 1595, 1602 1603
Vizepräsident Reitzel	1474, 1477, 1492, 1498, 1502, 1506, 1507, 1508, 1509
Vizepräsident Heinz	1557, 1565, 1569
Vizepräsidentin Büttner	1512, 1514, 1515, 1516, 1517, 1520, 1521, 1522, 1523 1525, 1527, 1528, 1529, 1530, 1533, 1534
Vizepräsident Prof. Dr. Preuss	1496, 1534, 1538, 1542, 1546, 1549, 1552, 1555, 1556
Bauckhage (F.D.P.)	1477, 1593
Beck (SPD)	1515, 1525
Bischel (CDU)	1552
Bojak (SPD)	1527
Brinkmann (SPD)	1587
Bruch (SPD)	1546
Dieckvoß (F.D.P.)	1538
Dörr, Dr. (DIE GRÜNEN)	1578
Eich (SPD)	1485, 1523
Eymael (F.D.P.)	1498, 1549
Härtel (SPD)	1471
Heck (CDU)	1534
Heinz (F.D.P.)	1461
Hörner (CDU)	1508
Jürging (SPD)	1506, 1517
Keller (CDU)	1507
Kneib (CDU)	1496
Körper (SPD)	1528
Konrad (F.D.P.)	1512
Kramer (CDU)	1602
Kroh (CDU)	1590
Langen, Dr. (CDU)	1473
Lautenbach (CDU)	1482
Nagel (SPD)	1565
Reisinger, Prof. (F.D.P.)	1572, 1583
Rotter, Prof. Dr. (DIE GRÜNEN)	1542
Scharping (SPD)	1486
Schmalz (CDU)	1456, 1484
Schmidt, Dr. (SPD)	1591
Schmidt, Willi (SPD)	1492, 1514, 1523
Schmitt, Dieter (CDU)	1506, 1516
Schmitt, Helma (CDU)	1509
Schuler (CDU)	1569
Schwarz (SPD)	1452
Seibel (DIE GRÜNEN)	1464, 1483
Sondermann (SPD)	1481
Steffny (DIE GRÜNEN)	1502, 1556
Geil, Minister des Innern und für Sport	1557
Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr	1484
Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit	1595
Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten	1520

**23. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 24. März 1988**

Die Sitzung wird um 9.05 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

**Präsident Dr. Volkert:**

Ich eröffne die 23. Plenarsitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz. Zu Schriftführern für die Sitzung bis 12.00 Uhr berufe ich die Kollegen Böhr und Bernd Lang. Ich bitte Herrn Kollegen Böhr, die Rednerliste zu führen.

An dieser Stelle darf ich ankündigen, daß wir die Vormittagsitzung bis gegen 12.30 Uhr durchführen werden, da eine Reihe von Kollegen in der Mittagspause vom Herrn Ministerpräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wird.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klasse bilingue quatrième b des Collège Marcel Pardé aus Dijon.

(Beifall im Hause)

Wir fahren in der Beratung des Landeshaushaltsgesetzes fort. Gestern haben wir die Einzelpläne 02, 09, 05, 01 und 10 beraten.

Ich rufe den **Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr** - auf.

Das Wort hat Herr Kollege Schwarz.

**Abg. Schwarz, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - kommt für die nächsten zwei Jahre ein besonderer Stellenwert zu.

(Dr. Langen, CDU: Richtig!)

Wer gestern die Debatte verfolgt hat, mußte feststellen, daß sich gerade der Schwerpunkt der Debatte auf die Bereiche Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Technologie und Zukunftschancen des Landes Rheinland-Pfalz konzentrierte.

Wir alle waren sehr gespannt auf den ersten Haushaltsentwurf, den Sie, Herr Minister Brüderle, diesem Parlament vorlegen wollten.

(Staatsminister Brüderle: Die Landesregierung!)

Gestern wurde von meiner Fraktion, besonders von den Kollegen Scharping und Beck, darauf hingewiesen, daß das, was Sie uns als Etat vorgelegt haben, im Grunde genommen keine Änderungen zu dem aufweist, was in der Vergangen-

heit von Ihnen so kritisiert wurde. Wir stimmen mit dem überein, was Sie am 29. April 1987, also vor der Wahl im vergangenen Jahr, gesagt haben. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, die Bedingungen so zukunftsfähig zu gestalten, daß in stärkerem Maße als bisher Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Beifall der SPD)

Nach den Aussagen, die Sie gemacht haben, bevor Sie Wirtschaftsminister wurden, hatten wir von Ihnen einen konkreteren, gezielteren und effektiveren Ansatz erwartet. Den vorhandenen und sich abzeichnenden negativen wirtschaftlichen Entwicklungen wird mit diesem Plan nicht erfolgreich begegnet werden können.

(Beifall der SPD -

Dr. Langen, CDU: Was meinen Sie konkret, Herr Kollege?)

- Herr Dr. Langen, nicht einmal meine bescheidenen Erwartungen wurden bei diesem Einzelplan erfüllt.

(Beifall bei der SPD -

Dr. Langen, CDU: Ja, Sie sind bescheiden!  
Das ist richtig!)

Die Investitionen sind rückläufig. Arbeitsmarktprogramme sind nur in kaum nennenswerten Ansätzen vorhanden. Regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik läßt sich nur einzeln ausmachen.

Die massiven Konflikte in den Problemregionen Pirmasens/ Zweibrücken, Trier, Eifel, Hunsrück und auch in weiten Teilen des Westerwaldes sind offengeblieben. Neue Konflikte und neue Probleme zeichnen sich ab, zum Beispiel beim Stahl, in der Bauindustrie, aber auch im Zusammenhang mit der von der Automobilindustrie mehr und mehr vorgenommenen Konzentration und damit einem Druck auf Klein- und Mittelbetriebe

Herr Minister Brüderle, Sie haben mit Ihrem Einzelplan 08 mit Ausnahme der technologischen Verbesserung in Ihrem eigenen Hause wenig Vorstellungen zur Bewältigung dieser Probleme vorgelegt.

(Dr. Langen, CDU: Da sieht man mal, wie gut die CDU-Politik früher war!)

Durch die die Regierung tragenden Fraktionen von CDU und F.D.P. wurden zwar Veränderungen vorgenommen, wenn man sie sich aber genau ansieht, erfolgte das im Grunde genommen nur, um den Ansprüchen einzelner Abgeordneter gerecht zu werden, sie zu befriedigen.

(Beifall bei der SPD -

Dr. Langen, CDU: Was? So springen Sie mit der Schuhindustrie um?)

- Wissen Sie, Herr Dr. Langen, Lösungsvorschläge zur Beilegung der Probleme in strukturschwachen Gebieten bleiben weiterhin unklar, wie seinerzeit bei Ihnen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird nicht erfolgen.

(Schmalz, CDU: Was ist das? -  
Bauckhage, F.D.P.: Wie sieht die aus?)

Herr Minister Brüderle, Sie haben in der letzten Plenarsitzung ausgeführt, Sie hätten gern mehr machen wollen, aber der finanzielle Rahmen hätte es nicht erlaubt. Sie selbst haben sich diesen engen und festen Rahmen geschaffen. Sie selbst haben den Spielraum eingeengt, den Sie benötigen, um aktive Wirtschaftspolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie treten forciert für das ein, was in Ihren Kreisen Steuerreform genannt wird. Draußen nennt man das Steuer-schenkung an die Reichen.

(Beifall bei der SPD -  
Widerspruch von der CDU -  
Beck, SPD: Die Leute haben ein gesundes Gespür!)

Herr Minister Brüderle, Sie sind sogar bereit, sich weiter eines Spielraumes zu begeben, indem Sie aufbauend auf einem kurzfristigen Erfolg bereit sind, lukrative, aber auch für die Wirtschaftspolitik dieses Landes wichtige Betriebe und Unternehmen zu privatisieren.

Es gibt in diesem Haushalt viele Ansätze in verschiedenen Bereichen. Diese Ansätze sind vielfach von denen, an die Sie sie eigentlich adressieren wollen, nicht zu erkennen, nämlich die Vielzahl der Programme, Technologie, ländlicher Raum, Mittelstand usw.

Nun müssen wir vernehmen, daß es in Zukunft ein neues Programm „Regionales Förderprogramm“ gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokraten treten dafür ein - das ist im Laufe dieser Debatte bereits mehrfach deutlich geworden -, daß Wirtschaftspolitik besonders dann, wenn sie unter finanziellen Zwängen, also in einem festen Rahmen, eingebunden ist, Prioritäten setzen muß. Es gilt, Schwerpunkte zu setzen, um an die Probleme heranzukommen. Es geht darum, Lösungen anzustreben.

Für uns gilt, daß Wirtschaftspolitik den in der Landesverfassung festgeschriebenen sozialen, regionalen und industriepolitischen Verpflichtungen gerecht wird.

(Dr. Langen, CDU: Aha!)

Wir treten dafür ein, daß entsprechend einer festgesetzten Prioritätenliste in den Problemregionen angesetzt werden muß. Nur wenn es gelingt, Mittel und Ideen zu konzen-

trieren, wird dies nach unserem Verständnis in den Problemregionen des Landes einen Innovationsschub anregen.

(Beifall bei der SPD)

Voraussetzung für die Beschäftigungswirksamkeit ist aber der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur. Hier meinen wir nicht nur allein die Verkehrswegeinfrastruktur. Hier geht es auch um die Verbesserung der Umweltsituation, um die Attraktivität der Standorte zu erhöhen und die natürliche Grundlage für eine weitere industrielle Produktion zu sichern.

Bei Ausbildung und Arbeitsplätzen ist das Land gefordert, beispielsweise durch die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften. Es gilt, langfristig ein Konzept fortzuführen und zu ergänzen. Hierzu gehört auch die Förderung kommunaler Beschäftigungsinitiativen

(Beifall bei der SPD)

und die Schaffung von Kooperationsmodellen bei finanzieller Beteiligung von Bund, Land, Arbeitsverwaltung und Kommunen. Es geht um eine intensivere Umschulung und Qualifizierung, eine Stärkung der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen, und dies in besonderer Weise für den Bereich der modernen Technologien mit dem Schwerpunkt computergestützter Planungs- und Fertigungsverfahren vor allem für Mädchen und Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt von erheblicher arbeitsmarktpolitischer Bedeutung ist der Bereich der Dorferneuerung. Es müßten gezielt und in besonderer Weise Finanzmittel für strukturschwache Gebiete bereitgestellt werden. Diese Mittel würden in erheblichem Maß zu zusätzlicher Beschäftigung besonders bei kleinen und mittleren Betrieben im Bereich des Handwerks genutzt werden. Das Land kann in diesem Bereich Vorreiterfunktionen übernehmen. Die leeren Kassen sollten nicht zu leeren Köpfen und damit zu Ideenlosigkeit führen.

(Beifall bei der SPD)

Die Ideen sollten sich auch nicht allein darauf richten, wie man vornehmlich in die Kassen anderer aufgenommen wird und dabei die schon Not leidenden Kommunen noch ärmer macht. Viele der Gemeinden sind nicht in der Lage, die notwendige Renovierung und Modernisierung an öffentlichen Gebäuden durchführen zu lassen. Daran kann auch die Kreditmittelerleichterung der Kreditanstalt für Wiederaufbau nichts ändern.

Für uns Sozialdemokraten ist es ein besonderes Anliegen, Chancen und Möglichkeiten zu nutzen, um den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt im besonderen, wenn es darum geht, geplante Standortaufgaben und Verlagerungen von öffentlichen Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen zu verhindern. Beim Abbau von Arbeitsplätzen in diesem Bereich habe ich oft den Eindruck, daß Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., der anderen Seite auch noch die Argumente und die Stichworte für den Abbau dieser Arbeitsplätze liefern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es aber stimmt, was Sie in diesem Parlament immer wieder beteuern, daß Sie dafür eintreten, Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu erhalten, dann sollten wir versuchen, dies draußen auch gemeinsam umzusetzen. Dies würde auch Vertrauen in die Wirtschaft und die Standorte stärken. Sollte uns dies nicht gelingen, werden die Verwaltungen und die Unternehmen im Zusammenhang mit den neuen Kommunikationstechniken alle Chancen nutzen, nicht, was eigentlich technisch möglich wäre, dezentral ihre Standorte zu forcieren, sondern mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu vernichten, zu zentralisieren.

Ich halte es für unstrittig, daß sowohl Bundespost als auch Bundesbahn in den zurückliegenden Jahren bereits erheblichen infrastrukturellen Flurschaden angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für uns nicht einzusehen, daß bei sinkenden Bevölkerungs- und Beschäftigungszahlen der Landschaftsverbrauch weiterhin ansteigt. Immer noch versuchen Gemeinden und Städte, neue Industrieflächen im Bereich unverbauter Natur auszuweisen. In vielen Bereichen von Rheinland-Pfalz, insbesondere im Westerwald, gibt es brachliegende, zusammenhängende Industrieflächen zwischen einem und 20 Hektar, darunter auch umfangreiche Betriebsanlagen der Deutschen Bundesbahn, die auf Nutzung warten.

Diese ehemals für industrielle Nutzung ausgelegten Flächen müssen reaktiviert werden, das heißt, es muß verhindert werden, daß die Produktionshallen leerstehen, vor sich hingammeln und das Gelände nicht genutzt wird. Hier zeigt sich, daß die öffentliche Hand in der Vergangenheit stets in der Lage war, Flächenansprüche von Betrieben durch Schaffung von Baurecht durch technische Infrastruktur zu befriedigen.

Es macht aber auch deutlich, daß die öffentliche Hand kein bodenrechtliches Instrumentarium hat, um ausgedehnte Flächen wieder einer Nutzung zuzuführen. Diese Industriebrachen - das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt - können nur durch einen Rückkauf durch die öffentliche Hand, durch die Gemeinden und Städte, wieder einer Nutzung zugeführt werden. Den Gemeinden fehlen dann aber die Mittel, um die Brachflächen wieder instandzusetzen und wieder nutzbar zu machen. Mit einem Fonds

für den Ankauf von stillgelegten Produktionsbetrieben könnte einer Vergammelung vorgebeugt und unter Umständen wieder eine schnelle Nutzung erreicht werden. Wir fordern daher die Landesregierung auf, sich bereitzuerklären, eine Liegenschaftspolitik zu betreiben und initiativ zu werden, um im Bereich einer Gewerbeflächenstrategie den Kommunen eine entsprechende Möglichkeit einzuräumen.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber diese Gewerbeflächenbereitstellung erfordert natürlich intelligente Wirtschaftsförderungsaktivitäten, damit Maßnahmen im Rahmen eines Landesförderungsprogrammes für Gebiete mit vorhandenen und sich verschärfenden Arbeitsmarktstrukturproblemen davon profitieren.

Wir halten es eigentlich für untauglich, wenn man Mittel zur Erschließung und Nutzbarmachung von brachliegenden Gewerbegebieten im Investitionsstock ausweist. Diese Mittel gehören in den Bereich des Wirtschaftsetats. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieser Titel durch den kommunalen Finanzausgleich finanziert werden soll.

Ich persönlich kann mir das nur so erklären, daß dieser Topf als Geschenkschattulle genutzt werden soll, um dem einzelnen Abgeordneten Hilfestellung zu gewähren, diese Hilfestellung aber dem Einfluß des Wirtschaftsministers entzogen sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Für uns hat die Beseitigung der Schwierigkeiten, der Probleme und Konflikte der rheinland-pfälzischen Schuhindustrie im Bereich Pirmasens/Zweibrücken einen besonderen Stellenwert. Hier gilt es, Mittel zu konzentrieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der Schuhindustrie in Zukunft ermöglichen, auf dem Weltmarkt und auf dem europäischen Markt konkurrenzfähige Schuhe anzubieten. Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit der Anhörung in Pirmasens und auch im Zusammenhang mit der Anhörung im Ausschuß zur Regional- und Strukturpolitik gemacht wurden, zu nutzen und bitten Sie, Herr Brüderle, dieser Region die Möglichkeit zu geben, das zu praktizieren, was die Fachleute gefordert haben, nämlich Regionalpolitik von unten zu machen.

Zur Stärkung von Investitionen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, und zur Verbesserung der Umwelt und der Energiesituation ist es dringend erforderlich, zusätzliche Mittel für umweltfreundliche Heiztechnologien und Energiesparmaßnahmen einzusetzen. Für die heute überschaubare Zukunft und für eine sichere Zukunft der Energieversorgung hat die heimische Kohle Vorrang. Voraussetzung dafür ist, daß Verarbeitung und Verwendung der Kohle umweltfreundlich erfolgen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, zur Schadstoffverringerung und Immis-

sionsminderung bei der Kohlenutzung zur Förderung neuer Technologien in der Kohleverfeuerung Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben für den Kohleeinsatz im Wärmemarkt und zur Kohleveredelung zu schaffen. Es gilt, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Einführung und Durchsetzung bereits ausgereifter Techniken zu unterstützen.

Die Förderung rationeller Strom- und Wärmeerzeugung in dezentralen Anlagen mit Wärmekraftkopplung, Ausbau der Netze für Nah- und Fernwärme, verbesserte Nutzung industrieller Abwärme, Investitionshilfen für Solaranlagen, Wasser- und Windkraftanlagen, Wärmepumpenanlagen, Verbrennungsmotorenantrieb sowie Anlagen zur Rückgewinnung und Energiegewinnung aus Bio- und Deponiegas und Klärgas sind ein weiteres Anliegen. Es gilt, daß wir uns verstärkt dafür einsetzen, daß in Rheinland-Pfalz ansässige Forschungseinrichtungen ihre Forschungs- und Entwicklungskapazitäten stärker als bisher zur rationellen Energieanwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen einsetzen.

Die Forschungsanstrengungen sind langfristig vor allem auf die solare Wasserstofftechnik mit Sonnenenergie als Energiequelle, Photovoltaik und Wasserstoff als Energieträger zu konzentrieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß alle kommunalpolitischen Aktivitäten gefördert werden.

(Dr. Langen, CDU: Alle?)

Die Kommunen sind als Energienachfrager, aber auch als Energieanbieter bei der Umsetzung einer Politik der rationellen Energienutzung im besonderen gefordert.

Energiesparmaßnahmen sinnvoll umzusetzen, heißt auch, Energieberatung zu verbessern. Häufig sind es unzureichende energietechnische und energiewirtschaftliche Kenntnisse bei den Energieendverbrauchern, die eine rationelle Energienutzung verhindern. Auch eine Energieagentur könnte einen wichtigen Beitrag leisten.

Für uns ist die Umsetzung technologischer Entwicklungen am Produkt und in der Dienstleistung eine Daueraufgabe für die Wirtschaft. Die Politik ist dazu verpflichtet, hierfür Grundlagen zu sichern, aber auch Nebenwirkungen und Folgekosten zu berücksichtigen, um Grenzen zu setzen.

Auch in Rheinland-Pfalz zeichnet sich ein tiefgreifender Strukturwandel ab, der durch die breite und rasche Anwendung neuer Technologien wie Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechniken weiter beschleunigt wird. Es ist daher unverzichtbar, daß dieser Strukturwandel eng mit den Notwendigkeiten eines verstärkten Umweltschutzes, aber auch mit der Sozialverträglichkeit moderner Technologien verknüpft wird. Die besondere Betonung zur Sozialverträglichkeit der Technikentwicklung hat deshalb für uns einen außerordentlichen Stellenwert,

weil eine Modernisierung im Lande nur auf der Basis der Kooperation aller Beteiligten im Rahmen eines konstruktiven Dialogs erreicht werden kann.

Es ist einfach ein verbreiteter Irrtum zu glauben, nur die Unternehmer müßten der Vielfalt der modernen technischen Herausforderung gerecht werden. Selbstverständlich brauchen wir zukunftsorientierte und risikofreudige Unternehmer. Wir brauchen aber ebenso handlungsfähige Gewerkschaften und qualifiziert ausgebildete Arbeitnehmer, die den technischen Wandel mitbestimmen und mitgestalten. Daher sind zwei Punkte für uns wichtig.

1. Die Ausbildung, die Weiterbildung und die Qualifizierung müssen in berufsbildenden Schulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten zur Anpassung an neue Technologien besonders forciert werden. Zur Bewältigung der Anpassung an neue Technologien im Sinne einer sich erneuernden Volkswirtschaft ist es vorrangige Aufgabe des Staates, hier zu qualifizieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

2. Zur Technologieberatung gibt es für Unternehmer und Unternehmen heute bereits ein umfangreiches Angebot mit einem ständig wachsenden Netz von Beratungs- und Transferinstitutionen. Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren erhebliche Mittel in diese Beratungsstellen der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und des RKW investiert. Diesen zahlreichen wirtschaftsnahen technologieorientierten Agenturen steht im Lande Rheinland-Pfalz noch keine Einrichtung gegenüber, die den Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretern das notwendige Wissen über technische Entwicklungen sowie die absehbaren Folgen und Möglichkeiten alternativer Konzepte vermittelt. Hier besteht im Vergleich zum wirtschaftsnahen Technologietransfer ein eindeutiges Ungleichgewicht. Wenn wir uns einig sind, daß im Prozeß eines dynamischen und technischen wirtschaftlichen Handelns der Einfluß der Arbeitnehmer auf die Gestaltung von Arbeit und Technik ein hervorragendes Moment und damit ein erfolgreiches Moment für den Strukturwandel beinhaltet, dann müssen wir auch die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in die Lage versetzen, kompetent zu handeln.

(Beifall der SPD)

Es ist eine massive Ungerechtigkeit des Staates gegenüber den Arbeitnehmern in diesem Lande, nur die Ressourcen der Unternehmer in Form von Expertenwissen, Zeit, Geld und Planungskapazität auszubauen, den Arbeitnehmern, den Betriebs- und Personalräten und den Gewerkschaften eine eigene Infrastruktur aber zu verwehren.

(Beifall bei der SPD)

Die Errichtung und der Ausbau einer arbeitnehmerorientierten Technologieberatungsstelle in Rheinland-Pfalz

ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Beeinflussung des technischen Wandels.

Mir ist natürlich bekannt, daß im Vorfeld zu diesen Haushaltsberatungen Gespräche geführt wurden. Ich war um so mehr erstaunt, daß sich im Haushalt kein Ansatz wiederfand. Erst gestern, als Rudolf Scharping von dieser Stelle aus die Zusagen des Herrn Ministerpräsidenten und anderer einforderte, erschien plötzlich eine Entschliebung, mit der darauf hingewiesen wurde.

(Dr. Langen, CDU. Keine Ausreden! Das war nicht Herr Scharping!)

- Herr Dr. Langen, wir haben Ihnen in der Drucksache 11/645 einen Antrag vorgelegt, in dem wir diese Technologieberatungsstelle für Arbeitnehmer beim DGB fordern. Ich gehe davon aus, daß nicht nur wir, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU diesen Antrag, so wie es die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft formuliert hat, unterstützen werden.

Aber neben der Förderung von Technologie und der Bereitschaft, Technologien gemeinsam mit den Arbeitnehmern umzusetzen und zu gestalten, ist es wichtig, den kleinen und mittleren Betrieben, besonders dem Handwerk, die Möglichkeit einzuräumen, Chancen durch Messebeteiligungen zu nutzen. Dem Handwerk muß die Teilnahme an solchen Messen ermöglicht werden. Es gilt, Hilfe sowohl finanziell als auch ideell zu leisten.

(Beifall der SPD)

Der Anteil des Exports der Handwerksbetriebe in unserem Land ist zu vergessen. Betrachtet man dagegen die Länder Baden-Württemberg oder Bayern, wird man sehr schnell erleben, wie interessant auch ausländische Märkte für das Handwerk sind, wenn dem Handwerk die notwendige Unterstützung der Landesregierung sicher ist.

Zusammenfassend möchte ich für den Teil, den ich hier in dieser Debatte zu bestreiten habe, sagen, daß wir durch die Zusammenführung der einzelnen Maßnahmen zu einem Bündel von Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Stärkung der Innovationskraft in den rheinland-pfälzischen Problemgebieten einen Beitrag leisten möchten.

Wenn Herr Keiler gestern den Ansatz unseres Änderungsantrags zu Titel 887 83 unter 3. „Sonstige Maßnahmen“ monierte, so möchte ich hierzu einige Punkte sagen. Herr Keller, wir möchten das praktizieren, was ich eben hier ausgeführt habe. Wir möchten unter Beteiligung der Verantwortlichen in der Region, unter Beteiligung des Sachverständigen in den Regionen Innovationen anregen, die hier aus Mainz weder erahnt noch verordnet werden können; denn das hat die Politik der Vergangenheit gezeigt,

daß das nicht möglich ist. Wir möchten an den Kern der Probleme heran und damit Problemlösungen mit den Verantwortlichen und mit den Fachleuten in der Region aufgreifen und umsetzen. Dann haben wir auch die Gewähr, daß sie unterstützt und getragen werden. Dafür aber gibt es einen breiten Bogen, der das beinhaltet, was ich eben vorgetragen habe.

Es geht darum, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., daß wir Sie bitten, Ihre Töpfchenwirtschaft aufzugeben, um sich mit uns um eine konzentrierte Hilfe für die Problemregionen zu bemühen.

Danke schön.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

**Präsident Dr. Volkert:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder der SPD Kaiserslautern-Süd.

(Beifall der SPD und im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Schmalz.

**Abg. Schmalz, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Scharping hat gestern in seiner Einführungsrede neben vielen anderen Kritikpunkten beklagt, daß das Land insgesamt 2 Milliarden DM Subventionen zahlen würde. Ich weiß zwar nicht, wie er diese Zahl ermittelt hat, aber bemerkenswert ist, daß er es beklagt hat.

(Scharping, SPD: Die habe ich gar nicht ermittelt!)

Wenn man die Rede des Kollegen Schwarz heute morgen gehört hat, dann war das eigentlich im wesentlichen eine Aneinanderreihung neuer Forderungen im Bereich der Subventionen.

(Beifall bei der CDU -

Beck, SPD: Eine solide Darstellung der Alternativen zu Ihrer Politik!)

Insoweit wäre vielleicht eine Absprache zwischen den beiden verehrten Kollegen Scharping und Schwarz notwendig, ob wir nun mehr oder weniger Subventionen brauchen.

Herr Kollege Schwarz, noch ein Wort zu der Technologieberatung und Ihren Vorstellungen des DGB. Ich will zunächst darauf hinweisen, daß es natürlich aus dem Haushalt des Wirtschaftsministers Mittel für Technologieberatung an die Wirtschaft gibt, aber man sollte seriöserweise hinzufügen, daß diese Wirtschaft beispielsweise auch 50 %

Eigenanteil erbringt. Ich habe auf mehrere Rückfragen beim DGB, bei seinem Vorsitzenden, bisher nicht in Erfahrung bringen können, ob dieser DGB beispielsweise auch bereit wäre, seinen Eigenanteil zu erbringen, wenn an eine Technologieberatung gedacht werden könnte.

Sie ersehen im übrigen aus unserem Antrag, der heute hier vorliegt, daß wir in dieser Frage offen und bereit sind, darüber nachzudenken. Aber dann muß derjenige, der einen Antrag stellt, zunächst einmal ein Konzept auf den Tisch legen.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Dann muß er klar sagen, was er will, und auch, ob er sich unter Umständen materiell an einer solchen Sache beteiligt, wie das die Wirtschaft tut.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - für die beiden Haushaltsjahre 1988/1989 ist ein Haushalt der Kontinuität. Er bezieht seine Schwerpunktbildung aus den Überlegungen, materielle Impulse dort zu geben, wo sie Anstoßwirkungen erzeugen, und unser Land wie in der Vergangenheit mit hohem Tempo - Sie können auch sagen: mit höherer Schlagzahl als andere Bundesländer - in eine gute ökonomische Situation zu bringen.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr hat das Land Rheinland-Pfalz mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts um 2,2 % wiederum im Ländervergleich einen überdurchschnittlichen Platz belegt. Während sozialdemokratisch geführte Bundesländer nur geringes Wachstum aufwiesen oder auf jede positive Verbesserung verzichten mußten, konnten sich die unionsregierten Länder, vor allem die süddeutschen Länder, wieder eindeutig im ersten Drittel platzieren.

(Zurufe von der SPD: Was ist mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen?)

Rheinland-Pfalz belegt den dritten Platz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wird auch belegbar, daß eine der Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität und damit auch soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit ein Zustand der politischen Stabilität ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -  
Beck, SPD: Ach du lieber Gott, haben Sie ein  
schlechtes Weltbild!)

Diese politische Stabilität in einem Bundesland, aber das gilt genauso für andere regionale politische Zuschnitte, ist vielleicht heute der wichtigste Pluspunkt überhaupt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaft als Investor braucht Ansprechpartner in der Politik, die nicht in einer Antihaltung verharren, sondern die wirtschaftliche Betätigung als Voraussetzung auch für sozialen Fortschritt akzeptieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -  
Beck, SPD: Er hat einen Anhänger, und  
das ist Herr Rocker!)

Bei der Standortbeurteilung für gewerbliche Neuansiedlungen spielt diese Frage eine entscheidende Rolle; denn auch Schule, Wissenschaft und Forschung brauchen ein Klima aufgeklärter, aber wertorientierter Führung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -  
Frau Düchting, SPD: Noch ein Anhänger! Jetzt sind  
es schon zwei!)

Ein wichtiges weiteres Kriterium, velleicht mit steigender Bedeutung, vor allen Dingen für die gewerbliche Wirtschaft, wird die Frage geordneter Entsorgungseinrichtungen bekommen. Wo produziert wird, da gibt es auch Problemabfälle. Deshalb ist es für unser Bundesland und für die hier ansässige Wirtschaft wichtig, daß angemessene Entsorgungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden, so zum Beispiel eine Sondermüllverbrennungsanlage, wofür zur Zeit die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Scharping, SPD: Herr Kollege Schmalz, nicht so hastig!  
Der Text läuft nicht weg!)

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Wirtschaftsministers ist in weiten Bereichen ein Investitionshaushalt. Er soll dazu beitragen, im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und in der klassischen Aufgabenstellung der Bundesländer die regionale Strukturpolitik voranzubringen.

Es gibt in unserem Land Kernräume wie zum Beispiel den Großraum Mainz, die eine weit überdurchschnittliche Wertschöpfung aufweisen und auch bei den Einkommensindikatoren über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Aber neben den traditionell wirtschaftlich gut strukturierten Räumen hat es eine Fülle positiver Veränderungen gegeben. Das ist uns zum Beispiel bei der Herausnahme der Region Kaiserslautern aus der Regionalförderung von Bund und Land bewußt geworden, weil die der Förderung zugrunde liegende unterdurchschnittliche Strukturausstattung, aber auch die negative Einkommenssituation nicht mehr gegeben war. Hier haben sich, meine Damen und Herren, Investitionen ausgezahlt, die vor annähernd 20 Jahren getätigt wurden.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, was ich meine, zum Beispiel die Neuansiedlung der Technischen Universität Kaiserslautern. Diese wissen-

schaftliche Hochschule mit ihren Schwerpunkten der anwendungsorientierten Technologie hat eine außerordentliche Stimulanz für einen großen Teil der Region Westpfalz bewirkt.

Auch die Neuansiedlung einiger bemerkenswerter Unternehmen mit Zukunftsprodukten, die erfreuliche Entwicklung des Technologiezentrums, das in idealer Weise Brutkastenfunktion erfüllt, sind ein Beleg, daß man in der Strukturpolitik einen langen Atem braucht.

Auch in einigen Regionen des Nordteils unseres Landes ist das Ausscheiden aus der Förderkulisse ein Beleg, daß wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Meine Damen und Herren, natürlich haben wir auch Problemgebiete, die uns Kummer bereiten. Stellvertretend darf ich die Schuhindustrie sowie Teile der Region Trier mit einem schwachen Industriebesatz nennen.

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, wenn man seriös miteinander vergleicht, dann muß man hinzufügen, daß sich Rheinland-Pfalz schon seit 1970 in der Arbeitsplätziffer ständig verbessert hat. Seit 1970 hat das Land Rheinland-Pfalz zunächst den Platz sechs eingenommen, 1979 die Rangziffer fünf und ab dem Jahre 1982 die Rangziffer vier. Das heißt, wir stehen heute innerhalb des Bundesgebietes in einer bemerkenswert positiven Situation. Auch das sind Folgen einer vernünftigen rationalen Strukturpolitik der letzten 20 Jahre.

(Staatsminister Dr. Wagner: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, noch in der politischen Verantwortung des jetzigen Innenministers und früheren Wirtschaftsministers Rudi Geil wurde richtigerweise mit McKinsey ein Unternehmen mit einer analytischen Untersuchung beauftragt, die der Politik für die Region Pirmasens konkrete Handlungsvorschläge erbringen sollte. Neben dem bisherigen klassischen Instrument der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die auch weiterhin für die Region Pirmasens voll in Anwendung bleibt, wurde das sogenannte 45-Millionen-Programm aufgelegt, das außerhalb der Schuhindustrie die Ansiedlung neuer Industrien begünstigen soll, zum Beispiel durch die Vorraterschließung von Industriegelände.

Darüber hinaus soll in diesem Haushalt eine Fülle von Einzelmaßnahmen, die McKinsey vorgeschlagen hat, zur Verbesserung der Warenwirtschaft umgesetzt werden. Die einzelbetriebliche Beratung hat im Verlauf der Haushaltsberatungen seitens der Koalitionsfraktionen noch einmal zu einem Aufstocken der hierfür notwendigen Mittel um 1 Million DM geführt. Bedeutsam sind auch die beiden neuen Studiengänge „Leder und Schuhtechnik“ sowie „Kunststofftechnik“ an der Fachhochschule Kaiserslautern mit Standort in Pirmasens.

Auch der Raum Mayen/Andernach wird weitere Hilfen über den Investitionsstock des Innenministers erhalten, um Strukturierungsmaßnahmen zur Substitution der Bims-industrie einzuleiten.

Meine Damen und Herren, wir werden uns bemühen, im Eifelraum die planerischen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die A 1 und die A 60 als zwei wichtige Straßenbaumaßnahmen mit Erschließungsfunktion für den gesamten Raum verwirklicht werden können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will bei dieser Gelegenheit hinzufügen, daß wir seitens der Koalitionsfraktionen gegenüber dem Haushaltsvoranschlag für beide Haushaltsjahre im Bereich des Straßenbaues des Landes jeweils 3 Millionen DM zusätzlich in den Haushalt eingestellt haben, damit wenigstens ein kleiner Teil der planfestgestellten Maßnahmen noch in den beiden nächsten Jahren begonnen werden kann. Nach meiner Information liegen mittlerweile für annähernd 30 Millionen DM Maßnahmen vor, die planfestgestellt sind, und wir können in den nächsten Jahren, Herr Wirtschaftsminister, sicherlich noch einmal für rund 50 Millionen DM mit Planfeststellungsverfahren rechnen, die dann abgeschlossen sind.

Es handelt sich bei diesen Bauvorhaben vielfach um Ortsumgehungen, die auch aus Verkehrssicherheitsgründen und Umweltschutzgründen richtig und notwendig sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich bedauere, daß die Sozialdemokraten bei ihren haushaltspolitischen Alternativen nicht nur keine Aufstockung der Mittel, sondern sogar eine Kürzung beim Landesstraßenbau von jeweils 10 Millionen DM pro Haushaltsjahr vorgeschlagen haben.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist meiner Fraktion völlig unverständlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

fordern Sie doch jeweils örtlich mit entsprechendem Propagandaaufwand immer wieder über Abmahnungen die Verwirklichung gerade dieser Projekte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben in einem Änderungsantrag sogar eine Kürzung von 129 Millionen DM auf 45 Millionen DM in 1988 und von 122 Millionen DM auf 40 Millionen DM vorgeschlagen. Dies mag zwar bei der bekannten Straßenfeindlichkeit noch konsequent sein. Aber ich erinnere auch hier noch an eine Debatte in unserer

letzten Plenarsitzung, als es um Gefahrguttransporte ging. Ich habe damals für meine Fraktion darauf hingewiesen, daß gerade Ortsumgehungsmaßnahmen auch hier eine Absenkung des Gefährdungspotentials bedeuten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, deshalb sind sowohl die Anträge der SPD als auch die Anträge der GRÜNEN völlig unverständlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen gerade auch im Interesse unserer Mitarbeiter in unseren Tiefbauunternehmen eine Verstetigung der Baukonjunktur und nicht ein ständiges Stop and Go. Ich weiß wirklich nicht, Herr Kollege Scharping, welcher Teufel Sie geritten hat, zu Lasten der Beschäftigten im Baugewerbe sogar ein Herunterfahren der Bautätigkeit zu beantragen.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

- Herr Kollege Schwarz, Sie sind doch ständig dabei, das zu kritisieren, daß die Maßnahme nicht gebaut wird. Dann können Sie doch hier nicht ein Zurückführen der Mittel vorschlagen, wenn Sie die Straße bauen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Zuruf des Abg. Scharping, SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt hat neben der strukturpolitischen Komponente zwei weitere Schwerpunktaufgaben. Die eine ist der Teil des Technologieprogramms, der über den Haushalt des Wirtschaftsministers abgewickelt wird. Herr Minister Brüderer hat in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr auf Antrag der CDU einen umfassenden Bericht erstattet, wie das Technologieprogramm in seinen neun Untergliederungen angenommen wird. Dieses Sonderprogramm, vor zwei Jahren in der Verantwortlichkeit der CDU gestartet, soll in einem mehrjährigen Turnus Haushaltsmittel in einer Gesamtgröße von 300 Millionen DM zur Verfügung stellen.

Auf das Technologiezentrum Kaiserslautern bin ich bereits eingegangen. Mainz befindet sich zur Zeit noch in der Aufbauphase, und es darf vermutet werden, daß es auch in der Nähe der Universität dazu führt, daß junge Wissenschaftler mit interessanten Produktinnovationen das Technologiezentrum als ideale Startsituation in eine unternehmerische Selbständigkeit ansehen.

Das einzelbetriebliche Programm zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben kleinerer und mittlerer Unternehmen wurde voll angenommen, ein ideales Instrument, neue Technologien zur Produktreife bzw. zur Serienreife zu bringen. Das gesamte Technologieprogramm des Landes soll den Strukturwandel vorantreiben.

Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik ganz allgemein fehlt es hier noch an der nötigen Dynamik. Neue Technologien, neue Verfahren und neue Werkstoffe entscheiden über die Wettbewerbsfähigkeit auf den Binnen- und auf den Weltmärkten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Industriegesellschaft von morgen wird von der Mikro- und Opto-Elektronik, der Bio- und Gentechnologie, von neuen Werkstoffen und neuen Energien geprägt sein. Wenn die Wirtschaft unseres Bundeslandes diesen Produktwandel meistern will, brauchen wir eine neuartige Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat. Wir begrüßen es deshalb, daß im Rahmen dieses Technologieprogramms vor allen Dingen auch die Möglichkeit des Technologietransfers verstärkt durch Förderungen angegangen wird. Es gibt schon heute spürbare Anzeichen, daß die schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in marktgängige Produkte besser klappt, als das noch vor einigen Jahren der Fall war.

Meine Damen und Herren, die mediale Revolution, die Information und Kommunikation werden für die Lebens- und Arbeitswelt immer wichtiger. Die Vernetzung der Gesellschaft schreitet voran. Die Autobahnen des Jahres 2000 werden die Netzstränge dieser Kommunikationstechnologie sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir begrüßen es deshalb, daß die Deutsche Bundespost eine neue Unternehmensverfassung erhält, die sie in die Lage versetzt, ihr Wachstumspotential bei den Informations- und Kommunikationstechniken voll zu nutzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für das Land Rheinland-Pfalz als Flächenland ist dies von besonderer Bedeutung. Wir brauchen diese Angebote für den ländlichen Raum, da damit um so schneller bestehende Nachteile abgebaut werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir bedauern, daß die Sozialdemokraten auch in diesem Lande diesen neuen Entwicklungen nicht nur abwartend, sondern vielfach ablehnend gegenüberstehen.

(Schuler, CDU: Verschlafen!)

Sie erweisen sich, wie auch in vielen anderen Dingen, damit als eine Partei, die den Fortschritt nicht annimmt, sondern ihn bekämpft und damit auch Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt verhindert.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Wirtschaftsministers ist auch der Haushalt für den rheinland-pfälzischen Mittelstand. Es ist in den Beratungen gelungen, weitere Verbesserungen für das rheinland-pfälzische Handwerk gegenüber dem Regierungsentwurf durchzusetzen. Uns ging es dabei vor allem um eine Mindestausstattung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zur Anpassung an neue Technologien und außerdem um eine weitere Verbesserung des Beratungswesens im Handwerk.

(Zuruf des Abg. Beck, SPD)

Ein besonderes Anliegen war der CDU auch die nochmalige Förderung der zweiten geplanten Handwerksmesse Koblenz. Wir stehen zu dieser Handwerksmesse, weil sie eine Chance ist, Schaufensterfunktion für Handwerksprodukte aus der ganzen Bundesrepublik in diesem Land einzunehmen. Wir wollen damit aber auch erreichen, daß neben Pirmasens mit seiner Schuhmesse, der Inter-Gem in Idar-Oberstein sich Koblenz als dritter Messestandort in Rheinland-Pfalz dauerhaft mit der Handwerksmesse etablieren kann.

Meine Damen und Herren, im Bereich der beruflichen Bildung konnten im Haushalt bisherige Förderinstrumente entfallen oder erheblich reduziert werden. Dies ist möglich, weil wir den Ausbildungsberg ohne die Folterinstrumente, die uns von den Sozialdemokraten angeboten wurden, wie zum Beispiel die Berufsbildungsabgabe, hinter uns gebracht haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist eine großartige Leistung, die vor allen Dingen unsere kleinen und mittleren Unternehmen in einer großen Kraftanstrengung vollbracht haben. Hierfür soll ihnen an dieser Stelle im Rahmen dieser Haushaltsberatung von meiner Fraktion noch einmal ein herzliches Wort des Dankes gesagt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir sind auch in der Lage, unsere Arbeitsmarktprobleme zu lösen, wenn etwas mehr Wahrhaftigkeit in die politische Diskussion eingebracht wird. In einer großen deutschen Tageszeitung las ich in diesen Tagen einen Kommentar, in dem es wörtlich hieß: „In vielen wichtigen Zukunftsfragen gibt es in der Politik, aber auch in den großen gesellschaftlichen Gruppen“ - damit waren auch die Gewerkschaften und Kirchen gemeint - „eine Große Koalition der Verlogenheit.“ Es fehle an der Wahrhaftigkeit, zum Beispiel dem Bürger deutlich zu sagen, daß Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich nicht mehr Arbeitsplätze, sondern zum Beispiel im öffentlichen Korridor immer weniger Arbeitsplätze bedeuten.

Der sozialdemokratische Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi hat vor kurzem beim Neujahrsempfang der Sie-

gener Industrie- und Handelskammer erklärt: Für ihn seien Arbeitszeitverkürzungen ein Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nur dann, wenn auf diese Weise nicht nur Stunden, sondern auch entsprechende Teile des Einkommens verteilt werden. Für den öffentlichen Dienst hält der Bürgermeister Arbeitszeitverkürzungen zunehmend für unbezahlbar.

Meine Damen und Herren, ihm und einigen wenigen Einsichtigen in der SPD ist zuzustimmen. Der Mannheimer Professor Dr. Roland Vaubel, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, hat vor einigen Tagen in einem Beitrag von der Klasesengesellschaft des Lohndiktats gesprochen. Das mag eine überspitzte Formulierung sein. Aber eines ist sicher: Der Arbeitsmarkt, auch in Rheinland-Pfalz, wird erst dann politisch in Bewegung kommen, wenn sich die Tarifvertragsparteien von ihrer bisherigen Verfahrensweise lösen, sich nur als Anwalt der Arbeitsplatzbesitzenden zu verstehen.

(Beifall der CDU und F.D.P. -

Beck, SPD: Das ist eine schlichte Unverschämtheit, nicht mehr und nicht weniger, was Sie hier verbreiten!  
Eine schlichte Unverschämtheit!)

Meine Damen und Herren, die Mittel des Staates sind weitestgehend erschöpft. Der Staat hat dort, wo er es beeinflussen kann, seinen Beitrag erbracht, nämlich bei der Finanzpolitik durch niedrige Zinsen, bei der Steuerpolitik durch eine vernünftige Steuerreform und als bleibende Aufgabe eine weitere Absenkung der Staatsquote.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in Großbritannien - Sie konnten das gestern in den deutschen Zeitungen lesen - hat es nicht nur einen ausgeglichenen Staatsetat gegeben, sondern die Staatsquote wurde dort von 1982 bis 1987 von 47 auf 42,5 % zurückgeführt.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

mit der Folge, daß seit sieben Jahren, Herr Kollege Dr. Schmidt, in Großbritannien das Bruttosozialprodukt jährlich mit 3 % wesentlich stärker als in allen anderen Ländern der EG steigt und daß damit Großbritannien auch immer stärker zum Anziehungspunkt für Neuansiedlungen aus außereuropäischen Ländern wird; das muß man als Konsequenz dazu sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, hierbei geholfen haben in diesem Land auch massive Privatisierungen früherer Staatsunternehmen. Deshalb erwartet die CDU-Fraktion von der Landesregierung, daß die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen Privatisierungsschritte zügig verwirklicht werden. Wir gehen dabei davon aus, daß die bei einer eventuellen Privatisierung zur Verfügung stehende Liquidität nicht als

allgemeine Deckungsmittel dem Haushalt zufließt, sondern einem Sondervermögen zugeführt wird, das mit seinen Erlösen besonders wichtigen Vorhaben des Landes dienen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Haushalt für Wirtschaft und Verkehr entspricht in seinem Volumen und in seinen Zielsetzungen den Erfordernissen und Herausforderungen unserer Zeit. Wir halten diesen Haushalt für ein insgesamt gutes Instrument, einen Beitrag zu leisten, der unser Land auch in den nächsten beiden Jahren ein Stück weiter nach vorn bringt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU und F.D.P. -

Beck, SPD: Das ist wirklich eine Zumutung!)

**Präsident Dr. Volkert:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Realschule Kusel.

(Beifall des Hauses)

Das Wort hat Herr Kollege Heinz.

**Abg. Heinz, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, Sie haben bei der Stellungnahme zum Wirtschaftshaushalt ein paar Punkte angesprochen, die ich für meine Fraktion nicht so kritiklos hinnehmen möchte; ich will dazu einiges erwidern.

Sie sprachen von Ansprüchen einzelner Abgeordneter, hielten dem Herrn Minister vor, daß man versucht habe, deren Wünsche und Positionen im Haushalt einzubringen, und erwähnten dabei in einem Touch die Töpfchenwirtschaft. Herr Kollege Schwarz, das ist mir unverständlich, insbesondere da auch Sie mit Ihren Kollegen in den Ausschusssitzungen alle Möglichkeiten hatten, wie alle anderen Abgeordnetenkollegen auch, vernünftige Korrekturvorschläge einzubringen. Dies haben wir bis zur Stunde vermißt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie übten des weiteren Kritik an der Privatisierung, Herr Kollege Schwarz. Hier darf ich Ihnen sagen, wir, die Fraktion der F.D.P., bekennen uns klipp und klar zur Privatisierung da, wo es machbar und möglich ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie haben sich ferner des Vergleichs bedient: leere Kassen - leere Köpfe. - Wir halten dagegen: weniger Finanzmittel fordern, mehr Eigeninitiative und mehr Ideenreichtum entfalten. - Die Wirtschaft hat bisher den Beweis erbracht, daß das das Richtige ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ihre Vorstellungen, Herr Kollege, das Wirtschaftsministerium müsse Zahlmeister für Handel, Handwerk und Industrie sein, lehnen wir strikt ab. Wir meinen, es kann die Aufgabe der Landesregierung und hier des Wirtschaftsministeriums nur die sein, da, wo es Not tut, flankierend tätig zu werden.

Unsere Wirtschaft behauptet sich seit Jahren in bewundernswerter Weise auf dem Weltmarkt und auf dem europäischen Markt dank dem Fleiß, dem Mut, der Investitions- und Einsatzbereitschaft der Unternehmen, ihrer Familien und nicht zuletzt ihrer Mitarbeiter.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir meinen auch, Störmanöver in Richtung immer weniger Arbeitszeit und permanenter Lohnerhöhungen als Forderungen der SPD sind Gift für eine gesunde Wirtschaftspolitik; sie gefährden die Arbeitsplätze, statt neue zu schaffen, sie gefährden die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. So, meine Damen und Herren, kann keine vernünftige Wirtschaftspolitik betrieben werden. Aufgabe der Politik muß es vielmehr sein, auch die Unternehmen und ihre Mitarbeiter zu motivieren, klare Konzepte aufzuzeigen, flankierende Hilfen anzubieten und die Bemühungen aller zu unterstützen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr ist ein Spiegelbild der Weichenstellungen, wie sie für den gesamten Doppelhaushalt 1988/1989 im Vergleich zum vergangenen Haushalt vorgenommen worden sind und auch vorgenommen werden mußten. Es galt - das ist zuzugeben -, Sparscheidungen zu treffen, ohne die Zukunftsfähigkeit der Wirtschafts-, Technologie- und Verkehrspolitik zu gefährden. Wir meinen, daß dies im Ergebnis überzeugend gelungen ist.

(Beifall bei F.D.P. und vereinzelt bei CDU)

Es ist dabei nicht zu leugnen, daß manche Wünsche offen geblieben sind. Wir leugnen auch nicht, daß wir auf wenigen Gebieten gern ein schnelleres Schrittempo zur Erschließung von Zukunftsperspektiven eingeschlagen hätten und uns am Ende aber der Einsicht beugen mußten, daß nicht alles, was wünschenswert ist, in Angriff genommen werden kann, um jetzt kurzfristig bewerkstelligt werden zu können. Wir würden die Zukunft gefährden, wenn wir die Neuverschuldung nicht in Grenzen halten. Dies zwingt uns zur Sparsamkeit. Wir würden aber ebenso die Zukunft gefährden,

wenn wir die investiven Ausgaben des Haushalts zurückführen. Dies hat uns zu deutlichen Einschnitten bei den konsumtiven Ausgaben veranlaßt. Herr Kollege Schwarz, das ist eine klare Antwort auf Ihre Frage, wie, wo und was.

(Beifall der F.D.P.)

Mit Befriedigung stellen wir aber fest, daß die Technologiepolitik einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Wirtschaftspolitik unseres Landes einnimmt. Wir begrüßen es besonders, daß nach den Technologiezentren in Kaiserslautern und in Mainz nun auch die Voraussetzungen für die Einrichtung eines dritten Technologiezentrums in Trier hergestellt werden konnten, daß mit dem Aufbau eines Edelsteininstituts in Idar-Oberstein begonnen, daß das Service-labor für Oberflächen- und Dünnschichtanalytik in Kaiserslautern in Angriff genommen und daß der Aufbau des Keramikinstituts in Höhr-Grenzhausen fortgesetzt werden kann.

(Beifall der F.D.P.)

Insgesamt wird die Technologieförderung auf dem vorhandenen Niveau fortgeführt, gemessen an den Ist-Ergebnissen des Jahres 1987, sogar ausgebaut werden.

Im Straßenbau kommt es im vorliegenden Doppelhaushalt zu erkennbaren Akzentverschiebungen. Der Mittelansatz für Maßnahmen der Straßenunterhaltung konnte auf dem bisherigen Niveau gehalten werden. Ich füge hinzu, daß wir auf diesem Gebiet zwar gern eine Mittelerhöhung vorgenommen hätten, weil die Schere zwischen Unterhaltungsaufwand und Unterhaltungsbedarf immer weiter auseinanderklafft.

Erfreulich aber ist die Aufstockung der Mittel für Straßenplanung auf 103,8 Millionen bzw. 104,1 Millionen DM. Wir hoffen daher zuversichtlich, daß wir dadurch in die Lage versetzt werden, dem wachsenden Planungsbedarf besser und schneller gerecht werden zu können.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Demgegenüber registrieren wir mit Sorge, daß es nicht möglich war, den Neu-, Um- und Ausbau von Landesstraßen in der bisherigen Größenordnung fortzusetzen, hoffen aber dennoch, daß unsere Forderung, ein Mehr von 3 Millionen DM hierfür bereitzustellen, sich positiv auswirken wird.

Meine Damen und Herren, auf dem Gebiet des kommunalen Straßenbaues wird die Landesregierung kürzertreten. Sie muß die Möglichkeiten der Zuschußgewährung einschränken. Auf dem Gebiet des Lärmschutzes für die Straßen hätten wir gern mehr getan, als die allgemeine Haushaltslage es zuläßt.

Positiv ist hervorzuheben, daß die technische Ausstattung der Straßenverwaltung durch verstärkten EDV-Einsatz verbessert werden kann. Ich halte das für eminent wichtig,

damit wir die wachsenden Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik in der Straßenbauverwaltung intensiv nutzen. Wir haben davon auszugehen, daß das Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen, vor allen Dingen auf den Autobahnen und Bundesfernstraßen, aber auch im Stadtverkehr der städtischen Ballungsgebiete schneller als die verfügbaren Straßenkapazitäten steigt. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, daß die vorhandenen Transportkapazitäten effektiver genutzt werden. Moderne Instrumente der elektrotechnischen Verkehrslenkung und der Verkehrssteuerung werden dafür künftig unverzichtbare Hilfen im Kampf gegen den Verkehrsinfarkt auf unseren Straßen sein.

Im Rahmen der europäischen Wirtschaftsbemühungen, Stichwort Binnenmarkt, sollte Rheinland-Pfalz alle Anstrengungen unternehmen, sich auf die ab 1990/1992 verstärkt bietenden wirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Möglichkeiten einzustellen, das heißt, heute schon entsprechende Vorkehrungen dafür zu treffen. Dazu ist unbedingt die Schließung noch vorhandener Lücken im Autobahnnetz und der Ausbau strukturpolitisch notwendiger Bundesstraßen erforderlich. Hier übernehme ich auch die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten anläßlich der Einbringung des Haushalts.

Wir meinen, im einzelnen sind folgende Maßnahmen dabei zu beachten:

- A 1 von Mehren nach Tondorf,
- A 60 von Bitburg nach Wittlich und ihre Weiterführung als B 50 neu mit dem Hochmoselübergang bei Zeltingen,
- A 63 von Kaiserslautern nach Alzey,
- die Schließung der Lücke im Zuge der A 65 zwischen Edenkoben und Landau,
- die Fernstraßenverbindung von Pirmasens zum Rhein-graben und in den süddeutschen Raum sowie
- der weitere Ausbau der B 41, damit die seit Jahren getätigten Investitionen in den fertiggestellten Bereichen wirtschaftlich sinnvoller genutzt werden, indem eine bessere Verkehrsanbindung von Rheinland-Pfalz zu den europäischen Märkten erschlossen wird.

Die hierfür erforderlichen Mittel sollten daher vom Bund und vom Land, soweit dies möglich ist, schnellstens bereitgestellt werden, weil - so meinen wir - dies eine der lukrativsten Investitionen wäre.

Des weiteren soll sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft verstärkt auf die günstige europäische Binnenmarktsituation einstellen. Hier werden sich in Kürze nicht zu unterschätzende Wirtschaftsbeziehungen - sprich: Absatzmarktchancen - anbieten. Diese Marktchancen soll die rheinland-

pfälzische Wirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie, nutzen, indem sie sich heute schon konzeptionell darauf einstellt. Anlässlich der Beratung des Haushaltsplans scheint es uns, den Freien Demokraten, daher geboten, auf diese Möglichkeiten hinzuweisen, indem wir die Landesregierung, federführend das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, auffordern, flankierend tätig zu werden.

Überraschend war für mich, anlässlich des Besuchs in Brüssel mit der rheinland-pfälzischen Landtagsdelegation von Vertretern des Europäischen Parlaments und der Kommissionen zu hören, wie stark sich unser Nachbarland Frankreich schon heute auf diese neuen Marktchancen einstellt.

Der Haushalt für Wirtschaft und Verkehr beinhaltet in verschiedenen Positionen beste Möglichkeiten, in vielen Bereichen Voraussetzungen zu schaffen, der heimischen Wirtschaft Hilfe und Unterstützung anzubieten, sich auf neue aktuelle Absatzmärkte einzustellen. Wir denken dabei an die Positionen Messförderung, Beratungswesen, Wirtschaftsförderung, Technologieprogramm, berufliche Bildung, Ansiedlung kleinerer und mittlerer Betriebe, Arbeitsplatzsicherung und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, auch Dorferneuerung und Städtebauförderung sowie die Aktivierung des Fremdenverkehrs in Rheinland-Pfalz. Letzteres sollte und darf nicht außer acht gelassen werden, meine Damen und Herren

Bei all unseren Bemühungen, insbesondere im Hinblick auf die sich bietenden Möglichkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus, müssen wir uns verstärkt dafür einsetzen, gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen im Grenzverkehr, im Steuerrecht, in Währungsfragen, im Sicherheitsbereich -sprich: TÜV-, im Frachtverkehr und bei der Regelung über die Lenkzeiten zu schaffen, um nur einige Beispiele zu nennen.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dazu sind auch die Haushaltsansätze für Kammern und Organisationen von großer Wichtigkeit. Gezielte und objektbezogene Haushaltsansätze sind für uns ebenso bedeutend, damit auch hier Akzente gesetzt werden, dringend notwendige Einzelmaßnahmen zu fördern und zu vollenden.

Die Fraktion der Freien Demokraten denkt bei den Haushaltsplanberatungen aber auch an die freien Berufe. Wir wünschen uns in Zukunft, daß deren Leistungen durch mehr Aufträge von der öffentlichen Hand,

(Beifall der F.D.P.)

von Land und Kommunen, in Anspruch zu nehmen sind. Mehr Wettbewerb bei öffentlichen Ausschreibungen fordert die F.D.P. erneut und möchte insbesondere auf die immer

wiederkehrenden Klagen über Vergaben an Generalunternehmen hinweisen.

(Bojak, SPD: Sind Sie auch gegen das Drittmittelgebäude in Mainz und gegen dieses Verfahren?)

Wir fordern daher erneut Ausschreibungen in kleineren Losen,

(Beifall bei der F.D.P.)

damit auch einheimische Betriebe sich an diesen Wettbewerben beteiligen, ihre Leistungsbereitschaft unter Beweis stellen und nicht als Subunternehmer für Wasser und Brot arbeiten müssen.

(Beifall bei der F.D.P. -  
Zuruf des Abg. Bojak, SPD)

Trotz wesentlicher Sparmaßnahmen im Wirtschaftshaushalt hoffen wir, mit den vorgesehenen Haushaltsmitteln dennoch gute Ansätze geschaffen zu haben, eine zielorientierte und zukunftsweisende Verkehrspolitik zu garantieren

Wenn auch im Rahmen der dringend notwendigen Sparmaßnahmen wünschenswerte Fördermittel ausbleiben, so bitten wir um Verständnis und appellieren an die rheinland-pfälzische Wirtschaft, sich in allen Bereichen durch mehr Eigeninitiative und mehr Ideenreichtum im täglichen Wettbewerb zu behaupten, wie sie dies schon seit Jahren mit großem Erfolg unter Beweis gestellt hat.

Die Fraktion der F.D.P. fordert aber heute auch die Deutsche Bundesbahn auf, dem Landtag von Rheinland-Pfalz nun endlich ihr „Verkehrskonzept 2000“ vorzulegen und bekanntzugeben. Wir erwarten insbesondere, daß Rheinland-Pfalz in die neue Verkehrsplanung mit einbezogen wird.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Rheinland-Pfalz braucht eine bessere Verkehrsanbindung im Schienenverkehrsnetz; denn dies ist eine unabdingbare Forderung für unser Flächenland

(Bojak, SPD: Vorher machen sie aber erst die Schienen kaputt!)

zur Verbesserung des Fremdenverkehrs, zur Entlastung des Straßenverkehrs und zur Anbindung an das europäische Verkehrsnetz insgesamt.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, damit mit der Verabschiedung und der Umsetzung des Haushalts davon wirtschaftliche Impulse ausgehen, Arbeitsplätze zu sichern, durch neue Märkte zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und Rheinland-Pfalz in eine sichere Zukunft zu führen.

Wir Freien Demokraten werden dem Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - unsere Zustimmung geben.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Bojak, SPD: Das ist etwas ganz Neues?)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Kollege Seibel.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich die Redebeiträge zum Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - kurz zusammenfasse, dann kann man eine übereinstimmende Feststellung treffen, in die ich die SPD-Fraktion ausdrücklich mit einbeziehen muß.

(Zurufe von der CDU und SPD)

- Nein, das ist von meiner Seite eher als Kritik zu verstehen. Sie sollten immer bis zum Ende zuhören, meine Damen und Herren. Dann würde Ihnen das sehr viel mehr deutlicher werden.

(Staatsminister Brüderle: Herr Härtel muß  
jetzt zuhören!)

Wenn ich das vielleicht sehr kurz und sehr pauschal zusammenfassen darf, so würde bei diesen Redebeiträgen deutlich, daß im Bereich der Wirtschaftspolitik nicht mehr die Politiker den Rahmen setzen, sondern daß dieser Rahmen von der Wirtschaft, um es so pauschal darzustellen und zu formulieren, gesetzt wird. Dieser Rahmen, den die Wirtschaft den Politikern setzt, ist gleichzeitig der Rahmen, in dem sich die Politiker austoben dürfen. Das zog sich wie ein roter Faden quer durch alle bisherigen Redebeiträge.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unterscheiden uns diametral von allen anderen hier vertretenen Parteien.

Der Haushaltsplan des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr enthält bekanntlich die größten Gestaltungsspielräume, und zwar nicht nur hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten, sondern auch hinsichtlich dessen, was qualitative Veränderungen betrifft. Bei genauer Durchsicht der Beschlußempfehlung läßt sich von qualitativen Veränderungen beim besten Willen nichts finden. Der Herr Kollege Schmalz hat dies auch bestätigt. Der Einzelplan 08 wird unverändert fortgeschrieben, was seine politischen Schwerpunkte und Zielsetzungen betrifft.

Die wirtschafts- und technologiepolitischen Maßnahmen sind eine Fortschreibung bisheriger Regierungspolitik, und

zwar einfalllos und - gemessen an den gesellschaftlichen Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung - verantwortungslos. Dies verwundert auch nicht weiter. Das konservativ-liberale Wirtschaftsverständnis läßt sich als machtbezogene ökonomische Modernisierung beschreiben.

(Waldenberger, CDU: Wo steht das? Wo haben  
Sie das abgeschrieben?)

Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind im Kontext dieser Ökonomie nur Rest- oder Randgrößen. Sie werden zur Krisenbeschreibung nur dann herangezogen, wenn politisches Handeln in eine Vertrauenskrise gerät.

(Zurufe von der CDU)

- Ich erkläre Ihnen das gern auch einmal privat, wenn Sie das nicht verstehen, Herr Kollege Waldenberger.

(Bojak, SPD: Einmal Nachhilfeunterricht,  
dann haut er ab!)

Die Zahl von über 130 000 Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz wird von der Regierungsseite mit dem Bundesdurchschnitt oder mit dem Durchschnitt anderer Länder verglichen.

(Staatsminister Brüderle: Mit was soll man  
sonst vergleichen? -  
Staatsministerin Frau Dr. Hansen: Mit Äpfeln?)

Das soll wohl dann bedeuten oder ist so zu bewerten, daß wir in Rheinland-Pfalz aufatmen und uns beruhigt zurücklehnen können, weil wir auch nicht befürchten müssen, daß die Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz heute diesen Landtag besetzen und den Parlamentariern Schweigen verordnen. Die Privatisierung und Stigmatisierung von Arbeitslosigkeit ist weit vorangetrieben.

(Dr. Langen, CDU: Was?)

Machtförmig ist die Wirtschafts- und Technologiepolitik insoweit, wie sie ohne Bezug auf regionale Bedürfnisse und Bedarfe vollzogen wird. Ein Beispiel dafür war die Rede von Minister Riesenhuber bei den Trierer Wirtschaftstagen, strotzend von Begriffen wie Modernisierung und Strukturwandel. Nur hat dies mit den Problemen dieser Region, zum Beispiel 15 % Arbeitslosigkeit, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Beifall der GRÜNEN)

sondern geht über die Interessen einer solchen Region sehr pauschal und sehr offensichtlich hinweg.

(Staatsminister Dr. Wagner: Ach du meine Güte!)

dies in der vagen Hoffnung, mit Begriffen wie Technologie die Krise, die wir heute in vielen Bereichen und Regionen haben, überdecken und abwandeln zu können.

Machtförmig ist die Technologieförderung in weiten Teilen auch hinsichtlich der vom Einsatz neuer Techniken betroffenen Menschen. Es wird weder auf parlamentarischer Ebene über die Notwendigkeit von Technologiefolgenabschätzung und Technologiebewertung gesprochen, noch wird über Rationalisierungsrisiken und -belastungen am Arbeitsplatz diskutiert.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf die regionale Wirtschaftspolitik und auf die Verwüstungen und Folgen, die die Förderungspolitik der Landesregierung zeitigt, zurückkommen. Dazu möchte ich nochmals das Beispiel der Westpfalz ansprechen, auf das hier schon wiederholt eingegangen wurde. Diese Region und die an ihr vollzogene Landespolitik dienen nicht nur als Beispiel, an dem das Allgemeine des besonderen Falles aufgezeigt werden kann, sondern es ist empörend, wie die Landesregierung auf wirtschaftliche und soziale Krisen in dieser und in anderen Regionen reagiert.

Die krisenhaften Entwicklungen in der Westpfalz sind bekannt, und zwar der Abbau von Arbeitsplätzen in der Schuhindustrie und die Entlassungen von Zivilbeschäftigten bei den Stationierungstreitkräften. Ich werde gar nicht ausführlich darauf eingehen, wie sich diese Landesregierung mit der Entwicklung dieses Problems befaßt hat, möchte aber dennoch zwei Anmerkungen machen.

Es ist schon makaber, wie zwischen Regierungsseite und SPD um die richtigen Zahlen bei den bevorstehenden Entlassungen, was die Arbeitsplätze bei den Stationierungstreitkräften betrifft, gefeilscht wird.

(Dr. Langen, CDU: Sie wollen die Streitkräfte doch loswerden, oder?)

- Richtig, wir sind für einen Abzug der ausländischen Truppen, ja natürlich.

(Dr. Langen, CDU: Aber die Arbeitsplätze sollen beibehalten werden?)

- Herr Kollege Dr. Langen, wir fordern schon seit Jahren, daß die Landesregierung endlich einmal anfängt, wenigstens damit anfängt, Alternativen aufzubauen.

(Beifall der GRÜNEN)

Sie lassen aber das Unheil auf sich zukommen. Dann, wenn es längst zu spät ist, vergeben Sie vielleicht wieder - ich weiß es doch nicht - ein Gutachten an McKinsey, oder wie soll ich das bewerten, was Sie in den Bereichen tun?

(Staatsminister Dr. Wagner: Fordern können Sie leicht! Das ist doch alles Unfug!)

- Ja natürlich, es ist das Recht und der Vorteil der Opposition, daß wir hier fordern können.

(Staatsminister Geil: Dummheiten fordern, richtig, ohne sie realisieren zu müssen! -  
Dr. Langen, CDU: Der Kollege Seibel sieht es wenigstens ein!)

- Ja gut. Ich würde mich da etwas zurückhaltender ausdrücken, Herr Innenminister Geil; denn, wie gesagt, die Bewertung ihrer Regierungspolitik nehmen andere vor.

(Dr. Langen, CDU: Die Polizei wollen Sie auch abschaffen!)

Die Bewertung nehmen die Menschen draußen in diesem Lande vor, die von Ihrer Regierungspolitik betroffen sind.

(Staatsminister Geil: Richtig!)

- Richtig.

(Staatsminister Geil: Das überlassen wir denen gern!)

- Ich bin einmal gespannt. Ich würde gerne hören, was die 130 000 Arbeitslosen zu diesen Äußerungen sagen werden, die ich hier gerade zur Kenntnis nehmen muß.

(Staatsminister Dr. Wagner: Mit Ihrer Politik wären es 260 000!)

- Gut, das können Sie allemal behaupten.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Die Regierung kann alles behaupten!)

Es ist schon makaber, wie zwischen Regierungsseite und SPD um die richtigen Zahlen bei den bevorstehenden Entlassungen gefeilscht wird. Dies ist allerhöchstens Krisenmanagement, hat aber nichts mit Bemühungen um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu tun. Nichts anderes fordern wir hier ein.

Es ist auch bemerkenswert, wie wenig über die Qualität des McKinsey-Gutachtens bezüglich der Schuhindustrie diskutiert wurde. Das McKinsey-Gutachten, diese hochdotierte, aber wenig gehaltvolle Studie, war und ist für diese Landesregierung ein reines Alibi.

(Schmalz, CDU: Sie waren doch bei der Anhörung dabei! -

Staatsminister Brüderle: Er hat aber keine Fragen gestellt!)

Kommen wir nun zu dem Ergebnis der Haushaltsberatungen hinsichtlich der krisenhaften Entwicklungen in der Westpfalz. Unter dem Titel 883 03 - Zuwendungen für Sondermaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im

ländlichen Raum - werden mittlerweile für 1988 nach der Beschlußempfehlung 13 Millionen DM und für 1989 10 Millionen DM veranschlagt. Diese Aufwendungen beziehen sich weitgehend auf die Förderung des Absatzes der rheinland-pfälzischen Schuhindustrie, insbesondere der westpfälzischen Schuhindustrie. Davon entfallen 1988 5 Millionen DM und 1989 2 Millionen DM auf die Konkretisierung der Vorschläge des McKinsey-Gutachtens, was immer das auch im Einzelfall zu bedeuten hat. Vielleicht sagen Sie dazu nachher etwas Konkretes.

(Staatsminister Brüderle: Vielleicht haben Sie in der Anhörung des Ausschusses zugehört, aber nichts verstanden!)

- Allerdings habe ich zugehört.

Mit Hilfe eines Projektmanagements sollen vor allem überbetriebliche Kooperationsstrategien zwischen Schuhproduzenten und Schuhhandel inszeniert werden. Worum geht es dabei? Um die Modernisierung des Produkt- und Organisationsapparates. In anderen Branchen ist diese Entwicklung schon in vollem Gange.

Durch die Entwicklung umfassender Warenwirtschaftssysteme werden im Einzelhandel und der Automobilindustrie unter Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien Management-Informationssysteme geschaffen. Diese sollen die Steuerung betriebsinterner und betriebsübergreifender Entscheidungs- und Ablaufprozesse effektiver gestalten und Personalkosten reduzieren. Diese neuen unternehmerorientierten Rationalisierungsstrategien sollen nun durch massive öffentliche Förderungen seitens der Landesregierung auch in der Schuhindustrie beschritten werden. McKinsey, wir folgen dir, dies scheint das Motto der Landesregierung zu sein. Ob die Schuhbranche dies auch macht, steht auf einem anderen Blatt.

Lang gewachsene einzelbetriebliche Konkurrenzen werden der Durchsetzung überbetrieblicher Strategien in der Schuhbranche entgegenstehen. Darüber hinaus wird die Einführung eines Warenwirtschaftssystems, die eine Normierung der Produkte und Artikel voraussetzt - dies wird in der Studie deutlich gesagt -, auf der Verbandsebene behandelt. Wenn Sie sich die Stellungnahmen des Einzelhandelsverbandes ansehen, wissen Sie, daß dieser an einer weitergehenden Kooperation mit der Industrie überhaupt nicht interessiert ist. Da braucht man gar nicht erst zwischen den Zeilen zu lesen, um das mitzubekommen.

Wir GRÜNEN haben einen Änderungsantrag zum Titel 883 03 gestellt. Dieser beinhaltet eine Kürzung um insgesamt 8 Millionen DM für die beiden Haushaltsjahre. Statt der Errichtung eines Projektmanagements plädieren wir für die Gründung und Förderung eines Beirates „Schuhforum 2000“. Die Zahl 2000 soll gleichzeitig unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, daß wir meinen, daß mit unserem Konzept auch im Jahre 2000 überhaupt noch eine Schuhindustrie in

der Westpfalz vorhanden wäre. Dieses „Schuhforum 2000“ soll unter Beteiligung vieler Betroffener ein Strukturkonzept für die Schuhbranche entwickeln.

Wir plädieren weiterhin für die Kürzung des Sonderprogramms von 5 Millionen DM auf 3 Millionen DM. Zahlreiche Mitnahmeeffekte lassen dieses Programm als nur begrenzt tauglich erscheinen. Die Förderung einzelbetrieblicher Beratung, die in der Beschlußempfehlung mit einer Summe von 1 Million DM vorgesehen ist, würden die GRÜNEN auf 3 Millionen DM erhöhen. Immerhin, wir nehmen zur Kenntnis, daß in dem Bereich sowohl die Anhörungen wie auch vielleicht verschiedentliche Ausführungen von uns in die Richtung der einzelbetrieblichen Beratung etwas bewirkt haben.

(Schmalz, CDU: Das haben wir doch!)

- Ja, ich sage doch, wir nehmen zur Kenntnis, daß sich da etwas tut.

(Staatsminister Brüderle: Das war ein Lob! -  
Dr. Langen, CDU: Nicht wegen Euch!)

Inhaltlich sollte die einzelbetriebliche Beratung neben der Produkt-, Absatz- und Organisationsentwicklung auch auf die Übernahme konkursgefährdeter Betriebe durch Belegschaftsinitiativen zielen. Eine gesamtregionale Verbesserung der Krisenregion Westpfalz ist mit den Vorschlägen und Maßnahmen der Landesregierung jedenfalls nicht in Sicht.

Über die Förderung der Schuhindustrie hinaus soll der Region ein dreijähriges 45-Millionen-DM-Sonderprogramm zugute kommen, welches zur Hälfte vom Bund getragen wird. Dieses Programm soll der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen dienen, zumindest ist es so bezeichnet. Der großen Einfallslosigkeit in diesem Haushalt nicht genug, dieses Programm bewegt sich auf demselben Niveau wie die anderen Förderprogramme auch.

Mangelnde Verkehrsanbindung und fehlende Industrie-flächen sind gerade nicht die Probleme dieser Region. McKinsey hat in der Studie die Defizite klassischer Regionalpolitik angedeutet, ohne aber daraus die notwendigen Konsequenzen und Empfehlungen zu ziehen.

(Staatsminister Brüderle: Sie zitieren sie ständig und kritisieren sie!)

- Der Kritikpunkt war, daß die McKinsey-Beratungsfirma nicht die notwendigen Konsequenzen und Empfehlungen aus ihrer durchaus berechtigten Kritik gezogen bzw. abgeleitet hat.

(Schmalz, CDU: Die Empfehlungen passen Ihnen nicht!)

Die Mängel der klassischen Förderpolitik liegen:

1. in einer unspezifischen Subventionierung fast jeder Investition, unabhängig von regionalen Bedürfnissen und Notwendigkeiten,
2. in hohen Mitnahmeeffekten und
3. in einer Verfestigung räumlicher Arbeitsteilung zwischen Zentren und strukturschwachen Gebieten, beispielsweise durch eine Verlagerung von Zweigbetrieben mit durchschnittlich geringeren Qualifikationsanforderungen als in Zentren.

Wir haben in unserem Änderungsantrag zu Titel 883 03 die Vergabe eines Forschungsauftrages „Regionalökonomische Perspektiven in der Region Westpfalz“ beantragt. Die Ausarbeitung arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Vorschläge zur Stabilisierung der Region lassen sich nur unter Bezug auf eine Analyse der Branchen, Beschäftigten und Ausbildungsstrukturen durchführen. Dies wäre auch ein Schritt hin zu einer Regionalisierung der Wirtschaftspolitik. Auch dies wurde Gott sei Dank - auch darin erkennen wir durchaus Fortschritte - in der durchgeführten Anhörung zur regionalen Wirtschaftspolitik deutlich, indem immer wieder auch der Begriff „Stärkung der endogenen Kräfte, mehr Regional- und Wirtschaftsförderungspolitik von unten“ - spricht: aus der Region selbst heraus - benutzt wurde.

Die Förderung der Westpfalz immer getreu nach dem Gießkannenprinzip ist angesichts der Erfolglosigkeit bestehender regionaler Wirtschaftsförderung nicht weiter verantwortbar. Quantität ersetzt beileibe keine Qualität. Diese Art der Wirtschaftsförderung, wie sie nicht nur in der Westpfalz betrieben wird, basiert auf recht einfachen, wenn auch nur begrenzt funktionierenden Annahmen. Privates Kapital soll durch infrastrukturelle Vorleistungen, zum Beispiel den Verkehrsausbau und finanzielle Starthilfen für gewerbliche Investitionen, in strukturschwache Räume gelockt werden. Hinzu kommen Ihre naiven Vorstellungen, was das rheinland-pfälzische Technologieprogramm betrifft.

Durch Export der dann produzierten Güter werden in diesen Regionen Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen und gesamtwirtschaftliche Wachstumsimpulse nach Ihrer Logik und nach Ihrem Verständnis gesetzt. Dieser Lockruf der Wildnis bleibt leider in aller Regel weitgehend ungehört.

Staatliche Wirtschaftsförderung setzt an einzelbetrieblichem Kapitalverwertungsinteresse an und unterstützt dieses.

(Dr. Langen, CDU: Oh Gott, oh Gott!)

In diese kapitalorientierte Fixierung paßt auch die momentan laufende Flexibilisierungskampagne der Regierungskoalition, beispielsweise die Forderung nach Ausdehnung der Wochenendarbeitszeit. Dazu gibt es eine Presseerklärung

des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, in der nachzulesen ist: „Brüderle: Wochenendarbeitszeit enttabuisieren.“ -

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Überschrift ist in zweierlei Hinsicht schlimm und bezeichnend. Zum einen macht dieses Beispiel genau das deutlich, was ich eben gesagt habe. Sie sehen den Menschen nur als Produktionsfaktor und ordnen diesen Produktionsfaktor Mensch den Kapitalverwertungsinteressen der Wirtschaft unter.

Der andere Punkt ist der, daß Sie mit dieser Überschrift und mit den nachfolgenden Ausführungen so tun, als ob in puncto Wochenendarbeitszeit ein Tabu bestehen würde - schon lange nicht mehr, Herr Wirtschaftsminister Brüderle. Schauen Sie sich einmal um, in wie vielen Branchen bereits über das Wochenende gearbeitet wird.

(Staatsminister Brüderle: Warum regen Sie sich denn dann noch auf?)

- Ich habe gesagt, warum ich mich darüber aufrege, weil diese Überschrift in zweierlei Hinsicht schlimm ist.

In diese am Kapitalinteresse orientierten Strategien passen aber auch Äußerungen von SPD-Vertretern zur Frage der Arbeitszeitverkürzungen bei gestaffeltem Lohnausgleich. Obwohl auch dies eine Uraltforderung der GRÜNEN ist, haben wir dies nur im Hinblick auf veränderte Rahmenbedingungen gefordert.

Lafontaine fordert sehr einseitig und ausschließlich einen sogenannten Solidarbeitrag von den Lohn- und Gehaltsempfängern, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Unternehmer bzw. Arbeitgeber läßt er dabei völlig unbeachtet.

Im Süddeutschen Rundfunk hat Lafontaine das sehr gut auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Ist bei einer starken Verkürzung der Arbeitszeit noch Spielraum für Reallohnsicherung oder gar für Reallohnsteigerung? Dies ist eine wirtschaftspolitische Frage. In der Regel ist das nicht der Fall, da der Produktivitätsfortschritt zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern aufgeteilt wird. Da die Unternehmer ihren Anteil haben wollen, wird es also nur einen geringen Spielraum geben.“

Das ist unserer Ansicht nach eine Umverteilung von unten nach oben, und das in einer Situation, in der die Arbeitgeberereinkommen laut Fehrenbach von 1980 bis jetzt um etwa 75 % gestiegen sind, während die Einkommen der Arbeitnehmer gesunken sind.

(Schmalz, CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Wir haben damals die Forderung nach Einkommensverzicht bei Arbeitszeitverkürzung unter gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen erhoben. Die gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen wären erstens eine Begrenzung der Unternehmergewinne und zweitens eine Regelung gewesen, die die Neueinstellungen bei Arbeitszeitverkürzungen sicherstellt.

Eine solche Regelung ist derzeit allerdings - das muß man einräumen - nicht in Sicht. Sie wird es in den nächsten Jahren auch nicht geben. Es gibt noch nicht einmal eine Regelungskompetenz für diesen Bereich.

Die SPD vollzieht derzeit eine Kehrtwendung weg von der Forderung nach Gewinnbegrenzung hin zur Begrenzung von Lohnsummen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Seibel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmaiz?

**Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:**

Nein, ich möchte im Zusammenhang reden.

(Keller, CDU: Das hat bisher kein Mensch bemerkt! - Heiterkeit im Hause)

- Wissen Sie, das ist ein Standardzwischenruf. Den hätte ich bei jedem Ihrer Redner bisher genauso hineinrufen können, Herr Kollege Keller. Der reißt mich nicht mehr vom Hocker.

(Keller, CDU: Das ist Ihnen aber nicht eingefallen! - Heiterkeit im Hause)

Wir halten dies für unverantwortlich gegenüber den Arbeitnehmerinteressen. Ich möchte das hier an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Umkehr ist in der Wirtschafts- und Technologiepolitik dringend erforderlich. Eine Umkehr ist aber nicht mehr als utopischer Gesamtentwurf denkbar, sondern nur noch fragmentarisch.

**Wir plädieren daher**

1. für den verstärkten Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer für Gewinnbegrenzung und für veränderte Eigentumsformen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. für eine Regionalisierung der Wirtschafts- und Technologiepolitik oder, wie es mehrere Vertreter bei der öffentlichen Anhörung zur regionalen Strukturpolitik gefordert haben, für eine Regional- und Wirtschaftspolitik von unten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

3. Wir fordern die Landesregierung zu einer Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und selbstverwaltete Betriebe auf.

Ein entsprechender Entschließungsantrag liegt Ihnen vor. Aber nach dem, was Herr Kollege Keller dazu gestern geäußert hat, mache ich mir auch in diesem Bereich allerdings keine Illusionen mehr.

Wir fordern dies nicht nur aus Gründen der Beschäftigungswirksamkeit und aus Gründen des Einstiegs in eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik. Wir fordern dies auch deshalb, weil selbstverwaltete Betriebe und Beschäftigungsinitiativen gesellschaftliche Orte sind, an denen andere Formen wirtschaftlichen Handelns, Formen ökologischer Produktion und Formen selbstbestimmter Arbeit erprobt werden können.

An Anträgen zum Wirtschaftsteil des Einzelplanes 08 haben wir folgendes eingebracht:

Die Zuschüsse für das Deutsche Atomforum sind zu streichen.

Die Beteiligung an der Sendebetriebs GmbH ist aufzugeben. Da spreche ich insbesondere die Herren von der F.D.P.-Fraktion an. Dort könnten Sie Ihre Privatisierungsabsichten einmal wirklich fortsetzen. Dafür hätten Sie unsere volle Unterstützung; denn wenn man schon Privatfunk will, dann sollten sich der Staat und das Land gefälligst auch heraushalten, zumal dies eine Einsparung von 3,6 Millionen DM bringen würde.

(Beifall der GRÜNEN)

Wir haben beantragt, die Zuschüsse für überbetriebliche Vollzeitausbildung um 5 Millionen DM zu erhöhen. Wir waren allerdings enttäuscht, nachdem sich die SPD im Haushalts- und Finanzausschuß für diese überbetriebliche Vollzeitausbildung so stark eingesetzt hatte, dann in ihrem Antrag zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß sie noch hinter unseren Forderungen zurückbleibt.

Wir haben beantragt, die Zuschüsse für wirtschaftsnahe Forschung um rund 1 Million DM zu kürzen.

Wir haben einen sehr ausführlichen Antrag zum Westpfalzprogramm gestellt.

Zusätzlich haben wir zwei Entschließungsanträge in diesem Bereich eingebracht:

1. zur Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und
2. zur Rheinland-Pfälzischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, und zwar dahin gehend, diese aufzulösen.

Meine Damen und Herren, ich komme nunmehr zum zweiten Teil des Einzelplanes 08 und damit gleichzeitig zu der Verkehrspolitik für die nächsten beiden Haushaltsjahre. Herr Verkehrsminister, meine Herren von der F.D.P., da muß ich Ihnen sagen, für diesen Bereich keimte in uns bis zu den Haushaltsberatungen eine leise Hoffnung, daß die F.D.P., wenn schon nicht im Bereich der Wirtschaftspolitik, dann vielleicht doch in der Verkehrspolitik, neue Akzente setzt. Nach der vorliegenden Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses haben Sie diese vagen Hoffnungen einmal mehr abrupt zerstört. Einmal mehr bleiben nur verbale Lippenbekenntnisse, eine beträchtliche Zahl von Kleinen Anfragen, immerhin, und eine noch größere Anzahl von Pressemitteilungen übrig. Ansonsten bleibt die Verkehrspolitik wie gehabt: Straßenbau, Straßenbau und nochmals Straßenbau.

Meine Herren von der F.D.P., es ist Ihnen in der Tat für eine gewisse Zeit gelungen, mit Scheinaktivitäten und großen Sprüchen den falschen Eindruck zu erwecken, daß Sie sich für den Erhalt von Schienenstrecken einsetzen werden.

(Dieckvoß, F.D.P.: Das werden wir auch noch beweisen!)

und dies eben nicht nur verbal, Herr Kollege Dieckvoß, sondern auch real.

(Frau Büttner, CDU: Das tun wir ja auch!)

- Wo tun Sie das denn bitte schön? Das würde mich einmal interessieren. Wo tun Sie das?

(Staatsminister Brüderle: Das ist nicht nur eine Geldfrage! -

Dieckvoß, F.D.P.: Sagen Sie einmal, wo wir das nicht tun!)

- Verbal setzen Sie sich für den Erhalt von Schienenstrecken allerdings ein. Das räume ich Ihnen ein. Das gestehe ich Ihnen zu. Eine Zeitung nannte das „verbale Husarenritte“, allerdings in einem anderen Zusammenhang.

(Dr. Langen, CDU: In einem völlig anderen!)

- Ja, in einem anderen Zusammenhang. Das bringt uns eben nicht weiter, weil die Bundesbahn sich davon nicht beeindrucken lassen wird und nach wie vor Nebenstrecken stilllegt.

Der jetzt vorliegende Doppelhaushalt, der wohl auch morgen so verabschiedet wird - da mache ich mir allerdings kei-

ne Illusionen mehr - bringt endlich Wahrheit und Klarheit ins verkehrspolitische Versteckspiel der F.D.P. und der Regierungskoalition insgesamt. Auch der BUND, der in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 1988 erklärte, daß die von der Stilllegung bedrohte Lautertalbahn als Testfall für die Glaubwürdigkeit der F.D.P. betrachtet wird, dürfte damit wieder einmal dazugelernt haben.

(Brüderle, F.D.P.: Wollen Sie jetzt die F.D.P. wählen?)

Da war zu lesen, der Landesverband der Naturschutzorganisationen fordert in einem Brief des Vorsitzenden Wolfgang Staab den Verkehrsminister Rainer Brüderle auf, die konstruktiven Gedanken und positiven Äußerungen der F.D.P. zur Bedeutung des Schienenverkehrs in der Region in die Tat umzusetzen. Dieser Aufforderung kann ich mich unsererseits nur voll und ganz anschließen.

(Beifall der GRÜNEN -

Dieckvoß, F.D.P.: Wir werden nicht zögern, dem nachzukommen!)

An anderer Stelle dieser Pressemitteilung war zu lesen, die nötigen Mittel könnten, wie F.D.P.-Chef Brüderle vor den Wahlen selbst gefordert habe, durch Umschichtungen im Haushalt des Landes für den Straßenbau aufgebracht werden. Wir haben genau einen entsprechenden Antrag vorgelegt, über den wir auch in Einzelabstimmung abstimmen lassen werden. Da sind wir dann auf das Abstimmungsverhalten der F.D.P. gespannt.

Dann kam am 5. März 1988 im „Trierischen Volksfreund“ die verkehrspolitische Wahrheit ans Licht. Da war nämlich die Überschrift zu lesen „In Landeskasse kein Geld für Bahnsubventionen“. Im Artikel wurde dann ausgeführt, von daher gebe es keine Möglichkeit, von der Einstellung gefährdete Schienenstrecken aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wir sehen dies anders. Wir sehen diese Möglichkeiten durchaus. Ich habe auf unseren entsprechenden Antrag hingewiesen.

Daß die GRÜNEN für eine Stärkung und Intensivierung öffentlichen Personenverkehrs insgesamt und insbesondere für die Erhaltung der Schiene eintreten, dürfte hinlänglich bekannt sein. Wir fordern für diesen Bereich eben die Umschichtung von Mitteln weg vom Straßenbau hin zum ÖPNV.

(Beifall der GRÜNEN)

Jetzt kommen wir noch einmal auf diesen verbalen Husarenritt unseres rheinland-pfälzischen Verkehrsministers gegen Bonn zurück. Der Artikel zeigt wieder einmal zweierlei eindeutig auf. Verbal sind Sie immer ganz vorne mit dabei. Natürlich sind Ihnen Schnellbahnen - das ist der zweite

Punkt, der in diesem Artikel deutlich wurde - wichtiger als irgendeine Nebenstrecke. Das finde ich sehr bedauerlich.

(Staatsminister Brüderle: Woher wollen Sie denn das wissen?)

Weil vorhin der Kollege Heinz das Bahnkonzept 2000 angesprochen hat, habe ich die schlimme Vermutung, daß im Jahre 2000 dann, wenn es so kommt, wie sich das abzeichnet und wie Sie das wohl auch wollen, Rheinland-Pfalz nur noch ein Transitland ist, durch das ein paar Schnellbahnen durchgehen, ansonsten gibt es keine Schienenstrecken mehr in Rheinland-Pfalz.

(Beck, SPD: Und der Wirtschaftsminister winkt mit dem Fähnchen! -

Staatsminister Brüderle: Aber im Jahr 2000 bin ich immerhin noch Wirtschaftsminister! Das wird im Protokoll festgehalten! -

Weitere Zurufe von der SPD -  
Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

Insbesondere sollen Mittel bereitgestellt werden, um kommunale Verkehrsträger zu unterstützen, vor allem dann, wenn diese zum Beispiel von der Stilllegung bedrohte Schienenstrecken übernehmen wollen. Auch dies habe ich bereits in meiner Rede zur ersten Beratung des Landeshaushalts ausgeführt. Zum Beispiel für die Lautertalstrecke, für die sich alle so lautstark einsetzen, aber auch für andere von der Stilllegung bedrohten Nebenstrecken erscheint uns dies als einzige Möglichkeit, diese auch für die Zukunft zu sichern und zu erhalten.

Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung von Verkehrsplanungämtern, die eine bessere Vernetzung und Koordination des ÖPNV ermöglichen sollen. Straßenneubaumaßnahmen dürfen nur noch in unabwiesbaren Fällen realisiert werden.

Wir wollen, daß ein landesweiter Verkehrswegebedarfsplan erstellt und hier im Plenum - alle fünf Jahre wäre vorstellbar - öffentlich diskutiert und nach dieser öffentlichen Diskussion dann jeweils auch fortgeschrieben wird.

(Dr. Langen, CDU: Das ist jetzt der siebte Plan, den die Opposition gefordert hat!)

- Ja, ich sage ja, ich habe das bereits in meiner ersten Rede bei der Grundsatzausprache so vorgebracht. Ich tue das heute noch einmal, diese zwei Absätze, weil uns dies beson-

ders wichtig ist und weil man das nicht oft genug sagen kann.

(Beck, SPD: Sie sind ein konzeptionsfeindlicher Mensch, Herr Langen! CDU-Fraktion: Planlos!)

Ich komme im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik nochmals kurz auf die Westpfalz zurück. Gestern sprach auch der Ministerpräsident davon, daß dort die verkehrsmäßige Verbesserung dringend notwendig sei. Dazu möchte ich ausführen, daß Sie unsere Zustimmung haben, wenn es darum gehen sollte, die B 10 auszubauen. Wir werden allerdings, was die geplante Südumgehung Pirmasens betrifft, wir werden darüber hinaus insbesondere, was Forderungen des F.D.P.-Bundestagsabgeordneten Hirschler aus dieser Region betrifft, der die A 8, den vierspurigen Weiterbau der A 8 durch den Pfälzerwald, nach wie vor fordert, diesen Forderungen und diesen Maßnahmen unseren Widerstand, gemeinsam mit den Naturschutzverbänden, entgegensetzen.

(Beifall der GRÜNEN)

Wir werden gegen jeden einzelnen Meter dieser Strecke alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen. Auch dies möchte ich hier klar und deutlich sagen.

Ein weiterer Punkt ist das Bauvorhaben in Kaiserslautern „Südtangente“, das ich beispielhaft hier ansprechen möchte, und die Bezuschussung des Baues von Tiefgaragen und ähnlichem mehr. Dies alles geschieht mit der Zielsetzung, autogerechte Städte zu konzipieren, autogerechte Städte zu realisieren. Wir setzen unser Konzept, unsere Vorstellung dagegen. Unsere Vorstellungen gehen in die Richtung, daß Städte menschengerecht zu realisieren sind.

Was den Straßenbaubereich und die angesprochene Förderung von Tiefgaragen betrifft, haben wir ebenfalls umfangreiche Anträge vorgelegt, dies mit der Zielsetzung, wie ich das schon ausgeführt habe, Straßenbaumaßnahmen in den nächsten Jahren auf das absolut Notwendige zu begrenzen.

Ich möchte mit dieser Verdeutlichung unserer Position in dem Bereich meine Ausführungen beenden.

Vielen Dank.

(Beifall der GRÜNEN)

Präsident Dr. Volkert:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich eine Schülergruppe der Realschule Landstuhl.

(Beifall des Hauses)

Das Wort hat Herr Kollege Härtel.

(Mohr, CDU: Jetzt geht es los! -

Beck, SPD: Der Herr Schmalz wird schon blaß!)

**Abg. Härtel, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei den Reden der Kollegen Schmalz und Heinz hatte ich den Eindruck, daß sie sehr widerwillig ihren Vortrag hier absolviert haben.

(Dr. Langen, CDU: Was? Ein Pluspunkt!)

Es hat jeglicher Glanz, jeglicher Höhepunkt gefehlt.

(Beifall der SPD)

Ich muß sagen, insoweit, und das ist auch verständlich, entsprach das Ganze dem Etat des Wirtschafts- und Verkehrsministers, den wir heute beraten.

(Starker Beifall) der SPD -  
Beck, SPD: Bläß, flach!)

Die Tatsache, daß die Koalitionäre rund 40 Änderungsanträge ---

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Härtel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Heinz?

**Abg. Härtel, SPD:**

Nein, jetzt noch nicht.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Kollege Heinz, Sie haben doch noch gar keinen Stoff.

(Erneut Heiterkeit im Hause -  
Dr. Langen, CDU: Herr Kollege Härtel, Sie halten doch die gleiche Rede wie 1985, oder?)

Sie haben rund 40 Änderungsanträge von 180 für den gesamten Haushalt gestellt, und daraus ziehe ich, jedenfalls für mich, die Schlußfolgerung, daß sowohl CDU- wie F.D.P.-Fraktion gemerkt haben, wie dürftig der Haushaltsentwurf der Landesregierung war.

(Beifall der SPD -  
Grimm, SPD: Statt frischem Wind nur heiße Luft!)

Sie versuchen auf diese Art und Weise, den Haushalt noch einigermaßen in Form zu bringen. Freilich ein vergebliches Unterfangen. Was Sie als Koalition an Änderungsvorschlägen eingebracht haben, das ist der zum Scheitern verurteilte Versuch, aus einem alten häßlichen Mann einen jungen Adonis zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Selbst Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Sie im Schminken politischer Gestalten so viel Erfahrung haben, müßten die Vergeblichkeit Ihres Tuns erkennen.

(Beifall der SPD)

Welche Änderungsanträge haben Sie eingebracht? Zum Beispiel wollen Sie die Zuschüsse für das Beratungswesen im Handel von 50 000 DM auf 100 000 DM verdoppeln. Ich nehme an, Sie wollen damit die kleinen Einzelhändler beraten, die von SB- und Supermärkten aus ihren angestammten Fachgeschäften in den Städten herausgedrängt werden. Statt endlich diesen Konzentrationsprozeß, der besorgniserregende Ausmaße angenommen hat, wirksam zu unterbinden, winken Sie mit einem zusätzlichen Beratungshonorar von 50 000 DM. Das wollen Sie dann noch unter der Überschrift „Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft des Landes Rheinland-Pfalz“ verkaufen!

(Beifall der SPD -  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Härtel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Langen?

**Abg. Härtel, SPD:**

Es tut mir herzlich leid,

(Widerspruch bei der CDU)

und zwar deshalb nicht - ich erkläre es Ihnen -, weil ich meinem Kollegen Sondermann aus meiner Fraktion zugesichert habe, daß wir uns die verbleibende Redezeit aufteilen. Ich bitte um dieses kollegiale Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel: Da soll jetzt als Pilotprojekt der Landesregierung ein Bürokommunikationssystem eingerichtet und betrieben werden. Kosten: rund 1,9 Millionen DM in beiden Haushaltsjahren. Pilotprojekt, Entschuldigung, für wen, für was eigentlich?

(Staatsminister Brüderle: Für die Effizienzerhöhung!)

Voll funktionsfähige, dem Topstandard der Technik entsprechende Bürokommunikationssysteme können Sie bei der BASF, bei Boehringer, bei Daimler und so weiter, bei den leistungsfähigen Unternehmen dieses Landes studieren. Da braucht man kein Pilotprojekt bei der Landesregierung.

(Schmalz, CDU: Seit wann machen die Verwaltung? -  
Grimm, SPD: Bürokratie ist Bürokratie!)

- Entschuldigung, Büro ist Büro. Sie werden wissen, daß das einiges miteinander zu tun hat. Was Sie großspurig als Pilotprojekt verkaufen wollen, ist längst betrieblicher Alltag in den leistungsfähigen Unternehmen unseres Landes!

(Beifall der SPD)

Ein drittes Beispiel: CDU und F.D.P. erhöhen den Ansatz für Zuschüsse an mittelständische Unternehmen zu den Kosten der Beteiligung an exportorientierten Messen 1989 um 800 000 DM auf 1,55 Millionen DM. Man muß sich in Erinnerung rufen: 1987 standen dafür 2,7 Millionen DM zur Verfügung. Für 1988 wurde der Ansatz auf 1,25 Millionen DM, wie Sie wissen und wie Sie es auch durchgesetzt haben, also um mehr als die Hälfte, zusammengestrichen, und jetzt wird für 1989 wieder auf 1,55 Millionen DM aufgestockt.

(Beck, SPD: Stop-and-go-Politik!)

Das heißt, 1989 wird für die wichtige Förderung der Beteiligung an Exportmessen ein Betrag zur Verfügung gestellt, der 1,2 Millionen DM unter dem Ansatz von 1987 liegt.

(Staatsminister Brüderle: Wollen Sie bei den Kindergärten sperren oder was? -  
Beck, SPD: Das war nicht gut!)

Jeder auch nur einigermaßen informierte Beobachter weiß, daß es heute in einer wirtschaftlich schwieriger gewordenen Zeit notwendiger, dringender wäre, gerade mittelständische Unternehmen verstärkt an exportorientierte Messen heranzuführen.

(Beifall der SPD)

Statt dessen streichen Sie die Mittel zusammen. Wir wissen, daß Sie große Semantiker in Ihren Reihen haben, und auch das wollen Sie dann noch hier im Hause als zukunftsfähige Wirtschaftspolitik verkaufen!

Diese Beispiele, meine Damen und Herren, ließen sich fortsetzen. Geschenk.

(Dr. Langen, CDU: Tun Sie es doch! Sie wissen ja nichts mehr!)

Sie machen alle eines deutlich: Der Landeshaushalt, den wir heute beraten, ist trotz ihrer zahllosen Änderungsanträge kein großer Wurf, keine verlässliche, solide Grundlage für die rheinland-pfälzische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer. Er ist, was er war, ein schwarz-gelb-blauer Flickenteppich der Ratlosigkeit.

(Beifall der SPD -

Schmalz, CDU: Sie waren auch schon origineller!)

Jetzt werden Sie natürlich einwenden, was wir seit Monaten von Ihnen hören, wenn Ihnen die Argumente ausgehen: Ja, aber, da ist noch die Steuerreform, unsere Steuerreform, die größte und schönste und außerdem. - Das Herzstück der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird sie genannt. Ich sage Ihnen dazu: Erstens ist das keine Steuerreform, sondern eine Manipulation an unserem Steuersystem zugunsten jener,

(Beifall der SPD)

die eh mehr Geld haben, als sie brauchen.

Zweitens ist das kein Herzstück einer Wirtschaftspolitik,

(Zuruf des Abg. Schmalz, CDU)

sondern ein Schmerzstück, ein Schmerzstück eher in drei Akten, dessen ersten wir gerade erlebt haben.

(Beifall der SPD -  
Zuruf von Staatsminister Brüderle)

Mit dieser Manipulation an unserem Steuersystem, die mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung und emphatischen Begeisterung erfolgt, rauben Sie dem Land und seiner Politik für die nächsten zwei Jahre 520 Millionen DM, wie Sie wissen. Sie werden nicht nur dem Land, sondern auch den Kommunen und unseren kleinen und mittleren Unternehmen an Aufträgen fehlen.

Da das, was Sie als Steuerreform bezeichnen, irgendwie finanziert werden muß, verfällt die Bundesregierung auf merkwürdige, ich würde sagen, ja geradezu ökonomisch widersinnige Finanzierungsideen. Herr Minister, da wird das ERP-Kreditprogramm für Umweltschutzinvestitionen für die gewerbliche Wirtschaft um 280 Millionen DM auf 330 Millionen DM gekürzt. Wie hoch ist der Ansatz für Umweltschutzinvestitionen im Landesetat? Da wird der Bundeszuschuß zum Städtebauförderungsprogramm von bisher 1 Milliarde DM um 340 Millionen DM auf 660 Millionen DM gekürzt. Wie hoch ist der Etat für Städtebauförderung in diesem Land?

Da wird die Mittelstandspolitik des Bundes, die in großer Einigkeit vor Jahren von fast allen Fraktionen gemeinsam getragen wurde, regelrecht Stück für Stück geschleift. Die Mittel zur Förderung kleiner und mittlerer selbständiger Unternehmen werden von 1987 bis 1991 von 1,1 Milliarden DM auf 485 Millionen DM gekürzt. Dann sagen Sie diesem Hause einmal, was im Haushalt des Wirtschaftsministers dieses Landes für diesen Bereich enthalten ist.

(Zuruf von Staatsminister Brüderle)

- Ja, das weiß ich alles. Da wird die Forschungsförderung des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen drastisch ge-

kürzt. Da wird das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes für Existenzgründer im nächsten Jahr ersatzlos eingestellt.

Meine Damen und Herren, durch diese Maßnahmen der Bonner Regierung werden dem Land Rheinland-Pfalz, der rheinland-pfälzischen Wirtschaft, den kleinen und mittleren Unternehmen finanzielle Hilfen in einem unglaublichen Ausmaß entzogen, das ein Mehrfaches dessen beträgt, was Sie vom Umfang her in Ihrem Etat zur Hilfe für die rheinland-pfälzische Wirtschaft bereitstellen können. Das gilt sowohl für das Technologieprogramm als auch für das Mittelstandsförderungsprogramm und für die Forschungsförderung und so weiter.

Alle diese Maßnahmen der Bonner Regierung unterstützen Sie bekanntermaßen und versuchen, das klägliche Ergebnis Ihrer mühseligen Arbeiten und Änderungsarbeiten am Haushaltsentwurf als zukunftsfähige Politik zu verkaufen.

(Beifall der SPD)

Sie wissen ganz genau, in Bonn betätigen Sie sich als Brandstifter und möchten hier im Lande gern Feuerwehrmänner spielen. Das geht nicht.

(Beifall der SPD)

Das wird Ihnen deshalb nicht gelingen, weil nicht nur die SPD das sagt, sondern weil Sie es auch mit Leuten der Wirtschaft zu tun haben, Herr Minister, die vor allen Dingen eines auszeichnet, daß sie nicht nur rechnen, sondern auch saldieren können.

(Staatsminister Brüderle: Eben, deshalb!)

Dann saldieren sie das, was ihnen in Bonn genommen wird mit dem, was Sie an Heftpflastern auf die Wunden zu kleben versuchen, und mit dem, was Sie versprechen. Die Antwort wird sein: Gewogen und zu leicht befunden. -

(Beifall der SPD)

Natürlich haben Sie es nicht leicht. Sie befinden sich in der Garrotte der Bonner Finanzpolitik. Dabei wundert mich - Sie wissen, eine Garrotte ist ein mittelalterliches Würgeinstrument, das die Lebenden zu den Toten befördert -

(Zuruf von Staatsminister Brüderle)

daß Sie sich darüber noch freuen.

(Staatsminister Brüderle: Weil es eine gute Politik ist! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich kann das nur als eine zwar seltene, aber möglicherweise auch nur in dieser Form in Erscheinung tretende - mög-

licherweise heißt sie auch so - Art eines koalitionsären Masochismus bezeichnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD -  
Staatsminister Brüderle: Lassen Sie da die  
Wähler entscheiden!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik weder Ihrer Freunde in Bonn noch dieser Landesregierung sind berechenbar, für die Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer verläßlich. Bonner Wirtschaftspolitik und rheinland-pfälzische Wirtschaftspolitik haben noch eines gemeinsam. Sie sind nicht seriös. Deshalb verfällt dieser Etat der Ablehnung der Opposition.

(Beifall der SPD)

Präsident Dr. Volkert:

Ich darf Schülerinnen und Schüler des Regio-Gymnasiums in Prüm begrüßen.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Langen.

Dr. Langen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute von seiten der Opposition das gehört, was wir seit Jahren hier an Kassandrarufern vernehmen müssen, nämlich keine Perspektive, sondern nur lautes Weheklagen.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Härtel, das, was Sie geboten haben an Härtels Märchenstunde,

(Zurufe von der SPD)

angefangen vom Haushalt, von den angeblichen Perspektiven, die die SPD hier aufzeigt, belegt, daß Sie sich offensichtlich mit dem Wirtschaftshaushalt bis heute nicht ausreichend befaßt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Schwarz hat hier zu Beginn der Debatte in Anspruch genommen, daß die SPD neue Ideen einbringt, daß sie das, was der Landesregierung angeblich nicht gelungen sei, nämlich unser Land hinaus auf die Zukunft zu richten, einklagen müsse.

Wie sieht das denn aus? Wie schlägt sich das denn jetzt tatsächlich in den Haushaltsanträgen nieder, meine Damen und Herren?

(Waldenberger, CDU: So ist das!)

Wollen wir einmal die 36 Anträge der SPD aus dem Wirtschaftsbereich analysieren. Dann werden wir vielleicht schon ein paar Details finden.

In dem, was die SPD uns zur morgigen Abstimmung vorgelegt hat, sind 20 Anträge wörtlich von der Regierungskoalition, von den Fraktionen CDU und F.D.P., übernommen; 16 sind neu.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie ruhig Ihre eigenen Anträge schlecht!)

- Nein, nein. Eine gewisse Lernfähigkeit ist Ihnen zuzumessen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber Sie können doch nicht unsere Anträge schamlos übernehmen und das dann als Ihr Konzept verkaufen, meine Damen und Herren.

(Reitzel, SPD: Haben Sie sich beim Abschreiben geschämt?)

Außer diesen Punkten haben Sie von Ihren 16 Anträgen noch fünf dabei, die Sie hier groß als Schwerpunkte proklamiert haben. Diese sind morgen überhaupt nicht abstimmungsfähig, weil sie der Geschäftsordnung des Landtags widersprechen.

(Zuruf von der SPD)

- Ja. § 65 der Geschäftsordnung des Landtages sagt eindeutig: Anträge, über die abgestimmt werden kann zum Haushalt, müssen vorher im Haushalts- und Finanzausschuß beraten werden. - Sie haben keine Anträge im Haushalts- und Finanzausschuß zu fünf Schwerpunkten gestellt, wie Sie es bezeichnen: Förderung kommunaler Beschäftigungsinitiativen mit 9,79 Millionen DM - kein Antrag -; Maßnahmen der Dorferneuerung mit 9 Millionen DM - kein Antrag gestellt -; Förderungsmaßnahmen Energieeinsparung mit 9 Millionen DM - kein Antrag -; Verpflichtungsermächtigungen zur Strukturverbesserung im ländlichen Raum mit 9 Millionen DM - auch kein Antrag -; und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung mit insgesamt 20 Millionen DM - keine Anträge im Haushalts- und Finanzausschuß, meine Damen und Herren.

Das heißt: Sie haben doch überhaupt nicht ernsthaft angenommen, daß über diese Anträge hier beraten und abgestimmt werden soll.

(Zuruf des Abg. Reitzel, SPD)

- Ja, was soll das denn? Dann müssen Sie das doch in der entsprechenden Vorberatung auch vorbringen.

(Reitzel, SPD: Zur Sache haben Sie nichts zu sagen!)

Sie können nicht behaupten, 56,8 Millionen DM seien Schwerpunkte von Ihnen, wenn Sie noch nicht einmal die geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen hier erfüllen.

(Beck, SPD: Ach Gott, Herr Langen!)

Ich sage das in aller Klarheit: Das ist Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU -

Beck, SPD: Gott, ach Gott! -

Weiterer Zuruf von der SPD: Inhaltlich müssen Sie darauf eingehen!)

- Oh, dazu kommen wir noch; regen Sie sich ab!

Herr Kollege Härtel, Sie haben beanstandet, daß für die Beratung im Handel 50 000 DM zur Verfügung gestellt würden.

(Abg. Itzek, SPD, meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Sie kommen nachher dran, Herr Kollege Itzek; zuerst bringe ich einmal meine Dinge zu Ende.

**Vizepräsident Reitzel:**

So machen wir das nicht hier. Wollen Sie einen Arbeitsplatz wegrationalisieren - oder?

(Heiterkeit bei der SPD)

**Abg. Dr. Langen, CDU:**

Sie haben also beanstandet, daß wir für die Beratung im Handel den Ansatz um 50 000 DM erhöht haben. Warum denn, Herr Kollege Härtel, haben Sie diesen Antrag in Ihrem Antragspaket wörtlich übernommen, und dann noch mit falschen Zahlen? Diese falschen Zahlen belegen doch, wie intensiv Sie sich überhaupt damit beschäftigt haben - offensichtlich gar nicht; Sie haben es nach den Haushaltsberatungen nur abgeschrieben.

Dann ist die Steuerreform als Manipulation bezeichnet worden. Ja, das ist natürlich aus der Sicht der SPD eine gängige Formulierung, um die Bürger zu verunsichern über das, was tatsächlich an positiven Leistungen kommt.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Die SPD hat in den letzten zwei Jahren - ich könnte Ihnen das, wenn mir die Zeit bliebe, alles vortragen - insgesamt 44 Vorschläge für Steuererhöhungen gemacht, und da wollen Sie hier den Anspruch erheben, die Bürger entlasten zu

wollen. Sie sind doch eine Steuererhöhungspartei. Das sind doch die Fakten!

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Härtel hat dann weiter gesagt, das sei alles so schlimm, weil Subventionen und Hilfen gekürzt würden.

(Zuruf von der SPD)

- Das ist eben hier gesagt worden. - Da sehen Sie den grundlegenden Unterschied zwischen dem, was Sie konzeptlos als Wirtschaftspolitik verkaufen, und dem, was wir tatsächlich machen.

(Zuruf des Abg. Härtel, SPD)

- Ja, ja, Sie haben geklagt, daß Hilfe entzogen wird. Wir, die Regierungskoalition, sind der Meinung, daß die Unternehmen keine staatlichen Krücken, sondern dauerhafte Heilung brauchen, damit sie aus eigener Kraft gehen und laufen können; das ist der grundlegende Unterschied. Sie wollen überall den Staat dazunehmen und die Unternehmen damit abhängig machen, die Eigeninitiative zerstören; das sind Ihre Vorschläge, die Sie heute hier vorbringen.

(Unruhe bei der SPD und Zuruf: Reiner Quatsch!)

- Meine Damen und Herren, Sie müssen sich das schon anhören.

Ich glaube, es geht heute, wenn wir über den Haushalt des Wirtschaftsministers reden, darum: Wie sehen denn die Zukunftsperspektiven für unser Land aus? Wie müssen die Rahmenbedingungen in den 90er Jahren gesetzt werden? Das sind doch die entscheidenden Fragen und nicht, ob in dem oder dem Punkt noch 10 000 Mark mehr oder weniger möglich sind. Welche Probleme gibt es in den strukturschwachen Regionen? Wie können wir darauf antworten? Was kann denn die Wirtschaftspolitik des Landes überhaupt bewegen? Wenn man Ihre Reden hört, dann meint man, der Wirtschaftsminister des Landes könne die Welt verändern. Wie kann die Wirtschaftspolitik des Landes in der weltweiten Arbeitsteilung aktiv werden?

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD)

- Ja, das ist die entscheidende Frage. Wir können doch hier nicht so tun, als ob wir die Welt aus den Angeln heben könnten. Daß wir es nicht vermögen, damit müssen Sie sich abfinden. Ihre Staatsgläubigkeit hat nur zu negativen Ergebnissen geführt, und zwar überall, wo sich das zeigen konnte.

(Beifall bei der CDU -  
Widerspruch bei der SPD)

Auch das sind Fragen, die wir uns stellen müssen: Welche Aufgaben kann der Staat in der sozialen Marktwirtschaft

wahrnehmen, welche soll er wahrnehmen? Wo gibt es Privatisierungsmöglichkeiten? Wo können in der Tat Subventionen abgebaut werden, und wo müssen wir deregulieren, vorhandene überstarke Regulierungstendenzen abbauen? Das sind die Fragen, die wir uns stellen müssen. Ich meine, niemand darf glauben machen wollen, daß der Wirtschaftsminister alles aus dem Hut zaubern kann.

Faktum ist, daß die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes durch die gute und erfolgreiche Wirtschaftspolitik der CDU in den letzten beiden Jahrzehnten, insbesondere durch die beiden letzten Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink und Rudi Geil, nachhaltig gefördert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten, meine Damen und Herren, sind doch nicht zu widerlegen: Wir sind seit 1981 in der Arbeitslosenquote unter dem Bundesdurchschnitt. Wir haben überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Wir haben eine niedrige Insolvenzquote, eine gute Infrastruktur, eine hohe Exportquote, hervorragend ausgebildete und qualifizierte Facharbeiter. Wir haben eine mittelständische Wirtschaftsstruktur. Das sind positive Faktoren, die Sie nicht wahrhaben wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU -  
Unruhe und Widerspruch bei der SPD)

Wir freuen uns, daß der neue Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, der heute seinen ersten Haushalt vertreten muß, auf dieser erfolgreichen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre aufbauen kann.

(Beck, SPD: Sie sollten mal hören, was er darüber gesagt hat!)

Wir sind uns innerhalb der Regierungskoalition einig, daß es keiner grundlegenden Richtungsänderung in der Wirtschaftspolitik bedarf, weil sie in der Vergangenheit so gut war.

(Beifall bei der CDU -  
Anhaltend Unruhe bei der SPD)

Die Fragen, die wir uns stellen müssen, sind doch andere, als es in Ihren dauernden Kassandrarufern, diesem grundlegenden Pessimismus zum Ausdruck kommt. Was wollen wir denn den jungen Leuten, die etwa auf der Zuschauertribüne sitzen, an Zukunftsperspektive bieten, wenn man nur solche Kassandrarufer wie von Ihnen hört, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU -  
Teils Heiterkeit, teils Unruhe und Widerspruch  
bei der SPD)

Die Frage, auf die es ankommt, lautet: Welche Chancen hat der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland, welche Chancen hat der Industriestandort Rheinland-Pfalz in der Zukunft?

(Zuruf von der SPD: Ja, welche?)

Es ist doch ein Faktum - auch wenn Sie es immer wieder leugnen -, daß erst eine funktionierende Wirtschaft Wohstand, Bildung, Freizeit, Sicherheit und auch persönliche Freiheit ermöglicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Härtel, wir waren in der DDR. Wir haben uns davon überzeugen können, wohin Planwirtschaft in der Realität führt: zu persönlicher Unfreiheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Grimm, SPD: Ja und? -

Zurufe von der SPD: Ach und Oh!)

- Ja, das ist so!

(Unruhe und weitere Zurufe von der SPD)

Es ist doch ein Faktum, daß sich die Standortfaktoren beträchtlich verschlechtert haben. - Mit diesen Zwischenrufen bringen sie mich nicht aus der Ruhe, Herr Kollege Grimm.

(Zuruf von der SPD: So was an Quatsch! -

Grimm, SPD: Was hat denn Planwirtschaft mit der Politik der SPD zu tun?)

- Ja, gut, Sie wollen doch überall einen neuen Plan, überall mehr Staat; das geht doch in die gleiche Richtung.

(Grimm, SPD: Sie sind ein Verleumder!)

Das ist doch so!

(Grimm, SPD: Sie sind ein Verleumder!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns der Frage stellen, warum denn die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren an Standortvorteilen verloren hat, warum sie in vielen Veröffentlichungen der letzten Monate zunehmend von den Unternehmen als Problem der 90er Jahre gesehen wird. Welche Faktoren sind denn das, und vor allen Dingen welche Vorschläge hat die SPD, um diese Probleme zu überwinden?

Die Arbeitskosten gehören zu den höchsten der Welt - das ist ein Faktum -, und wenn wir 1992 einen Binnenmarkt der EG haben, dann müssen wir uns mit unserem durchschnittlichen Arbeitslohn von 38 DM pro Stunde mit dem von 18 DM in Spanien auseinandersetzen. Das ist ein Faktum.

Die Energiekosten sind bei uns besonders teuer, ein Drittel höher als in den Niederlanden und in Frankreich - alles in der EG. Dabei sind Sie gegen die Kernenergie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN.

(Starker Beifall der SPD und der GRÜNEN)

Wir haben hohe Transportkosten, sowohl auf der Straße wie auf der Schiene, aber auch bei der Telekommunikation. Was machen Sie? Sie wehren sich dagegen, daß auch nur kleine marktwirtschaftliche Verbesserungen, etwa durch die Postreform, möglich werden. Dagegen wehren Sie sich doch!

(Beifall bei der CDU)

Sie sind doch auf allen Punkten genau auf dem gegenteiligen Trip; und da wollen Sie uns hier vormachen, Sie hätten eine Zukunftsperspektive!

(Unruhe bei der SPD und Zurufe)

Der Umweltschutz belastet die Unternehmen enorm, meine Damen und Herren, bei uns viel stärker als in anderen Ländern. Das ist ein Faktum. Weil das so ist, müssen wir uns doch etwa auch darum bemühen ---

(Anhaltend Unruhe und Widerspruch bei der SPD)

- Seien Sie doch mal ruhig! -

Weil das so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, bekennen Sie sich doch dazu, daß wir in diesem Land eine Sondermüllverbrennungsanlage brauchen. Bekennen Sie sich doch offensiv dazu, und lassen Sie nicht hier große Reden folgen und vor Ort Ihre Parteifreunde dazu bewegen, daß sie dagegen stimmen. Das sind doch die Fakten! Sie sind doch gar nicht für die Zukunft unseres Landes gerüstet!

(Erneut Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum nächsten Punkt, der zur Standortverschlechterung der Bundesrepublik Deutschland beiträgt: die hohen Unternehmenssteuern. Welches Rezept hat die SPD? Sie ist gegen die Steuerreform, sie will die Gewerbesteuer noch revitalisieren. Das ist ein schönes Fremdwort, damit niemand weiß, was dahintersteckt; auf deutsch heißt das: erhöhen.

(Erneut Unruhe bei der SPD -

Beck, SPD: Ach, das ist doch auch dummes Zeug, wie Sie genau wissen!)

- Ich kann Ihnen die Quelle vorlesen.

(Beck, SPD: Sie sind ein Drüberwegredner! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ein weiterer Punkt sind langwierige Genehmigungsverfahren bei Investitionen.

(Unruhe im Hause)

Herr Präsident, ich kann zwar allerhand vertragen, aber wenn ---

(Zuruf von der SPD)

Vielleicht sollten Sie auf der Seite zuhören, was dort so an parlamentarischen Ausrufen und alles gebracht wird.

Wo bei Ihnen die Argumente aufhören, siegt der Kehlkopf.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -  
Zurufe von der SPD)

Sozialer Friede und das gute Arbeitsklima der letzten Jahre haben sich doch nicht verbessert. Das hat sich doch eher verschlechtert. Was fordert die SPD? Sie fordert eine massive Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und alles, was damit verbunden ist, und zwar eine Verschärfung der Sozialgesetzgebung für die Betriebe. Das ist genau das Gegenteil, was für eine Bewältigung der 90er Jahre nötig ist.

Wir müssen damit kämpfen, daß in weiten Teilen der Bevölkerung heute die Freizeit im Verhältnis zur Arbeit sehr hoch bewertet wird. Die Politik hat die Aufgabe, dieser Bewertung aktiv entgegenzusteuern.

(Zurufe von der SPD: Was?)

- Nein, Sie haben gar nicht zugehört.

Die Alarmsignale sind so deutlich. Wir brauchen über die Arbeitslosigkeit nicht zu diskutieren, wenn zwei Drittel unserer volkswirtschaftlichen Ersparnisse im Ausland investiert werden. Da sehen wir, wo das Geld hingeht.

(Zuruf des Abg. Lang, R., SPD)

- Sie kapieren das nicht. Ich kann Ihnen das aber einmal kurz erläutern.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD -  
Unruhe im Hause)

In Zeiten fester Wechselkurse war für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft ausschließlich die Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Produkte entscheidend. In Zeiten flexibler Wechselkurse ist international zunehmend das Kapital zu einem Konkurrenzfaktor geworden. Das müssen wir doch in Augenschein nehmen. Wir können doch nicht daran vorbeigehen, daß das Kapital weltweit so mobil ist, daß wir uns nicht abschotten können. Alles andere ist eine Irreführung der Bürger.

Damit Herr Kollege Lautenbach auch noch Gelegenheit hat, hier etwas zu sagen, komme ich zum Ende.

(Beifall der SPD -  
Grimm, SPD: Das war der beste Satz! -  
Weitere Zurufe von der SPD)

Ich möchte mich herzlich für diesen Haushalt bedanken. Wir erwarten vom Wirtschaftsminister natürlich, daß er etwa bei der Privatisierung Initiativen ergreift, daß er dort die Koalitionsvereinbarung umsetzt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir erwarten natürlich vom Wirtschaftsminister konkrete Vorschläge zum Subventionsabbau.

(Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, daß Ihnen das nicht gefällt.

Wir erwarten vom Wirtschaftsminister konkrete Vorschläge zum Abbau der Regulierungen, nicht nur im Ladenschlußgesetz, sondern überall dort, wo überzogene Rechtsvorschriften wirtschaftliches Handeln behindern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen den Haushalt des Wirtschaftsministers. Er trägt eine klare marktwirtschaftliche Handschrift und ist eine gute Weiterentwicklung der bewährten christdemokratischen Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Heiterkeit bei der SPD -  
Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Reitzel:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bauckhage das Wort.

(Beck, SPD: Sie haben es schwer, sich zu distanzieren!)

**Abg. Bauckhage, F.D.P.:**

- Herr Beck, das ist leicht, ganz leicht.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaftspolitik ist in der Tat zukunftsentscheidend für die Bürger unseres Landes. Deshalb möchte ich versuchen, die Sache etwas zu versachlichen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es macht keinen Sinn, wenn wir uns unterschiedliche Positionen vorwerfen und dabei nichts herauskommt.

(Zurufe von der CDU und der SPD: Sehr richtig!)

Gestatten Sie mir trotzdem, auf meine Vorredner einzugehen. Ich komme zunächst einmal zu den Ausführungen des Herrn Dr. Langen. Es wäre sehr gut gewesen, wenn Sie gestern abend hier gesprochen hätten, dann wäre bestimmt Lebhaftigkeit in diesem Parlament gewesen. Sie haben einen guten Debattenbeitrag geliefert.

(Grimm, SPD: Sie sind aber auch nicht anspruchsvoll!)

Ich sage, wir wollen Deregulierungen und wollen diese nicht verstärken.

Herr Härtel, lassen Sie mich eines zu Ihnen sagen. Ich sage das deshalb, weil die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten ordnungspolitische Unterschiede trennen. Ich sage das ganz wertfrei. Ich werde nachher noch näher darauf eingehen. Wenn Sie hier von den Garrotten und von diesem Folterwerkzeug sprechen, so sage ich Ihnen, die Wirtschaft kann nicht mehr Planung und mehr Staat gebrauchen. Sie braucht Deregulierungen; denn das sind Ihre Folterwerkzeuge, die Sie bisher an die Wirtschaft angelegt haben. Ein Beweis ist die Verweigerung der Steuerreform.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Grimm, SPD: Das ist falsch!)

Die Steuerreform hat heute morgen hier eine erhebliche Rolle gespielt.

Herr Präsident, gestatten Sie, daß ich auf die heutige Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hinweise. Herr Dieckvoß, dort werden Sie in Ihren Ausführungen von gestern voll bestätigt.

(Beifall der F.D.P. -  
Beck, SPD: Dieses fortschrittliche Blatt!)

Herr Schwarz, die Überschrift lautet: „Konjunkturerwartung wieder aufgeheilt - Investitionsbedingungen verbessern. Das ist das Ergebnis der Sitzung des Finanzplanungsrates. Die Konjunkturerwartungen haben sich deutlich aufgeheilt. Die Bundesregierung sieht jetzt ihre Projektion von real 1,5 bis 2 % für das Sozialprodukt im laufenden Jahr am Rande der unteren Wahrscheinlichkeit. Diese Einschätzung begründete Staatssekretär Schlecht vom Wirtschaftsministerium in der Sitzung des Planungsrates mit der jüngsten Entwicklung der Industrieproduktion.

(Grimm, SPD: Systematische Schönfärberei!)

Nach wie vor erwartet die Bundesregierung Wachstumsimpulse.“

(Zuruf des Abg. Grimm, SPD)

Ich sage Ihnen, Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts, Herr Grimm.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU -  
Grimm, SPD: Sicher!)

Herr Schwarz, nun komme ich noch einmal zu Ihren Ausführungen zurück, bevor ich mich mit einem einzigen Satz an Herrn Seibel wende. Herr Schwarz, gerade Sie haben heute morgen hier in der Debatte doch ein Stück mehr Planwirtschaft verlangt. Sie haben Strukturräte - nicht direkt, aber indirekt - in Ihrer Rede gefordert. Genau das ist das Marter- und Folterwerkzeug, das die Wirtschaft nicht gebrauchen kann. Genau das erzeugt ein Klima, welches keine Prosperitäten in der Wirtschaft ergeben wird.

(Beifall der F.D.P. und CDU -  
Schwarz, SPD: Er hat doch gar nicht zugehört!)

- Ich habe sehr gut zugehört.

Darüber hinaus komme ich zu einem Problem der regionalen Wirtschaftspolitik, das Sie hier angeschnitten haben. Man hat den Eindruck - Herr Heinz hatte heute morgen dankenswerterweise den europäischen Binnenmarkt angeschnitten -, Sie wissen gar nicht, daß wir in Europa leben. Sie wissen genau, daß in der Europäischen Gemeinschaft ganz klare Förderrichtlinien vorherrschen. Ich sage das deshalb, weil Sie fordern, im Wirtschaftsministerium weitere Fördermittel für Gebiete, die nicht zur Gemeinschaftsaufgabe gehören, auszuweisen. Sie wissen, dies ist rechtswidrig.

(Zurufe von der SPD: Das will der Minister  
selber machen!)

Ich sage Ihnen, der Schritt der Landesregierung, der Schritt der Koalition, dieses im Investitionsstock anzusiedeln, ist richtig und zukunftsweisend.

(Beifall bei F.D.P. und vereinzelt bei der CDU -  
Grimm, SPD: Das Ergebnis ist doch dasselbe!)

Es geht darum, wie es rechtlich vertretbar ist. Es hat keinen Sinn, hier populistische Politik durch Haushaltsansätze zu machen.

(Schwarz, SPD: Was ist populistischer?)

Es hat nur dann Sinn, Haushaltsansätze so zu gestalten, wenn sie auch hinterher wirkungsvoll unten ankommen.

(Beifall bei F.D.P. und vereinzelt bei der CDU -  
Schwarz, SPD: Wir werden es erleben!)

Herr Seibel, ich sage ein Wort zu Ihren Ausführungen. Wenn ich das von der Gewinnbegrenzung und Ihre Sprache höre, so erinnert mich diese Sprache sehr stark an Karl Marx.

(Schwarz, SPD: An wen?)

- An Karl Marx, nicht an Sie, Herr Schwarz.

Ich sage Ihnen aber auch, selbst in den Staaten, in denen derzeit Planwirtschaft vorherrscht, hat man erkannt, daß die Planwirtschaft in diesem Sinne nicht weiterführt. Man hat erkannt, daß man von dieser total durchgeplanten und gelenkten Wirtschaft wegkommen muß. Das hat man selbst an der Stelle erkannt, an der lange Jahre Planwirtschaft war und noch ist.

(Grimm, SPD: Was hat das mit Karl Marx zu tun?)

- Herr Grimm, Sie werden mir wohl nicht erzählen wollen, Karl Marx hätte eine freiheitliche Wirtschaftsordnung gewollt. Das können Sie mir nicht erzählen.

(Grimm, SPD: Ist er der Erfinder der Planwirtschaft?)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland mit überwiegend mittelständischer Wirtschaftsstruktur. Die Wirtschaftspolitik muß den ordnungspolitischen Rahmen setzen und die Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen, sowohl der großen als auch der kleinen, ermöglichen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Leistungsfähigkeit, Kreativität, Innovationsbereitschaft und Mut müssen bei denjenigen gefördert werden, die in der Privatwirtschaft ökonomische Verantwortung übernommen haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diesem Anspruch wird die Wirtschaftspolitik des Landes gerecht. Der Haushalt setzt im Rahmen der Möglichkeiten die richtigen Akzente. Von einem Haushalt können und dürfen jedenfalls nach unserem Verständnis von Wirtschaftspolitik Impulse für die Wirtschaft ausgehen.

(Erneut Beifall bei der F.D.P.)

Um eines sofort klarzustellen: Die F.D.P.-Fraktion glaubt an die soziale Marktwirtschaft. Die F.D.P.-Fraktion ist davon überzeugt, daß im System dieser Wirtschaftsform die derzeitigen Probleme des Arbeitsmarktes zu lösen sind. Das heißt, wir wollen keine staatlichen Beschäftigungsprogramme, weil wir aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus wissen, daß diese immer nur den Charakter eines Strohfleuers haben.

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Wirtschaft in der Lage ist, auch die Beschäftigungsprobleme zu lösen, wenn der Staat die Rahmen richtig gestaltet. Die Bonner Steuerreform ist hier der richtige Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Grimm, SPD: Er kann es gar nicht oft genug sagen!)

Dazu gehört natürlich volkswirtschaftlich verantwortungsvolles Verhalten der Tarifpartner. Ich nenne Edzard Reuter, weil es unverfänglich ist, ihn hier zu nennen. Sie hätten ihn damals gern als Wirtschaftsminister in Bonn gesehen. Aus welchen Gründen er abgesagt hat, bleibt dahingestellt.

(Grimm, SPD: Raten Sie einmal! Sie sind ein Scherzbold!)

Auf jeden Fall war er nicht bereit, unter Umständen bei Herrn Rau in Bonn Wirtschaftsminister zu werden. Edzard Reuter hat kürzlich in der „Wirtschaftswoche“ erklärt, die Löhne bei uns seien zu hoch und die Arbeitszeit zu unflexibel. Edzard Reuter hat dies im Zusammenhang mit der hohen Investitionswelle deutscher Unternehmen im Ausland nicht ohne Grund gesagt.

Glauben Sie nur nicht, ich wollte hier und heute Lohnkürzungen das Wort reden. Nein, ich will nur verdeutlichen, daß die Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand keine unnötigen Belastungen und keine Eingriffe des Staates brauchen kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir brauchen Stabilität und Wachstum, damit Investitionen leichter möglich werden. Dies ist wichtig, um die Probleme des Arbeitsmarktes zu entkrampfen.

Ich habe eingangs die Wirtschaftsstruktur des Landes grob umrissen. Ich möchte noch einmal versuchen, die Situation etwas zu verdeutlichen. Im rheinland-pfälzischen Handwerk sind in 39 000 Betrieben rund 240 000 Leute beschäftigt. Das Handwerk hat etwa 14 000 neue Lehrverträge abgeschlossen; davon legen etwa 13 000 jährlich die Gesellenprüfung ab. Insgesamt sind etwa 40 000 Auszubildende im Handwerk beschäftigt. Diese 40 000 sind nicht bei den 240 000 Beschäftigten eingerechnet.

Das Handwerk macht einen Gesamtumsatz von 25 Milliarden DM im Jahr. Meine Damen und Herren, ich will damit nur verdeutlichen, welche enorme Wirtschaftskraft allein dieser Wirtschaftszweig hat. Gerade in diesen kleinen und mittleren Betrieben - die Industrie und andere müssen mit gesehen werden - entwickelt sich eine große Innovationskraft. Das Problem der mittelständischen Betriebe liegt darin, daß sie naturgemäß nicht den entsprechenden Background haben können, um diese Kreativität umzusetzen. Deshalb halten wir die Mittelansätze im Bereich der Technologie und des Technologietransfers für richtig und richtungweisend.

(Beifall bei der F.D.P.)

Darüber hinaus begrüßt die F.D.P.-Fraktion die Mittelansätze für die Exportberatung kleiner und mittlerer Unternehmen genauso wie das Messeprogramm. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen steckt eine Menge praxisorientierter

und zukunftsweisender Ideen. Ich nenne als Stichwort den Tüftlergeist.

(Grimm, SPD: Richtig!)

Es fehlt ihnen zur Umsetzung die wissenschaftliche Begleitung. Deshalb ist die F.D.P.-Fraktion davon überzeugt, daß die Verstärkung der Mittel - durch die Koalition gewollt - im Bereich des Beratungswesens sinnvoll und richtig ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gilt ebenso für die Fortführung des Messeprogramms. Dies ist deshalb wichtig, weil für die mittelständische Wirtschaft der Zugang zum Markt ungleich schwieriger als für große Unternehmen ist.

(Erneut Beifall bei der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang muß die Exportberatung, die weiter gefördert wird, gesehen werden. Die F.D.P.-Fraktion hält diese Ansätze im Haushalt für ordnungspolitisch richtig, weil sie Chancengleichheit des Mittelstandes herstellen will.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich wiederhole, daß die F.D.P.-Fraktion davon überzeugt ist, daß das duale Ausbildungssystem und das Weiter- und Fortbildungssystem den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist.

Der Haushalt des Landes hat zum ersten Mal einen Titel für überbetriebliche Ausbildung in bezug auf neue Technologien. Hier geht es um eine Komplementärfinanzierung von jeweils 600 000 DM. Frau Düchting, die Idee hatte Herr Möilemann, der heute morgen nicht kritisiert worden ist.

(Frau Düchting, SPD: Das andere haben Sie gestrichen!)

Darüber hinaus hat die Koalition noch einmal für die überbetriebliche Aus- und Fortbildung eine Verstärkung der Mittel beantragt. Die F.D.P.-Fraktion ist davon überzeugt, daß durch solch praxisorientierte Fort- und Weiterbildung eine hohe Effizienz erzielt wird, und zwar auch und gerade für die Beschäftigten.

(Beifall bei der F.D.P. -  
Grimm, SPD: Richtig! Das sehen wir auch so!)

Meine Damen und Herren, nach unserer Meinung wird im Bereich der Wirtschaftspolitik die Zukunft für unser Land und damit für die Bürger entscheidend bestimmt. Wir müssen uns den Anforderungen der Zeit stellen. Hierbei nutzt es nichts, an überholten Strukturen festzuhalten. Deshalb hält die F.D.P.-Fraktion die Fortführung des Technologieprogramms für zukunftsorientiert, für zukunftsweisend und

für richtig. Exemplarisch stehen hierfür die Mittelansätze für anorganische Sonderwerkstoffe, Glas und Keramik sowie die Einrichtung eines Servicelabors für Oberflächen- und Dünnschichtanalytik. Der Doppelhaushalt gibt hier zukunftsweisende Impulse.

Gestatten Sie mir, noch einmal zum rheinland-pfälzischen Handwerk zurückzukommen. Jährlich legen rund 2 000 junge Leute die Meisterprüfung ab. Daran sieht man, wie groß die Bereitschaft bei vielen ist, Verantwortung und somit auch Risiko zu übernehmen. Deshalb hält die F.D.P.-Fraktion sowohl das Zinszuschußprogramm als auch das Existenzgründungsprogramm für eine wichtige und richtige Politik.

(Beifall der F.D.P.)

Hier geht es nicht darum, Subventionen zu verteilen, sondern Risikobereitschaft, Mut und Kreativität zu honorieren.

Man muß diese Ansätze auch im Zusammenhang mit der zu dünnen Eigenkapitaldecke des Mittelstandes sehen. Ganz bewußt will ich die Problematik des Eigenkapitals heute nicht weiter ausführen.

Meine Damen und Herren, die Bonner Steuerreform kann von Ihnen geißelt werden, wie Sie das wollen. Sie können sagen, es ist eine Reform für die Reichen. All dies stimmt nicht.

(Zuruf von der SPD: Schenkung!)

Die Bonner Steuerreform ist der richtige Schritt; sie schafft das richtige Klima zur wirtschaftlichen Entwicklung und trägt entscheidend dazu bei, daß das Eigenkapital des Mittelstandes besser und stärker wird.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Wie eingangs erwähnt, werden die Lebensbedingungen für die Zukunft des Landes entscheidend von der richtigen Wirtschaftspolitik des Landes abhängig sein. Es wird entscheidend sein, wie und in welchem Klima wirtschaftliche Betätigung erfolgt. Es ist entscheidend, ob wir eine technikfeindliche Politik oder eine Politik haben, die sich dem technischen Wandel stellt. Die Wirtschaftspolitik des Landes tut letzteres, was nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion richtig ist. Deshalb stimmen wir dem Einzelplan 08 aus Überzeugung zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Präsident Dr. Volkert:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Teilnehmer der 26. Pfälzischen Skiwoche.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Sondermann.

Abg. Sondermann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Langen, ich habe Sie noch in bester Erinnerung, als Sie beim verehrten Wirtschafts- und Verkehrsminister Holkenbrink die Akten trugen.

(Dr. Langen, CDU: Richtig!)

Dieser Aufgabe waren Sie gewachsen.

(Beifall der SPD -  
Ministerpräsident Dr. Vogel: Jeder fängt  
einmal klein an!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in Ihrer Haushaltsrede gesagt, der Haushalt sei ein Glanzstück zur Umsetzung der Regierungserklärung.

(Dr. Langen, CDU: Richtig!)

Das ist sehr weit hergeholt. Es gehört mehr als Mut dazu. Bei nüchterner Betrachtung muß man feststellen, es handelt sich um ein Stückwerk, der Glanz fehlt. Leider läßt es die Redezeit nicht zu, auf all die Probleme und Fragen auf dem Verkehrssektor einzugehen.

(Schmalz, CDU: Gott sei Dank!)

Ich möchte einen Punkt besonders ansprechen. Es handelt sich um die geplante Neubaustrecke Rhein-Ruhr/Rhein-Main, die von größter wirtschaftlicher Bedeutung für das Land Rheinland-Pfalz ist. Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert. Es werden Aussagen der Regierungsmitglieder getroffen, die im Gegensatz zu dem stehen, was uns jetzt erwartet.

In den Jahren 1985, 1986 und 1987 erreichten uns vollmundige Erklärungen der jeweiligen Minister und des Ministerpräsidenten, daß man sich keine Sorge zu machen brauche, die Westerwaldtrasse, die die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz nicht berührt, sei tot. Das sagte Herr Geil am 9. November 1985. Der Ministerpräsident sagte es auch. Der damalige F.D.P.-Vorsitzende vor der Landtagswahl unterstrich das mit der Bemerkung, man müsse dem Verkehrsminister Geil noch Nachhilfeunterricht erteilen. Es müsse frischer Wind in die Politik kommen, dann würde das schon im Interesse des Landes geregelt.

Der frische Wind ist gekommen. Auch heute wird noch Wind gemacht. Mit welchem Ergebnis aber? Die Interessen der F.D.P. wurden befruchtet, die Interessenten der F.D.P. in die entsprechenden Ämter geblasen. Die CDU wurde umgeblasen, steht heute windschief da, hat keine Standfestigkeit. Bei all diesem Wind ist aber die Puste für die Bewältigung der anstehenden Probleme im Lande selbst und in der Bevölkerung des Landes ausgegangen.

(Beifall der SPD)

Der DB-Vorstand hat schon seine Entscheidung zugunsten der Westerwaldtrasse getroffen, was der Verkehrsminister auch unterstützt.

(Staatsminister Brüderle: Welcher?)

- Der derzeitige Verkehrsminister des Bundes.

(Staatsminister Brüderle: Da irren Sie sich! Da wissen Sie mehr als ich, der mit ihm gesprochen hat! Haben Sie Geheiminformationen? -  
Beck, SPD: Er sagt Ihnen nicht alles, Herr Brüderle, das sollte Sie hellhörig machen! -  
Staatsminister Brüderle: Ich bin immer hellhörig!)

- Sehen Sie, er wird Sie so wie wir einschätzen, Herr Brüderle.

(Staatsminister Brüderle: Woher haben Sie denn die Information von Herrn Warnke? Woher haben Sie sie denn? Sagen Sie es doch!)

- Sie haben dieser Tage den starken Mann gemacht, Sie würden aufgrund dieser anstehenden Entscheidung die Solidarität zu Bonn aufkündigen.

(Staatsminister Brüderle: Woher haben Sie denn die Aussage des Ministers?)

Ich sage Ihnen, die Entscheidung in Bonn kann fallen, wie sie will, Sie werden keine Solidarität aufkündigen. Sie werden aus Ihrer Einstellung zur Position der Macht dabei bleiben und das in Kauf nehmen. Uns bleibt nur die Hoffnung, daß der Wähler Sie dann bei der nächsten Gelegenheit auf Ihre wirkliche Größe zurückschraubt, wie es am Sonntag schon in Baden-Württemberg der Fall war.

(Beifall bei der SPD -

Staatsminister Brüderle: Sie aber auch! Woher haben Sie denn die Aussage von Herrn Warnke? Bitte belegen! -  
Unruhe im Hause)

Sie haben die Verhandlungen mit dem Land Hessen geführt und auch dort keine Gegenliebe für die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz gefunden. Seit einem Dreivierteljahr liegt ein vom Land Rheinland-Pfalz in Auftrag gegebenes Gutachten vor. Es wird heute noch hinter verschlossenen Türen gehandelt. Es ist an der Zeit, daß dies einmal der

Öffentlichkeit vorgestellt wird, damit man die Interessen des Landes auch entsprechend darstellen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir halten es für überflüssig, 40 000 DM für ein Gutachten auszugeben, um es anschließend nach der getroffenen Entscheidung als Makulatur beizufügen. Nein, wir müssen die jetzt verbleibende Zeit nutzen, um auf die Entscheidungsträger einzuwirken, damit die Entscheidung eventuell noch in den anderen Gremien zu revidieren ist. Da es eine politische Entscheidung sein soll, wie es von Ihnen immer dargestellt wurde, müßten doch alle politischen Kräfte dafür gewonnen werden, damit die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz auch gewahrt werden. Wenn wir natürlich in dieser Form fortfahren und alles hinter verschlossenen Türen handeln, dann sind die Aussichten auf Erfolg gleich Null.

(Glocke des Präsidenten)

Es tut mir leid. Wir wollen als SPD-Fraktion noch einmal unseren festen Willen unterstreichen, daß für uns nur diese eine Trasse am Rhein vorbei und nicht die Westerwaldtrasse für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz entscheidend ist. Darüber hinaus geht es auch in den Bereich nach Luxemburg hinein. Wir werden uns dafür einsetzen und alles versuchen, daß diese Regelung in dem genannten Sinne getroffen wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Volkert:**

Das Wort hat Herr Kollege Lautenbach.

**Abg. Lautenbach, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beste Wirtschaftsform ist die Marktwirtschaft. Sie funktioniert am besten, wenn die Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Jeder Eingriff stört diese Entfaltung. Die soziale Marktwirtschaft, die Form unserer Wirtschaftsordnung, fordert einen Schutz für den Schwachen am Markt. Dies sollte die einzige Eingriffsmöglichkeit für den Staat sein.

Nach 1949 hat diese Wirtschaftsform die Grundlage für unseren Wirtschaftsstandard geboten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Heute muß ich leider eine Vorschriftenwirtschaft beklagen. Dies ist Gift für eine gut funktionierende Wirtschaft. Bei den Erklärungen und Anträgen der Opposition muß ich leider

feststellen, daß hier eine starke Gängelung die Folge dessen ist, was immer wieder beantragt wird.

(Rertzel, SPD: Das ist aber auch kein Kompliment, was Sie da jetzt machen!)

- Wenn Sie nur auf Komplimente aus sind, Herr Kollege, darf ich Sie bitten, jetzt nicht zuzuhören.

Der Markt braucht eine freie Entfaltung. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß unsere Beschäftigung gesichert wird. Wenn ich dies so feststelle, kann ich sagen, daß durch unsere Politik in den letzten Jahren eine weitere Schaffung von Arbeitsplätzen festzustellen ist. Es wurden 660 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir müssen darauf achten, gerade als Exportland Bundesrepublik Deutschland dafür zu sorgen, daß dies auch in der Zukunft so ist.

Mit Ausnahme der Schweiz verzeichnen wir hierzulande die höchsten Arbeitskosten unter den westlichen Industrieländern, dies bei gleichzeitig kürzester Arbeitszeit und längstem Urlaub.

(Scharping, SPD: Dafür haben wir auch die höchste Produktivität und die geringsten Lohnstückkosten!)

- Herr Kollege, ich bin noch nicht fertig, lassen Sie mich weiterreden. Zu diesem Satz kommt noch ein nächster hinzu. Der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland hat auch die höchste Produktivität. Nur, was heißt das? Wir müssen dafür sorgen, daß dies auch in der Zukunft so ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir brauchen also eine Wirtschaft, die nach den modernsten Gesichtspunkten ausgerichtet ist, die eine neue Technologie hat, damit wir die Vergünstigungen den Bürgern auch anbieten können und daraus dann keinen Schaden leiden. Das muß aber in einem behutsamen Stadium weitergeführt werden und kann nicht einfach mit Maßnahmen des vergangenen Jahrhunderts bewältigt werden, wie wir hier auch Anträge vorfinden. Hier heißt es gleichzeitig, Fortschritt ist in diesem Zusammenhang maßgebend.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Anmerkung zur Unternehmensbesteuerung bzw. zur Steuerentlastung sagen. Die Steuerreform ist verschiedentlich angesprochen worden. Ich glaube, hier ist der Ort, darüber noch einmal eine deutliche Aussage zu treffen. Es ist der richtige Weg, der hier eingeschlagen wird, wenn man sagt, daß der Mittelstandsbauh verringert werden müßte. Es wurde von allen politischen Kräften in der Vergangenheit beklagt, daß die Progression gerade in den mittleren Einkommen so stark war. Dies heißt jetzt, daß das Kernstück der Steuerreform gerade diese Tarifanpassung ist. Meine Damen und Herren, deshalb ist diese Steuerreform auch für den

Mittelstand eine ganz wichtige Hilfe, mehr Hilfe als jede kleine sonstige Makulatur, die wir anbringen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, eben ist auch schon von Herrn Kollegen Bauckhage gesagt worden, daß dieser Haushalt deutliche Verbesserungen für das Handwerk bringt, gerade für die kleinen Betriebe, die keinen Apparat zur Verfügung haben, wie sich dies in der Großwirtschaft darstellt. Es ist notwendig, daß wir diese Hilfestellung für die kleineren und mittleren Betriebe anbieten, die ich in der Wirtschaftspolitik angefordert habe.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Frage der Ausbildung sagen. Das duale Ausbildungssystem hat in der Vergangenheit seine Bewährungsprobe bestanden.

(Beifall der F.D.P.)

Dieses duale Ausbildungssystem muß auch in der Zukunft Kernstück für die Ausbildung sein.

(Scharping, SPD: Sehr richtig!)

damit wir die jungen Menschen befähigen, später in ihrem Erwerbsleben eine entsprechende Arbeit zu leisten. Dies ist zunächst einmal zu diesem System festzustellen. Wie ist es beispielsweise bei der Frage des Angebotes? Ich habe hier den Bildungsbericht 1988 vorliegen. Darin wird festgestellt, daß wir in diesem Jahr 640 000 Ausbildungsplätze haben. Wir hatten im Jahre 1984 764 000 Ausbildungsplätze; das sind also 124 000 mehr. Das heißt, heute muß die Wirtschaft schon auf Nachwuchssicherung bedacht sein, damit sie gerade dort ihren Arbeitskräftebedarf in der Zukunft entsprechend decken kann.

Wenn wir hier lesen, daß beispielsweise von der SPD gesagt wird, der Ausbildungsverbund soll wieder bedacht werden, dann darf ich daran erinnern: Es war die CDU, die dies vor einigen Jahren - ich glaube, es war vor vier Jahren - beantragt hat. Wir haben gesagt: Deshalb Ausbildungsverbund, weil nicht jeder Betrieb in der Lage ist, seine Ausbildung anzubieten. Deshalb sollte in der Zeit der starken Jahrgänge in der Kombination diese Möglichkeit angeboten werden. -

Wir stellen fest, daß dies nur in ganz geringem Umfange angenommen worden ist. Weil dies in den starken Jahrgängen so schwach angenommen wurde, sind wir der Meinung, wir brauchen es jetzt nicht mehr.

Sie beantragten ferner mehr für die Ausbildung Jugendlicher aus Konkursbetrieben. Ich freue mich über jeden, der nicht ansteht. Jeder Betrieb, der in Konkurs geht, ist für uns eine wirtschaftlich schmerzliche Sache, vor allen Dingen aber für den Jugendlichen, der jetzt seinen Ausbildungsplatz verliert. Wir haben alle Maßnahmen für gegenseitig deckungs-

fähig erklärt. Wenn tatsächlich einige Fälle anfallen, kann eine Lösung in einem anderen Arbeitsverhältnis gefunden werden.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident.

Wir wissen außerdem, daß gerade dann, wenn es notwendig wird - wir hatten vor einigen Jahren einmal einen Fall, bei dem 70 Plätze angefallen waren -, eine Nachbewilligung erfolgt. Ich bin der Meinung, wir sind auch jederzeit bereit, dies zu tun.

Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich stelle noch fest, daß wir von seiten der CDU-Fraktion diesem Haushalt unsere Zustimmung geben werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Seibel.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der eine Satz, mit dem der Herr Kollege Bauckhage auf meine Ausführungen eingegangen ist, zwingt mich, noch einmal hierzu Stellung zu nehmen, und zwar zu der Frage der Gewinnbegrenzung.

Herr Kollege Bauckhage, Sie haben ausgeführt, daß meine Ausführungen in der Frage der „Gewinnbegrenzung“ Sie sehr stark an Karl Marx erinnern. Aus Ihrem Munde muß ich das wohl als Kritik verstehen.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nochmals - ich habe das gestern auch bereits getan - ganz kurz aus einem Flugblatt des DGB-Landesverbands Rheinland-Pfalz zitieren. Darin war zu lesen: „Noch nie gab es so fette Unternehmensbilanzen als von 1982 bis 1987. In fünf Jahren stiegen die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 164 Milliarden DM an.“

(Zuruf des Abgeordneten Rocker, CDU)

- Das muß nicht unbedingt negativ sein. Das kritisieren wir zunächst auch gar nicht. Ich habe das zuerst einmal festgestellt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Herr Kollege Seibel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmalz?

**Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:**

Gerne.

**Abg. Schmalz, CDU:**

Herr Kollege Seibel, ist Ihnen bekannt, daß unter der Subsumierung von Unternehmergewinnen auch immer alle Investitionen, die die Unternehmen tätigen, enthalten sind? Müßten Sie das nicht ehrlicher Weise dazusagen?

(Beifall bei der CDU -  
Hörner, CDU: Das weiß er doch nicht!)

**Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:**

Ich habe gesagt, daß ich diese Summe, 164 Milliarden DM, zunächst weder kritisiere noch positiv bewerte, sondern dies einfach einmal in den Raum stellen will.

Wenn Sie einmal zu Ende zuhören, dann werden Sie schon feststellen, daß ich jetzt gleich zu einer Bewertung, was die Unternehmensgewinne betrifft, komme. Warten Sie das einmal ab. Es dauert noch eine Minute, dann ist es soweit.

(Staatsminister Frau Dr. Hansen: Das ist  
wie an Weihnachten!)

Doch die Gewinne von gestern brachten nicht die Investitionen von heute und schon gar nicht die Arbeitsplätze von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geld ist in den Unternehmungen der privaten Wirtschaft ausreichend vorhanden. Die Kapitalrentabilität war nach einer Studie der WSI in den Jahren zwischen 1983 und 1985 höher als in den 60er Jahren. 1985 lagen die Betriebsergebnisse um über 43 % über dem Vorjahr.

Dann kommt der entscheidende Punkt: „Die Investitionen in neue Produktionsanlagen sind jedoch ständig rückläufig und betragen nur noch 4,3 % der gesamten Bilanzsumme.“

Die Investitionen für Finanzanlagen, hauptsächlich im Ausland, liegen mit 4 % fast ebenso hoch. Wir müssen heute feststellen, erklärte der DGB-Landesvorsitzende, daß die Gewinne sprudeln, die Investitionen lahmen und die Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Dem haben wir eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Wenn Sie dann sagen: Wir wollen keine Gewinnbegrenzungen - und noch darüber hinaus: Wir wollen die Gewinne durch unsere Steuerreform noch steigern -, dann ist das wirtschaftspolitisch dumm, weil diese Gewinne nicht für Investitionen eingesetzt werden. Es ist finanzpolitisch töricht, weil

Sie darüber hinaus durch diese Steuerreform auch noch die öffentlichen Haushalte ruinieren, und das alles, damit die Unternehmen und die Spitzenverdiener ihre Gewinne dann als Finanzanlagen ins Ausland transferieren können, meine Damen und Herren. Dazu haben wir allerdings eine andere Auffassung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Volkert:**

Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr.

(Beck, SPD: Zerknirscht trat er in die Arena!)

**Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:**

- Überhaupt nicht, ganz erfrischt. Sie wirken mürber als ich, Herr Beck.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Härtel und des Herrn Sondermann machen.

Herr Sondermann, ich bitte Sie, Ihre Aussage, die Sie hier getroffen haben, nämlich daß der Bundesverkehrsminister die Auffassung des Vorstandes der Bundesbahn zur Westerwaldtrasse teilt, zu belegen; denn die Gespräche, die ich mit ihm geführt habe, haben einen anderen Inhalt gehabt.

(Beck, SPD: Bei den CSU-Politikern wissen Sie,  
man weiß nie!)

- Man weiß nie generell, Herr Beck, auch bei Ihnen nicht. Es wäre natürlich für die Öffentlichkeit hilfreich, wenn Sie Ihre Aussage belegen würden.

(Sondermann, SPD: Würden Sie mir auch belegen, was  
der Verkehrsminister Ihnen gesagt hat?)

Ich habe hierzu keine Aussage getroffen. Ich sage nur, daß sich das nicht mit den Gesprächen deckt, die ich führe, weil ich Erfolg und nicht primär die Pressemitteilung haben will.

(Zuruf von der SPD -

Frau Düchting, SPD: Das ist ein ganz neuer Zug  
von Ihnen!)

Herr Beck, daß Sie manchmal neidisch sind, wenn wir schneller sind - das ist sportlich.

Herr Härtel, ich hatte an sich gedacht, Ihre Einbringungsrede im Januar wäre ein Ausreißer gewesen. Aber das scheint Ihr Standard zu sein, wie Sie über Wirtschaftspolitik sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will einige Punkte herausgreifen. Sie haben die Punkte so schön in die Landschaft gesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Eich?

**Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:**

Ja.

**Abg. Eich, SPD:**

Herr Staatsminister, da Sie eben auf die Aussage des Kollegen Sondermann eingingen, ---

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Eich, das ist nicht möglich. Sie müßten eine Frage stellen.

**Abg. Eich, SPD:**

Herr Staatsminister Brüderle, wann kann die Öffentlichkeit erwarten, daß endlich die Ergebnisse der Gutachten über die Trassenführung veröffentlicht werden?

**Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:**

Herr Eich, wir werden es so machen, wie ich es auch im Landtag schon gesagt habe. Wir wollen Erfolg im Interesse des Landes haben und es nicht zu einem Zeitpunkt veröffentlichen, zu dem unsere Verhandlungsführung erschwert wird. Mir ist der Erfolg wichtiger als der Druck, zum Zeitpunkt X zu veröffentlichen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Scharping, SPD: Das heißt, das Gutachten deckt sich nicht mit Ihrer Position!)

- Herr Scharping, ich weiß, daß Sie auch die Westerwaldtrasse nicht wollen. Das ist sympathisch an Ihnen.

(Muscheid, SPD: Mir fallen da noch zwei, drei Punkte ein!)

Herr Härtel, Sie hatten so einen Punkt unter vielen süffisant in die Landschaft gestellt, wir erhöhten die Beratungskosten für den Einzelhandel, aber würden nichts dagegen tun, daß die Konzentration im Handel weitergeht. Sie wissen genau, daß das Gegenteil davon richtig ist.

(Beifall der F.D.P.)

Dieses Bundesland hat im Bundesrat eine Initiative zur Verschärfung des Kartellrechtes eingebracht, um genau diesem Punkt der ungesunden Konzentration im Handel zu begegnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, indem man etwa die Tatbestände der Marktbeherrschung präziser faßt, weil in der Tat unter der Geltung dieses Kartellrechts diese ungesunde Konzentration im Handel vonstatten geht.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Herr Kollege Härtel, wir haben einen Modellversuch vereinbart und bringen diesen auf den Weg. Wir wollen mit flexibleren Ladenschlußzeiten im ländlichen Raum mit kleinen Betrieben versuchen, ob wir hier einen Ansatzpunkt finden, Einzelhandelssubstanz zu bewahren und zu mehren, weil auch wir die Sorge haben, daß die Konzentration erschreckend weitergeht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich verstehe - das darf ich an dieser Stelle auch einmal sagen -, daß man gegen flexiblere Ladenschlußzeiten ist oder daß man der Auffassung ist, daß sich Betriebe bei Wahrung der Gesamtöffnungszeit vielleicht besser anpassen können. Aber ich verstehe nicht, daß man gegen einen Modellversuch ist; denn es muß doch noch möglich sein, in diesem Land etwas auszuprobieren.

(Beifall der F.D.P.)

Wir diskutieren seit 40 Jahren emotional über flexiblen Ladenschluß.

(Zuruf von der SPD: So lange?)

Die Befürworter sagen, er sei besser für die mittelständischen Unternehmen.

(Beck, SPD: So alt bin ich noch gar nicht!)

- Sie werden noch so alt.

Die Befürworter sagen auch, daß insbesondere für berufstätige Frauen ein flexibler Ladenschluß besser sei. Die Gegner behaupten das Gegenteil. Deshalb ist es doch ein richtiger Weg, zu sagen, wir machen in einem Bereich hier einmal eine Nagelprobe, und zwar gerade dort, wo die besonderen Probleme sind, nämlich im ländlichen Raum, in dem in bestimmten Regionen in 50 %, 60 % oder 70 % der Gemeinden keine Einzelhandelsgeschäfte mehr bestehen. Lassen Sie uns doch einmal versuchen, etwas auf den Weg zu bringen. Ich war erfreut, daß sogar innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immerhin einige diesem Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen. Ich verstehe, daß man dagegen ist. Ich verstehe nicht, daß man gegen einen Versuch ist.

Dann haben Sie auch süffisant das Pilotprojekt Bürokommunikation angesprochen und gesagt, die BASF wisse das schon alles. Sie weiß vieles, was wir im öffentlichen Dienst nicht umsetzen können. Reden Sie doch mit der ÖTV, ob sie Stechuhren und eine Übertragung will. Darüber kann man reden - dafür habe ich manche Sympathie-, diese Mechanismen der Abwicklung aus der Wirtschaft im öffentlichen Dienst zu betreiben. Darüber sollte man gemeinsam mit der ÖTV und anderen diskutieren. Ich bin gern dazu bereit.

Herr Härtel, wir wollen auf die Verwaltung zugeschnitten - denn da ist der Schwachpunkt - einen solchen Weg gehen, weil wir meinen, daß auch Verwaltung heute genauso effizient und modern wie die Wirtschaft sein muß. Natürlich sind wir im Rückstand. Aber wir wollen den Rückstand überwinden. Wir wollen effizienter werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dann haben Sie über die Exportförderung gesprochen. Ich bin mit Ihnen der gleichen Auffassung. Ich hätte gern noch mehr Geld in vielen Positionen.

(Scharping, SPD: Dann stimmen Sie doch unseren Anträgen zu; dann haben Sie das Geld!)

- Herr Scharping, nur die Deckungsvorschläge stimmen eben nicht. Darum habe ich Herrn Härtel mit einem Zwischenruf gefragt, woher er das Geld nehmen will. Man muß dann Kompromisse schließen; denn letztlich ist eine noch höhere Verschuldung des Landes auch nicht verantwortbar. Da mußte quasi ein Deckel gesetzt werden. Deshalb war dies eine Abwägung von Kompromissen. Ich bin dankbar - das spricht auch für den Respekt dieser Regierung vor ihren Parlamentsfraktionen, auch vor den Fraktionen der Koalition -, daß dort eine neue Handschrift hinzukam und daß in den Beratungen mit den Fraktionen dann Vorschläge kamen, dies zu erhöhen. Ich bin dafür dankbar, wenn ich gern auch noch mehr hätte. Wer hätte nicht gern noch mehr? Sie auch! Das ist so im Leben.

Dann haben Sie - das gehört wohl zur Routineübung Ihrer Fraktion - sogar gemeint, mit Formulierungen bis Brandstifter - na gut; ich bin nicht so zimperlich - die Steuerreform geißeln und herunterziehen zu müssen. Herr Härtel, ich verstehe, daß es vielen in Ihrer Partei den Lebensnerv trifft, daß in Bonn und hier im Lande eine solch erfolgreiche Politik betrieben wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Zurufe und Heiterkeit bei der SPD)

Ich finde es auch gut, daß Sie sich hier klar bekennen, Sie wollen diese Steuerentlastung nicht.

(Beck, SPD: Katastrophenpolitik!)

Das heißt auch, Sie wollen nicht, daß die Bürger mehr Geld bekommen.

(Zuruf von der SPD: Doch, nur anders!)

Sie wollen nicht, daß der Staat die zu vielen Steuern, die er unseren Bürgern, unseren Betrieben, dem Mittelstand und den Facharbeitern wegnimmt, zurückgibt?

(Grimm, SPD: Doch!)

Sie wollen keine Umkehr. Sie wollen offenbar diese Hochbelastung, die Überbelastung beibehalten

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Herr Kollege Härtel, an dieser Überbelastung liegt es doch, daß wir heute Sorge haben müssen, ob Betriebe ausflaggen, ob Investitionen, die wir hier brauchen, hier oder anderswo vorgenommen werden.

(Abg. Scharping, SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage -  
Glocke des Präsidenten)

- Im Moment möchte ich den Gedanken ausführen. Dann kann Herr Scharping gerne fragen.

Daran liegt es doch auch, ob wir die marktwirtschaftlichen Kräfte in dem Umfang freisetzen können, wie es notwendig ist, weil wir natürlich die Wirtschaft als dienendes Instrument betrachten. Sie ist kein Selbstzweck, sondern sie ist Mittel dafür, daß der Wohlstand aller gewährleistet ist, daß mehr Beschäftigung entsteht, daß wir mehr Geld für Umweltschutz, Sozialpolitik und Hilfe in der Dritten Welt haben.

Jetzt kann Herr Scharping fragen.

(Beifall der F.D.P. und der CDU -  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Es gibt eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Scharping.

**Abg. Scharping, SPD:**

Herr Staatsminister, nachdem Sie Ihren steuerpolitischen Buhmann so liebevoll gepflegt haben, darf ich Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen können, daß die SPD einen durchaus eigenständigen soliden Vorschlag für eine andere Form von Steueränderung und Steuerreform vorgelegt hat.

**Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:**

Herr Scharping, ich nehme zur Kenntnis, daß es in der SPD viele Überlegungen gibt.

(Dr. Langen, CDU: Die Frage ist ein Widerspruch in sich!)

Es gibt und gab Überlegungen auch in der Steuerpolitik. Es gibt und gab Überlegungen, etwa ein Programm „Arbeit und Umwelt“, ein Beschäftigungsprogramm, zu installieren. Wenn ich Ihre Nürnberger Programme und Ihr Parteiprogramm lese, gibt es da viele Facetten. Beides nehme ich zur Kenntnis.

(Scharping, SPD: Das hat mittlerweile in Nürnberg so gefruchtet, daß es der Herr Franke übernimmt!)

- Herr Scharping, ich nehme auch zur Kenntnis, daß immerhin ein prominenter stellvertretender Bundesvorsitzender wie Herr Lafontaine anfängt, Tabus aufzubrechen. Ich halte das für gut, weil mir auch daran liegt, daß auch die andere große Partei wieder in einen Zustand kommt, daß sie Chancen hat, stärker zu werden.

(Dr. Langen, CDU: Aber den Sozialneid hat er dabei nicht vergessen! -  
Zuruf von der SPD)

- Dagegen spricht gar nichts. Wettbewerb belebt das Geschäft auch gerade für Liberale. Gegen Wettbewerb haben wir gar nichts. Gegen Ideenwettbewerb haben wir nichts.

(Scharping, SPD: An diesem Ziel können wir dann gemeinsam arbeiten.)

Herr Härtel, ich kann Ihnen versichern, wir werden uns unverändert für diesen Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung einsetzen. Dazu gehört Steuerentlastung. Dazu ist der Abbau der Schwarzarbeit Voraussetzung. Das können Sie nicht mit 100 000 Kontrolleuren machen, sondern nur damit, daß Sie die Differenz zwischen Brutto und Netto reduzieren, damit der Anreiz zur Schwarzarbeit vermindert wird. Dazu gehört auch, daß die Lohnnebenkosten reduziert werden müssen. Dazu gehört auch, daß wir über Themen wie Gesundheitsreform sprechen müssen. Wenn wir wissen - das wissen Sie auch -, daß wir gut 4 000 Krankbetten im Lande Rheinland-Pfalz zu viel haben, und wenn jetzt diese Landesregierung einen ersten Schritt macht und 1 700 Betten abbauen will, dann kann es nicht angehen, daß überall, wo dies diskutiert wird, Widerstand gemacht wird.

(Muscheid, SPD: 4 000?)

Das ist der Sankt Florian, mit dem wir nicht zukunftsfähige Strukturen schaffen.

(Beifall der F.D.P. und der CDU -  
Beck, SPD: Das sagen Sie einmal in diese Reihen hinein!  
Da ist das angebracht!)

- Da sage ich in alle Reihen, Herr Beck, weil das nicht nur eine parteipolitische Couleurfraße ist. Das ist generell.

(Beck, SPD: Da stimme ich Ihnen zu!)

Wenn wir heute in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 18 1/2 Jahre brauchen, um ein Stück Straße zu bauen, dann stimmt in dieser Gesellschaft etwas nicht mehr.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Beck, SPD: Da haben Sie auch recht! Da stimme ich Ihnen zu!)

Da liegt ohnehin der Kernpunkt, daß wir offenbar in vielen Bereichen so verkrustet sind, daß wir nicht mehr handlungsfähig sind, daß wir uns durch partikuläre Kleininteressen die Entscheidung für das Ganze, für die Gesamtheit nicht mehr möglich machen. Da liegen auch die Probleme der Westpfalz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir kommen im Straßenbau deshalb nicht voran, weil man in jedem Ort mit jedem anderen konträr steht. Am Schluß werden diejenigen, die es gar nicht entscheiden können, weil man sich vor Ort nicht einigt, nämlich die Dritten, die Parteien und die Landesregierung, dafür verantwortlich gemacht, weil man vor Ort nicht den Mut hat, zu entscheiden.

(Starker Beifall der F.D.P. und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Stadträte, Kreistage und Parlamente werden nicht nur gewählt, damit sie langatmige und vielstündige Sitzungen abhalten. Natürlich müssen wir diskutieren, was ansteht. Natürlich müssen wir heute im Straßenbau von der Umweltverträglichkeitsprüfung bis XY viel mehr Faktoren als früher prüfen. Aber die Bürger draußen im Lande warten und erwarten, daß nach all diesen Prüfungen und Diskussionen am Schluß auch noch eine Entscheidung steht. Auch dafür werden wir gewählt!

(Beifall der CDU und der F.D.P. -  
Zurufe von der SPD)

Ich darf vielleicht noch einen Punkt auch in Kombination zu dem Beitrag des Kollegen Reitzel von gestern abend ansprechen, nämlich meine Ausführungen zu Großbritannien im Vergleich zur Bundesrepublik. Meine Damen und Herren, mir ging es und geht es gar nicht darum, daß wir hier Großbritannien kopieren wollen. Da gibt es manches, was sympathisch ist, manches, was ich gar nicht haben möchte.

(Beck, SPD: Sie meinen nicht die Bedeutung der Liberalen dort?)

- Diese haben ganz schöne Prozentergebnisse, nur gibt es dort ein undemokratisches Wahlrecht.

(Beifall der F.D.P. -  
Beck, SPD: Da stimme ich Ihnen zu.)

- Sehen Sie, Herr Beck, es sind auch manche klugen Ausführungen, die ich mache. Ich freue mich, daß Sie mir das bestätigen.

(Beck, SPD: Gelegentlich kommt das vor.)

- Ich werde mir das Protokoll immer unter das Kissen legen.

(Heiterkeit im Hause)

Natürlich wollen wir nicht einfach anderes übernehmen. Für mich ist nur das Faktum interessant, weil ich mehr Arbeitsplätze hier will, weil ich will, daß mehr Wohlstand hier in unserem Lande entsteht, daß ich einen Aderlaß, eine Erosion nicht hinnehmen will, weil wir es verschäumen, rechtzeitig hier Weichen zu stellen, und das müßte das gemeinsame Interesse aller politisch Verantwortlichen sein!

(Beifall der F.D.P.)

Hier müßte es einen Grundkonsens in der Solidarität zu Arbeitslosen, zu Beschäftigten und zu unserem Mittelstand geben.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Zurufe von der SPD: Das fordern wir ein!)

- Das ist gut; fordern Sie vernünftige Dinge ein, das bringt uns voran.

Meine Damen und Herren, jetzt zu den Etatansätzen und auch zum bisherigen Stand des Verfahrens. Für mich war es klar, daß die SPD ihre bereits im Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegten Änderungsanträge auch hier wieder einbringen würde, ungeachtet der Tatsache, daß die Anträge im Ausschuß aus guten Gründen bereits abgelehnt wurden.

(Itzek, SPD: Die Gründe haben wir im Ausschuß nicht gehört!)

Einem Teil dieser Anträge hat die SPD jetzt eine etwas hübschere Verpackung gegeben, indem sie Problemgebiete zu einer Titelgruppe zusammengefaßt hat.

Dabei habe ich mit einem gewissen Interesse gelesen, daß die SPD offenbar einen Teil des Dorferneuerungsprogramms dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr zuordnen will. Als Ressortminister kann ich sagen: Nicht schlecht, der Gedanke. - Wenn ich aber jeden Ressortegoismus beiseite schiebe, dann bleibt die Feststellung, daß es natürlich wenig zweckmäßig, ja unsinnig ist, ein bewährtes Programm, dessen besonderes Kennzeichen eine ressortübergreifende Integration von Einzelmaßnahmen ist, auseinanderzureißen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Das ist selbst dann nicht gerechtfertigt, wenn man auf diese Weise das Programm „Problemgebiete“ ein wenig optisch aufhellen kann.

Grundsätzlich ist zu den SPD-Anträgen festzustellen, daß es einfach ist, rund 40 bis 50 Millionen DM an Mehrausgaben zu fordern, wenn man sich um die Deckung keine Sorgen macht. Noch einfacher ist es dann, über die Höhe der Neuverschuldung zu klagen.

Überall noch ein bißchen mehr, das ist ein bißchen wenig, erst recht, wenn man einen Titel „Verkehrsberuhigung“ mit jährlich 10 Millionen DM schafft und dafür die Straßenbaumittel um 10 Millionen DM kürzt. Dabei sollte die SPD doch inzwischen auch festgestellt haben, daß der Ausbau der Landesstraßen sich vorrangig auf die Anlage von Ortsumgehungen konzentriert. Es gibt keine wirksamere Form der Verkehrsberuhigung, als den Durchgangsverkehr aus den Städten und Gemeinden herauszuhalten.

(Beifall der F.D.P.)

Dieser Titel „Verkehrsberuhigung“ ist daher ein regelrechter Scheintitel. Aus den Landesstraßenbaumitteln wird vielmehr für die innerörtliche Verkehrsberuhigung mehr als nur diese 10 Millionen DM pro Jahr aufgewendet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Entwurf des Haushaltsplans enthält mehr Mittel für wirtschaftliche Problemgebiete als zuvor. Trotz angespannter Haushaltslage setzt die Landesregierung hier einen eindeutigen Schwerpunkt. Aber auch dieser Schwerpunkt ist mit anderen Aufgaben abzuwägen. Die Landesregierung und der Haushalts- und Finanzausschuß haben dies in sehr verantwortungsvoller Weise getan.

Meine Damen und Herren, die Verabschiedung des Landeshaushalts 1988/1989 erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem sich die weitere wirtschaftliche Entwicklung wieder mit größerer Sicherheit abschätzen läßt. Das unterscheidet die Situation heute von der Einbringung des Haushaltsentwurfs Mitte Januar. Damals herrschte noch Unsicherheit vor, wie sich der rapide Wertverlust des Dollars und die Turbulenzen an den internationalen Börsen auswirken würden.

Aus der Zeit nach dem Aktiensturz lagen im Januar nur spärliche Wirtschaftsdaten vor, die eine Beurteilung erschwerten. Heute sind wir weiter. Wir verfügen immerhin drei Monate nach den Oktober-Turbulenzen über harte Daten, das heißt über beständige und quantitativ auswertbare Reaktionen. Mindestens in den Frühindikatoren haben wir zuverlässige Anhaltspunkte, wie sich die Turbulenzen ausgewirkt haben.

Wo Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung besteht, ist der Spielraum für Interpretationen und Bewertungen naturgemäß sehr groß. Die Opposition hat diesen Spielraum bis an die Grenzen ausgekostet, indem sie einen düsteren Schleier über die wirtschaftliche Zukunft ausbreitete. Sie hat geradezu mit Genuß im Pessimismus geschwelgt und Beleg für Beleg gesammelt, daß auch die professionellen Konjunkturpropheten zur Vorsicht und Skepsis neigten. Die Realität

nimmt aber keine Rücksicht auf die Wünsche der Opposition.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es stellt sich dann heute heraus, daß die Konjunktur entgegen den trüben Erwartungen an neuem Schwung gewonnen hat.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Der früheste harte Indikator für die Entwicklung der Konjunktur, die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, zeigt eindeutig aufwärts. In den drei Monaten von November bis Januar lag er jeweils um 5 % und mehr über dem Vergleichswert des Vorjahres. Drei Monate hintereinander, das ist ein Zeitraum, der Zufallsschwankungen von Monat zu Monat ausgleicht. Drei Monate sind eine solide Basis, um mindestens klare Tendenzen erkennen zu können.

Alle drei Monate liegen nach dem Dollarsturz. Sie erlauben daher die Feststellung, daß der konjunkturelle Aufschwung durch die Oktober-Turbulenzen nicht geschwächt wurde, sondern daß er erneut an Fahrt gewinnt.

(Beifall der F.D.P.)

Der Frühindikator „Auftragseingang“ zeigt sich in Rheinland-Pfalz noch wesentlich günstiger als im Bundesdurchschnitt. Bei uns lag das Auftragswachstum in den drei Monaten zwischen 7,4 und 10,5 % mehr. Wir müssen schon bis in die Frühzeit des Aufschwungs, bis in die ersten Monate des Jahres 1984 zurückgehen, um für drei aufeinanderfolgende Monate eine so kontinuierliche Nachfragerhöhung zu finden.

(Beifall der F.D.P.)

Die von vielen befürchtete Schwächung der Exporttätigkeit ist für Rheinland-Pfalz nicht festzustellen. Im Gegenteil, die beachtliche Steigerung der Inlandsnachfrage wird sogar noch von der Auslandsnachfrage übertroffen. Allein im Januar lagen die Bestellungen für die Investitionsgüterindustrie aus dem Ausland um 30 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Das sind Größenordnungen, die signalisieren, daß der heutige Dollarkurs von unserer Wirtschaft verkraftet werden kann. Dabei will ich nicht verhehlen, daß der Export in den Dollarraum sicherlich mühsamer geworden ist.

Die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung 1988, die den Pessimismus munitionierten, stammen samt und sonders aus der Phase unmittelbar nach dem Dollarsturz und dem Börsencrash. Ich will dies seit den verstrichenen drei Monaten nicht überbewerten, aber wenn sich die heutige Nachfrageentwicklung auch in den nächsten beiden Monaten so fortsetzen wird, dann besteht ein akuter Anlaß, die vorsichtige Wachstumsprognose nach oben zu korrigieren.

Für den Haushalt bedeutet dies zweierlei, zum einen, daß sich aus der konjunkturellen Situation keine Anhaltspunkte ergeben, daß ein erhöhter Bedarf für eine Stimulierung der Konjunktur auszumachen ist. Der Ruf nach staatlichen Konjunkturspritzen ist bei teilweise zweistelligen Zuwachsraten der Bestellungen durch nichts begründet.

Zum anderen sind die wirtschaftlichen Eckdaten für den Haushalt aus heutiger Sicht sehr vorsichtig. Wenn die niedrigen Wachstumsziele übertroffen werden, werden sich Einnahmen und Ausgaben günstiger entwickeln als angenommen. Noch ist es zu früh, Hoffnungen zu wecken. Aber unangebrachter Optimismus, insbesondere bei den Einnahmeerwartungen, darf dem Haushalt jedenfalls aus heutiger Sicht nicht mehr unterstellt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese generelle Bewertung gilt natürlich auch für die Einzelpläne des Doppelhaushalts. Der Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - ist deshalb frei von kurzfristigen Anreizen und Stimulanzien. Seine Schwerpunkte liegen darin, konsequent die Bedingungen für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsstruktur zu verbessern. Er kann zum Teil bereits eingeleitete Schwerpunkte fortsetzen, aber er setzt auch neue Akzente, wo dies notwendig und wünschenswert ist.

Besonderer Schwerpunkt sind die Strukturhilfen für den Raum Pirmasens/Zweibrücken. Hier ist grundsätzlich zwischen zwei Arten von Maßnahmen zu unterscheiden, und zwar solchen, die für ganz Rheinland-Pfalz oder doch für mehrere Regionen konzipiert sind, von denen die westliche Westpfalz zum Teil sehr intensiv partizipiert, und solchen Maßnahmen, die exklusiv nur für diesen Raum als Sonderhilfen eingesetzt werden.

Allein für die exklusiven Sonderhilfen sieht der Haushalt ein Volumen von 53,6 Millionen DM vor. Strenggenommen müßte dieser Ansatz sogar noch um 15 Millionen DM erhöht werden, weil auch die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1990 in dieser Höhe Teil des Haushaltsplanes ist.

Nicht exakt beziffern läßt sich der Anteil des Raumes Pirmasens/Zweibrücken an anderen großen Aufgabenbereichen, obwohl etwa im Straßenbau, in der Förderung nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ oder in der Regionalförderung aus Landesmitteln erhebliche Mittel für die Region zur Verfügung stehen. Auch aus anderen Ressorts fließen Mittel in diesen Raum.

Es ist immer problematisch, eine bestimmte Region in dieser Form zum Schwerpunkt zu machen. Ich habe daher auch Verständnis dafür, daß aus anderen Gebieten des Landes Gleichbehandlung gefordert wird, daß vorgerechnet wird, um wieviel der Raum Pirmasens/Zweibrücken bevorzugt

wird. Ich kann das hohe Engagement auch nur deshalb rechtfertigen, weil kontinuierlicher Infrastrukturausbau und Regionalförderung allein nicht ausreichen, eine weitere krisenhafte Verschlechterung dieses Gebietes zu verhindern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Vergleich zu anderen Räumen des Landes darf nicht nur eine Bestandsanalyse vorgenommen werden. Es müssen die Entwicklungstrends berücksichtigt werden. Hier kommt man zu anderen Einschränkungen, als wenn man nur aktuelle Arbeitsmarktdaten miteinander vergleicht.

Das besondere Engagement für Pirmasens/Zweibrücken erfolgt daher aus der Erkenntnis, daß ohne Sonderhilfen nicht nur keine Strukturverbesserung möglich ist, sondern daß eine erhebliche Verschlechterung zu befürchten wäre.

Der größte Ausgabenschwerpunkt des Einzelplans 08 bleibt der Straßenbau. Er erreicht insgesamt ein Volumen von jährlich etwa 280 Millionen DM. Hinzuzurechnen ist der Straßenbau des Bundes in Rheinland-Pfalz, der eine beträchtliche Steigerung dank der intensiven Bemühungen der Landesregierung aufweist und 1988 ein Bauvolumen von rund 400 Millionen DM erreichen wird.

Das hohe Niveau der Ausgaben für den Straßenbau wird für einen stabilen Impuls an die Bauindustrie sorgen. 680 Millionen DM an Straßenbaumitteln sind ein entscheidender Beitrag dazu, daß die Bauwirtschaft ein hohes Beschäftigungsniveau erhalten kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die komplementären Mittel der Kommunen für den kommunalen Straßenbau mit sicherlich ebenfalls über 100 Millionen DM pro Jahr müssen noch hinzugerechnet werden. Das Bauvolumen, das über den Bundes- und Landeshaushalt bewegt wird, erreicht damit 1988 etwa eine Größenordnung von 800 Millionen DM.

In der Bauplanung, Entwurfsbearbeitung und Bauleitung kommt es zu einer schrittweisen Gewichtsverlagerung vom staatlichen zum privaten Bereich. Für Aufträge an private Ingenieurbüros sind in den beiden Haushaltsjahren 35 Millionen DM und 33 Millionen DM vorgesehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Ausmaß der Privatisierung in diesem Bereich wird erst deutlich, wenn man Vergleiche über längere Zeit zieht. Seit 1977 haben sich die Aufträge an private Büros verfünffacht, seit 1985 verdoppelt. Dieser Privatisierungsprozeß wird im Doppelhaushalt verstärkt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nur dadurch ist es möglich, daß die Personalkosten des Landes für den Planungsbereich 1988 praktisch noch auf der Höhe des Jahres 1984 verharren. Heute erreichen die Ausgaben für private Büros bereits ein Drittel der Gesamtkosten, während es 1984 erst 16,2 % waren. Obwohl durch eine stärkere Bürgerbeteiligung und durch erhöhten Planungsaufwand für Umweltschutzbelange die Planungsaufgaben wesentlich ausgeweitet wurden, konnten die Personalausgaben des Landes weitgehend stabil bleiben.

Erheblich aufgestockt wurden die Mittel für den öffentlichen Personenverkehr. Der Ansatz für 1988 bedeutet gegenüber den Ist-Ausgaben 1987 eine Steigerung von 43 %. 1989 erfolgt noch einmal eine Anhebung.

Die Technologieförderung bleibt einer der großen Schwerpunkte im Einzelplan 08. Sie ist ein ressortübergreifendes Programm der Landesregierung, so daß ein Einzelplan allein nur unvollständig wiedergibt, mit welcher Intensität und mit welchem finanziellen Engagement die Landesregierung für eine Zukunftsorientierung eintritt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Einzelplan 08 bleibt es nicht nur bei der Fortführung der Programme, sondern es gibt eine Reihe neuer Ansätze. Die Mittel für wirtschaftsnahe Forschung werden beträchtlich aufgestockt. In Trier wird das dritte Technologiezentrum des Landes entstehen. Nach den ausgezeichneten Erfahrungen mit dem Technologiezentrum Kaiserslautern, das aus den Nähten platzt und für die ersten Firmen bereits zu klein wird, erwarte ich auch für Trier nachhaltige Impulse.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Für den Aufbau eines Service-Labors für Oberflächen- und Dünnschichttechnik sind die ersten Mittel ebenso eingesetzt wie für das Edelstein-Institut Idar-Oberstein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Ausbau des Keramik-Instituts wird durch entsprechende Mittelbereitstellung gesichert.

Dieser Haushalt wird dazu beitragen, daß das Netz an Einrichtungen für eine wirtschaftsorientierte Forschung und für Technologieservice wesentlich enger wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der beruflichen Bildung sind die großen Engpässe der letzten Jahre überwunden. Die Schulentiaßjahrgänge werden von Jahr zu Jahr kleiner. Die Entspannung, die bereits im letzten Jahr deutlich wurde, wird immer stärker spürbar. Alles deutet darauf hin, daß es bereits während der Laufzeit des Doppelhaushaltes zu neuen Engpässen mit umgekehrten Vorzeichen kommen wird. In einer Reihe von Berufen

wird das Angebot an Ausbildungsstellen beträchtlich höher sein als die Nachfrage.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es läßt sich bereits ahnen und anhand der Entwicklung in den beiden letzten Jahren absehen, daß dies vor allem technisch-gewerbliche Berufe sein werden, die immer noch als „Männerberufe“ bezeichnet werden. Ich möchte daher die Ausbildungsbetriebe eindringlich dazu auffordern, alle Vorurteile über eine mangelnde Technikbegabung von Mädchen schleunigst über Bord zu werfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Daß diese Vorurteile sachlich nicht gerechtfertigt sind, ist inzwischen so oft bewiesen, daß es weiterer Beweise nicht mehr bedarf und sie überflüssig sind.

Wenn das aber bisher nur wenig Wirkung gezeigt hat, dann kommt jetzt zum Ausbildungsmarkt ein zusätzlicher Druck hinzu, der hoffentlich zum Überdenken von Vorurteilen zwingt. Ich appelliere aber auch an die Mädchen, sich nicht von vornherein auf fünf oder sechs traditionelle Frauenberufe zu konzentrieren. Es gehört heute nicht mehr so viel Mut dazu, wie noch vor einigen Jahren, sich für einen technisch-gewerblichen Beruf zu entscheiden. Viele haben es vorgemacht und meistens mit großem Erfolg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der gesellschaftliche Erfolg einer Anerkennung der Leistung von Mädchen in sogenannten Männerberufen wird aber erst vollständig, wenn er eine Breitenwirkung hat. Es liegt nicht zuletzt an den Mädchen selbst, für diese Breitenwirkung zu sorgen.

Die Aufgaben des Landes in der beruflichen Bildung sind subsidiär. Das große Engagement in den letzten Jahren war zur Überbrückung der Engpässe notwendig. Je weiter die Entspannung am Ausbildungsmarkt fortschreitet, desto mehr ist die Überbrückungsfunktion erfüllt. Das heißt nicht, daß sich die Landesregierung völlig aus diesem Bereich zurückziehen will; aber es bedeutet eine Konzentration der Mittel auf regionale Ungleichgewichte und auf Problemgruppen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Notwendigkeit zu einer flächendeckenden Förderung besteht nicht mehr. Der Haushalt hat daher die Fördermittel einem insgesamt geringeren Bedarf angepaßt.

Rheinland-Pfalz ist Mittelstandsland. Seit jeher hing die Wirtschaftslage des Landes vom Erfolg der kleinen und mittleren Unternehmen ab. Die Wettbewerbsfähigkeit der

mittelständischen Wirtschaft ist daher auch im neuen Doppelhaushalt ein zentrales Anliegen der Landesregierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Rechnet man die Finanzhilfen für den Mittelstand, wie sie im Mittelstandsbericht ausgewiesen werden, auf den neuen Doppelhaushalt weiter, so wird ein Gesamtvolumen von über 100 Millionen DM erreicht. Dabei sind die Vergütungen an private Ingenieurbüros beim Straßenbau ebensowenig wie die spezifischen Hilfen für die Schuhindustrie eingerechnet. Mit diesen würde ein Volumen einer direkten Mittstandsförderung von fast 150 Millionen DM erreicht; das ist gegenüber 1987 eine Steigerung um rund 28 %.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Steigerung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Förderung der beruflichen Ausbildung, die zu rund 85 % dem Mittelstand zugute kommt, deutlich zurückgehen wird. Die Schwerpunkte Technologieförderung und -anteilmäßig - Regionalförderung, das Zinszuschußprogramm, die Messförderung gewinnen dadurch an Gewicht.

Insgesamt ist der Einzelplan 08 mit zwei Attributen zu kennzeichnen: Er ist konjunkturgerecht, und er ist zukunftsorientiert:

Er ist konjunkturgerecht, weil er in seinem Gesamtvolumen einen Beitrag zu einer stetigen Entwicklung leistet. Der Anteil der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung bleibt mit über 60 % der Gesamtausgaben auf einem hohen Niveau. Kurzfristige, künstliche Anreize unterbleiben. Der Haushalt stärkt den Markt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zukunftsorientiert ist der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, weil sein Schwerpunkt in der dauerhaften Verbesserung der Rahmenbedingungen liegt. Im Aufbau und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, in der Förderung einer neuen technologischen Dynamik. Marktbedingungen zu schaffen, unter denen unsere Wirtschaft ihre Leistungs- und Wettbewerbsstärke erhalten und steigern kann, das ist seine Funktion, das ist sein politisches Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und CDU)

**Präsident Dr. Volkert:**

Weitere Wortmeldungen liegen zum Einzelplan 08 nicht mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein; sie dauert bis 14 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.34 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.05 Uhr.

**Vizepräsident Reitzel:**

Meine Damen und Herren, bevor wir die Nachmittagssitzung mit der Beratung des Einzelplanes 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten - fortsetzen, begrüße ich Gäste, nämlich den Verein ehemaliger Schülerinnen und Schüler des jetzigen Käthe-Kollwitz-Gymnasiums aus Neustadt.

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schmidt das Wort.

**Abg. Schmidt, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit den Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten - steht heute neben dem Zahlenwerk des Haushaltsplans nicht nur die Politik des zuständigen Ressortministers auf dem Prüfstand; nein, aus verschiedenen Gründen trägt die gesamte Landesregierung, insbesondere auch Ministerpräsident Dr. Vogel, für diesen Einzelplan Verantwortung. Natürlich werde ich dies näher begründen.

Zunächst möchte ich an das Landesagrarprogramm erinnern und dabei auf seine seltsame Entstehung hinweisen. Hören Sie sich bitte diese interessante Geschichte an; sie klingt wie ein Märchen und ist dennoch wahr:

Es war einmal ein großer Betrieb mit vielen Abteilungen. Darunter war eine Abteilung, in der die Menschen viel arbeiten mußten, in der Regel doch ganz wenig verdienten. Als wieder einmal, wie dies alle zwei Jahre der Fall war, die Mittel für diese Abteilungen neu verteilt werden sollten, ging der Betriebsrat zur Geschäftsleitung und forderte für diese Abteilung ein Moped; dann würde man in dieser Abteilung doch besser zurechtkommen. Der Sprecher der Geschäftsleitung aber nannte diese Forderung unseriös und unsolide, ja sogar unverantwortlich bei der schlechten Geschäfts- und Finanzlage des Betriebes, und lehnte diese bescheidene Forderung rigoros ab.

Wenige Monate später aber - man wollte es nicht glauben - bestellte diese Geschäftsleitung, obwohl die Finanzlage inzwischen eher schlechter als besser geworden war, ein Auto für diese Abteilung, das allerdings einige gravierende Mängel hatte und auch bald darauf mehrmals umgebaut werden mußte. Doch sehr schnell hatte man für diesen plötzlichen Sinneswandel der Geschäftsleitung die einzig mögliche Erklärung gefunden; denn man erinnerte sich daran, daß Wahlen in Sicht waren und diese Geschäftsleitung wiedergewählt werden wollte.

Doch nun von der Geschichte zurück zur Wirklichkeit. Ich muß wohl nicht näher erläutern, wer und was mit Geschäftsleitung, Betriebsrat und Auto in Wirklichkeit ge-

meint ist. Alle Umstände und alle Widersprüchlichkeiten belegen für uns eindeutig, daß dieses Agrarprogramm in erster Linie nicht als Bauernhilfsprogramm, sondern als Bauernfängereiprogramm gedacht war.

(Beifall der SPD)

All unsere Vorschläge, dieses Agrarprogramm zu verbessern, die von der Mehrheit, wie üblich, aus Besserwisserie und Überheblichkeit heraus abgelehnt wurden, haben sich inzwischen als richtig erwiesen. Das gilt für das Junglandwirte-Programm, bei dem Sie endlich die von uns kritisierte Mindestreferenzmenge von 100 000 Kilo ganz weggelassen haben, genauso wie für die Schaffung von hofeigenem Lagerraum, bei dem Sie allerdings immer noch nicht wissen, was Sie wollen. Der Minister wollte dieses Programm ganz auslaufen lassen, die Koalition legt wieder 1 Million DM dazu.

Herr Minister, total daneben lagen Sie bei der Förderung von Investitionen für umweltfreundliche Landbewirtschaftung. Wir wollten schon beim letzten Doppelhaushalt einen neuen Titel. Dies wurde, wie so üblich, von der CDU-Mehrheit mit dem Vermerk „unnötig, das wäre nur in Niedersachsen interessant“ abgelehnt, erschien dann aber im Agrarprogramm ein paar Monate später mit einem lächerlichen Ansatz von 1 Million DM bzw. 1,5 Millionen DM.

Zur großen Überraschung des Landwirtschaftsministers und - ich nehme an - auch der CDU wurden 1987 von unseren Landwirten Anträge in Höhe von über 14 Millionen DM gestellt, die natürlich trotz verschiedener Umschichtungen bei weitem nicht alle genehmigt werden konnten. Trotz dieser Erfahrung hat der Landwirtschaftsminister im neuen Doppelhaushalt mit 5 Millionen DM bzw. 6,5 Millionen DM wieder nur ungenügende Summen eingesetzt. Aber er verkündete vor wenigen Tagen die Vorbereitung von Regionalprogrammen zur Förderung einer umweltfreundlichen Landbewirtschaftung. Dafür wollte ich Sie eigentlich ausdrücklich loben, Herr Minister Ziegler.

(Staatsminister Ziegler: Tun Sie es doch!)

Aber dann kam leider etwas dazwischen. Vor wenigen Tagen mußte ich lesen - das ist allerdings etwas ganz Neues -, daß man bei Erweiterung eines Maßnahmenkataloges - wie das durch Sie geschehen war - auch noch sparen kann; denn die Ansätze wurden daraufhin noch einmal um 1 Million DM gekürzt. Ich bin einmal gespannt, wie Sie das anschließend erklären können.

Ich könnte eine Reihe ähnlicher Beispiele nennen, bei denen das Landwirtschaftsministerium die entsprechenden Ansätze reduziert oder angehoben hat und die Koalition nun wieder in die entgegengesetzte Richtung geht.

Ich will hier nicht auf weniger bedeutende Einzelheiten eingehen, bei denen es zum Teil auch Übereinstimmung gibt. Dagegen ist es schon bemerkenswert, daß in einem <sup>50</sup>

wichtigen Bereich wie Landwirtschaft und Umwelt die Fortschrittlichkeit bei ihnen nur in Sonntagsreden zum Ausdruck kommt und nur vorgetäuscht wird.

(Beifall der SPD)

Hier aber, wo Entscheidungen in dieser Richtung zu treffen sind, da läuft bei der Landesregierung und bei den Mehrheitsfraktionen alles wirr durcheinander. Da ist auch vom frischen Wind nichts zu spüren. Der eine sagt: hü, der andere hott; keiner weiß, wohin es gehen soll.

Vielleicht reift irgendwann einmal bei der Landesregierung wie bei der CDU- und auch F.D.P.-Fraktion die Erkenntnis, die der Prophet Jesaja einst ausgesprochen hat: Wir gingen alle in der Irre wie Schafe, ein jeglicher suchte seinen Weg.

(Beifall der SPD)

Wir als SPD-Fraktion haben aber dagegen klare Zielvorstellungen. Für diesen Doppelhaushalt setzen wir mit insgesamt 20 Millionen DM einen Schwerpunkt bei der Förderung von Investitionen für umweltfreundliche Landbewirtschaftung. Die Deckung aus anderen Titeln ist wohl mit der Ausweitung der Ausgleichszulage und der Einführung des Vorruhestandes für Landwirte und Winzer begründet. Es gibt in diesem Bereich eine Fülle von Notwendigkeiten und auch Möglichkeiten. Aus Zeitgründen will ich nur zur Schaffung des zusätzlichen Güllelagerraums etwas sagen.

Das große Problem ist, ob Gülle - das sage ich auch besonders an die Umweltpolitiker bei der CDU und F.D.P. - ein wertvoller Dünger für den Landwirt, ein lästiger Abfall oder sogar ein gefährliches Umweltgift darstellt. Dies hängt ganz allein davon ab, wann und wie Gülle ausgebracht wird. Die erste und wichtigste Voraussetzung für eine vernünftige Anwendung ist das Vorhandensein des notwendigen Güllelagerraums.

Es geht dabei allerdings auch darum, daß wir den Landwirten helfen, der geäußerten Kritik zu begegnen, sie gehörten zu den größten Umweltverschmutzern.

Wissen Sie, wieviel Wassergewinnungsanlagen in Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren wegen zu hoher Nitratbelastung stillgelegt werden mußten? Waren es zehn, 20 oder 40?

(Zuruf von der SPD: 81!)

- Nein, es waren 82; noch viele weitere Wassergewinnungsanlagen sind aus dem gleichen Grund von einer Stilllegung bedroht.

Hier müssen wir den Landwirten Hilfestellungen geben, natürlich auch im Interesse der Allgemeinheit. Herr Ministerpräsident Dr. Vogel hat gestern von der Erhaltung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raums gesprochen. Ich

meine, dies ist ein ganz wesentlicher Punkt, der von der Landesregierung vernachlässigt wird.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Landwirtschaft unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen, daß sie mit einem beantragten Investitionsvolumen von rund 35 Millionen DM im Jahre 1987 für umweltfreundliche Landbewirtschaftung im Gegensatz zur Landesregierung und der CDU/F.D.P.-Koalition die Zeichen der Zeit erkannt und darauf entsprechend reagiert hat.

(Beifall der SPD)

Nun komme ich zum letzten Punkt, zum Landesagrarprogramm. Da hat doch tatsächlich jemand die Dreistigkeit besessen, 20 Millionen DM bzw. 10 Millionen DM für jedes Jahr ins Agrarprogramm hineinzuschreiben, die einfach nicht vorhanden sind, um damit den falschen Eindruck zu erwecken, dieses Agrarprogramm hätte ein Volumen von rund 48 Millionen DM anstatt der tatsächlich vorhandenen rund 38 Millionen DM. Zur Erläuterung: Bei den Gemeinschaftsaufgaben im Kapitel 07 03 ist die Ausgleichszulage für Berggebiete und andere benachteiligte Gebiete mit fast 51 Millionen DM aufgeführt, eine allgemein anerkannte vernünftige Sache. Dazu gibt der Bund 60 %, das Land 40 % der Mittel. Da man Geld nur einmal ausgeben kann, läßt sich hier nichts wegnehmen. Eine Umschichtung von 10 Millionen oder 20 Millionen DM zugunsten des Agrarprogrammes hieße, auf entsprechende 15 oder 30 Millionen DM Bundesmittel zu verzichten. Dies wäre töricht, geschieht auch nicht. Was aber hier geschehen ist, nenne ich einen plumpen Verdummungsversuch, eine versuchte Täuschung des Parlaments sowie der Landwirte.

(Beifall der SPD)

Es wäre schon interessant zu erfahren, wer dafür verantwortlich ist. Herr Landwirtschaftsminister, sind Sie es oder etwa der Finanzminister oder gar der Ministerpräsident mit dem ganzen Kabinett?

Meine Damen und Herren, wenn wir auch nicht verkennen, daß mit dem Landesagrarprogramm einige Probleme gemildert werden, so sind wir uns doch einig, daß wir damit die großen Probleme so vieler Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz nicht lösen können. Seit Jahren geben hier bei uns fünf, sechs oder acht Landwirte oder Winzer ihren Betrieb auf, weil sie ihn nicht halten können oder weil sie für ihren Betrieb keine Zukunftschancen sehen, und dies auch neuerdings trotz des Landesagrarprogramms.

Deshalb wiederhole ich, was wir schon mehrmals klargestellt haben: Entscheidende Hilfen für unsere Bauern und Winzer sind nur durch eine Neuorientierung der Landwirtschaft möglich. Erfreulicherweise scheint dies jetzt endlich auch die Landesregierung und die Mehrheitsfraktion einzusehen. Nur tun Sie bitte nicht so, wie das im Ausschuß geschehen ist, als wäre dies schon immer Ihre Auffassung gewesen. Ihre Auf-

fassung war ganz anders. Zuerst haben Sie die Notwendigkeit einer Agrarreform ganz heftig bestritten - hier genauso wie in Bonn -, dann haben Sie die von uns geforderten Direktzahlungen - einer der wesentlichen Kernpunkte einer Neuorientierung - als unzumutbare Almosen für die Landwirtschaft verteufelt. Danach wollten Sie ein bißchen davon gelten lassen, allerdings mehr als Kosmetik denn als wirkliche Hilfe. Herrn Kiechles unrealistische und daher falsche sogenannte aktive Agrarpreispolitik wurde leider zu Lasten unserer Bauern und Winzer auch von dieser Landesregierung unterstützt.

(Dr. Langen, CDU: Was?)

Darin liegt auch Ihre Verantwortlichkeit.

(Beifaß bei der SPD)

Diese rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich genau wie die Bundesregierung lange Zeit als Bremser gegen eine Neuorientierung in der Agrarpolitik zum Schaden der großen Mehrzahl unserer Bauern und Winzer betätigt.

(Staatsminister Ziegler: Durch nichts belegte Behauptungen, Herr Abgeordneter!)

- Herr Minister, das kann man belegen. Ich kann Ihnen eine Menge an Zitaten bringen.

(Dr. Langen, CDU: Bitte anfangen! -  
Lais, SPD: Kommt noch!)

Meine Damen und Herren, wir wissen, die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes sind bescheiden. Die Zukunftsaussichten sind eher schlechter denn besser. Um so wichtiger ist es, daß auch alle Mittel des Landes so wirksam wie nur möglich eingesetzt werden. Dies ist nach unserer Auffassung jetzt bei weitem nicht der Fall. Deshalb fordern wir in unserem Entschließungsantrag - Drucksache 11/988 - die Landesregierung auf, die gesamte Landwirtschaftsverwaltung neu zu strukturieren, das heißt, zunächst dem Landtag ein entsprechendes Konzept vorzulegen, wobei die Prüfvermerke des Landesrechnungshofes entsprechend zu berücksichtigen sind.

Über diese Prüfvermerke hinaus gibt es eine ganze Reihe von Problemen und Ungereimtheiten, auf die ich jetzt im einzelnen nicht näher eingehen kann.

Ich will nur folgende Beispiele nennen: Die landwirtschaftlichen Beratungsstellen sind mittlerweile stark mit Verwaltungsaufgaben, und zwar hauptsächlich mit der Umsetzung des Agrarprogrammes, beschäftigt. Weiter erfolgen nach wie vor viele Doppelberatungen, weil Beratungsdienste auch von anderen Stellen, vor allem von der Landwirtschaftskammer, angeboten werden. Außerdem wäre, was die Inhalte der Beratung angeht, eine Richtungsänderung entsprechend den veränderten Bedingungen in der Landwirtschaft dringend notwendig. Kostensenkung, nicht Pro-

duktionssteigerung muß in Zukunft das Ziel der Beratung sein. Ich glaube, darin sind wir uns mittlerweile einig. Als ich das vor vier Jahren schon gesagt habe, haben Sie das bestritten.

(Schmitt, CDU: Wer hat das bestritten?)

Die deutschen Bauern - so hieß es - seien Weltmeister im Maschinen- und Gebäudebesatz mit entsprechend hohen Kosten. - Es gibt natürlich auch Ansätze für Rationalisierungen.

Ich bezweifle allerdings, daß unsere landwirtschaftlichen Berater diesen veränderten Bedingungen entsprechend ausgebildet sind, und befürchte, daß Beratungen daher in vielen Fällen ineffizient und sicher vielleicht noch in Einzelfällen sogar schädlich sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun zur Weinbaupolitik der Landesregierung einschließlich Weinwerbung noch ein paar Anmerkungen machen. Mein Kollege Karl Heinz Jürging wird dazu später noch einiges näher ausführen. Im Weinbau trägt die Landesregierung besondere Verantwortung - das wissen wir -, da in Rheinland-Pfalz rund 70 % des bundesdeutschen Weines erzeugt werden. Wie aber wird die Landesregierung dieser Verantwortung und dieser Vorreiterrolle im Weinbau gerecht?

(Lais, SPD: Überhaupt nicht!)

Die Mehrzahl unserer Winzer würde auf diese Frage wohl so antworten: Mehr schlecht als recht

(Lais, SPD: Das ist aber noch geschmeichelt!)

oder völlig ungenügend. - Manche würden sagen: Überhaupt nicht. - Die Gründe für solche Antworten will ich nur stichwortartig nennen. In Rheinland-Pfalz gibt es die meisten und größten Weinskandale, die schlimmsten Mängel und Pannen in der Weinkontrolle. Erst vor zwei Wochen war groß in der Zeitung zu lesen: 49 Millionen Liter Wein gepanscht. - Sechs Jahre wurde daran ermittelt.

(Dr. Langen, CDU: Schön breittreten! -  
Bojak, SPD: Am 3. März! -  
Dr. Langen, CDU: Die Tatbestände! -  
Weitere Zurufe von der CDU)

Es hieß weiter: Weinprüfer mit Weinpanschern unter einer Decke. -

(Dr. Langen, CDU: Immer schön breittreten! -  
Eymael, F.D.P.: Dummes Zeug!)

Nirgendwo in der Bundesrepublik sind die Absatzprobleme größer und die Weinpreise niedriger. Es gibt noch mehr Weinanbaugebiete außerhalb von Rheinland-Pfalz. Dort sieht es wesentlich besser aus.

(Dr. Langen, CDU, und Eymael, F.D.P.: Beaujolais!)

- Ich meine: in der Bundesrepublik Deutschland. - Herr Eymael, gerade dieser Tage mußte der Weinbauminister in der Antwort auf Ihre Frage nach den spezifischen Verhältnissen des Anbaugebietes Baden-Württemberg folgendes antworten: Diese sind bei guter Qualität der Weine geprägt von einem seit Jahren vorhandenen Nachfrageüberhang, den stabilen Absatzwegen und einem befriedigenden Einkommensniveau der Betriebe.

(Lais, SPD: Ja, Vorbild!)

Von einer solchen Beurteilung träumen bei uns die meisten rheinland-pfälzischen Winzer seit vielen Jahren.

(Eymael, F.D.P.: Wissen Sie, daß der Wein dort im Anbaugebiet getrunken wird?)

Die ganze Weinbaupolitik in Rheinland-Pfalz ist wie ein riesiges Labyrinth, in dem der Weinbauminister vergeblich den Weg zum Licht und den Weg ins Freie sucht. Jeden Tag könnte er - vielleicht tut er das in Zukunft - sich den Vers von Goethe aus dem Faust vorsagen, der heißt:

„Oh glücklich, wer noch hoffen kann, aus diesem Meer des Irrtums aufzutauchen.“

(Beifall der SPD -  
Zuruf des Abg. Hörner, CDU, und weitere Zurufe  
von der CDU)

Der Vers geht noch weiter:

(Heiterkeit bei der SPD)

„Was man nicht weiß, das brauchte man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“

(Dr. Langen, CDU: Ist jetzt die Dichterlesung  
zu Ende? -  
Hörner, CDU: Ist das auch ein Zitat?)

Meine Damen und Herren, einer der großen Fehlleistungen der Landesregierung war die vor der Landtagswahl gestartete Vogel-Weinwerbung, die das Land, das heißt die Steuerzahler, 2 Millionen DM gekostet, den Winzern aber nichts gebracht hat. Der Kollege Scharping hat die Sache gestern schon kritisch beleuchtet.

(Dr. Langen, CDU: Ist die Winzerbeschimpfung  
jetzt vorbei? -  
Scharping, SPD: Diese dumme Figur können Sie  
zu den Akten legen!)

Der Herr Kollege Keller war der Meinung, das sei schon oft genug gesagt worden und wäre nichts mehr Neues. Genau dies stimmt nicht. Deshalb wiederholen wir das und sind auch der Meinung, daß eine solch windige Sache deutlich

angeprangert werden muß, um Wiederholungen in Zukunft zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Das Neue daran war, daß sich durch den Rechnungshof herausstellte, daß von dieser Nacht- und Nebelaktion die zuständige Abteilung nichts wußte, das heißt, daß der Sachverständigenrat der Weinbauabteilung ausgeschaltet war. Nur der Minister, vielleicht auch der Staatssekretär wußten davon, aber die Staatskanzlei bestimmte das Wer, das Wie, das Wann und das Wo.

(Zuruf des Abg. Hörner, CDU)

So war es wohl kein Wunder, daß nicht, wie naheliegend, die Deutsche Weinwerbe GmbH den Auftrag für diese Anzeigenaktion, sondern die Agentur erhielt, die von der CDU auch für den Landtagswahlkampf engagiert worden war und dafür 300 000 DM kassieren konnte. Meine Damen und Herren, dies war keine sachgerechte, sondern eine parteipolitisch geprägte Entscheidung.

(Beifall bei der SPD -  
Dr. Langen, CDU: Sehr wirkungsvoll!)

So war es kein Wunder, daß nicht der Wein, sondern das Bild des Ministerpräsidenten im Mittelpunkt der Anzeige stand und das Ergebnis für den Weinabsatz gleich Null war.

(Zurufe von der CDU -  
Unruhe)

- Sie sagen, das stimme nicht. - Im Juni 1987 vor der Industrie- und Handelskammer Trier steht das schwarz auf weiß. Aus Zeitgründen will ich mir ersparen, das jetzt vorzulesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts solcher Negativbeispiele möchte ich mich zum Schluß meiner Ausführungen vor allem

(Dr. Langen, CDU: War das alles? Wo ist denn  
das Konzept, das Sie angekündigt haben?)

an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion wenden - hören Sie bitte einmal zu -, die nachdenklich genug, fähig und willens sind, auch Entscheidungen der eigenen Landesregierung kritisch zu betrachten. Ich möchte dies mit einer einzigen zusammenfassenden rhetorischen Frage machen.

(Dr. Langen, CDU: Wo ist denn das Konzept,  
Herr Kollege?)

Dies ist sehr ernst gemeint. Befürchten Sie nicht, daß der Machterhaltungstrieb dieser CDU-geführten Landesregierung so stark ausgeprägt ist, daß sie gefährlich nahe an jene schwer definierbare fließende Grenze herankommt, die

verantwortungsvolle Regierungsarbeit vom parteistaatlichen Sumpf trennt?

(Beifall der SPD -  
Widerspruch von der CDU -  
Dr. Langen, CDU: Das ist so dumm, daß man  
sich nicht darüber aufregen kann!)

Es wäre für das ganze Parlament gut, wenn diese Frage Nachdenklichkeit und nicht Entrüstung und Empörung hervorrufen würde.

(Beifall bei der SPD)

Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß wir diesen Einzelplan 07 ablehnen.

(Beifall der SPD -  
Dr. Langen, CDU: Das ist doch klar! Habt ihr schon einmal etwas anderes gemacht? So etwas Dummes habe ich zu der Landwirtschaft seitens gehört!)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kneib das Wort.

Abg. Kneib, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Agrarhaushalt hat im Rahmen des Gesamthaushaltes eine besondere Bedeutung. Der Schwerpunkt, der mit dem landeseigenen Agrarprogramm im Nachtragshaushalt 1986 gesetzt wurde, ist im Rahmen dieses Doppelhaushaltes verstärkt und fortentwickelt worden. Landesregierung und die Koalitionsfraktionen aus CDU und F.D.P. versuchen, damit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes Hilfen für die schwierige Situation in der Landwirtschaft zu geben. Aber auch neue Akzente werden gesetzt und Perspektiven für die Weiterentwicklung aufgezeigt.

Die Diskussion unter dem Stichwort des Jahrhundertvertrages, die von Ministerpräsident Dr. Vogel mit angestoßen und entscheidend geprägt wurde, hat in der gemeinsamen Vereinbarung aller Ministerpräsidenten unter dem neuen Begriff des Solidarvertrages einen hohen politischen Stellenwert bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Die EG-Beschlüsse eröffnen unter den Stichworten Vorruhestandsregelung, Extensivierung und Flächenumwidmung neue Möglichkeiten zur Lösung der aktuellen Probleme der Agrarpolitik.

Meine Damen und Herren, der Agrarhaushalt wird in besonderer Weise durch die Gemeinschaftsaufgabe geprägt. Die Mittel für diesen Bereich wurden aufgestockt. Trotzdem waren Umschichtungen notwendig, um die Mittel für die

Ausgleichszulage bereitzustellen, die um weitere 15 Millionen DM erhöht wurde.

Nach langen politischen Bemühungen - es gab dazu mehrere Anträge unserer Fraktion, die wir hier diskutiert haben - ist es gelungen, mit Ausnahme von Weizen und Wein alle Produkte in den von der Natur benachteiligten Standorten in die Ausgleichszulage einzubeziehen.

Mehr als 50 Millionen DM sind hier pro Jahr als direkte Einkommenshilfe, die auch im Gegensatz zu anderen Ländern einkommensorientiert gewährt wird, eingesetzt. Bessere und erweiterte Möglichkeiten wurden auch bei den einzelbetrieblichen Investitionen und bei der Junglandwirteförderung geschaffen. Auch für diese Maßnahmen stehen mehr Mittel zur Verfügung.

Herr Kollege Schmidt, Sie haben hier mit einem Märchen begonnen. Es war aber nur ein Märchen.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P. -  
Schmidt, SPD: Ich habe gesagt, daß es nur so wie ein Märchen klingt!)

- Es war nur ein Märchen. Ich muß darauf hinweisen, im Märchenerzählen sind Sie recht gut.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das Landesagrarprogramm ist das Kernstück des Agrarhaushaltes. Die einzelnen Maßnahmen haben sich bewährt und finden im Gegensatz zu Ihrer Darstellung, Herr Kollege Schmidt, breite Zustimmung und Annahme bei den Betroffenen. Es ist keineswegs eine Bauernfängerei, wie Sie es dargestellt haben. Dann müssen Sie sich einmal draußen von den Betroffenen informieren lassen. Ich glaube, das würde die Nähe zur Agrarpolitik wesentlich verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Es gäbe natürlich auch noch die zweite Frage, wieso Sie jetzt in ihren eigenen Haushaltsbegleitanträgen diese Positionen alle übernommen haben, wenn sie so falsch angesetzt worden wären.

(Schmidt, SPD: Niemand hat etwas davon gesagt, daß alles falsch wäre!)

- Herr Kollege Schmidt, ich darf eine weitere falsche Darstellung Ihrer Äußerungen hier aufhellen. Die gleiche finanzielle Ausstattung ist in diesen beiden Haushaltsjahren vorgesehen. Damit wird eindeutig die Behauptung Ihrer Fraktion und anderer, die dies als reines Wahiprogramm der CDU damals verhöhnt und verspottet haben, widerlegt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das Beispiel mit den 10 Millionen DM, die hier ebenfalls im Agrarprogramm ausgewiesen sind, wäre nur dann schlüssig gewesen, wenn die Mittel im Agrarprogramm gesenkt worden wären. Dies ist aber in keiner Weise der Fall. Insofern ist auch Ihre Aussage dazu nicht relevant.

Einkommens- und Anpassungshilfen sind nach wie vor der Schwerpunkt dieses Agrarprogramms. Allein im Bereich der einkommensstützenden Maßnahmen konnte mit rund 44 Millionen DM mehr als 20 000 Familienbetrieben geholfen werden. Herr Kollege Schmidt, ich verstehe daher Ihren Antrag überhaupt nicht. Er entbehrt jeder Logik.

1. Die Landesregierung ist durch ihre Bewilligungen - so ist das Agrarprogramm angelegt - mittelfristig gebunden.
2. Folge Ihres Antrages wäre eindeutig die Absenkung der Einkommensübertragungen.

(Beifall bei der CDU)

3. Herr Kollege Schmidt, Ihr Antrag ist absolut unsozial; denn er trifft gerade die landwirtschaftlichen Betriebe, die vielfach ein Einkommen haben, das unter der Sozialhilfe liegt. Es sind zumindest die Ärmsten in diesem Lande. Das müssen Sie sich ganz eindeutig vorrechnen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie auf die Vorruhestandsregelung abheben, muß ich zunächst einmal darauf hinweisen, daß diese frühestens im nächsten Jahr greift.

(Schmidt, SPD: Auch das ist berücksichtigt!)

Ihr Kürzungsvorschlag ist also in diesem Jahr völlig falsch. Auch die Vorruhestandsregelung wird nicht zu einer vollkommenen Entlastung führen, ganz egal, welche Positionen jetzt in der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern in der Frage der Finanzierung realisiert werden. Im Endeffekt wird das Land in irgendeiner Form mit herangezogen werden, ob über ein Leistungsgesetz oder in irgendeiner anderen Form. Dann brauchen wir zusätzliche Mittel, um diese wirklich einbringen zu können.

Herr Kollege Schmidt, ich verstehe die SPD überhaupt nicht mehr. Sie hat immer direkte Einkommensübertragungen gefordert. Nunmehr wollen Sie statt dessen eine Umschichtung auf den Bund im Hinblick auf Investitionsförderungen. Dies widerspricht absolut Ihren Aussagen, die Sie hier eben vom Podium aus gemacht haben.

(Beifall bei der CDU -

Schmidt, SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

- Aber selbstverständlich. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Ihnen haben wir das Existenzstützungs-

programm weiterentwickelt. In einem Antrag von CDU und F.D.P. ist ein Konsolidierungsprogramm für Junglandwirte eingebracht worden. 900 000 DM sind im Doppelhaushalt für diese Maßnahmen bereitgestellt worden.

Herr Kollege Schmidt, auch wir haben Umschichtungen vorgenommen. Auf eine möchte ich noch einmal eingehen, weil diese von Ihnen offenbar nicht verstanden wurde. Wir haben eine Umschichtung zwischen der Förderung von Investitionen für Umweltmaßnahmen und dem Programm zur Schaffung von hofeigenem Lagerraum durchgeführt. Wir halten uns mit dieser Umschichtung die Option offen, nach einer Überprüfung auch in diesem Bereich die Förderung wieder aufzunehmen, wenn die Handels- und Genossenschaftsserte ihre jetzt geschaffenen Konditionen wieder verändern sollte. Wir werden darüber hinaus in jedem Fall sicherstellen, daß die hofeigene Verwertung auch in Zukunft in die Förderung entsprechend einbezogen ist.

Herr Kollege Schmidt, zu Ihrer Antragstellung, auf die Sie mehrfach eingegangen sind, muß ich Ihnen sagen, Sie haben hier einen völlig neuen Stil eingeführt. Ich habe einmal nachgezählt. Zehn Ihrer Anträge sind im Haushalts- und Finanzausschuß überhaupt nicht beraten worden, infolgedessen hier überhaupt nicht entscheidungsfähig. 29 Ihrer Anträge wurden nochmal aufgenommen, die bereits im Haushalts- und Finanzausschuß entschieden sind, meistens auf Initiative von CDU-Fraktion und F.D.P.-Fraktion. Ich nenne so etwas schlicht und einfach Schau und Täuschung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Dr. Langen, CDU: Das ist abgeschrieben! In der Schule gibt es dafür eine Fünf!

Zuruf von der SPD: Für was gibt es eine Sechs?

Dr. Langen, CDU: Für Dummheit!)

in vier weiteren Anträgen von Ihnen haben Sie sinnigerweise einfach den Regierungsentwurf wieder übernommen und gesagt, der Ansatz solle in der Höhe beibehalten werden. Auch das kann ich nur als Unsinn bezeichnen. Dies war bisher nie Stil der Haushaltsberatungen gewesen.

Ein neuer Akzent wird mit der Schaffung von regionalen Schwerpunkten für umweltfreundliche Landwirtschaft gesetzt. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen 1,2 Millionen DM für 1989 wurden durch den Antrag von CDU und F.D.P. um 800 000 DM auf 2 Millionen DM verstärkt. Diese Umweltbeihilfe wird ein ergänzendes Instrument sein, regionalen Umweltsituationen und Forderungen Rechnung zu tragen, eine bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und durch eine extensive Bewirtschaftungsmethode die landwirtschaftliche Bewirtschaftung in bestimmten Regionen langfristig zu sichern.

Meine Damen und Herren, mit der auf unseren Antrag hin erreichten gegenseitigen Deckungsfähigkeit aller Positionen im Agrarprogramm ist gesichert, daß die einzelnen Programme sachgerecht ausgestattet und die eingestellten Mit-

tel in jedem Falle für die Landwirtschaft eingesetzt werden können. Auch dies bringt Ihre Aussage hier in ein völlig anderes Licht; denn Sie haben dargestellt, als ob es völlig unmöglich wäre, wie die Positionen ausgewählt worden seien.

Meine Damen und Herren, jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb in unserem Land produziert Wein und ist ganz oder entscheidend von der Entwicklung des Weinmarktes abhängig. Unter diesen Gesichtspunkten haben CDU und F.D.P. die Regierungsvorlage in einer Reihe von Ansätzen wesentlich aufgestockt.

Herr Kollege Schmidt, die Beurteilung über die Weinpolitik hängt natürlich ganz entscheidend von der Sachkunde ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich war mir bei einer Reihe Ihrer Äußerungen sehr unsicher, ob dies gewährleistet ist. Ihre Äußerung zu dem Thema „Weinskandal“ war ganz sicher kein Beitrag zur Vertrauensbildung im Bereich der Weinwirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, für die Erstellung der Weinlagenkartei werden zusätzlich 900 000 DM eingestellt. Die Weinlagenkartei ist die Voraussetzung dafür, daß die Mengenregulierung, das Herzstück des neuen Weingesetzes, umgesetzt werden kann. Wir werden die Voraussetzungen dafür in jedem Falle schaffen.

Über die Weinwerbung haben wir hier schon viel diskutiert - gerade erst in einer der letzten Sitzungen, in der wir gegen die Opposition eine vorgezogene Anhebung der Werbeabgabe der Weinwirtschaft beschlossen haben. Um das Bemühen der Winzer zu stützen und insbesondere zusätzliche Möglichkeiten im Export zu eröffnen, haben wir für 1988 2 Millionen DM und für 1989 1 Million DM für die Weinwerbung erneut bereitgestellt. Wir gehen allerdings davon aus, daß mit der Umstellung der Weinwerbeabgaben von der Fläche auf die Flasche und einer gleichzeitigen weiteren Weinwerbeabgabesteigerung zusätzliche Bereitstellungen des Landes in den kommenden Jahren entfallen werden.

Die Kürzung der Förderung für den Wiederaufbau von Rebflächen, wie er in der Regierungsvorlage vorgesehen war, wurde durch die zusätzliche Bereitstellung von 3,7 Millionen DM wieder auf den alten Ansatz gebracht. Dies war aus unserer Sicht aufgrund der wirtschaftlichen Umfeldbedingungen notwendig.

Darüber hinaus ist zu erwarten, daß durch die größere Fläche der Fördersatz für die einzelnen Maßnahmen ohnehin herabgesetzt werden muß.

Auch für die Weinbauforschung und die Rebenanerkennung wurden zusätzliche Mittel auf Antrag unserer Fraktion eingesetzt.

Meine Damen und Herren, meine Kollegin Frau Schmitt und Herr Dieter Schmitt werden zu weiteren Punkten des Agrarhaushaltes noch Stellung nehmen.

Zusammenfassend stelle ich fest: In diesem Haushalt werden alle Möglichkeiten des Landes genutzt, der Landwirtschaft bei ihrem schwierigen Anpassungsprozeß zu helfen. Die EG-Beschlüsse und ihre Umsetzung werden uns beim Vollzug des Haushalts sicher noch vor neue Probleme stellen, aber auch Möglichkeiten der Umschichtung eröffnen, wie ich hoffe.

Herr Kollege Schmidt, nicht Machterhaltung bestimmt unsere Politik, sondern die Bauern und Winzer in unserem Lande können davon ausgehen, daß die CDU-Fraktion auch in der Zukunft die Probleme der Landwirtschaft aufgreifen und sachgerechte Lösungen durchsetzen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Reitzel:**

Ich erteile Herrn Kollegen Eymael das Wort.

**Abg. Eymael, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf „Schmidts“ Märchenstunde zu sprechen kommen. Herr Schmidt, ich finde es unerhört, in welcher Art und Weise Sie hier angesichts der schwierigen Lage in Landwirtschaft und Weinbau eine Verhöhnepipelung der Landwirtschaft und des Weinbaues vorgenommen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Zuruf des Abg. Schmidt, SPD)

Wer das Agrarprogramm als „Bauernfängerei“ bezeichnet, trifft damit auch 20 000 Antragsteller in diesem Lande.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Lassen Sie mich zu einigen Punkten des Agrarprogramms, das Sie angesprochen haben, Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, wenn Hilfsmaßnahmen, wie beispielsweise Getreidelagerraumschaffung, durchgeführt werden, so können diese in jedem Betrieb nur einmal durchgeführt werden. Wenn die Betriebe ausreichend damit versorgt sind, können solche Titel heruntergesetzt werden. Das ist in der Folgerung doch ganz logisch.

Wir haben gemeinsam diesen Titel nochmals mit aufgenommen, weil es jetzt um den Flachs-anbau geht.

(Zuruf des Abg. Schmidt, SPD)

Lassen Sie mich zwei Worte zum Weinbau sagen. Sie haben die Weinverfälschungen angesprochen. Ich bedauere es

auch, Herr Schmidt, daß diese Prozesse zum Beispiel über Jahre andauern. Aber wir leben in einem Rechtsstaat, und wir müssen diesem Rechtsstaat entgegenkommen und die Dinge, die der Rechtsstaat regelt, einhalten. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei F.D.P.- und CDU)

Dann nützt alle Kritik nichts.

Sie haben Null-Perspektiven; sie haben die Emotionen geschürt; sie haben sich als sauberen Mann dargestellt. Vor Ort reden Sie nach dem Munde der Bauern und Winzer. Ich bezweifle Ihre agrarpolitische Kompetenz. Ich bezweifle überhaupt die agrarpolitische Kompetenz der gesamten SPD.

(Zurufe von der SPD)

Kein einziger gewachsener Landwirt, kein einziger gestandener Winzer sitzt in Ihren Reihen. Wie können Sie über Agrarpolitik reden, wenn Sie davon keine Ahnung haben?

(Bojak, SPD: Was macht der Ministerpräsident bei der Familienpolitik? - So ein Quatsch! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß die bäuerlichen Einkommen in der Bundesrepublik im laufenden Wirtschaftsjahr 1987/88 voraussichtlich leicht zurückgehen werden, ist es leider nur ein schwacher Trost, wenn im Jahr zuvor ein durchschnittliches Einkommensplus von 2,6 % zu verzeichnen war. Man kann von Glück sprechen, daß die Betriebsmittelpreise spürbar gesunken sind; denn sonst wäre dieser leichte Gewinn nicht möglich gewesen.

Aber auch die Agrarpolitik, besonders die Entlastungsmaßnahmen im sozialen Bereich, hat dazu beigetragen, die einkommensschwächeren Vollerwerbsbetriebe sinnvoll zu stützen. Diese gezielte Einkommensstützung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Wichtig dabei ist, daß staatliche Fördermaßnahmen nicht so ausgebaut werden, daß sie der Kernbestandteil landwirtschaftlicher Einkommen sind. Dies wäre für die Landwirte verhängnisvoll, da ein Großteil von ihnen dauerhafte staatliche Finanzmittel mit in die betrieblichen Entscheidungen einbeziehen würde. Wir wollen landwirtschaftliches Unternehmertum soweit wie möglich aufrecht erhalten.

Der Agrarbericht der Bundesregierung weist für das vergangene Wirtschaftsjahr nach langer Zeit wieder erstmalig eine erhöhte strukturelle Anpassung aus.

(Bojak, SPD: Für Rheinland-Pfalz?)

Dies sind 5,8 % bezogen auf die in der Landwirtschaft Beschäftigten und 3,8 % bezogen auf die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe.

(Bojak, SPD: In Rheinland-Pfalz?)

- Auf Bundesebene, Herr Bojak.

Wir begrüßen diesen Strukturwandel, da die bundesdeutsche Landwirtschaft hierbei im Vergleich einen hohen Nachholbedarf hat. Die Anpassung ist deshalb so reibungslos erfolgt, weil sie sich vornehmlich im Generationswechsel und über den Zu- und Nebenerwerb vollzogen hat.

Der Strukturwandel wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Daher muß eine soziale Abfederung durch Bund und Land gewährleistet sein. Wir fühlen uns dadurch in unserer Auffassung über eine differenzierte Agrarpolitik bestätigt, wobei erstens die Landwirte, die weiterhin im Vollerwerb ihre Einkommen erwirtschaften wollen, günstige Entwicklungschancen brauchen, damit leistungsfähige Familienbetriebe eine gesicherte Zukunft haben, und zweitens Landwirte, die sich gern umorientieren möchten oder beabsichtigen, die landwirtschaftliche Produktion einzustellen, durch ein günstiges Umfeld auch dazu motiviert werden.

Das bedeutet zum einen, daß die dynamischen Kräfte der ländlichen Regionen hinsichtlich außerwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten mobilisiert werden müssen, und zum anderen, daß die Kopenhagener Gipfelbeschlüsse zur Vorruhestandsregelung in Verbindung mit Flächenstilllegungen umgesetzt werden.

Mit der Ausgestaltung des vorzeitigen Altersgeldes für Landwirte in Kopplung mit der Flächenstilllegung rückt eine von der F.D.P. schon lange gestellte Forderung in für die Landwirtschaft greifbare Nähe.

(Vereinzel Beifall bei der F.D.P.)

Aber der politische Wille allein reicht nicht, um älteren Landwirten die Möglichkeit zu geben, ihre Landbewirtschaftung einzustellen. Es ist jetzt auch an der Zeit, daß der Bundesfinanzminister einmal klarstellt, welche Mittel er den Landwirten über 55 Jahren für ihre Produktionsaufgabe als Rente bereitzustellen gewillt ist.

(Lais, SPD: Ist das eine Kritik?)

Meine Damen und Herren, die Einkommenssituation in Landwirtschaft und Weinbau ist sehr schwierig. Vor dem Hintergrund einer entscheidenden strukturellen Anpassung, einer Neuorientierung der Agrarpolitik von der intensiven Bewirtschaftung zur umweltschonenden extensiven Landwirtschaft hat das Land Rheinland-Pfalz auch bei diesem Doppelhaushalt eine große Verantwortung gegenüber seinem gesamten ländlichen Raum.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Ein Aktionsprogramm für den ländlichen Raum soll die verschiedenen Politikbereiche auf die strukturschwachen ländlichen Räume konzentrieren, die durch die Krise in der Landwirtschaft in zusätzliche Schwierigkeiten zu geraten drohen.

Allerdings hat ein solches Programm nur durch eine Abstimmung der Politikbereiche der EG, des Bundes, der Länder, der Kreise und der Gemeinden Aussicht auf Erfolg.

Trotz einer angespannten finanziellen Lage des Landes Rheinland-Pfalz wird mit der Vorlage des Haushaltes und in zusätzlichen Förderanträgen von CDU und F.D.P. der Einstieg in ein solches Aktionsprogramm gewagt, obwohl der Doppelhaushalt insgesamt als Sparhaushalt anzusehen ist.

In Übereinstimmung mit der CDU-Fraktion wollen wir die Ansätze im Einzelplan 07 weitestgehend beibehalten. Insbesondere die direkten Einkommenshilfen über das Agrarförderprogramm und die Ausgleichszulage konnten sogar erhöht werden.

So bekennen wir uns von der F.D.P.-Fraktion zum Agrarförderprogramm des Landes Rheinland-Pfalz. Wir sehen unsere Vorstellungen durch die positive Resonanz mit über 20 000 Förderanträgen bestätigt. Bereits vor der Landtagswahl sind wir für eine längerfristige Fortschreibung und eine gezielte Verbesserung des Förderprogramms, insbesondere durch notwendige Umschichtungen, eingetreten.

Neue Schwerpunkte wurden gebildet, unter anderem die Einführung von Pilotprojekten zur umweltfreundlichen extensiven Landbewirtschaftung, ein Liquiditätsprogramm für Junglandwirte zur Abdeckung übernommener Aitschulden bei der Hofnachfolge, eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Güllelagerung, um den Bodenschutz langfristig zu garantieren oder aber auch durch die zu erwartende Gründung einer Gesellschaft zur Verwertung und zum Absatz nachwachsender Rohstoffe. Mein Kollege Konrad wird zu den Einzelbereichen der Landwirtschaft später noch Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich speziell zum Weinbau einige Ausführungen machen; denn die Probleme des Weinbaues, insbesondere des Weinabsatzes, sind für weite Regionen unseres Landes von außerordentlich großer Bedeutung. Auch eine zukünftige Weinbaupolitik in Rheinland-Pfalz wird ohne begleitende Fördermaßnahmen nicht auskommen. Das Image des deutschen Weines beim Verbraucher im In- und Ausland zu verbessern, vertrauensbildende Maßnahmen, insbesondere durch Aufklärung und Information über Produktion und Qualität, sind nach wie vor wichtiger denn je.

Wir begrüßen die grundlegende Neukonzeption der Absatzförderung in Verbindung mit neuen Werbekonzeptionen. Die Novellierung des Weinwirtschaftsgesetzes noch in diesem Jahr wird erhöhte gesetzliche Werbeabgaben für die Weinwirtschaft zur Folge haben. Werbeabgaben, die bisher bei etwa 1,2 Pfennig pro Liter lagen, erhöhen sich auf ca. 3 bis 5 Pfennig pro Liter. Damit wird der Weinwirtschaft ein großes finanzielles Engagement zugemutet.

Vor diesem Hintergrund und einer unverschuldeten Absatzkrise sehen wir uns in der Verpflichtung, flankierende Fördermittel für die Weinwerbung mit insgesamt 3 Millionen DM für den Doppelhaushalt zur Verfügung zu stellen, wobei wir allerdings Wert auf einen erfolgversprechenden Einsatz dieser Mittel, insbesondere zur Exportweinwerbung, legen.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Existenzstützungsprogramm für einkommensschwache landwirtschaftliche und weinbauliche Haupterwerbsbetriebe, die ihren Betriebsitz nicht in den sogenannten benachteiligten Gebieten haben, ist an das Standardbetriebseinkommen gekoppelt und trägt somit zur Einkommensverbesserung von Vollerwerbsbetrieben bei. Die ausgewiesenen 14,7 Millionen DM gelten als Alternative zur Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten.

Da keine einzige Weinbauregion als benachteiligtes Gebiet anerkannt ist, werden insbesondere auch Winzer in solchen Regionen gefördert, wo es keine außerweingebäulichen Erwerbsquellen gibt.

Für auslaufende Weinbaubetriebe ohne Hofnachfolger werden in den Anbaugebieten Mosel/Saar/Ruwer, Mittelrhein und Ahr zeitlich befristete Zuschüsse zur Produktionsanpassung an die Absatzmöglichkeiten gewährt. Der Schritt vom Haupt- zum Nebenerwerbsbetrieb soll damit erleichtert werden.

Meine Damen und Herren, beide Maßnahmen sollen und dürfen den Strukturwandel nicht hemmen, aber sie müssen ihn sozial abfedern. Sicherlich war in der Vergangenheit mancher Förderantrag mit viel Bürokratie verbunden.

Positiv zu bewerten ist die unbürokratische und unkomplizierte Gewährung der Bewirtschaftungszuschüsse für den Steillagenweinbau. Nach unserer Auffassung ist das eine absolut gerechtfertigte Fördermaßnahme, um standort- und produktionstechnische Nachteile auszugleichen. Wir wollen auch dem Steillagenweinbau eine Zukunftschance geben und befürworten eine Fortführung dieser Maßnahme auch mit den jetzt erhöhten Ansätzen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, entgegen der Regierungsvorlage glauben wir, daß eine deutliche Kürzung der Mittel zur Förderung der weinbaulichen Forschung gegenwärtig nicht angebracht erscheint. Die praxisnahe Forschung des Forschungsrings des Deutschen Weinbaues und des Ausschusses für Technik kommt insbesondere den Winzern und Betriebsleitern im Weinbau zugute. Um laufende Forschungsvorhaben nicht zu gefährden, insbesondere auch die Förderung von Technik im Steillagenweinbau, werden die Ansätze auf jeweils 350 000 DM in 1988 und 1989 eingestellt.

Der planmäßige Wiederaufbau von Rebflächen dient der Verbesserung der weinbaulichen Produktionsstruktur und ist in erster Linie eine Fördermaßnahme zur Erhaltung unserer leistungsfähigen Vollerwerbsbetriebe im Weinbau.

Damit diejenigen Winzerbetriebe, die an laufenden Flurbereinigungsmaßnahmen beteiligt sind, nicht benachteiligt werden, haben wir gemeinsam mit der CDU-Fraktion die Aufstockung der Mittel auf die ursprüngliche Höhe von 5 Millionen DM in 1988 und 1989 beantragt. Damit bleibt die bisherigen Darlehens- und Bezuschussungspraxis bestehen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Auflagen für Flurbereinigungsmaßnahmen, unter anderem durch die Bereitstellung von Flächen durch die Winzer speziell für ökologische Zwecke, ist diese Erhöhung sinnvoll.

Meine Damen und Herren, die zu erwartende Einführung einer praxisbezogenen Mengenregulierung beim Wein macht den dringenden Aufbau eines Rebflächenverzeichnisses bzw. einer Weinbaukartei notwendig. Insbesondere zur Eingangskontrolle des Lesegutes in Verbindung mit der Gesamterntemeldung glauben wir, dann ein wirkungsvolles Kontrollinstrument zu haben.

In Verbindung mit dem bestehenden Bezeichnungsrecht gewinnen wir ein wichtiges Stück Glaubwürdigkeit gegenüber dem Verbraucher zurück.

(Beifall bei der F.D.P.)

So wird die angegebene Literzahl an Wein einer besonders bekannten und vom Verbraucher geschätzten Weinlage aufgrund dieses Rebflächenverzeichnisses besser nachvollziehbar sein.

Gleichzeitig mit dem Aufbau einer Weinbaukartei muß auch eine endgültige normative, das heißt flächenmäßige Abgrenzung des Rebgebietes in den einzelnen Anbaugebieten in Rheinland-Pfalz erfolgen.

Durch sogenannte Rebaufbaupläne, ähnlich wie in Baden-Württemberg in einer Verwaltungsvorschrift festgeschrieben, wäre eine planerische Grundlage für die Entwicklung des Rebananbaues gegeben. Durch eine restriktive Flächenabgrenzung müßte allerdings eine größere Flächenausdehnung verhindert werden. Jedoch bedarf das Problem der sogenannten Zahnücken, einzelner weinbaulich ungeeigneter Parzellen und Ackergelände neben genehmigtem und bepflanzt Weinbergsgelände, einer baldigen Regelung, um unberechtigte - und ich betone dies, weil es sehr aktuell ist - Sanktionsmaßnahmen zu verhindern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Den erhöhten Mitteleinsatz sollte die Landwirtschaftskammer nutzen, um möglichst bald ihre neuen Aufgabe, die Erfassung der Rebflächen zu einer Weinbaukartei, verwirklichen zu können.

Meine Damen und Herren, mit diesem Doppelhaushalt wollen wir die eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um die Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur des rheinland-pfälzischen Weinbaues zur Sicherung wettbewerbsfähiger Betriebe und der Einkommen der Winzer konsequent fortzuentwickeln.

Bevor ich nun auf die Forstpolitik zu sprechen komme, gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Themen Landwirtschaftsverwaltung, landwirtschaftliches und weinbauliches Beratungs- und Schulungswesen und Weinbaudomänen in unserem Bundesland.

Das bisher aufgebaute flächendeckende Netz an Kulturämtern, Landeslehr- und Versuchsanstalten und landwirtschaftlichen Beratungsstellen hat sich sicherlich bewährt.

Weil sich die agrarpolitischen Rahmenbedingungen jedoch grundlegend geändert haben, muß ein Organisationskonzept für den Bereich der Landwirtschaftsverwaltung neu entwickelt werden. Zu berücksichtigen sind dabei die veränderten Bedingungen im Bereich von Flurbereinigung und Landschaftspflege und neue zukünftige Aufgaben, wie z. B. die Umsetzung der Flächenstilllegungsprogramme oder die verwaltungsmäßige Abwicklung direkter Einkommensübertragungen.

Aufgrund des anhaltenden Strukturwandels in Landwirtschaft und Weinbau und damit verbundener rückläufiger Schülerzahlen muß über eine Konzentrierung bzw. Zusammenlegung landwirtschaftlicher Beratungsstellen und Schulen nachgedacht werden.

Neue Aufgabenschwerpunkte betreffen die Landeslehr- und Versuchsanstalten z. B. durch Änderung der Lehrpläne: Weniger produktionsintensive Ausbildung, dafür mehr Beratung und Ausbildung in umweltschonender und extensiver Bewirtschaftung hin zur Erzeugung höherer Qualitätsprodukte und damit letzten Endes auch zu angemesseneren Preisen. Auch die kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Ausbildung muß für den landwirtschaftlichen Unternehmer Nachwuchs von hoher Priorität sein.

Die Weinbaudomänen in Rheinland-Pfalz haben weitestgehend ihre eigentliche Aufgabenstellung als Muster- und Versuchsbetriebe verloren. Wir werden uns auch weiterhin für die Fortführung der Privatisierung von Weinbaudomänen einsetzen, die in ihrer heutigen Form zu einer immer stärkeren finanziellen Belastung für das Land werden. Privatisierung bedeutet für uns jedoch nicht nur Verkauf,

sondern auch die Verpachtung von weinbaulichen Flächen an junge, aufstrebende Winzerbetriebe.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, im Forstbereich wollen wir mit aller Kraft die Anstrengungen fortführen, um den Waldschäden entgegenzuwirken, die wir nicht oder nur zu einem geringen Teil zu verantworten haben. Dies wird in verschiedenen Bereichen geschehen. Das Forstökoprogramm wird ungeschmälert fortgesetzt. Die Forstliche Versuchsanstalt in Trippstadt kann ihre Aufgaben innerhalb des Programms zwar erfüllen, aber leider zum großen Teil nur über befristete Arbeitsverträge. Eine Umwandlung dieser Stellen in Planstellen ist daher mittelfristig anzustreben.

Das Waldschutzprogramm konzentriert sich in den Jahren 1988/1989 auf die Kompensationsdüngung gegen die Versauerung der Waldböden aufgrund der Immissionen. Diesem Programm steht effektiv weniger Geld zur Verfügung als im vergangenen Jahr. Das lag an der Umwidmung von Geldern aus der Gemeinschaftsaufgabe, die andernorts nicht aufgebraucht wurden und bis 1986 in die Forstwirtschaft geflossen sind. Aber insgesamt wurden die Hilfen gegen die Waldschäden von 1982 bis 1986 vervierfacht. Dieser Betrag kann knapp gehalten werden; er steht für die Beseitigung der Folgeschäden aus der Windwurfkatastrophe von 1984 und, wie gesagt, für die notwendigen gezielten Düngemaßnahmen zur Verfügung. Mit letzteren muß vor allem verhindert werden, daß die Säurefront im Boden bis zum Grundwasser durchbricht.

Die F.D.P.-Fraktion wird die Forstverwaltung nach Kräften unterstützen, diesen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten zu können.

(Beifall der F.D.P.)

Unsere Anerkennung möchten wir denjenigen Forstbeamten aussprechen, die sich über ihre waldbauliche Tätigkeit hinaus auch für den Vollzug und die Kontrolle von Maßnahmen der Landespflege und des Naturschutzes sowohl im Wald als auch in der Feldflur zur Verfügung stellen.

(Beifall der F.D.P.)

Wir hätten für die Neuanpflanzung, die Waldpflege und für waldbauliche Maßnahmen in den strukturschwachen Gemeinden und in Privatwäldern gern 2 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung gestellt, weil diese Waldbesitzer ihren Wald zugunsten der Allgemeinheit und zum Wohle aller Bürger pflegen und bewirtschaften müssen und ihn den Erholungssuchenden kostenlos zur Verfügung stellen. Was wäre das Urlaubsland Rheinland-Pfalz, was wäre der Fremdenverkehr ohne den Wald, der über 40 % der Fläche bedeckt? Die zusätzlichen Hilfen konnten wir nicht durchsetzen, wollen uns aber weiterhin dafür einsetzen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Doppelhaushalt mit einem zufriedenstellenden Zahlenwerk für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten bedeutet für uns einen wichtigen Schritt zur Erhaltung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer dringenden Verbesserung der ländlichen Infrastruktur durch verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze, durch einen Verzicht auf weitere Streckenstilllegungen bei der Deutschen Bundesbahn, einen auf den unbedingt notwendigen Bedarf abgestellten landschafts- und flächenbezogenen Straßenbau und die verstärkte Förderung der Dorfentwicklung und der Dorferneuerung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Damit die Landwirtschaft ihre wirtschafts-, umwelt- und gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen kann, brauchen wir die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit für unsere Bauern und Winzer durch leistungsfähige Familienbetriebe und nicht durch Agrarfabriken, die Herstellung eines Marktgleichgewichts durch EG-weite Beseitigung des Überangebots an Nahrungsmitteln, damit die Einkommen der Landwirte und Winzer langfristig wieder ausschließlich über die Preise Erlöst werden, und neue Aufgaben im Rahmen der Pflege unserer Kulturlandschaft und entsprechende Entgelte für landschafts- und naturschützende Leistungen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf beinhaltet eine erfolgversprechende, zukunftsorientierte Weichenstellung für unsere Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Reitzel:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des DRK-Ortsverbandes Haßloch

(Beifall im Hause)

und die Siegerklasse bei den Waldjugendspielen 1987, die Klasse 8 a der Hauptschule Rennerod.

(Beifall im Hause)

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Steffny.

**Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schlechter als heute kann es einer Landwirtschaft und besonders den Bauern kaum noch gehen. Die Einkommen der Bauern sinken, die Höfe sterben, durchschnittlich acht pro Tag im Land Rheinland-Pfalz. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinkt schon bald unter 50 000, und das Erstaunlichste ist,

das entspricht der CDU/F.D.P.-Koalitionspolitik. Dieser gnadenlose Ausleseprozeß wird nicht etwa gestoppt oder verlangsamt, sondern mit dem leidenschaftslosen Wort „Strukturwandel“ sogar offen vertreten. Die Rede des Kollegen Eymael war dafür ein Beispiel gewesen.

Diese Linie läßt sich auch deutlich am Einzelplan des Landwirtschaftsministers mit der Rationalisierung von Produktion, der Zentralisierung der Vermarktung und Flächenstilllegung, der Eliminierung nicht mehr lebensfähig eingestufte Betriebe festmachen. Statt sich entschieden gegen die unsinnige EG-Politik zu stemmen, ist die bäuerliche Landwirtschaft die bundesdeutsche Opfergabe, der Preis, den die Bundesrepublik für die Festigung ihrer Priorität der Exportindustrie gibt.

(Beifall der GRÜNEN)

Um diese schwierige Aufgabe des Rückzugs der bäuerlichen Landwirtschaft präzise und EG-verordnungsgerecht durchzuführen, sind selbstverständlich immer mehr Bürokraten notwendig. Die EG-Verordnungen, die verschiedensten Milchquotenregelungen und Hygieneverordnungen, sind unglaublich kompliziert. Da sind auch manchmal Doppelberatungen nötig.

(Zuruf von der SPD)

Die Mengenregulierung beim Wein muß so unglaublich ausgetüftelt sein, daß niemand merkt, daß sich im Prinzip außer mehr Kontrolle nichts ändert

(Beifall der GRÜNEN)

Kurz gesagt, wir brauchen immer weniger Bauern und Winzer, aber immer mehr, die verwalten und den restlichen Teil kleinstrukturierter Landwirtschaft abschaffen. Schon jetzt ist das Verhältnis der Verwaltungen der Landwirtschaft zu den bäuerlichen Betrieben ca. 1 zu 30, die Verwaltung der Bundesministerien und der Landwirtschaftskammern noch völlig ausgeklammert.

Der Hammer aus unserer Sicht ist dabei die Aufstockung der Kulturämter aus der Hinterlassenschaft der Landsiedlung. Über das hinaus, was der Rechnungshof bereits an personeller Überbesetzung dieser Behörden ermittelt, sind wir angesichts der skandalösen Rechtsgrundlage der Flurbereinigung als solcher und der verheerenden Praxis der Flurbereinigung für deren wertgehende Stilllegung.

(Beifall der GRÜNEN)

Konsequenterweise sind die entsprechenden Ansätze für Maßnahmen der Flurbereinigung auf jene Maßnahmen zurückzuführen, die ökologisch vertretbar sind, und diese sind hierzulande ziemlich wenige.

(Zuruf von Staatsminister Ziegler)

Ich muß es hier zum wiederholten Male ausführen: Auch wenn Sie, Gott behüte, unser halbes Mittelgebirge plattmachen und rigoros Gewässer kanalisieren, der Glaube, durch Rationalisierung und Kostensenkung der dann noch übrigbleibenden Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe unter Ihrem Stichwort „Strukturwandel“ die Zukunft sichern zu können, das ist eine ganz große Illusion, der größte Fehler Ihrer Politik.

(Beifall der GRÜNEN)

Lassen Sie sich auf dieses Rennen ein, geht das wie das Rennen zwischen Hase und Igel aus. Holland und Niedersachsen sind schon längst da. Weil Flurbereinigungen keineswegs weder für die Bauern, denen sie in undemokratischer Weise gegen ihren Willen aufgedrückt werden können, noch für die Staatskasse billig sind, sollten Sie an die landschaftschonende Alternative denken. Insbesondere die Weinbergsflurbereinigungen sollten schnellstens eingestellt werden. Sie greifen in besonders schädlicher Weise in die Landschaft ein und zerstören die Bodenstrukturen. Statt dessen sollte konsequente Qualitätspolitik im Weinbau die Preise wieder in Ordnung bringen.

Nicht weniger Sorgen hat der Rechnungshof mit den verschiedenen Beratungsdiensten der Landwirtschaft, oft sogar zuviel und konfus organisiert, kurz gesagt. Die Unzahl der Verordnungen und Verwaltungsvorschriften sowie Förderrichtlinien ist natürlich ein Unding.

Besonders fragwürdig aus unserer Sicht ist die Tätigkeit der Pflanzenschutzdienste. Diese verstehen sich mehr als Verkaufsförderung der Chemie-Industrie. Das Schlagwort vom integrierten Pflanzenschutz ist dabei nur das neueste Mäntelchen, in das sich die Geschäfte verpacken lassen.

(Beifall der GRÜNEN)

Solche Beratung sollte nicht weiter aus öffentlichen Geldern bestritten werden.

Beratung und Ausbildung wäre dagegen im Bereich des ökologischen Landbaues vonnöten. In Rheinland-Pfalz ist dies leider fast ganz der Eigeninitiative der im Ökolandbau engagierten Verbände überlassen. Wir haben hier einen Antrag zur Förderung der ökologischen Bildungsarbeit eingebracht, den ich Ihrer zustimmenden Beachtung empfehle, und zwar jährlich 50 000 DM.

Landwirtschaft findet fast auf der Hälfte der Landesfläche statt. Deshalb ist es für die ökologische Situation, für den Artenschutz, den Bodenschutz, den Wasserhaushalt und die Trinkwasserversorgung von entscheidender Bedeutung, was hier geschieht oder unterlassen wird. Leider müssen wir feststellen, daß keiner unserer Ansätze zur Förderung des ökologischen Landbaues ernsthaft diskutiert wurde. Wir haben Anträge gestellt, und zwar 7 Millionen DM im Einzelplan 07 und weitere Gelder im Einzelplan 14.

Diese Förderung der Umstellung auf ökologischen Landbau wäre in der Lage, Umweltbelastungen zurückzuführen, die Überschußproduktion der EG abzubauen und den Verbrauchern hochwertige Lebensmittel zu liefern. Die Nachfrage ist vorhanden.

(Beifall der GRÜNEN)

Ich greife das Beispiel Dänemark in der EG auf, das in fünf Jahren 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf ökologischen Landbau umstellen will. Oder noch viel näher - da sollten die Kollegen der SPD vielleicht einmal zuhören -: im Saarland.

(Beck, SPD: Wir hören Ihnen immer zu,  
Herr Kollege!)

- Das freut mich sehr. Ich vermerke das.

(Beck, SPD: Sie sagen nur nicht immer  
Bemerkenswertes!)

- Ja?

Zum Öko-Landbau im Saarland. Das Saarland hat die Gemeinschaftsaufgabe „Ausgleichszulage“ so ausgestaltet, daß die Extensivierung besonders honoriert wird.

(Bojak, SPD: Auch in Rheinland-Pfalz! Sie haben  
die Richtlinien nicht gelesen!)

- Ich habe sie gelesen. Darauf kommen wir noch zurück.

Als Intensitätsmaßstab gilt der Besatz an Großvieheinheiten, etwa in Rheinland-Pfalz. Nein, das gilt im Saarland, je Hektar Futterfläche. Der ökologische Landbau wird durch ein zweites Programm sogar durch personenbezogene Umstellungsbeihilfen in einer vierjährigen Übergangsphase in der Größenordnung von 10 000 DM direkt gefördert.

Meine Damen und Herren, was hier in den Gemeinschaftsaufgaben als umweltfreundliche Landwirtschaft bezeichnet wird, ist im wesentlichen die Verwaltung eines „Miststandes“, nämlich zu hoher Viehdichten. Das führt zu diesem Gülle-Lager-Programm. Aber Sie müssen doch erkennen, daß hier an Symptomen kuriert wird. Die Ursache, nämlich den zu hohen Viehbesatz für die Fläche, müssen Sie ändern, Herr Schmidt.

(Beifall der GRÜNEN -  
Zuruf des Abg. Bojak, SPD -  
Schmidt, SPD: Das sind doch Fehler der  
Vergangenheit!)

- Aber nicht nur die SPD-Opposition, sondern auch die Regierungspolitik sieht die ökologischen Alternativen natürlich erst recht nicht; sie greift als Alternative den modischen Strohalm des Rohstoffproduzenten Landwirtschaft

auf. Leider steckt nicht viel Perspektive dahinter, weder für die Einkommenssituation der Bauern, geschweige für die Umwelt. Genausowenig führt Ihre Alternative aus der Misere der Agrarsubventionen. Sie sehen, mit Subventionen fängt es schon an, Herr Eymael. Die Gewinne werden die Weiterverarbeiter - da bin ich ganz sicher - und nicht die kleinen Landwirte abkassieren.

Sie haben in der Vergangenheit schon wertestgehend Strukturen der Schlachthöfe, Molkereien und - jetzt aktuell - den Gemüse-Großmarkt Dannstadt gefördert. Dies steht für eine zentrale Vermarktungspolitik, die wir ablehnen. Sie nutzt weder der Landwirtschaft noch den Verbrauchern, sie nivelliert Qualitätsstandards, sie erhöht Wegekosten, sie erschwert die Frische der Produkte. Profitieren werden die Großpartner aus der Lebensmittelbranche, die entsprechend die Preise drücken werden; warten Sie es einmal ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sind die Methoden und Ziele der Landwirtschaftspolitik noch im Zusammenhang einer verfehlten EG-Politik und deren nationaler Realisierung zu sehen, so ist die rheinland-pfälzische Weinbaupolitik originär hausgemacht und falsch. Im Qualitätsweinebereich hätten Gestaltungsmöglichkeiten zur Förderung wirklicher Qualitätsstandards genutzt werden können; aber seit vielen Jahren wird hier in Mainz das Gegenteil getan. Die Krisis des Weinbaues ist also spezifisch rheinland-pfälzisch. Alle Vergleiche mit dem Weinbau in Baden-Württemberg, Hessen oder Bayern können das belegen. Nirgendwo sonst so auf Masse gesetzt - Herr Minister, das gestehe ich zu, auch schon vor Ihrer Zeit - wurde den Bedürfnissen eines Importhandels entsprochen, zum Beispiel Billigstweinen für die Versektung in Deutschland den Markt zu bereiten und die entsprechenden Lagerkapazitäten zu bieten. Also, eine systematisch auf die Interessen des Handels und der Verbände hörige Politik wirkt sich gegen die Interessen der Winzer und Verbraucher aus.

Wie gefangen der Minister für die Interessen dieser Weinlobby ist, zeigt sich daran, daß sich deren Vertreter sogar in Form eines Beirates aus dem Staatshaushalt bezahlen lassen.

Das in seinen Bewertungskriterien völlig untaugliche Weingesetz trägt ein übriges dazu bei, den Weinbau gerade dort in den Ruin zu treiben, wo ihm aufgrund der traditionellen Qualität Weltruhm zugestanden wird: in den Riesling-Steillagen an Mosel und Mittelrhein, an Ahr und an der Nahe.

Diese strukturelle Verzerrung wurde bislang nur durch ein unzulängliches, nicht völlig falsches Förderprogramm der Landesregierung angegangen. Wir haben in unserem Antrag dieses Programm gerade auf kleinere Steillagenparzellen ausgedehnt und bis auf das Sechsfache aufgestockt. Sie wollen dagegen die Kleinen ausgrenzen. Das halten wir für die falsche Politik; denn dann machen sie in der Ebene weiter, und die Steillagen werden nicht mehr bewirt-

schaftet. Eine falsche Förderpolitik sehen wir auch in den Stilllegungsprämien für den eigenen Kellerausbau. Hier wird das selbständige Berufsbild des Winzers zum Mostlieferanten degradiert.

Auch hier drängt sich, wie bei vielen anderen „Sterbehilfe-Programmen“, die Frage auf, ob Sie nicht scharf an Artikel 12 der Verfassung, der freien Berufswahl, kratzen.

Meine Damen und Herren, mit der Weinwerbung will ich mich nur kurz auseinandersetzen; das Thema haben wir erst gehabt. Ihre Erfolglosigkeit, wie sie in der Vergangenheit war und in der Gegenwart ist, läßt es wirklich nicht zu, daß Sie das jetzt wieder im Staatshaushalt mit Millionenbeträgen aufleben lassen. Das Geld wäre besser aufgehoben bei Fördermaßnahmen der Direktvermarktung, von Winzern zum Verbraucher zum Beispiel oder vielleicht von Kommunen, die für ihren Wein werben wollen, über den Finanzausgleich. Das würde eher sicherstellen, daß das Geld irgendwo beim Produzenten wieder ankäme.

Zum Steillagen-Weinbau. Herr Minister, Sie müssen sich bewußt sein, daß Ihre Politik doch dazu geführt hat, daß die Preise für den Wein in vielen Gebieten heute auf oder unter dem Niveau der 50er Jahre sind. Herr Minister, ich würde einmal gerne wissen, ob Sie die Gehälter aus den 50er Jahren noch für Ihr Ministeramt akzeptieren würden. Aber den Winzern muten Sie diese Preise mit Preisverfall durch ihre Mengenpolitik zu.

(Kutscheid, CDU: Da müssen Sie eben mehr Wein trinken!)

- Ach, Herr Kutscheid, ich tu das schon; ich kann den guten von dem weniger guten unterscheiden; das ist kein Problem bei mir; ich bin kein Asket im Weintrinken.

Die Krisenverwaltung ist leider auch im Forst an der Tagesordnung. Was anderes bleibt bei 46 % geschädigter Waldfläche und anhaltendem Waldsterben auch übrig? Leider erfaßt die Landesregierung nicht den Ernst der Situation. In ihre Kürzungspläne sind die Forstverwaltungen mit ihren Stellenplänen einbezogen worden. Daß wir hier ganz anders denken, weniger holzkrämerisch, aber für die Zukunft unserer Umwelt, zeigen unsere Anträge. Weil wir dafür eintreten, naturnahen Waldbau mit standortgerechten Baumarten zu ermöglichen, und weil wir Naturverjüngung fördern und Urwaldzellen sich bilden lassen möchten, brauchen wir qualifiziertes Fachpersonal. So lassen sich auch schädliche Kahlschläge und der Einsatz bodenschädigender Großmaschinen verhüten. Hier ist insbesondere der in der Regierungsvorlage vorgesehene Abbau des festen Stamms von Waldarbeitern abzulehnen.

Das Waldsterben erfordert darüber hinaus umfangreiche Aufnahmen und Beobachtungen; die Öffentlichkeitsarbeit sollte verstärkt werden.

Sie haben im Haushalt Gelder zur Bekämpfung der Waldschäden durch Kalkung eingestellt. Dieses Programm möchte ich kritisch betrachten und sagen, daß es nach den Aussagen von Fachleuten, die wir dazu gehört haben, nur unter bestimmten Bedingungen hilfreich sein kann. Wird Pulver ausgebracht, schädigt solche Kalkung Insekten und Ameisen mehr, als sie dem Wald nutzen kann. Diese Pulverkalkung ist aber im Land leider die weitaus üblichere Praxis. Um die notwendige Depotwirkung zu erreichen, sind Kalkkörner in Tablettengröße notwendig; bei Buchen zum Beispiel müssen sie sogar manuell um die Stämme ausgebracht werden, natürlich zur richtigen Jahreszeit, außerhalb der Vegetationsperiode.

Aber auch diese qualifiziert durchgeführte Waldkalkung beseitigt - das müssen wir immer wieder betonen - nicht die Ursachen des Waldsterbens; das muß durch Verminderung von Emissionen geschehen. Was wir hier haben, ist ein kleiner Strohhalm, um in einer Direkthilfe dem Wald helfen zu können.

Meine Damen und Herren, auch hier brauchen wir natürlich mehr Personaleinsatz. Ich verweise wiederum auf unsere Anträge, die Stellenpläne der Forstverwaltungen aufzustocken. Wir werden über sie auch im einzelnen abstimmen lassen.

Ich will aber auch auf etwas hinweisen, wo das Land Geld sparen könnte, wenn die Landesregierung endlich etwas gegen die Überbestände an Wild in den Wäldern tun würde und sich einmal auch gegen den Willen der Jäger durchsetzen würde, um endlich die Verbißschäden an Jungbäumen zu vermindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem ist auch dringend erforderlich, die Reserven der Einnahmemöglichkeiten aus Jagdpachten konsequent zu nutzen. Wir sind sicher, es trafe nicht die Ärmsten!

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Sätze zur Flächenstilllegung sagen, die gerade in der Ministerkonferenz in Wiesbaden beraten wurde und im Haushalt 1989 jedenfalls ihren Vorboten findet. Wir halten dies für den Ausverkauf ganzer bäuerlich strukturierter Gebiete in den Mittelgebirgen zugunsten der Intensivlandwirtschaft, wie zum Beispiel im Rheingraben. Darauf läuft es doch hinaus. Diese Vorhaben sind weder strukturpolitisch noch umweltpolitisch vertretbar. Diejenigen, die diese Brache als Raumgewinn für den Naturschutz bezeichnen, haben von den Zusammenhängen keine Ahnung oder täuschen bewußt. Die sinnvolle Alternative ist die Extensivierung der Landwirtschaft auf allen Flächen; ich betone: allen Flächen.

Ich gebe zu, angesichts der Rahmenbedingungen der EG und in der Bundesrepublik ist der Landwirtschaftsminister in Mainz nicht zu beneiden. Der Haushaltsentwurf ist allerdings dennoch ungewöhnlich dürrig. Kein Signal in die richtige

Richtung ist zu erkennen. Deshalb müssen wir diesen Einzeletat ablehnen.

(Beifall der GRÜNEN)

**Vizepräsident Reitzel:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jürging das Wort.

**Abg. Jürging, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kneib nannte unsere parallelen Anträge eine Schau und eine Täuschung. Es kann nun nicht alles schlecht sein, was die CDU bringt. Von daher ergeben sich im positiven Sinne natürlich Parallelitäten, insbesondere im Weinbau. Sie können nicht von uns erwarten, daß wir zu der CDU kommen und fragen: Habt Ihr diesen Änderungsantrag auch?

(Eymael, F.D.P.: Vorher schon! -  
Zurufe von der CDU)

Wir können schon gar nicht in Wettlauf mit Ihnen treten, wie das in dem Gleichnis von dem Hasen und Igel der Fall ist; denn Sie wissen, der Igel siegt immer. In dem Fall ist der Igel die CDU und die Landesregierung. Der arme Hase SPD kann sich dabei den Hals ablaufen.

Von daher gibt es Parallelitäten, die sich so ergeben. Ich hoffe, Sie haben es verstanden, Herr Dr. Langen.

(Dr. Langen, CDU: Es war nicht ganz unrealistisch!)

Es gibt zwei Igel, auf der einen Seite die CDU und auf der anderen Seite die Landesregierung. Sie wissen das.

Ich werde aber auch aufzeigen, wie man es nicht machen soll.

(Dr. Langen, CDU: Wir stehen auf der Regierungsseite, nicht auf zwei Seiten!)

- Nein, es geht um die Anträge. Wenn Sie Anträge einbringen wollen, kommen sie entweder von der CDU oder von der Landesregierung. Das ist doch ein Ballspiel herüber und hinüber. Ich werde Ihnen das nachher noch aufzeigen.

(Dr. Langen, CDU: Das ist nett!)

- Das wird Ihnen nicht so sehr gefallen.

Gemeinsamkeiten sind zum einen, daß das Weinwirtschaftsgesetz, und zum anderen, daß das Weingesetz durchgeführt werden. Sie wissen, daß wir gerne beide Gesetze zugleich verabschiedet hätten.

Herr Kneib hat gemeint, daß man die Umstellung auf die Menge nun bald durchführen müsse. Ich bitte, daß die

Landesregierung mit Nachdruck darangeht. Schließlich steht die Öffnung des Binnenmarktes von 1992 an vor der Tür, und wir sind schlecht gerüstet.

So waren wir auch dafür - vor den Haushaltsberatungen -, daß die Werbemaßnahmen von seiten der Landesregierung nicht eingestellt werden. Nun sind 3 Millionen DM vorhanden. Wir begrüßen das.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Ursprünglich waren auch die Forschungsvorhaben auf ein Minimum von 300 000 DM bzw. 150 000 DM zusammengestrichen worden. Sie sind nunmehr auch nach unserem Wunsch aufgestockt worden. Allerdings fehlen nach wie vor 50 000 DM; denn der Deutsche Forschungsring benötigt 400 000 DM, bisher waren es eine halbe Million.

Die Strukturanalyse der Landsiedlung über den Weinbau an Mosel, Saar und Ruwer liegt seit einiger Zeit vor. Das Ergebnis ist nicht erfreulich. Es schafft Klarheit. Wir meinen, daß nunmehr eine Strukturanalyse für Rheinhessen an der Reihe ist. Entsprechende Mittel sind von uns zusätzlich beantragt worden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen auch die Aufstockung der Mittel für den Wiederaufbau von Rebflächen.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Reitzel:**

Herr Kollege Jürging, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt?

**Abg. Jürging, SPD:**

Herr Präsident, ich habe auf Ihre Frage gewartet; natürlich gestatte ich.

**Abg. Schmitt, CDU:**

Herr Kollege Jürging, ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit, daß Sie meine Wortmeldung festgestellt haben.

Könnten Sie konkretisieren, in welcher Höhe die SPD ihre Werbemaßnahmen vorgesehen hat? Sie begrüßen die 3 Millionen DM. Ich hätte gern in Zahlen gehört, wie Ihre Konzeption war.

**Abg. Jürging, SPD:**

Wir waren der Auffassung - Sie wissen das vielleicht auch noch, bei der vorletzten Sitzung kam das schon einmal vor -,

daß wir Werbemaßnahmen schon zurückgefahren sehen wollten, daß man aber, so habe ich gesagt, einen Kranken, der gerade fieberfrei ist, nicht gleich aus dem Bett werfen darf. Dem sind Sie nun nachgekommen.

(Schmitt, CDU: Wie hoch? -

Eymael, F.D.P.: Herr Kollege Schmitt hat etwas anderes gesagt!)

- Wie hoch? Ich habe hier eine Rede zu halten und habe die einzelnen Anträge nicht zur Hand. Sie hätten sie auch nicht. Von daher kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten. Es geht hier doch um eine Tendenz und nicht um eine Zahl.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -  
Zurufe von der CDU)

Wir sind auch erfreut, daß die Überbrückungsdarlehen für die Faßbrauerzeugergemeinschaften von neun Monaten verlängert worden sind. Wir sind der Auffassung, daß unsere Weinwerbspolitik auch stimmt, wenn die Preise wieder einigermaßen in Ordnung sind.

Ein junger Winzer von der Mosel hat zu der Misere - Herr Schmitt, Sie waren dabei; Sie können das bestätigen oder in Abrede stellen - gesagt: Zuviel Menge, zuwenig Qualität, schlechtes Image, kein Marketing, schlechte Werbung. - Das hat der junge Winzer in Detzem an der Mosel gesagt. Sie waren dabei.

Wir sind der Auffassung, daß ohne Reduzierung der Menge die Qualität nicht zu verbessern ist. Wir sind der Auffassung, daß die Gebietsweinwerbung und die Weinwerbung des Deutschen Weinfonds, bisher Stabilisierungsfonds, besser aufeinander abgestimmt werden. Die Werbung ist Fachleuten zu überlassen. Diese sollten Marketingkonzeptionen entwickeln und ausführen. Die Landesregierung sollte sich mit Reklameaktionen zurückhalten.

(Beifall der SPD)

Jetzt komme ich zu dem, wie man es nicht machen soll. Vorgestern wurden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs für ein Weindorf bei Gundersheim im Foyer des Landtags präsentiert.

Zu diesem Projekt darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten folgendes zitieren:

„Konnte man die Idee, an der A 61 in Höhe der Ausfahrt Gundersheim ein Weindorf zu bauen, anfangs noch für einen Wahlkampfgegner der CDU halten, muß man jetzt ernsthaft eine sich anbahnende Steuergeldverschwendung größeren Ausmaßes befürchten.“

(Beifall der SPD)

Ob Weinwerbung ausgerechnet unmittelbar an der Autobahn betrieben werden muß und ob Rheinland-Pfalz nicht über genügend bestehende und reizvolle Dörfer verfügt, die für Weinwerbung besser geeignet wären, mag dahinstehen. Bedenklich stimmt auf alle Fälle, wie man dieses Projekt angeht. Da wird ein Ideenwettbewerb zur Gestaltung eines Weindorfes mit Preisen von rund 70 000 DM ausgeschrieben, ohne daß wesentliche Vorbedingungen geschaffen wären. Im Landeshaushalt 1986/1987 ist weder der Wettbewerb noch das Weindorf selbst ausgewiesen. Wer das Weindorf einst betreiben soll ist ebenso unklar wie die Frage, was es kosten darf und wer die Folgekosten trägt.“

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Reitzel:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Keller?

Abg. Jürging, SPD:

Herr Präsident, ich bin noch am Zitieren.

Vizepräsident Reitzel:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Jürging, SPD:

Ich gestatte sie, wenn ich mit dem Zitieren fertig bin.

„Immerhin räumt die CDU ein, daß sich der Landtag noch mit der Finanzierung des Weindorfes zu befassen habe.“

Das war das Zitat aus der September-Ausgabe des Organs des Bundes der Steuerzahler.

Abg. Keller, CDU:

Herr Kollege, haben Sie sich in der Welt, in Europa, in Italien, in Frankreich einmal umgesehen und haben Sie dort vielleicht feststellen können, daß es in vielen französischen Weinbaugebieten an den Autobahnen solche Einrichtungen gibt, die mit großem Erfolg für die dortigen regionalen Produkte und für die Weinwerbung tätig sind?

Abg. Jürging, SPD:

Herr Kollege Keller, Sie haben mir eine Bemerkung vorweggenommen, die ich ohnehin machen wollte.

Ich weiß, daß die CDU zu solch einer Fahrt eingeladen hat. Es wäre interessant zu erfahren, wer diese Fahrt finanziert hat.

(Beifall der SPD -

Zurufe von der CDU und F.D.P.)

- Ich weiß, das gefällt Ihnen nicht.

Ich darf ein halbes Jahr später feststellen: Bis heute hat sich kein parlamentarisches Gremium mit den Weindorfplänen der CDU befaßt. Es ist vielmehr so gelaufen, daß der Wahlkampf der CDU vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten übernommen wurde, das heißt, es ist ein nahtloser Übergang der Überlegungen von der CDU auf die damalige CDU-Landesregierung erfolgt. Seit der Regierungsbeteiligung der F.D.P. hat sich daran nichts geändert.

(Beifall der SPD)

Hier fragt man sich, wo nun der frische Wind geblieben ist. Es ist auch interessant, daß sich die F.D.P. nicht oder noch nicht zu diesem Weindorf geäußert hat.

Der SPD-Fraktion wollte CDU-Staatssekretär Römer noch vor der Landtagswahl zumuten, sich an der Jury für den Ideenwettbewerb zu beteiligen, obwohl die Fraktion keine Gelegenheit hatte, den Vorgang zu beraten. Die SPD war und ist nicht bereit, die peinliche Verflechtung von Partei und Regierung auf diese Weise zu sanktionieren.

(Beifall bei der SPD -  
Beck, SPD: Sehr gut!)

Es ist politisch skandalös und haushaltsrechtlich bedenklich, wenn zwei Pressekonferenzen der CDU-Landtagsfraktion genügen, um ein Ministerium zu einem haushaltswirksamen Handeln zu bringen!

Da hat eine Partei im Vorfeld einer Wahl eine Idee, aber sie benutzt sofort den Regierungsapparat zur Durchführung, und zwar personell und finanziell. Wir wissen inzwischen, daß bisher rund 130 000 DM für den Ideenwettbewerb ohne jede Information des Landtags ausgegeben worden sind. Dabei sind die Arbeitszeiten der Beamten in den Ministerien ebenso wie die von der CDU organisierte Informationsfahrt nach Frankreich und in die Schweiz nicht eingerechnet. Herr Kellier, wir hätten uns auch überzeugen können, wenn der Landtag und der Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten damit befaßt worden wären und die Sache einen offiziellen Anstrich bekommen hätte. So ist und bleibt es bislang eine CDU-Veranstaltung.

(Beifall bei der SPD -  
Schmidt, SPD: Wo bleibt das Veto der F.D.P.?  
Das sind unglaubliche Dinge!)

Für uns stehen viele Fragen im Raum. Daran ändert auch nicht die Tatsache, daß der Kollege Hörner die staunende Öffentlichkeit immer wieder mit exklusiven Mövenpick-Informationen versorgt und vorab jede Kritik, die gar nicht erschienen ist und jetzt erst auftaucht, als kleinkariert abqualifiziert.

(Glocke des Präsidenten)

Mövenpick hat aber nach Recherchen

(Glocke des Präsidenten)

des Bundes der Steuerzahler lediglich Interesse signalisiert. Eine Zusage gibt es nicht.

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Reitzel:

Herr Abgeordneter Jürging, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hörner?

Abg. Jürging, SPD:

Aber bitte schnell, Herr Hörner.

Abg. Hörner, CDU:

Herr Abgeordneter Jürging, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß Sie als Fraktion eingeladen waren, sich an allen Vorbereitungen zu diesem Weindorf zu beteiligen?

(Beck, SPD: In welcher Form denn?)

Würden Sie mir zustimmen, wenn ich Sie frage,

(Beck, SPD: Ihren Parteieinkurs!)

ob Sie eingeladen waren, am Preisgericht teilzunehmen?

(Beck, SPD: Unglaublich!)

Würden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß es die SPD zwar abgelehnt hat, sich in der Frage zu beteiligen, daß Sie aber in Ihrer Eigenschaft als Kreisdeputierter sehr wohl die Ohren so gut gestellt haben, daß Sie alles mitbekommen?

Abg. Jürging, SPD:

Herr Kollege Hörner, es ist schade, daß Sie am Anfang nicht anwesend waren. Ich will nicht wiederholen, was ich bereits gesagt habe.

(Beck, SPD: So ist es!)

Das habe ich bereits gesagt.

(Beck, SPD: Er unterstellt falsche Sachen!)

Zum anderen ist es richtig, daß ich als Vertreter eines Landkreises da war. Von daher habe ich über Interna des Ideenwettbewerbs, daß zum Beispiel die Bedingungen geändert worden sind, nichts berichtet.

Ich will zum Schluß kommen, weil der Herr Kollege Bojak noch sprechen wird.

Wir fragen daher:

Wer soll in Gundersheim investieren?

Hat ein Betreiber ein wirkliches Interesse an der Werbung für Produkte aus Rheinland-Pfalz?

Wer bezahlt die Präsentation der Produkte aus Rheinland-Pfalz? Welche Gespräche mit welchem Ergebnis wurden von wem geführt?

Wer informierte jeweils den CDU-Abgeordneten Hörner, nicht aber den Ausschuß für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten?

(Beifall bei der SPD)

Soll das sogenannte Weindorf wirklich ein Weindorf werden oder bleibt unter dem Strich nur eine bessere Raststätte übrig?

Wer soll im Weindorf kaufen? Reisende? Mit oder ohne Weinprobe? Ohne Hotel? Was sagt die Verkehrspolizei dazu?

Es gibt der Fragen mehr, und wir werden sie stellen.

Daß die neu eingestellten 3 Millionen DM im Doppelhaushalt 1988/1989 nicht eigens wegen der Weindorf-Finanzierung vorgeschlagen wurden, das werden SPD und wohl auch der Rechnungshof mit großer Aufmerksamkeit verfolgen

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Reitzel:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schmitt das Wort

(Körper, SPD: Das grüne Buch! -

Bojak, SPD: Das hat sie mit den GRÜNEN gemeinsam!)

Abg. Frau Schmitt, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Märchen zu erzählen und Fabeln und Gedichte vorzutragen, helfen der Landwirtschaft sehr wenig.

(Beifall bei der CDU -

Beck, SPD: Aber Ihre Sprüche!)

Noch weniger hilft es aber, wenn Leute über Landwirtschaft theoretisieren, weil sie von der Praxis nichts verstehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Widerspruch bei der SPD)

Trotz aller Unkenrufe, die wir heute zu diesem Doppelhaushalt hörten, entspricht es meiner tiefsten Überzeugung, daß es Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft unabhängig von den Standorten auch morgen geben wird und geben muß.

(Beck, SPD: Erklären Sie doch einmal Ihre Politik!

Nach Ihrer eigenen Politik soll doch nur ein Drittel überleben!)

- Hören Sie mich doch einmal an.

Wir können zu den Fragen der Landwirtschaft sicher miteinander und untereinander reden, aber nur dann, wenn wir redlich diskutieren und wenn wir den Mut haben, auch weniger Wünschenswertes, aber realistische Tatbestände aufzuzeigen.

(Schmidt, SPD: Ganz genau! Realistisch! -

Beck, SPD: Fangen Sie damit an!)

Wir haben in den nächsten Jahren - weil wir ehrlich sind, sagen wir das - bis zur Jahrtausendwende sicher noch einen Weg zurückzulegen, von dem wir nicht wissen, was unter dem Strich bleibt. Wir sprechen von dem Erhalten von Familienbetrieben und können keine klare Aussage machen - auch das geben wir zu -, was wir darunter verstehen, weil der Strukturwandel noch voll im Gange ist.

Wir dürfen in Zukunft keine Hoffnungen mehr wecken, ohne sagen zu können, wo diese Hoffnungen liegen.

Wir müssen über den Strukturwandel und über wirtschaftliche Betriebsgrößen reden, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß wir zwar einen sozial erträglichen Ausstieg durch den Vorruehstand schaffen, aber Betriebe und Betriebsleiter, die entwicklungsfähig sind, auch zur Aufgabe zwingen.

Daraus ergab sich für uns die Aufgabe, diesen Haushalt zu prüfen, zu beraten und zu handeln. Herr Kneib hat dazu schon relevante Aussagen gemacht. Herr Schmitt von der CDU-Fraktion wird dies nach mir tun.

Lassen Sie mich auf weitere Zukunftsaufgaben eingehen, zum Beispiel auf nachwachsende Rohstoffe, für deren Förderung und Anwendung wir in jedem Haushaltsjahr 350 000 DM eingesetzt haben.

Zuckerrüben und Milch sind durch Quoten geregelt. Bei Getreide ist der Überschuß bekannt. Alle drei genannten Produkte könnten über die Forschung durchaus für Industrie-Stärke und Industrie-Eiweiß aufgeschlossen werden. Das gilt auch bei Raps oder Sonnenblumen für Öle.

Es gibt aber auch neue Wege. Die Errichtung und Bezuschussung einer Flachsbe- und -verarbeitungsanlage in Kirch-

berg im Munsrück wird für eine Kapazität von 400 ha ausgelegt.

Mit dem Bau einer ebenfalls für 400 ha ausgelegten Luzerne-Trocknungsanlage entsteht in Sprendlingen etwas, was unsere Aufmerksamkeit auf uns ziehen sollte. Die Wiedereinführung des Luzerneanbaus ist auch aus Gründen des Umweltschutzes von grundsätzlicher Bedeutung, da diese Leguminose Stickstoffsammler ist und deshalb wenig Stickstoff von außen braucht.

Für den Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen ist eine gut funktionierende zentrale Trocknungsanlage eine sehr wichtige Voraussetzung.

In diesem Jahr sind in Frankenthal Anbauversuche mit der Pflanze *Stevia rebaudiana*, deren sehr intensive süße Inhaltsstoffe zur Herstellung von Süßstoff für Diabetiker verwendet werden sollen. Dieser Süßstoff soll synthetisch hergestellte Süßstoffe ersetzen, aber nicht den eigentlichen Zuckerrübenanbau oder den eigentlichen Zucker verdrängen.

Interessant ist auch das Forschungsvorhaben mit dem alternativen Anbau von Tabak zur Produktion von speziellen Eiweißstoffen. Die Tabakpflanze beinhaltet sehr wertvolle, auch verwendbare Eiweißfraktionen. Es wäre interessant, wenn der Tabakanbau parallel zur Produktion der Rauchtabelle für die Erzeugung von Eiweißkonzentraten und Vitaminkonzentraten genutzt werden könnte. Der Tabakanbau in Rheinland-Pfalz für Rauchtabelle beträgt immerhin 40 % der deutschen Anbaufläche.

Neben diesen etwas ausführlicher geschilderten Maßnahmen - leider ist unsere Zeit auf 45 Minuten beschränkt - ist der Biomasse, zum Beispiel der Produktion mit schnell wachsenden Baumarten oder der neuen Kulturpflanze der Zuckerhirse zur Produktion von Futter, Ethanol und Brennstoffen, Beachtung zu schenken.

(Vizepräsidentin Frau Büttner übernimmt den Vorsitz)

Deshalb haben wir kein Verständnis, wenn die Fraktion DIE GRÜNEN die Streichung der Mittel genau für dieses Problemfeld beantragt.

In Rheinland-Pfalz sind zweifellos wichtige organisatorische und finanzielle Voraussetzungen geschaffen worden. Wir begrüßen deshalb die Schaffung eines neuen Referates mit den Hauptaufgabengebieten „Nachwachsende Rohstoffe“ und „Gen- und Biotechnologie“

Nachwachsende Rohstoffe können dazu beitragen, daß die Nahrungsmittelmärkte entlastet werden. Sie können zur Bedarfsdeckung der Industrie beitragen und landwirtschaftliche Einkommen steigern. Sie sollten aber auch bei der immer mehr erkennbaren Endlichkeit fossiler Energien und Rohstoffe Beachtung finden.

Dies alles entläßt uns aber nicht aus der Pflicht, bisherige Maßnahmen wie die Flurbereinigung auch weiterhin als die wichtigste Strukturverbesserungsmaßnahme zu fördern und fortzuführen. Dies schließt einen freiwilligen Landtausch nicht aus. Die Flurbereinigung als Instrument der Bodenordnung ist nicht nur für die Landwirtschaft geeignet. Sie ist vielmehr besonders geeignet, die Voraussetzung für die Entwicklung des ländlichen Raumes zu schaffen.

Die positiven Wirkungen der Flurbereinigung sind nicht nur auf die Landwirtschaft beschränkt. Sie kann die kommunale Entwicklung in den Bereichen Infrastruktur, Erschließung der Orts- und Feldlagen sowie Ausweisung von Gewerbegebieten und Sport- und Freizeitanlagen wirkungsvoll unterstützen.

Die Flurbereinigung wird schon seit Jahren verstärkt als Instrument des Natur- und Landschaftsschutzes eingesetzt. Es werden landwirtschaftliche Intensivflächen, Grenzertragsböden, aber auch wertvolle Biotope entflochten. Aus diesen Erkenntnissen heraus sind die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN zur Flurbereinigung als wirklichkeitsfremd abzulehnen.

Rheinland-Pfalz gehört mit einem Waldanteil von über 40 % zu den walddreichsten Bundesländern. Wald- und Forstwirtschaft sind für den ländlichen Raum und seine Menschen von besonderer Bedeutung. Von der Erzeugung und Verarbeitung des natürlich nachwachsenden Rohstoffes Wald hängen für viele Menschen in unserem Land Arbeitsplätze ab. Für die Waldbesitzer hat der Forstbetrieb wichtige Einkommensfunktionen. Das gleiche gilt auch für gemischte land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Auch ich würde mir wünschen, daß wir mehr Geld für die kommunalen Wälder aufbringen könnten.

Um die Lage des Waldes zu verbessern, sind gezielte Förderungen weiter auszubauen. Das Waldökoprogramm, das mit ca. 100 Millionen DM ausgestattet worden ist, wird auch künftig als mittelfristige Maßnahme weiterzuführen sein. Der Düngergroßversuch und die Naturverjüngung von neuen Beständen sind zwei wichtige Teile.

Die Erhaltung des Ökosystems Wald ist sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen unerlässlich. Mit Stelleneinsparungen sollte gerade im Forstbereich sehr sorgfältig umgegangen werden. Die Reduzierung der für die Walderkrankungen ursächlichen Schäden bleibt Schwerpunktaufgabe der Umweltpolitik.

Ein wichtiger Faktor bei den gezielten Hilfen für den landwirtschaftlichen Betrieb der Zukunft und den ländlichen Raum sind die Berufsausbildung und Weiterbildung. Hier bedeutet Stillstand einen Rückstand. Ein wichtiger Faktor wird dabei die Beratung sein. Sie hat das Ziel und die Aufgabe, dem Landwirt und darüber hinaus den Menschen im ländlichen Raum die erforderliche Anpassung an die gesellschaftliche, strukturelle und wirtschaftliche Entwicklung durch

Entscheidungshilfen zu erleichtern. Sie ist für den Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb gleichgewichtig.

Herr Minister Ziegler hat in den Ausschüßberatungen deutlich gemacht, daß andere Rahmenbedingungen auch neues Überdenken der Beratung erfordern. Deshalb bin ich der Meinung, daß der Antrag der SPD überhaupt keine Funktion mehr hat.

(Schmidt, SPD: Na, na, na!)

Feld- und Wiesenberatung gehören der Vergangenheit an, das wissen wir selbst. Spezialisierte Betriebe - auch das wissen wir - müssen gezielt beraten werden. Dazu gehören auch Betriebe, die ökologisch wirtschaften.

(Beck, SPD: Draußen ist es zwar eine Katastrophe, aber hier ist alles in Ordnung!)

Dies stellt auch höhere Anforderungen an unsere Fachberater.

(Beck, SPD: Sie sind ganz schön mutig mit Ihren Sprüchen! -

Schmidt, SPD: Der Rechnungshof hat wohl keine Ahnung!)

- Es ist nicht alles in Ordnung. Wenn Sie richtig hingehört haben, hätten Sie merken müssen, daß wir dabei sind. Ich habe auch den Herrn Minister zitiert. Wir werden in Zukunft etwas machen. Emmelshausen bietet dazu als Weiterbildungszentrum eine sehr wichtige Station.

(Beck, SPD: Jetzt fangen wir aber gleich an! -

Schmidt, SPD: Einige Dutzend Verbesserungen sind notwendig!)

Während jedoch die Beratung der Landwirte - ich betone das - als selbstverständlich und wichtig gilt, nur, weil man darüber eine Bemerkung im Bericht des Rechnungshofs gelesen hat, ist man dabei, in bestimmten Kreisen die Beratung der Bäuerinnen und Frauen im ländlichen Raum in eine Ecke zu drängen, als ginge es hier nur um Frikadellen wenden, Flecken entfernen und Teppich klopfen. Meine Damen und Herren, auf diesem Niveau gab es bisher noch keine Beratung in der ländlichen Hauswirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Beck, SPD: Schöner Umgang mit dem Rechnungshof, der hier gepflegt wird! Das finde ich respektabel! -

Bojak, SPD: Der Präsident sitzt da hinten! Er verfolgt das sehr aufmerksam!)

Die ländliche hauswirtschaftliche Beratung unserer Landwirtschaftsschulen arbeitet schon seit Bestehen der Landfrauenverbände. Herr Bojak, der es aufgegriffen hat, sitzt

vor mir. Herr Brix sitzt hinter mir, Herr Bojak von der SPD vor mir.

(Bojak, SPD: Ich werde das noch schriftlich nachschieben und meine Beweise dem Präsidenten zuschicken!)

- Nun kommt etwas sehr Wichtiges, hören Sie zu!

(Zurufe von der SPD)

Die ländliche hauswirtschaftliche Beratung unserer Landwirtschaftsschulen arbeitet schon seit Bestehen der Landfrauenverbände - dies seit 40 Jahren - eng mit diesen zusammen. Im gegenseitigen Geben und Nehmen bilden die Beratung und 60 000 Landfrauen in Rheinland-Pfalz die tragende Säule für den ländlichen Raum.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Landfrauen sind laut unserer Satzung der Zusammenschluß von Frauen im ländlichen Raum. Diesen Begriff gibt es schon länger als politische Kommissionen für den ländlichen Raum. Es geht nicht an, daß man bei der derzeitigen Frauen- und Familienpolitik und in einer Zeit, in der es eine europäische Kampagne für den ländlichen Raum gibt, diese Frauen sich selbst überläßt

(Schmidt, SPD: Wer sagt denn etwas dagegen?)

Aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft sind zunehmend auch ehemalige Bäuerinnen Ansprechpartner für die Beratung und Weiterbildung. Im bäuerlichen Familienbetrieb ist die Frau Partnerin des Betriebsleiters und wird an betrieblichen Entscheidungen stark beteiligt. Dies zeigt, daß 90 % bis 95 % der Buchführung von unseren Bäuerinnen gemacht werden.

Die Frauen im Neben- oder Zuerwerbsbetrieb sind für eine Beratung aufgeschlossen und dankbar. Häufig heiraten heute berufsfremde junge Frauen in unsere Betriebe ein. Es wäre eine Versündigung an unseren jungen Frauen und den Betrieben, hier die Beratung einzuschränken. Auch hier sind die Inhalte der Beratung neu zu überdenken. Sie sind den Realitäten anzupassen. Sie sollten aber personalmäßig nicht so eingeschränkt werden, daß eine bisher optimale Arbeit gerade im ländlichen Raum nicht mehr möglich ist.

Der Doppelhaushalt 1988/1989 zeigt im Einzelplan 07, daß die Situation der Landwirtschaft erkannt wurde. Dies haben auch die fairen Haushaltsberatungen gezeigt. Ich möchte dem Haushalts- und Finanzausschuß dafür meine Anerkennung aussprechen.

Es wurde viel getan. Es muß aber noch mehr getan werden -, um den Betrieben den auf uns zukommenden Strukturwandel zu erleichtern und bestehen zu helfen, um in Rheinland-

Pfalz auch in Zukunft eine ordentliche Landwirtschaft zu ermöglichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Konrad das Wort.

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Frau Präsidentin, ich habe mich gerade beim Präsidenten erkundigen wollen, ob man heute noch „Frau Präsidentin“ oder „Frau Präsident“ sagt. Für mich sind Sie immer noch eine Frau, und deshalb spreche ich Sie auch mit „Frau Präsidentin“ an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -

Beck, SPD: Als Mann hat man es heutzutage nicht leicht!)

- Man hat es nicht leicht, man muß sich der Neuheit anpassen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Fraktionskollege Günter Eymael hat bereits einige Schwerpunkte im Bereich Landwirtschaft, Weinbau und Forsten herausgegriffen und die Weinbau- und Forstpolitik angesprochen. Ich möchte dies schwerpunktmäßig für die Landwirtschaft machen.

Lassen Sie mich vielleicht aber aus der vorangegangenen Diskussion noch einige Punkte herausgreifen, die meiner Ansicht nach so nicht stehenbleiben können.

Herr Steffny, Sie sprechen hier zum wiederholten Male davon, daß die Chemie der Industrie hilft. Daß Sie so viel jünger sind als ich, das ist gut so; das ist auch kein Fehler. Aber entschuldigen Sie bitte, ich habe noch die Zeit vor dem Krieg erlebt - es gibt noch weitere Kollegen, die diese Zeit kennen -, als es noch keine Möglichkeit gab, Getreide gesund zu erzeugen und gesund bis zum Brot hinzubringen, daß es, mit Sicherheit - aus heutiger Sicht - ordentlich essbar war. Wir haben auf den Schulhöfen noch Brot gesehen, das kohlrabenschwarz war, aber nicht, weil es Schwarzbrot war, sondern weil es voll von Brand und sonstigem war, da die Auslesemöglichkeit und die Gesundbehandlung eines Ernährungsgutes damals nicht möglich war.

Herr Steffny, ich habe noch erlebt, daß im Getreide Mutterkorn beinhaltet war. Ich würde Ihnen empfehlen, um die Geißel des Mutterkorns kennen zu lernen, sich einem Bildnis zuzuwenden, das in Colmar in einem Museum steht und das Antoniusfeuer behandelt. Machen Sie sich dann selbst einmal Gedanken, ob Chemie der Industrie hilft oder Chemie, ordentlich angewandt, der Menschheit hilft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, werde ich nachher in einer anderen Passage kommen.

Bereits in früheren Reden in diesem Hause habe ich darauf hingewiesen, daß die Agrarpolitik der F.D.P. in zwei Richtungen zielt. Einmal haben wir die Familien im Auge, die über den Generationswechsel aus der Landwirtschaft ausscheiden wollen und können. Wenn dies von Brüssel her beschlossen in einer Art Vorruhestandsregelung geschehen kann, so begrüßen wir dies. Wir sind allerdings der Meinung, daß man die Ausgestaltung, die Stilllegung oder die Möglichkeit der Flächenübertragung und damit Ausrichtung in diesem Programm mit ansprechen muß; denn es gibt noch einige Dinge, die in einem Land, in dem die Struktur noch nicht in Ordnung ist - ich habe dies hier schon einmal ausgeführt -, anders zu betrachten und zu berücksichtigen sind als in den übrigen Ländern.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wurden nach dem Beschluß des Planungsausschusses vom 8. Dezember 1987 im Rahmenplan 1988 Bundesmittel für das Land Rheinland-Pfalz in Höhe von annähernd 118 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Um diese Mittel ausschöpfen zu können, muß das Land allerdings 78 Millionen DM an Komplementär Mitteln aufbringen. Herausragend in dieser Position ist die Ausgleichszulage nach dem Bergbauernprogramm. Meine Damen und Herren, durch Ausweitung der benachteiligten Gebiete und vor allem die Erhöhung der Ausgleichszulage und Ausdehnung auf nicht nur Grünlandstandorte, sondern auch auf andere Kulturarten kommen so insgesamt in Rheinland-Pfalz 51 Millionen DM an die Landwirte in benachteiligten Gebieten zur Auszahlung. Dies bedeutet eine Erhöhung um rund 15 Millionen DM gegenüber dem Ansatz des letzten Jahres. Sie haben von mir auch schon öfter gehört, wie zwingend und dringend notwendig diese Maßnahme ist.

Herr Steffny, im Haushaltsplan sind wieder weitere Einstellungen für die Flurbereinigung vorgesehen, nicht nur für verheerende Auswirkungen durch die Flurbereinigung, sondern zur Ordnung einer Kulturlandschaft in Verbindung auch dessen, was man sicherlich vor Jahren bei der Flurbereinigung nicht so sehr im Auge hatte, nämlich auch Maßnahmen des Umweltschutzes und des Naturschutzes.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mittel zur Dorferneuerung, zur Marktstrukturerefassung, für den landwirtschaftlichen Wegebau, sind Maßnahmen, die zur Erhaltung des ländlichen Raumes notwendig sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, neben diesen Gemeinschaftsaufgaben, die auf Verordnungen und Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft und des Bundes basieren, sind wir mit unseren Koalitionspartnern über die Weiterführung des

rheinland-pfälzischen Agrarprogramms einig. Über die Richtigkeit und Notwendigkeit wurden hier auch aufgrund der gestellten Antragszahl schon Ausführungen gemacht.

Von hoher Priorität für die F.D.P.-Fraktion ist die Förderung von Investitionen zur Umweltentlastung. Die hohe Anzahl der Anträge zur Güllelagerung zeigt aber auch, daß ein neues umweltbewußtes Denken bei unseren Landwirten Einzug gehalten hat.

(Vereinzelte Beifall bei der F.D.P.)

Die Erhöhung der Ansätze gegenüber 1987 um 4 Millionen DM in 1988 und um 2,5 Millionen DM in 1989 dient der Lagerung von Gülle und deren Ausbringung zum richtigen Zeitpunkt als wichtige Voraussetzung für den Bodenschutz.

(Schmidt, SPD: Nur ein Bruchteil dessen, was gebraucht wird!)

- Ich komme auf Ihre Ausführungen zurück, Herr Schmidt

Der zusätzliche Einsatz von je 1 Million DM für Zuschüsse zur Schaffung von hofeigenem Lagerraum sowie die gegenseitige Deckungsfähigkeit bringen beiden Programmen mehr Spielraum.

(Vereinzelte Beifall bei der F.D.P.)

Innerhalb des Titels 683 16 - Einkommens- und Anpassungshilfen für landwirtschaftliche und weinbauliche Betriebe - mit einem Volumen von rund 31 Millionen DM - Herr Eymael hat bereits darauf hingewiesen - ist als der herausragendste Teil von rund 14,7 Millionen DM das Existenzsicherungsprogramm für einkommensschwache landwirtschaftliche und weinbauliche Haupterwerbsbetriebe zu nennen, die ihren Betriebssitz nicht in den sogenannten benachteiligten Gebieten haben. Diese direkten Einkommensübertragungen sind an die Betriebssituation, Standardbetriebseinkommen, gekoppelt und gelten praktisch als Alternative zur Ausgleichszulage für die Betriebe, die nicht in benachteiligten Gebieten liegen. Wir gehen davon aus, daß hier die Möglichkeit eröffnet und eingeräumt wird, einige Ungereimtheiten bei den Abgrenzungen in den örtlichen Bereichen zu den benachteiligten Gebieten ausgleichen zu können.

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Schmidt. Ich meine Herrn „Märchen-Schmidt“ von der SPD. Ich hätte auch „Rotkäppchen-Schmidt“ sagen können.

(Beifall der F.D.P.)

Aber die Definition Schmidt - wir haben hier einen Schmidt und haben da einen Schmidt - ist nicht leicht. Ich wollte Sie doch deutlich aufzeigen. Herr Schmidt, heute fiel mir es gar nicht einmal so schwer

(Lais, SPD: Fünf Schmidt, aber nur ein Märchenprinz!)

Wissen Sie, ich habe Sie hier schon einmal als Märchen-zähler erlebt.

(Härtel, SPD: Das kann nicht sein!)

Nur waren Sie da bedeutend besser

(Härtel, SPD: Das geht jetzt aber zu weit!)

Das kam jedenfalls von dieser Seite. Das Märchen heute war nicht gut.

(Schmidt, SPD: Ich habe ausdrücklich gesagt, daß es sich nur wie ein Märchen anhört, aber eine wahre Geschichte ist!)

- Ja, es ist eine wahre Geschichte. Dazu möchte ich jetzt kommen.

(Schmidt, SPD: Ich wollte etwas deutlich machen, was Sie so nicht verstanden haben!)

Herr Schmidt, was Sie hier aufzeigen, ist doch eine Augenschwermerei. Sie zeigen hier mit einem Antragsvolumen die gesamte Antragstellung von Beginn dieser Maßnahme auf und führen sie dann darauf zurück, daß die Ansätze hierfür nicht reichen. Wenn Sie so verfahren, stimmt das. Nur sind von Antragstellung bis heute in 1987 bereits Mittel ausgegeben. Für 1988 sind Mittel verplant.

(Schmidt, SPD: Von 1988 war keine Rede!)

- Das ist richtig. Ich habe mich noch einmal versichert; es besteht die Möglichkeit, daß über die bereits vorweg bewilligten Anträge hinaus für 1988 noch Spielraum innerhalb dieses Titels vorhanden ist.

Wo nehmen Sie die Mittel her? Sie nehmen die Mittel schlicht und einfach aus dem Ansatz des Existenzsicherungsprogramms, dem Titel 683 16 - so lautet Ihr Ansatz, wie ich nachgelesen habe -, 6 Millionen DM heraus. Nun kann man darüber streiten.

(Zuruf von der SPD)

- Schauen Sie nach. Von 25 Millionen DM, die Sie eingesetzt haben, zu 31 Millionen DM, die in der Regierungsvorlage und von uns enthalten sind, sind es für mich 6 Millionen DM.

(Schmidt, SPD: Sie bringen da etwas durcheinander!)

Sie nehmen es praktisch dann da heraus. Die 10 Millionen DM, die Sie einsetzen wollen, gegenüber 4 Millionen DM sind eine Steigerung von 6 Millionen DM. Wenn ich eine Reduzierung oder eine Verrechnung in den Ansätzen von Titel 683 16 nehme, komme ich bei Ihnen auf eine Minderung von 6 Millionen DM.

(Schmidt, SPD: Ich bin vom ursprünglichen Ansatz ausgegangen!)

- Ich kann mir nun nicht anders helfen. Die Rechnung stimmt jedenfalls so.

(Schmidt, SPD: Nein, eben nicht!)

Was wollen wir damit? Wir wollen die Möglichkeit erhalten - ich habe darauf hingewiesen -, die Direktzuwendungen zu leisten, die mit Sicherheit nicht die Ungereimtheiten und Preissenkungen ausgleichen können, die durch die Brüsseler Beschlüsse in die Landwirtschaft hineinkommen, aber dennoch dazu angetan sind, hier einige Dinge in der Existenzstützung herbeizuführen.

Im Bereich der Güllelagerhaltung und der Getreidelagerhaltung gäbe es für mich und gibt es für uns, die F.D.P., auch die Möglichkeit der Streckung dieser Maßnahmen. Dann kommen wir immerhin auch noch zu dem Bezug.

Herr Schmidt, ich meine, das, was Sie hier vorgezeigt und vorgeführt haben, war eine schlichte Aufstellung nach außen hin, die einer klaren Beurteilung und Bedeutung in der Weise, wie Sie es eigentlich angesprochen haben, nicht gerecht geworden ist, nämlich klare Vorstellungen der SPD hier in diesem Lande und in diesem Hause zu bringen.

(Eich, SPD: Herr Konrad, das war nicht zu verstehen! Können Sie das einmal wiederholen?)

- Ich mache weiter. Ich mußte mich auch in Ihre Denkweise hineindenken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Jürging, nun komme ich zu Ihnen.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Konrad, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmidt?

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Ja. Ich möchte die Frage von Herrn Jürging abhandeln und gestatte dann diese Frage im Zusammenhang.

Herr Jürging, wenn Sie hier die Weinwerbung anmahnen oder monieren, wie Sie es in Ihrer Art getan haben, dann habe ich verzweifelt nach Ansätzen in Ihrem Programm geschaut; Sie haben überhaupt keinen Ansatz für die Weinwerbung neu geschaffen.

(Starker Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Oder es ist auch in diesem Falle so, daß ich echt Ihren Gedanken nicht folgen kann?

Bitte schön, nun können Sie die Zwischenfrage stellen.

**Abg. Schmidt, SPD:**

Herr Kollege Konrad, bedeutet für Sie die Stilllegung von 82 Wassergewinnungsanlagen wegen erhöhter Nitratbelastung gar nichts, da Sie mit keinem Wort darauf eingehen und die Zielrichtung unseres Antrages einfach unter den Teppich kehren?

(Beifall der SPD -

Kneib, CDU: Das ist doch eine Unterstellung! -

Schmidt, SPD: Das ist keine Unterstellung!)

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Herr Kollege Schmidt, vor fünf Jahren wäre ich bei dieser Aussage noch an die Decke gesprungen. Heute berührt mich das nicht mehr so sehr. Sie müßten nämlich für die Stilllegung zuerst einmal die Gründe bringen und sagen, wer der Verursacher des Nitratreintrages in das Wasser hinein ist. Dann können wir auf diese Frage noch einmal zurückkommen.

(Eich, SPD: Wer ist es denn?)

- Es ist für mich in keiner Art und Weise bewiesen.

(Schmidt, SPD: Wo kommt es denn her?)

- Bringen Sie mir doch den Beweis. Dann glaube ich es Ihnen.

(Eich, SPD: Welchen Beweis? -

Beck, SPD: Herr Reisinger, wie sehen Sie denn das?)

- Herr Schmidt, Moment. Wir können uns hier verständigen. Sie bringen mir den Beweis, wo diese - - -

(Bojak, SPD: Von Töpfer in Auftrag gegeben! -

Keller, CDU: Das ist doch das Märchenbuch!)

- Herr Kollege Bojak, bringen Sie mir gezielt mit Analysen, weshalb das geschehen ist und welcher Bauer daran schuld ist. Solange nehme ich es zur Kenntnis und nehme hierzu nicht Stellung.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Konrad, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Beck?

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Bitte schön, Herr Beck, ich gestatte eine kurze Zwischenfrage. Ich muß mich an die Zeit halten.

**Abg. Beck, SPD:**

Sie haben mir eine Zwischenfrage gestattet. Ich bedanke mich dafür.

Ich wollte Sie fragen, ob das, was Sie eben hier vorgetragen haben, die Position der F.D.P.-Fraktion in diesem Hause ist, wobei es nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Ursachenerkennen geht?

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Wenn Sie es als Ursachenbestätigung oder so ähnlich hier hinstellen, dann nehme ich das zur Kenntnis, ohne es geprüft zu haben. Es ist mit Sicherheit meine persönliche Anmerkung hier. Ich verweise noch einmal darauf, daß ich es zur Kenntnis nehme, weil Sie sagen, es sei Ursache. So lassen wir es jetzt einmal in diesem Raum stehen.

Meine Damen und Herren, hier wollen Sie daraus ersehen, daß es uns mehr um ein gezieltes Handeln geht und darum, dann auch etwas anzusprechen.

(Bojak, SPD: Das haben wir bisher immer gut gemeinsam gemacht!)

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, neben diesen schon im letzten Jahr gefahrenen Programmen auch Mittel für Pilotvorhaben bereitzustellen. Hier möchte ich drei nennen, die innerhalb der Koalition zur Absprache kamen und die als Pilotprojekte mit Mitteln bestückt sind.

In den Talauen der Südpfalz wurden in den vergangenen Jahren sehr viele Grünlandflächen umgebrochen und einer anderen Nutzung zugeführt. Dies geschah sicherlich aus der Notwendigkeit der Betriebsumstellungen und auch aus der Notwendigkeit heraus, aus diesen Flächen noch Erträge zu erwirtschaften. Hier sollen nun für extensive und umweltfreundliche Landbewirtschaftung durch Begrenzung der Dünger- und Pflanzenschutzmittel und Rückverwandlung von Ackerland in Grünland Ausgleichszahlungen gewährt werden.

In einem weiteren Pilotvorhaben soll die Möglichkeit der extensiven Bodenbewirtschaftung in Verbindung mit Mutterkuhhaltung und Fleischrindermast erprobt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieses Programm ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß nicht alle Flächen der Brache verfallen können; denn eine völlig sich selbst überlassene Fläche ist dann auch keine Kulturlandschaft mehr, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

Innerhalb dieses Programms soll auch geprüft werden, ob ein eigenes Qualitätsfleisch mit Herkunftszeichen aus Rhein-

land-Pfalz als Besonderheit an den Markt gebracht werden kann.

Das Pilotprogramm Faserlein auf dem Hunsrück vor zwei Jahren, überwiegend von Landwirten und Beratern initiiert - hier war die Politik damals nicht mit von der Partie - und in der Anlaufphase - das darf ich hier auch einmal sagen - vom Rhein-Hunsrück-Kreis gestützt, soll in der jetzigen Phase in der maschinellen Ausstattung weiter gefördert werden. Hier ist es so, meine Damen und Herren, daß wohl in den zwei vorgenannten Programmen die Zuschüsse als Hilfen und Ausgleich zur Umweiterhaltung, als Prämie gezahlt werden. In diesem Programm sollen die Mittel für den Gemeinschaftseinsatz der Maschinen nicht direkt den Landwirten zur Verfügung gestellt werden, sondern indirekt, damit eine Verbiligung der Bearbeitung der Fläche vorstatten geht.

(Bojak, SPD: Stimmt das alles, was Sie da sagen?)

- Es ist so, Herr Bojak, kommen Sie es sich anschauen. Die Flächen liegen noch zu weit auseinander. Herr Bojak, zwischen 200 und 300 Hektar, das ist nun doch schon aus der Anlaufphase heraus. Ich glaube, das können wir doch hier sagen, daß jetzt, nachdem der Beschluß gefaßt ist und das Land die Mittel zur Erstellung der Schwinde zur Verfügung gestellt hat, eine Stärkung und Stützung dorthin gehen muß.

(Bojak, SPD: Herr Konrad, warum hat das Land die Mittel jetzt zur Verfügung gestellt? Diese standen doch schon zwei Jahre im Programm! Diese wurden jetzt weiter fortgeschrieben; sie wurden vorher nicht gebraucht! - Glocke des Präsidenten)

- Herr Bojak, nein.

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Konrad, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Hier stehen noch 15 Minuten.

(Heiterkeit im Hause)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Nein, das ist nicht richtig.

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Ich halte mich daran. Entschuldigen Sie, dann muß ich zum Ende kommen.

Herr Bojak, um es kurz zu machen, kommen Sie auf den Hunsrück und schauen Sie sich die ganze Maßnahme an.

(Bojak, SPD: Ich habe nichts dagegen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich trotzdem noch ein Wort zu einem Programm sagen. Die zunehmende Produktion nachwachsender Rohstoffe wirft allerdings vermehrt die Frage der Verwertung und des Absatzes auf. Wir sind der Meinung, daß hier eine Gesellschaft für die Verwertung dieser Produkte gegründet werden muß; die Mittel hierzu werden allerdings erst nach Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses ausgegeben werden dürfen.

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir wegen der Zwischenfrage noch eine Minute?

(Heiterkeit im Hause -

Bojak, SPD: Gucken Sie mal, wie er sie anguckt!)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Bitt sehr.

**Abg. Konrad, F.D.P.:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich möchte noch ein Problem ansprechen, das mit Sicherheit im Einzelplan 14 angesiedelt ist, und das ist die Tierkörperbeseitigung. Es belastet mich so sehr, meine Damen und Herren, auch vor dem Hintergrund eines Jahresberichts, den ich heute morgen von der Tierseuchenkasse auf den Tisch bekommen habe. Es konnte mir in der Kürze der Zeit nicht gelingen, die Ungereimtheiten zu klären, wer seine Versprechungen nicht einhalten will.

Wie ernst es aber F.D.P. und CDU mit dieser Maßnahme ist, wollen Sie daraus ersehen, daß in einem Antrag sichergestellt werden soll, daß die Landesregierung verpflichtet wird, über den Zweckverband Tierkörperbeseitigung zu klären, daß eine Altlast jetzt endlich weggenommen werden kann. Sie wollen hieraus ersehen, daß trotz eines Sparhaushalts die Koalitionsparteien bemüht waren, im Rahmen der Möglichkeiten noch Agrarpolitik für das Land zu bewegen.

Schönen Dank.

Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei Ihnen, Frau Präsidentin.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Bojak, SPD: Herr Konrad, Sie müssen die Reden Ihrer Vorgänger lesen. Dann wissen Sie, was zu den Altlasten gesagt wurde! Das steht alles in den Protokollen!)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Auf der Zuhörertribüne darf ich Absolventen der Volksschule Dannstadt, und zwar des Schulabschlußjahrganges 1959, herzlich willkommen heißen.

(Beifall des Hauses)

Außerdem heiße ich eine Jugendgruppe aus Kirschweiler herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses)

Nunmehr erteile ich Herrn Abgeordneten Bojak das Wort.

(Bojak, SPD: Ich hatte mich nicht gemeldet! -  
Heiterkeit im Hause)

- Sie sind hier in unserer Liste eingetragen; das habe ich noch übernommen

(Bojak, SPD: Ich wollte erst hören, was der Minister sagt, um dann vielleicht noch darauf zu antworten! -

Keller, CDU: Das sind die Kindereien aus dem Kindergarten!)

- Dann erteile ich Herrn Abgeordneten Dieter Schmitt das Wort.

(Bojak, SPD: Es muß mich einer gemeldet haben!  
Ich hatte mich nicht gemeldet, Frau Präsidentin!  
Ich bin ein freier Mensch, und ich kann mich selber melden! -  
Anhaltend Unruhe im Hause)

**Abg. Schmitt, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war der „SPD-Schmitt“, wie es eben hieß, Entschuldigung, den Namen will ich nicht wiederholen; dann hat man es eben hier mit dem Bauer Schmitt zu tun, wenn wir uns in der Form unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte es dennoch für notwendig, hier jetzt einige Äußerungen zu machen, auch nachdem Herr Kollege Bojak verzichtet hat, so habe ich das verstanden.

(Bojak, SPD: Nein, nach dem Minister! Vielleicht möchte ich dann etwas sagen. -  
Keller, CDU: Er weiß alles besser!)

Aus persönlicher Wertschätzung - vielleicht schaffen Sie es, Herr Kollege Bojak, sich das zunächst einmal anzuhören - gegenüber den Oppositionsrednern gehe ich davon aus, daß sie in weiten Bereichen selbst erkannt haben, daß das, was sie heute vorgetragen haben, gelinde gesagt mit Lösungs-

ansätzen oder Konzepten, geschweige denn mit konzeptionellen Lösungen der Agrarpolitik nichts zu tun hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich will es wirklich ausgesprochen vorsichtig hier ausdrücken, weil ich das hier aus persönlicher Wertschätzung so sage.

Ich will allerdings eines sagen: Ich bewundere den Mut und, zum Teil schon etwas die Unverfrorenheit, dennoch als Redner hierherzukommen, eine Agrarpolitik zu kritisieren und letztendlich hier zu versuchen, Bundes- und Landesagrarpolitik in die Anklagebank zu stellen, und dabei zu vergessen, wann und wie man eigene Verantwortung getragen und wie man die Probleme gelöst hat. Man hat sie nämlich nicht gelöst! Man muß nur ein bißchen in die Vergangenheit zurückdenken können, und man muß wissen, wann man hier verantwortlich war und was man getan hat.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Scharping, noch einmal kurz zitieren. Ich war sehr gespannt, weil er vor der Landtagswahl weite Passagen der Landwirtschaft und dem Weinbau gewidmet hat. Ich habe mir seine Rede sehr genau angehört. Es waren Schwerpunkte der Landespolitik darin enthalten. Es wurde gesprochen über Arbeitslosigkeit, absolut richtig, keine Frage. Es wurde als zweiter Schwerpunkt Schule und Weiterbildung genannt. Es wurde als dritter Schwerpunkt Arbeit und Umwelt genannt, absolut richtig. Nur, es wurde kein Wort über den ländlichen Raum, es wurde kein Wort eigentlich über Agrar- und Weinbaupolitik gesagt.

(Anhaltend Widerspruch bei der SPD und  
Zurufe: Falsch, falsch!)

Außer der Äußerung über die Weinwerbemaßnahmen des Ministerpräsidenten war zur Landwirtschaft und zum Weinbau keine entscheidende Aussage beinhaltet.

(Beck, SPD: Das ist nicht richtig! Herr Kollege  
Scharping hat eine ganze Passage hierzu gesagt!  
Das ist falsch, was Sie sagen! -  
Schmidt, SPD: Natürlich war es kein Lobgesang!)

Das zeigt, daß diese Weinwerbung ausgesprochen erfolgreich war. Sie war erfolgreich,

(Zurufe von der SPD -  
Beifall bei der CDU)

und das ändert sich nicht durch Ihre Kritik.

Über keine Weinwerbung ist so lange gesprochen worden. Wer ein bißchen von Werbung versteht, weiß, daß es die beste Methode ist, positiv über den Wein zu sprechen.

(Zurufe von der SPD -  
Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Jürging, auch ich schätze Sie persönlich sehr. Wenn wir für den Wein etwas Gutes tun wollen, dann bitte, reden wir positiv über den deutschen Wein, reden wir positiv über unseren Wein und seien stolz darauf, und reden wir nicht über Weinskandale in diesem Hause und in der Öffentlichkeit.

(Zuruf von der SPD)

Ich halte das nicht für vertretbar und nicht für richtig, dies in dieser Form hier und heute zu tun.

(Schmidt, SPD: Sorgen Sie dafür, daß es keine gibt! -  
Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Ich meine, man sollte einen Beitrag dazu leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt zu den Äußerungen der Kollegen der SPD und der GRÜNEN. Hierzu möchte ich ganz bewußt einiges sagen.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Schmitt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jürging?

**Abg. Schmitt, CDU:**

Nachdem Herr Kollege Jürging vorher so anständig war, tue ich das mit Sicherheit auch. Bitte sehr.

**Abg. Jürging, SPD:**

Herr Kollege Schmitt, ich darf mich sehr herzlich bedanken.

Können Sie mir bestätigen, Herr Kollege, daß ich nicht von Weinskandalen gesprochen habe, sondern lediglich von der Vorgehensweise der CDU in bezug auf das Weindorf bei Gundersheim? Ich habe mit keinem Wort über Weinskandale gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Schmitt, CDU:**

Herr Kollege Jürging, es könnte sein, daß ich Sie in dem Falle verwechselt habe mit Ihrem Kollegen Schmidt.

(Zuruf von der CDU: So war es!)

Das könnte sein. Aber es war wohl ein SPD-Redner, der das vorhin so gesagt hat. Ich habe Ihnen persönlich unrecht getan. Ich nehme das zurück. Zum Weindorf komme ich speziell. Aber es bleibt trotzdem wohl Gedankengut der SPD. Oder sollte ich das falsch gesehen haben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt zu den weiteren Äußerungen, weil ich bewußt auf die Anträge eingehen will, die hier vorgetragen wurden.

Herr Kollege Schmidt hat richtigerweise zunächst von einer Agrarpolitik gesprochen, und er wollte das bildhaft darstellen. Er hat gesagt: Da ist ein Agrarprogramm angekündigt worden, und wir wollten zu Anfang ein Moped haben. - Das waren die Worte, wenn ich sie noch im Kopf habe. „Das Moped haben wir nicht gekriegt. Wir haben aber nachher kurz vor den Wahlen ein Auto bekommen.“ Wenn es nach dem Wunsch und den Vorschlägen der SPD gegangen wäre, hätten wir weder ein Moped noch ein Auto. Wir würden heute noch zu Fuß in dem Bereich gehen,

(Schmidt, SPD: Er hat nichts kapiert!)

und dann würde da stehen: Rückgängige, rückwärtige Politik in dem Bereich. - Dieses Märchen habe ich schon verstanden, wie es gemeint war.

(Schmidt, SPD: Nein, absolut nicht!)

Zweiter Punkt. Herr Kollege, ich habe sehr intensiv zugehört. Im Zusammenhang mit den den letzten Agrarberichten haben Sie über Ihr Apel-Papier gesprochen. Ich habe das damals durchgelesen. Ich habe inzwischen auch Ihr neues Papier gelesen, das in Bad Waldkirch veröffentlicht wurde und auf das Sie heute nicht in einer einzigen Zeile eingegangen sind. Ich gehe davon aus, daß Ihnen die agrarpolitischen Vorstellungen der SPD bekannt sind.

Herr Kollege Beck, Sie gucken so entzaubert. Sollte Ihnen das wirklich nicht bekannt sein?

(Beck, SPD: Das ist ein sehr vernünftiges Papier!  
Da gibt es doch nichts zu verstecken!)

- Ich wundere mich nur, daß Sie heute hier nicht aus Ihrer Konzeption etwas vorgetragen haben.

(Schmidt, SPD: Wir haben doch keine  
Grundsatzdebatte! -  
Beck, SPD: Was sollen wir noch alles sagen!)

Ich komme zu dem entscheidenden Punkt. Bei dem EG-Gipfel ging es um zwei Punkte, entweder den Agrarpreis zu reduzieren und dadurch Menge zurückzuführen, so wie Sie es oft gefordert haben, oder aber die zweite Schiene einzulegen, das heißt, Extensivieren, unter Umständen Stilllegen, Vorruhestand, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Ich sage, das war ein vernünftiger Kompromiß, auch wenn er unter

Schmerzen für die Landwirtschaft entstanden ist. Das sage ich mit aller Deutlichkeit, damit wir die beiden Linien und die beiden Forderungen einmal haben.

(Bojak, SPD: Was steht in dem Apel-Papier?)

- Ich habe die Punkte aufgezeigt. „Wir sind gegen den weiteren Verfall der Agrarpreise“ steht zunächst drin. Das klingt hervorragend. Dann steht auf der zweiten Seite: „Wir, SPD, sind für stärkere marktwirtschaftliche Orientierungen in dem Bereich.“ Das heißt im Klartext, wer ein bißchen von dem Bereich versteht, mehr Marktwirtschaft einzuführen, heißt, Agrarpreissenkung, ohne ein Netz einzuziehen. Dem werden Sie nicht widersprechen können.

(Schmidt, SPD: Wer sagt denn: Ohne das  
Netz einzuziehen?)

Das ist im Prinzip so vorgesehen.

(Zuruf von der SPD)

Ich halte es nicht für verantwortlich, wenn das so vorgetragen wird.

Ein Zweites zu unserem Agrarprogramm. Sie haben doch wortwörtlich sämtliche Gedankengänge übernommen, die wir vor zwei Jahren als Konzept zum Agrarprogramm geschaffen haben. Bis heute hat die SPD des Landes Rheinland-Pfalz keine eigenen agrarpolitischen Konzeptionen hier vorgelegt. Sie hat unsere Programme übernommen und versucht, sie zum Teil umzuschichten und eigene Schwerpunkte zu setzen.

(Schmidt, SPD: Ach!)

Nicht ein einziger Punkt, der hier geändert wurde.

(Schmidt, SPD: Umgekehrt!)

Herr Kollege Jürging, jetzt komme ich eigentlich zu dem Punkt, den Sie vorhin mit dem Weindorf genannt haben. Ich bin persönlich sehr betroffen, daß aus parteipolitischer Sicht heraus eine gute Idee - wir hatten gemeinsam aufgefordert zu einem Ideenstreit, auch vor Landshaushaltsberatungen sollte ein Ideenwettbewerb erfolgen - abgelehnt wird.

(Beck, SPD: Wann war das denn  
jemals im Haushaltsausschuß?)

Die CDU hat eine hervorragende Idee in die Tat umgesetzt. Ein Weindorf bedeutet für unseren Weinbau, für unser Land wesentlich mehr als

(Beck, SPD: Wann war das jemals in einem  
Gremium des Parlaments?)

alles andere, was an Aktivitäten von Ihnen ausgegangen ist.

(Beck, SPD: Sie sollten sich schämen, so mit dem Landtag umzugehen!)

Hier wird Vertrauenswerbung verfolgt

(Beck, SPD: Sie haben versucht, das Parlament zu linken mit dieser Sache, nichts anderes!)

und nichts anderes. Sie hätten sich aus der Kleinkariertheit parteipolitischer Neinsagerei herauslösen und zu einer guten Sache ja sagen sollen.

(Beck, SPD: Unverschämtheit! Eine Unverschämtheit, was Sie da sagen!)

- Sie wissen genau, es wird hier kein öffentliches Geld vergeudet. Im Gegenteil,

(Zuruf des Abg. Beck, SPD)

hier ist lediglich der Ideenwettbewerb durchgeführt worden.

(Beck, SPD: Unglaublich, was er hier erzählt! - zu Staatsminister Dr. Wagner gewandt -: Sie beantworten ja meine Briefe nicht, Herr Finanzminister!)

Wenn dann die private Wirtschaft eingreift und Mövenpick das eventuell übernimmt - es liegt die Zusage vor, daß sie es voraussichtlich übernehmen werden -,

(Zuruf von der CDU)

dann ist das eine Geschichte, die dem Weinbau in unserer Region, in Rheinland-Pfalz sehr viel bringen wird.

(Schmidt, SPD: Woher wissen Sie das? - Zuruf des Abg. Beck, SPD)

Ich bin sehr für die privatwirtschaftliche Initiative. Sie hätten aus Ihrem parteipolitischen Schatten herauspringen - der Schatten ist klein genug -, einmal drüberspringen und zeigen sollen, daß Sie Mut haben und eine gute Idee unterstreichen.

(Zuruf des Abg. Beck, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem weiteren Antrag von Ihnen, weil Sie einen Haushaltsbegleit Antrag vorgelegt haben.

(Beck, SPD: Wirklich ein starkes Stück, was uns hier zugemutet wird!)

Er zeigt, daß Sie eigentlich hier nur abgeschrieben haben, Entschuldigung.

(Beck, SPD: Unglaublich!)

Sie fordern hier mit Recht - ich unterstreiche das -, daß landespflegerische Maßnahmen stärker von Landwirten übernommen werden. Sie hätten sich eigentlich die Initiative und den Entschließungsantrag der CDU aus dem Jahre 1986, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, und die Antwort der Landesregierung lesen sollen.

Was Sie auf den Weg bringen wollen, ist gedanklich richtig, nur es ist ein Springen auf einen Zug, der schon längst fährt, den wir vor zwei Jahren voll beschlossen haben.

(Beifall bei der CDU - Jürging, SPD: Schieben!)

- Er läuft durchaus gut, und Ihre Unterstützung ist uns bei der Frage recht. Ich sage nur, es ist ein Antrag, der nicht erst heute kommt, sondern schon längst auf den Weg gebracht ist. Ich bin dankbar, daß Sie das erkannt haben und dies unterstreichen werden.

Ich sage zwei Punkte zu der Politik, die Herr Steffny hier vorgetragen hat. Herr Steffny, ich will mich nicht sehr lange mit Ihren agrarpolitischen Fragen auseinandersetzen. Ich stelle auch in dem Bereich nicht die Frage der Sachkompetenz. Es ist schwierig, im Landtag alles ein bißchen zu differenzieren und zu diskutieren.

Ich sage Ihnen nur eines, und das sage ich als betroffener Bauer. Wer so gegen die Flurbereinigung zu Felde zieht und gegen die Mehrheit der Bevölkerung diese Äußerungen „landschaftszerstörend, naturzerstörend im größten Sinne“ braucht,

(Zuruf des Abg. Steffny, DIE GRÜNEN)

der soll mir eigentlich einmal klarmachen, wie die deutsche Landwirtschaft in irgendeiner Weise konkurrenzfähig sein will, wie wir wirtschaften sollen, wie wir Ausgaben senken sollen und wie wir in Zukunft unsere Fläche in der Art und Weise bewirtschaften sollen.

(Zuruf des Abg. Steffny, DIE GRÜNEN)

Es handelt sich letztendlich noch um das Land der Bauern und Winzer in unserem Lande. Ich halte ein Mitspracherecht und eine Entscheidung der Bauern und Winzer - ohne ideologische Verbrämtheit in dem Falle - durchaus für sachgerecht und notwendig. Sie sollten einmal darüber nachdenken und es dort nicht zum Exzeß bringen. Ich halte es für richtig, daß der Bereich Umwelt, Naturschutz einen höheren Stellenwert hat, wie das schon seit Jahren passiert

(Zuruf des Abg. Steffny, DIE GRÜNEN)

auch hier praktiziert wird. Das ist etwas, was wir nicht erst heute fordern. Das praktizieren wir bereits seit Jahren.

(Zuruf von der SPD)

- Sollte das die Meinung der SPD ebenfalls sein, was hier gesagt wurde? Das würde mich sehr interessieren, Herr Nagel. Ich würde gerne von Ihren Koliagen Agrarsprechern hören, ob das die Meinung der SPD ist.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Das wäre für mich wichtig, damit Sie mit Ihren Zwischenrufen ---

(Zuruf von der SPD)

Sie sollten ein bißchen achtgeben. Auch das wird protokolliert, und das ist für mich durchaus sehr dankbar.

(Zuruf von der SPD -  
Zuruf des Abg. Keller, CDU)

- Das war eine gescheite Frage, Herr Härte! Dann hätten Sie sich in dem Falle viele Reden sparen können, weil sie gar nichts bringen würden. Ich nehme das noch ernst im Landtag von Rheinland-Pfalz. Sie nehmen das anscheinend nicht ernst. Das ist Ihr Problem. Aber damit müssen Sie sich auseinandersetzen und nicht ich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu

(Zuruf des Abg. Dr. Langen, CDU)

den Schwerpunkten des Agrarprogrammes Rheinland-Pfalz. Ich nenne nur einmal vier, fünf Thesen, weil der Kollege Kneib und die Kollegin Frau Schmitt sowie dankenswerterweise die Kollegen der F.D.P. es bereits mehrfach vorgetragen haben.

Das Land Rheinland-Pfalz hat als erstes Einkommenshilfe umgesetzt.

Das Land Rheinland-Pfalz ist mit seiner Ausgleichszulage, bezogen auf die pro Betrieb gezahlte Summe, in die Spitzengruppe der Bundesrepublik vorgedrungen. Rheinland-Pfalz hat auch in dem Bereich Umweltbelastung - sprich Gülle, wenn wir es mit dem einen Wort festmachen wollen - die Schritte unternommen, die notwendig sind, wenn ---

(Schmidt, SPD: Auf unser stetiges Drängen nur,  
verehrter Herr Kollege! Sonst hätten  
Ihr gar nichts gemacht! -  
Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Schmitt, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Schmitt, CDU:**

Vielleicht gestatten Sie mir noch zwei Sätze. Ist das erlaubt, Frau Präsidentin?

Sie wollten eine Verordnung, nicht wir. Wir werden neben dem Agrarprogramm Konzeptionelles umsetzen. Wir werden aber auch den Jahrhundertvertrag und den Solidaritätsvertrag umsetzen.

(Bojak, SPD: Mit der F.D.P.? Daran glauben Sie doch selbst nicht!)

- Ich gehe davon aus. Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer haben der Initiative unseres Ministerpräsidenten Dr. Vogel und auch des Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zugestimmt. Das war eine hervorragende Sache. Ich stelle fest, Sie ärgern sich, daß Sie nicht Ideengeber waren. Aber hier in dem Hause waren Sie noch nie Ideengeber. Das können wir für uns beanspruchen, und ich hoffe, daß das auch weiterhin so bleiben wird.

Vielen Dank

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Beck, SPD: Eine traurige Rede! -  
Schmidt, SPD: Müder Beifall!)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Das Wort hat nunmehr Herr Staatsminister Ziegler.

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor zwei Jahren habe ich hier bei der Einbringung des Haushaltes darauf hingewiesen, daß wir eine Neuorientierung der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik insgesamt brauchen. Ich habe betont, daß darüber im Grundsatz Einigkeit besteht. Es hat zwei Jahre gedauert, bis wir durch die Beschlüsse in Brüssel nunmehr sagen können: Es besteht eine echte Chance, nicht nur das von der Kommission gewollte agrarpolitische Instrumentarium des Preisdrucks als Instrument, sondern eben die von der deutschen Präsidentschaft mit eingebrachten Alternativen einzusetzen.

Lassen Sie mich ganz kurz nur an dem Beispiel der Milchquote darstellien, wie wichtig und wie entscheidend dies insgesamt ist. Wir hatten dort zu Anfang des Jahres 1987 noch 720 000 Tonnen in der Europäischen Gemeinschaft auf Lager, und Ende des Jahres waren es nur noch 470 000 Tonnen. Bei Butter waren es 1 300 000 Tonnen und Ende des Jahres 1987 erfreulicherweise nur noch 860 000 Tonnen. Hier wird durch eine Regulierung, Rückführung der Mengenproduktion, die dringend notwendig ist, Geld gespart.

(Bojak, SPD: Die Landwirte bezahlen das ja auch recht teuer!)

Wir brachten diese Alternativen bei den Beschlüssen in Brüssel dringend, weil nur das es ermöglicht, die agrarpoli-

tischen Vorstellungen, die wir in der Bundesrepublik haben, letztlich auch umzusetzen.

Bundesminister Ignaz Kiechle hat gerade vor wenigen Tagen deutlich gemacht, daß er willens ist und in der Lage, bis zum 1. Juli dieses Jahres die Flächenstilllegungsmaßnahme in Gang zu setzen, daß er weiter willens ist und in der Lage, bis zum 1. Januar 1989 die Vorruhestandsregelung, die nunmehr für die Landwirtschaft Produktionsaufgaberechte heißen soll, und die Extensivierungsmaßnahme einzuführen.

Dazu will ich sofort und gleichzeitig mit erklären, meine Damen und Herren, daß es mir gelungen ist, in der Agrarministerkonferenz vor zwei Tagen durchzusetzen, Einigkeit darüber zu erzielen, daß für uns in den süddeutschen Ländern gerade bei der Maßnahme Flächenstilllegung zwar der Grundsatz der Marktentlastung entscheidende Bedeutung hat, aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Umstrukturierung, der Flächenumwidmung zur Betriebsaufstockung, zumindest an zweiter Stelle mit gesehen werden muß. Weil eben bei uns im süddeutschen Raum die Betriebsstrukturen auf EG-Ebene noch nicht konkurrenzfähig, noch zu klein sind, deswegen muß dies parallel mit möglich sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Zuruf des Abg. Bojak, SPD -  
Unruhe bei der SPD)

Wir haben deshalb in der Empfehlung zum Ausdruck gebracht, daß bei der Frage der Flächenstilllegung zwar eine

(Erneut Unruhe bei der SPD)

Entschuldigung, Frau Präsidentin, könnten Sie vielleicht um etwas Ruhe bitten. Man kann sich fast nicht verständlich machen.

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner bitten.

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Im Rahmen der Flächenstilllegung sind nach Festlegung der Agrarminister mindestens 20 % der Fläche stillzulegen. Wir wünschen eine Obergrenze, die bei ca. 40 % liegen könnte.

Gleichzeitig wird der Bundesminister in Zusammenarbeit mit uns, den Bundesländern, sich darum bemühen, die Grundsätze einer Produktionsaufgaberechte zumindest so rechtzeitig zu formulieren, daß die Bauern zum Zeitpunkt Mitte dieses Jahres wissen und auch rechnen können, was aufgrund ihrer persönlichen Betriebssituation sich als richtiger

erweist, eben in die Flächenstilllegung zu gehen, in die Flächenumwidmung, in den Vorruhestandsbereich oder in den Bereich der Extensivierung.

(Nagel, SPD: Im Mai, haben Sie gesagt, steht es fest!)

- Ich habe gesagt, daß der Bundesminister uns zugesagt hat, daß er bei der Einführung der Flächenstilllegung zum 1. Juli diesen Jahres sich bemühen wird, auch die Frage der Produktionsaufgaberechte zumindest in der Formulierung mit vorlegen zu können, damit die Bauern sich die entsprechenden Alternativen auch genau anschauen und überlegen können, welche der Möglichkeiten sie in Anspruch nehmen.

Ich muß aber gleichzeitig hinzufügen - was immer wieder gesagt worden ist -, daß die Agrarpolitik für eine Reihe von Jahren trotz Rückführung der Mengen zunächst mehr Geld kostet. Mehr Geld kosten heißt, daß wir auch Einigkeit darüber erzielen müssen, welchen Anteil daran die EG, der Bund und wir, die Länder, zu zahlen haben.

Es war die Frage, ob ein Teil der von mir genannten Maßnahmen als Marktentlastung zu sehen und deshalb von den Ländern mitzufinanzieren ist. Es hat sich herausgestellt, daß, insbesondere auch durch die von den Herren Ministerpräsidenten im Dezember letzten Jahres herbeigeführte Beschlußlage, eine Aufnahme in das Paket der Gemeinschaftsaufgaben nicht möglich ist. Deswegen wird der Bundesminister ein Geldleistungsgesetz mit einer Beteiligung der Länder von bis zu 25 % vorlegen, um die Umsetzung als solche nicht zu gefährden.

Das schließt aber nicht aus - dieser Wunsch ist vorhanden, nicht zuletzt auch durch die eingesetzte Kommission der Ministerpräsidenten -, daß man sich über die endgültige Finanzierung der Ausgaben zwischen Bund und Ländern eingehend unterhalten muß und eingehend darüber beraten werden muß, welcher Anteil letztlich von wem zu übernehmen ist.

(Bojak, SPD: Also das steht noch nicht fest?)

Da seid Ihr Euch noch nicht einig?

Das ist nämlich der Knackpunkt!

- Herr Abgeordneter, ich hätte doch die Bitte - ich habe vorhin schon darum gebeten -, daß Sie ein bißchen aufmerksamer zuhören.

(Bojak, SPD: Ich frage ja nach! Das ist für mich sehr wichtig! Sie wissen nämlich ganz genau, daß das der Knackpunkt sein kann!

Bisher haben Sie ja nur

Allgemeinplätze verkündet!)

Herr Abgeordneter, weil Sie ansonsten ein freundlicher Mann sind, will ich das noch einmal tun.

(Bojak, SPD: Ich muß auf meine Art Zeit schinden!)

Ich erkläre noch einmal: Der Bundesminister wird ein Leistungsgesetz vorlegen, wonach die Umsetzung der Flächenstilllegung in der von mir genannten Form bis zum 1. Juli diesen Jahres möglich ist. Inwieweit die weiteren Maßnahmen in der gleichen Art zu finanzieren sind, wird sich noch im Rahmen der weiteren Beratungen herausstellen müssen. Aber ich habe auf die Beschlüsse der Ministerpräsidenten hingewiesen. Hier gab es Verwirrung im politischen Raum, und es gab und gibt auch Nachfrage draußen in der Praxis bei unseren Bauern: Was ist mit dem Jahrhundertvertrag? - Ich will auch dies hier klar und deutlich ansprechen: Für mich ist überhaupt nicht entscheidend, ob dieser Vertrag Jahrhundertvertrag genannt wird, ob wir ihn Solidaritätspakt nennen - wie es der Kollege Matthiesen in Nordrhein-Westfalen zwischenzeitlich gerne tut - oder ob wir das letztlich Aktionsprogramm des Bundesministeriums nennen. - Entscheidend ist aus meiner Sicht, daß sich die Ministerpräsidenten erstmalig, seitdem die Bundesrepublik besteht, in dieser intensiven Form mit dem wichtigen Bereich der Landwirtschaft eingehend befassen und Beschlüsse vorgelegt haben, die auch in die Frage der Finanzierung hineingreifen, die aber mit zum Ergebnis gebracht haben, daß, wie ich schon sagte, eine Kommission, bestehend aus vier Landwirtschafts- und vier Finanzministern der Länder, sich mit der Frage der Finanzierung der Aufgaben befassen wird, die in den nächsten Jahren für die Landwirtschaft umzusetzen sind. Zur Umsetzung dessen, was eine bäuerliche Landwirtschaft in Zukunft in der Bundesrepublik auch an finanzieller Ausstattung braucht, gehört, daß klar und deutlich festgehalten wird, daß direkte Einkommensübertragungen für die nächsten Jahre unabdingbar sind, um die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten.

Es wird in gleichem Maße auch festgestellt, daß ein Strukturwandel weiter stattfinden würde. Das ist etwas, was ich vor zwei Jahren hier schon angedeutet und klar gesagt habe. Nicht jeder, der heute hauptberuflich Landwirtschaft betreibt, kann dies auch in Zukunft tun. Nachdem mehr als ein Drittel unserer Höfe keine Hofnachfolger hat, werden wir auch noch Strukturwandel haben. Es wird mehr Nebenerwerbsbetriebe und weniger Vollerwerbsbetriebe in der Zukunft geben.

Wir müssen auf der einen Seite klar und deutlich sagen, daß es einem Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft, der Bundesrepublik, nur dann gelingen wird, einen sich in der Umstrukturierung befindlichen Bereich, nämlich der Landwirtschaft, dann Hilfestellung auch in finanzieller Hinsicht zu geben, wenn wir eine leistungsfähige Wirtschaft in der Bundesrepublik haben. Deshalb muß auch die deutsche Landwirtschaft die Europäische Gemeinschaft und deren Weiterentwicklung bejahen. Nur bei einer Bejahung dieser Europäischen Gemeinschaft wird es uns gelingen, die von der Landwirtschaft benötigte Hilfestellung zu geben.

(Zuruf von der SPD: Das widerspricht sich!)

Wir müssen uns einige Gedanken über die zukünftige Entwicklung machen, die mit der Flächenstilllegung, mit dem Vorruhestand, mit nicht benötigten Flächen, die wir heute in der Landwirtschaft haben und die nicht zur Produktion von Nahrungsgütern gebraucht werden, zusammenhängen.

Es ist sicher keine Frage, daß wir auch mit diesen von mir genannten Instrumenten nur einen Teil der Problematik lösen können. Dies wird nicht eine endgültige Lösung der Problematik sein. Wir müssen zu weiteren Entwicklungen und Überlegungen kommen.

Wenn wir heute ca. 10 % der Flächen nicht mehr für die Produktion von Nahrungsgütern benötigen, dann können diese schon in einigen Jahren 20 % und in zehn Jahren vielleicht ein Drittel der gesamten Fläche sein. Es stellt sich die Frage, was mit diesen Flächen geschieht. Wir können diese sicherlich auf Dauer mit dem von mir genannten Instrumentarium nicht umsetzen, nicht so verwerten. Deshalb wird die Frage der nachwachsenden Rohstoffe in Zukunft eine noch größere Bedeutung als bisher haben. Es ist von der Frau Abgeordneten Schmitt sehr deutlich darauf hingewiesen worden, daß wir uns in Rheinland-Pfalz mit durchaus anerkannten bescheidenen Anfängen im Bereich Flachs und Luzerne um Lösungsansätze und -möglichkeiten bemühen.

Entscheidend scheint mir zu sein, daß zwischenzeitlich in der gesamten Politik, vom Bundesforschungsminister oder Bundesumweltminister, von der Europäischen Gemeinschaft über den Agrarrat, Einigkeit im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe, über die Forschung, Entwicklung und Innovationen besteht, alles zu unternehmen, um in einigen Jahren - nicht jetzt - für unsere Bauern und für diese Flächen Alternativen zu haben.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich davon spreche, daß über den Bereich der direkten Einkommensübertragung endgültig gesprochen werden muß, dann lassen Sie mich deutlich machen, daß wir hier allerdings in den letzten drei Jahren nachhaltig und maßgeblich positive Veränderungen zugunsten unserer Bauern erreicht haben. Noch 1984 waren es in Rheinland-Pfalz gerade 6 Millionen DM, die wir an direkten Mitteln in die benachteiligten Gebiete geben konnten. Es werden in diesem Jahr 51 Millionen DM sein.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schmidt?

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Ich darf gerade den Gedanken zu Ende bringen.

Das sind 51 Millionen DM, von denen das Land entsprechend dem Gemeinschaftsaufgabenbereich 40 %, nämlich heute 20 Millionen DM, zu erbringen hat. Ich muß dies hier in aller Deutlichkeit sagen, damit auch die Leistung des Landes für die Landwirtschaft deutlich wird.

Herr Abgeordneter Schmidt, bitte schön.

**Abg. Schmidt, SPD:**

Herr Minister Ziegler, können Sie mir sagen, wie hoch Sie den Anteil der nachwachsenden Rohstoffe - gemessen an der Gesamtproduktion - in drei bis vier Jahren hier in Rheinland-Pfalz einschätzen?

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Herr Abgeordneter Schmidt, ich habe klar und deutlich gesagt, an welchen Stellen wir in welche Richtung gehen müssen. Ich habe aber auch genauso klar und deutlich gesagt, daß es derzeit prozentual und in der Gewichtung noch nicht präzise abzuschätzen ist. Auch auf nochmalige Nachfragen werde ich diese Antwort nicht präzisieren können, weil es derzeit noch keine entsprechenden Daten gibt.

(Schmidt, SPD: Sicher, ich habe nach Ihrer persönlichen Einschätzung gefragt!)

- Hier geht es nicht um eine persönliche Einschätzung. Ich habe Ihnen die derzeitigen Fakten, Daten und Entwicklungsmöglichkeiten der Agrarpolitik vorzutragen.

(Beifall bei CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Ich darf noch einmal betonen, daß mit diesem Instrument der Ausgleichszulage für unsere benachteiligten Gebiete, von denen wir in Rheinland-Pfalz 60 % haben, es sicherlich mit 51 Millionen DM möglich ist, zumindest in Teilbereichen die schwierige Situation der Landwirtschaft abzupuffern.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Eich?

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Bitte schön.

**Abg. Eich, SPD:**

Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn das etwas nachkommt.

Haben Sie nicht den Eindruck bzw. könnten Sie das bestätigen, daß der Zeitaufwand, den Sie in Ihrer Rede für das Problem der nachwachsenden Rohstoffe aufwenden, im umgekehrten Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung dieser Frage in der Praxis steht?

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Herr Abgeordneter Eich, ich vermag das überhaupt nicht nachzusehen und werde es im Protokoll nachlesen. Es waren keine zwei Minuten. Wenn Sie noch zweimal nachfragen, dauert es länger.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe lediglich erklärt, was mit den Flächen passiert, die auf Dauer nicht für die Produktion von Ernährungsgütern benötigt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Langen, CDU)

Ich komme jetzt zum Agrarprogramm. Das Agrarprogramm des Landes Rheinland-Pfalz ist vor der Wahl oftmals als eine Wahlhilfe und als eine Sache bezeichnet worden, die nur aus Gründen der Wahl von seiten der CDU-Landesregierung in Gang gesetzt worden ist.

(Schmidt, SPD: „Nur“ habe ich nicht gesagt!)

Ich habe heute hier bezüglich der Einbringung des Haushalts festzustellen, daß dieses Agrarprogramm in diesem Doppelhaushalt in gleicher Höhe und im wesentlichen auf der gleichen Grundlage der bisherigen Programmpunkte weitergeführt wird. Wir machen hier unser Versprechen an die rheinland-pfälzische Landwirtschaft wahr, daß wir mit diesem Agrarprogramm auf Dauer unserer rheinland-pfälzischen Landwirtschaft Hilfestellungen geben wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Abgeordneter Schmidt, wenn Sie in Ihrem ersten Beitrag - das war wirklich eine Märchenstunde, das muß ich schon sagen - darauf hingewiesen haben, daß ein Teil der Programmpunkte hoch überzeichnet war, dann kann ich nur sagen, daß es schon etwas abenteuerlich ist, wenn Sie die Überzeichnung einzelner Programmpunkte als eine Fehlleistung meinerseits bezeichnen.

(Schmidt, SPD: Nur weil wir es richtig eingeschätzt haben!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden.

Ich muß Ihnen ganz einfach sagen: Wenn ich heute feststellen kann, daß alle Programmpunkte mit Ausnahme der Milchverpachtungsmenge bei Junglandwirten und der Wertverlustentschädigung bei Winzerbetrieben faktisch im

vollen Maße angenommen worden sind, dann habe ich auch hier festzustellen, daß dieses Programm in seiner Ausfüllung richtig von uns getroffen worden ist und daß es im richtigen Maße ankommt.

Herr Abgeordneter, ich muß aufgrund der Begrenztheit der Mittel, die wir alle zu verteilen haben, hinnehmen, daß wir natürlich im Agrarhaushalt auch nicht in der Lage sind, den Anforderungen insgesamt innerhalb eines oder zwei Jahre gerecht zu werden.

Weil Sie die Gülle angesprochen haben, sage ich hier klar und deutlich, ich halte es für richtiger - ich hatte gerade gestern abend eine Diskussion -, den Bayern sagen zu können, daß wir das Programm nicht nur weiterführen, sondern daß wir zwar in diesem Jahr keine neuen Bewilligungen für Güllelagerprogramme aussprechen können, daß aber im nächsten Jahr der Bauer auch mit 40 % Zuschuß für die Förderung seines Lagers rechnen kann. Er gewinnt damit einen Vertrauensschutz. Hier wird nicht im Windhundverfahren das eine oder andere getan.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Im übrigen darf ich klar und deutlich darauf hinweisen, daß es uns mit diesem Agrarprogramm gelungen ist, gerade in einem Teilbereich unserer Weinbaugebiete, nämlich Mosel-Saar-Ruwer, mit den großen Problemen des Steillagenweinbaues und der Vermarktung eine wichtige Hilfestellung für eine vernünftige Umstrukturierung der Betriebe innerhalb der nächsten Jahre zu geben, weil es auf Bundes- und EG-Ebene keine andere Chance gab. Das ermöglicht es uns, die notwendigen weinbaupolitischen und weingesetzlichen Regelungen einzuführen, ohne daß dort der Winzer auf das Produzieren des letzten Liters an Qualitätswein angewiesen ist. Das ist eine ganz wichtige und ganz entscheidende Maßnahme.

Ich bedanke mich ausdrücklich, daß von Seiten des Landtages in den Beratungen ein Liquiditätsprogramm für Junglandwirte eingeführt und im Antragsverfahren vorgeschlagen worden ist. Ich halte dies auf Dauer ebenfalls für eine wirksame und notwendige Ergänzung dessen, was wir bisher schon aus rheinland-pfälzischer Sicht getan haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur Weinbaupolitik einige Anmerkungen machen. Ich möchte noch einmal diese etwas hitzige Diskussion um das Weindorf aufgreifen und ohne Polemik folgendes sagen, wie ich das auch gestern bei der Eröffnung der Ausstellung ausgeführt habe: Wenn wir überhaupt eine solche Idee umsetzen, wie sie sie in anderen Ländern leider schon viel früher gibt, dann muß sie doch in Rheinland-Pfalz verwirklicht werden. Wo denn sonst, meine Damen und Herren? Wo soll sie denn sonst als möglichst in der Nähe einer Verkehrsader wie der Autobahn A 61 verwirklicht werden? Ich halte das nach wie vor - dabei bleibe ich - für eine ausgezeichnete Idee, die Eingang in die Beratungen gefunden hat.

Daß dies aus der CDU-Fraktion kam, spricht für die Ideenfreudigkeit dieser Fraktion.

(Dr. Langen, CDU: Sehr gut!)

Ich würde mir wünschen, wenn von Ihnen auch einmal eine solche gute Idee käme. Ich bin gern bereit, sie dann auch mit zu übernehmen und aufzugreifen.

(Jürging, SPD: Es geht um das Verfahren!)

Herr Abgeordneter Jürging, bleiben wir dabei, ich bin gern bereit ---

(Beck, SPD: Dabei bleiben wir nicht, Herr Minister!  
Das war eine Mißachtung des Parlaments,  
was Sie getrieben haben!  
Dabei bleiben wir nicht!)

- Herr Abgeordneter Beck, ---

(Beck, SPD: Ich mache Ihnen gern den  
Schriftwechsel mit dem Herrn Präsidenten  
zugänglich, wenn es Sie interessieren sollte! -  
Dr. Langen, CDU: Na ja!)

Herr Abgeordneter Beck, trotz unterschiedlicher Begutachtung sollten wir uns bemühen, eine gute Sache, die vom Ansatz wie auch von der bisherigen Ausgestaltung mit Sicherheit nicht zu kritisieren ist, möglichst gemeinsam weiterzuführen. Ich meine, es lohnt sich von der Sache her, sich so damit zu befassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich stelle zur Weinbaupolitik fest, daß es mir gelungen ist, im Bundesrat als Vorsitzender des Agrarausschusses die Vorlage einer Änderung des Weinwirtschaftsgesetzes und die Vorlage einer Novelle zum Weingesetz einstimmig zu verabschieden. Ich sage dies, weil es von entscheidender Bedeutung ist, wenn im Bundesrat solche schwierige Fragen, wie die der Weinbaupolitik, einstimmig dem Bundestag zugeleitet werden, weil der Bundestag sicherlich willens ist, auch das Votum des Bundesrates anders zu gewichten. Ich habe zumindest feststellen müssen, daß dies nicht selbstverständlich ist. Wenn ich an das Jahr 1985 denke, in dem zum Teil über andere Themen aus der Sicht des Verbrauchers sehr nachteilig und zuungunsten der Weinwirtschaft votiert worden ist, dann halte ich diese einstimmige Verabschiedung im Bundesrat für ganz wichtig.

Wir sind von Seiten des Landes zur Zeit dabei, die entsprechenden Vorarbeiten zur Einführung einer Mengenregulierung in die Wege zu leiten. Als ich vor zwei Jahren hier von Mengenregulierung sprach, haben viele noch von Hektarhöchstertträgen geredet. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Es ist ein großer Erfolg, daß es uns heute gelungen ist, nur noch von der Mengenregulierung zu reden, weil wir

damit dem einzelnen Betriebsleiter im Rahmen einer Mengenregulierung sehr große Chancen und Möglichkeiten einräumen, diese Menge zu gestalten. Trotzdem gelingt es damit der deutschen Weinwirtschaft auf Dauer, den Inlands- und Auslandsmarkt kontinuierlicher zu beliefern, als das in der Vergangenheit möglich war, weil die Chance der Überlagerung von Jahrgang zu Jahrgang eingeräumt werden wird.

Wir haben sehr viel Arbeit und sehr viel Mühe, die Rebflächenkartei einzuführen. Ich möchte das nur an zwei Zahlen deutlich machen. Dabei werden die Möglichkeiten der Einführung und der Nutzung der EDV berücksichtigt. Wir haben in einer ersten Proberechnung festgestellt, daß bei drei Gemeinden mit einer Größenordnung von 1 400 Hektar jährlich mit 700 Veränderungen in der Fläche zu rechnen ist. Wenn wir das auf 70 000 Hektar hochrechnen, wird klar und deutlich, welch mühsames und schwieriges Unterfangen es ist, diese Rebflächenkartei einzuführen.

Zu dem Bereich der Weinwerbung möchte ich anfügen, daß es uns bei der Änderung des Weinwirtschaftsgesetzes vor allem darum geht, zunächst mehr Mittel für die Weinwirtschaft zu bekommen, aber auf Dauer die Umstellung auf die Menge - hierüber besteht in der Sache kein Dissens -

(Jürging, SPD: Aber Eile!)

im Umsetzen dessen zu erreichen, was mit der Novelle zum Weingesetz erreicht worden ist.

Lassen Sie mich ein wenig nicht ganz ernsthaft darauf hinweisen: Wenn es mir, solange ich die Verantwortung für dieses Ressort zu tragen habe, immer gelingen wird, meine Entscheidungen so zu treffen, wie mir das bei der Weinwerbemaßnahme im November 1986 gelungen ist, wäre ich eigentlich sehr froh. - Ich anerkenne, daß der Rechnungshof das Verfahren moniert hat, aber ich stelle fest, daß ich richtig entschieden habe. Ich gebe auch zu, daß es sein mag, daß ich den einen oder anderen meiner Mitarbeiter dabei nicht mit befaßt habe.

(Beck, SPD: Überhaupt keine!)

Ich sage klar und deutlich, ich fühlte mich in dieser Frage und fühle mich auch heute noch durchaus kompetent genug, die Sache so zu entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Es hat sich in jedem einzelnen Punkt in der Sache herausgestellt, daß ich richtig gehandelt habe.

(Beck, SPD: Wir werden noch darüber reden!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine Anmerkung machen: Die Anzeigen sind im November 1986 er-

schiene. Der Weinabsatz hat sich im Jahr 1987 um 15 % erhöht.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben einen Weinumsatz von 25 Litern pro Kopf. Dies ist der höchste Umsatz pro Kopf der Bevölkerung mit Ausnahme des Jahres 1983, also der höchste Umsatz, seit wir überhaupt Wein verkaufen. Ich bin nicht so vermessen, um zu sagen, diese Anzeigen im November 1986 haben dazu den entscheidenden Beitrag geleistet. Zumindest ist aber die Anzeige nicht zum falschen Zeitpunkt erschienen, meine Damen und Herren.

Ich habe unter dem Gesichtspunkt dessen, was zur Weinwerbung zu sagen ist, mit den Erläuterungen des anderen Sachverhaltes noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir in 1987 erfreulicherweise mehr Wein verkaufen konnten. Wir haben die Altweinbestände um 1 Million Hektoliter verringern können. Ich bin dankbar dafür, daß der Landtag in der Lage ist, die Mittel für die Weinwerbung noch einmal zu verstärken.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin gern bereit, dem Wunsch zu folgen, daß diese Mittel vor allen Dingen dem Export zufließen sollen.

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Beck?

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Bitte schön.

**Abg. Beck, SPD:**

Herr Staatsminister Ziegler, muß ich dem, was Sie eben ausgeführt haben, entnehmen, daß Sie in einer entsprechenden Lage wiederum so handeln würden, wie Sie gehandelt haben, nämlich ohne Beteiligung der zuständigen Mitarbeiter in Ihrem Haus und offensichtlich auf Weisung oder - ich will es einmal vorsichtig fragend sagen - auf Bitte der Staatskanzlei eine solche Entscheidung in der vorstehenden Weise zu treffen?

(Bojak, SPD: Bei dieser Summe!)

**Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:**

Herr Abgeordneter, ich habe zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht ausschließe, daß es auch in Zukunft vorkommen

kann, daß ich unter Umständen unbewußt den einen oder anderen formalen Fehler mache. Wenn ich dann aber letztlich trotzdem am Schluß sagen kann, es ist richtig entschieden worden, dann wünsche ich mir das für die Zukunft. Mehr habe ich nicht gesagt.

(Bojak, SPD: Das ist Ihre subjektive Meinung!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Bereich der Forsten kurz folgendes anmerken: Wir haben uns im Laufe der letzten Jahre ständig bemüht, die Mittel zu erhöhen. Wir haben allerdings festzustellen, daß gerade im Bereich der Forstverwaltung die Bekämpfung der neuen Waldschäden derart mehr Finanzmittel erfordert, daß es unmöglich ist, die bisherigen Aufgaben in dem gleichen Maße weiterzuführen und unabhängig davon die Bekämpfung der neuen Waldschäden mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, in dem gleichen Maß fortzusetzen.

Wir haben deshalb vor, in diesem Jahr eine Umschichtung der Mittel von ca. 2 Millionen DM für eine zusätzliche Kompensationskalkulation vorzunehmen und werden deshalb im Bereich der Erstaufforstungen und der Umsteilungen von Nadel- zu Laubwald und ähnlichem etwas weniger machen können, als dies in der Vergangenheit möglich war.

Wir werden darüber hinaus nicht nur die Kompensationsdüngung fortsetzen, sondern natürlich auch die Meßnetze erweitern. Wir werden die Ursachenforschung intensivieren. Wir haben und werden die Forstdirektionen und forstlichen Versuchsanstalten entsprechend anweisen, durch den Einsatz von Zeitarbeitskräften ihre Aufgabe erfüllen zu können. Wir wollen uns bemühen, die technischen Ausstattungen noch zu erweitern. Wir werden natürlich die Bundeswaldinventur fortsetzen und Forsteinrichtungen und Standortkartierungen weiterbetreiben.

Ich sage dies auch im Bewußtsein dessen, daß im Bereich des Holzmarktes die Kalkulationen insgesamt knapper werden. Derzeit ist es nur in einem Teil der Fälle möglich, die Forsthaushalte auszugleichen. Wir werden uns bemühen, zumindest mit den vorhandenen Möglichkeiten dazu beizutragen, daß sich die schwierige Situation nicht noch verschlechtert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu zwei Punkten eine Anmerkung machen. Unabhängig von Entwicklungen und Regelungen, die im Rahmen der Agrarpolitik auf EG-Ebene und zwischen Bund und Ländern zu fassen sind, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sich die Märkte im Bereich der Lebensmittelproduktion sehr stark verändert haben und noch verändern werden. Ich meine, es ist notwendig, daß wir uns rechtzeitig darauf einstellen. Deshalb haben wir von seiten meines Ministeriums schon seit einem Jahr intensiv mit allen Beteiligten in diesem Bereich versucht, über die Veränderungen zu diskutieren und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Es heißt, daß wir in Zukunft noch mehr Qualität als bisher produzieren müssen. Wir müssen diese Qualität in größeren Einheiten vorstellen können; denn in zehn Einkaufszentralen wird heute bestimmt mehr als die Hälfte dessen, was die deutsche Hausfrau kaufen kann, vorgehalten. Wir brauchen nicht nur mehr Qualität, sondern auch größere Einheiten. Wir werden im Rahmen der Extensivierung der Produktion sicherlich zu einem wesentlich verstärkten Maße auch in der Lage sein müssen, diese Produkte noch umweltfreundlicher als bisher zu produzieren. Es wird an uns liegen - wir werden uns darum bemühen -, dies auch rascher als bisher umzusetzen, um diesen Entwicklungen begegnen zu können. Es soll also nicht nur bestimmten kleinen Gruppen, die durchaus zu akzeptieren sind, sondern in einem größeren Maße auch einer verstärkten alternativen umweltfreundlichen Produktion das Wort geredet werden.

Ich sprach davon, daß wir größere Einheiten brauchen. Dies bedeutet, daß wir die Produkte zusammenfassen müssen. Hier ist von mir als Beispiel der Markt in Schifferstadt zu nennen, der in wenigen Wochen eröffnet wird. Wir brauchen mehr Kooperation mit Marktpartnern. Hier möchte ich als Beispiel Neuinvestitionen der Südzucker im Bereich von Offstein mit Palatinose nennen. Dies ist ein neues Produkt im Bereich der Süßung von Waren.

Ich nenne auch die Verbesserung der Strukturen nach dem Marktstrukturgesetz, bei denen Rheinland-Pfalz über Jahre hinweg mit dem Gesamtinvestitionsvolumen und dem entsprechenden Zuschußvolumen weit über dem üblichen Rahmen der Bundesrepublik Deutschland gelegen hat. Wir liegen hier im Schnitt bei über 15 % bis 20 % des Gesamtantragsvolumens der Bundesrepublik Deutschland, was deutlich macht, wie intensiv wir uns darum bemühen, Strukturen zu verbessern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem Bereich der Lehre und Beratung und der Agrarverwaltung insgesamt eine Anmerkung machen. Wir haben uns schon Mitte letzten Jahres in meinem Ministerium darum bemüht, aufgrund der Verhältnisse erste Feststellungen zu treffen, Überlegungen anzustellen und Konsequenzen zu ziehen. Wir haben dies getan und sind selbstverständlich gerne bereit, die jetzt vorgelegten Anregungen des Rechnungshofes in diese Überlegungen einzubeziehen, soweit sie überhaupt übertragbar sind.

Ich darf noch einmal auf das hinweisen, auf was es nach meiner Auffassung ankommt. Es muß darauf ankommen, daß wir auch in der Landwirtschaft zur Kenntnis nehmen, daß der grundsätzliche Antrag des Landtages, nicht noch mehr Personal im Rahmen der Landesverwaltung zu benötigen, auch uns Personaleinsparungsaufgaben aufgibt. Es ist schon gesagt worden, daß die Veränderung der Schülerzahlen im Bereich der Landwirtschaft insgesamt Konsequenzen erfordert, was unter Umständen eine Zusammenlegung von einzelnen Schulstandorten bedeutet.

Gleichzeitig möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß es dem Landwirtschaftsministerium auch darauf ankommt, daß wir bei den Standorten unserer Dienststellen an den ländlichen Raum denken. Wir können nicht nur davon reden. Auf der anderen Seite benötigen wir auch für die Beratungskräfte im gehobenen und höheren Dienst eine stärkere Spezialisierung. Aufgrund dessen müssen wir diese in größere Dienste zusammenfassen. Denken Sie an die Arbeitszeitsituation und die Arbeitszeitverkürzung. Auch dem muß man Rechnung tragen.

Ich möchte ausführen, daß die Frage der technischen Ausrüstung in diesem Zusammenhang mit diskutiert werden muß. Wir müssen auch überlegen, welche Veränderungen die gesamte Frage der Umweltpolitik bedeutet. Ich denke hier an die Beratungen im Bereich der Wasserschutzgebiete. Diese erfordern einen Mehrbedarf an Personal. Wir müssen es wahrscheinlich im Rahmen unserer bisherigen Aufgaben mit erledigen.

Nicht zuletzt erwähne ich eine Aufgabe, die sich in den letzten zwei Jahren verstärkt hat. Durch Entscheidungen von Brüssel, aber auch durch die Umsetzung unseres Agrarprogramms haben wir im Bereich der Administration wesentlich mehr Aufgaben zu erledigen. Heute sind 12 000 Anträge für die Ausgleichszulage zu bearbeiten. Wir haben 6 000 Anträge für das Existenzstützungsprogramm, 4 500 Anträge für das Bewirtschaftungsprogramm und rund 800 Anträge im Bereich des Güllelagerprogramms. Ich möchte nur an diesen paar Beispielen deutlich machen, was dazugekommen ist.

All dies muß ordnungsgemäß aus der Sicht der Betroffenen von uns in der Verwaltung erledigt werden können. Wir werden deshalb bis ungefähr September diesen Jahres - so meine Aussage im Ausschuß - dem Landtag eine Vorlage unterbreiten, wie wir uns in Zukunft eine leistungsfähige Agrarverwaltung für die Landwirtschaft in den 90er Jahren vorstellen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich sehr herzlich Mitglieder des Ortsgemeinderates Palzem.

(Beifall im Hause)

Außerdem heiße ich eine Schülergruppe des Weierhof-Gymnasiums Bolanden sehr herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Nunmehr hat Herr Abgeordneter Bojak das Wort.

**Abg. Bojak, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders die von der CDU-Fraktion! Eine Opposition muß die Chance haben, selbst zu bestimmen, wann sie im Rahmen der vorgegebenen Zeit auf Angriffe aus bestimmten Reihen reagieren kann.

(Beck, SPD: Das ist doch nach der Geschäftsordnung nicht verboten!)

Herr Schmitt, noch haben wir für Sie keine spezielle Bezeichnung, aber wir könnten Sie dann doch „Schwarzköpfchen“ nennen.

(Zurufe von der CDU: Welcher Schmitt?)

Sie haben in Teilen eine schäbige Rede gehalten.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir werden alles tun, damit wir hier bei Gelegenheit endlich einmal eine umfassende Agrardebatte führen können.

(Beifall im Hause -  
Dr. Langen, CDU: Der Bojak meint den  
Willi Schmidt!)

Ich möchte einer Legende vorbeugen. Wäre über das Landesagrarprogramm in Teilen abzustimmen, würden Sie feststellen, daß die SPD durchaus bestimmten Teilen zustimmen würde.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch unser Recht, bestimmte Schwerpunkte zu setzen und in dem vorgegebenen Finanzrahmen die entsprechenden Änderungen zu treffen. Dies ist unser Recht, und das lassen wir uns von niemandem nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann niemand behaupten, wir wären in Gänze gegen dieses Programm. Wer das sagt, sagt die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Schmitt! Ich muß Sie wirklich so anreden. Das, was Sie vorhin gesagt haben, ist wirklich läppisch. Der SPD vorzuwerfen, Sie hätte keine Praktiker im Bereich der Landwirtschaftspolitik, ist eine dieser Floskeln, die deshalb sehr gefährlich sind, weil sie vielleicht morgen in der Umkehrung auf Sie selbst zutreffen. Wir stellen nicht die rhetorische Frage, ob etwa der wichtigste Repräsentant der Landesregierung - so gemessen - überhaupt das Recht hat, über Familienpolitik zu sprechen.

(Heiterkeit im Hause. -  
Widerspruch bei der CDU -  
Beifall bei der SPD -  
Anhaltend Unruhe im Hause)

Herr Minister, Sie wissen ganz genau, in welchen Zeiten auch ich in der landwirtschaftlichen Beratung tätig war. Es gibt dort das schlimme Wort der Beratungsgeschädigten. Sie wissen auch ganz genau, daß die Beratung in sogenannten Vater-Sohn-GmbHs ursprünglich sehr gut war, sich aber in Anbetracht der Quotenregelung heute für manche als einen Beratungsschaden herausstellt. Sie wissen genau, wie oft wir darüber geredet haben und wie kompliziert diese Rechtsmaterie ist. Deshalb sage ich: Es gibt Elemente, die hier zu bedenken und zu verändern sind. - Das ist ein Ansatz.

Liebe Frau Schmitt,

(Heiterkeit bei der CDU)

eben habe ich LIS befragt - das Landesinformationssystem -: 116 quicklebendige Gemeinden in diesem Lande leben ohne einen einzigen haupterwerblichen landwirtschaftlichen Betrieb. - In diesen Gemeinden gibt es natürlich auch Landfrauenvereine. Ich habe nie gesagt, daß das eine unnütze Einrichtung wäre. Ich habe nur gesagt, daß sich die Aufgabenstellung verändert hat und nicht mehr von dem ursprünglichen Ansatz her auszugehen ist. Dies paßt Ihnen natürlich aus zwei Gründen nicht, weil nach wie vor die Verbandsspitze auf diese strukturelle soziologische Veränderung nicht Rücksicht nehmen will und außerdem irgendwo wieder etwas von dem schwarzen Filz auftaucht.

(Heiterkeit und Widerspruch bei der CDU -  
Beifall bei der SPD)

Solange Herr Töpfer hier war, hat er sich in dem Verhältnis Umwelt und Landwirtschaft sehr taktisch benommen. Wenn wir jetzt lesen, was er in Bonn alles in Richtung Landwirtschaft sagt, dann muß ich schon sagen: Dies ist einer der fähigen Wendeminister, mal so, mal so, wie man es gerade braucht. -

Meine sehr verehrten Herren von der F.D.P., ich muß Sie wirklich bitten, es waren mit Ihre Vorkollegen, bis dann hier die F.D.P.-lose Zeit ausbrach, die damals die Zusage in Sachen TBA mitgemacht haben. Auch für diesen Haushaltsplan lag die Zusage vor, diese anderen 4 Millionen DM jetzt aufzubringen. Es bedarf eigentlich dieser von Ihnen jetzt so vorgetragenen und vorgeschobenen Untersuchung nicht. Sie bräuchten sich nur die Mühe machen und die Protokolle von damals - also einiger Zeit zurück, für manche ist das inzwischen schon sehr weit zurück - noch einmal nachzulesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich haben wir den Antrag zur Landespflege wiederholt. Warum, das weiß Herr Ziegler. Er hat mir einen Brief geschrieben, in dem er mir mitteilt, was in den vergangenen Jahren tatsächlich den Maschinenringern und den Landwirten an solchen Aufgaben übertragen wurde. Das ist schlicht und einfach ein Nullen-Spiel, hinter dem Komma ein bißchen was. Deshalb haben wir den Antrag wiederholt und haben hineingeschrieben: „Insbesondere die staatlichen Aufgaben sollten

denen vorbehalten werden“. Genau dies ist der wesentliche Unterschied. Die Gemeinden können wir dazu nicht zwingen.

(Glocke des Präsidenten)

- Keine Zwischenfrage, ich muß mich an die Zeit halten, es tut mir leid.

Meine Damen und Herren, es gibt sicherlich in dem Landwirtschaftshaushalt Teile, die wir als SPD unterstreichen könnten, warum auch nicht. In der vergangenen Legislaturperiode gab es eine Reihe von Anträgen, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben und die heute beispielsweise Grundlage dessen ist, was sich fortentwickelt hat. Niemand bestreitet das. Aber es gibt auch eine grundsätzliche Betrachtung, wie etwa dieses Haus geführt wird. Wir haben beim letzten Haushalt so argumentiert, daß wir genau an der Führung des Hauses ansetzen. Da gab es einige Pannen. Ein Staatssekretär ist in die Wüste geschickt worden. Inzwischen müssen sich einige leitende Beamte verantworten. Dann bekommen wir etwas vom Rechnungshof präsentiert. Es wird zwar gesagt: Das ist alles wegzuwischen; der Rechnungshof hat nichts zu sagen. - Unten kann jeder das Modell des möglicherweise neuen, vielleicht etwas kleineren, aber doch des eines Skandals betrachten. Weil wir einfach sagen: Leider Gottes ist für dieses Haus seit den Pannen der letzten Zeit Wesentliches an Verbesserungen nicht vorzuzeigen. Dem Haushalt eines so geführten Hauses können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 07 - Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten -.

Ich rufe den **Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Sport** - zur Beratung auf und eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Körper.

**Abg. Körper, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Geil, Ehrgeiz allein ist wohl nicht ausreichend, um ein Ministeramt in der heutigen Zeit auszufüllen. Dies hat zwar bei Ihnen ausgereicht, einen an Dienstjahren alten Minister vom Sessel zu vertreiben,

(Dr. Langen, CDU: Was?)

aber die Eigenschaft des Ehrgeizes reicht wohl nicht aus, um als Politiker die Herausforderungen unserer Zeit zu bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir beklagen des öfteren auf landespolitischer Ebene, daß wir immer mehr an Kompetenzen verlieren. Dies mag wohl auch in dem einen oder anderen Fall richtig sein, aber in dem Bereich des Ministeriums des Innern und für Sport haben wir ein klassisches Aufgabengebiet zu betreuen, in dem wir auch noch Kompetenzen haben.

(Böckmann, CDU: Wer ist „wir“?)

- „Wir“ ist der Landtag und die Landesregierung.

Dieser Minister ist für den Sport, für die Städte, Gemeinden und Landkreise, für den Brand- und Katastrophenschutz verantwortlich, um nur einige Beispiele zu nennen. Hier ergeben sich immer neue Herausforderungen, die Lösungen von der Politik verlangen. Ob dies von diesem Minister erkannt und gesehen wird, daran habe ich so manchmal meine Zweifel. Ich will versuchen, dies auch im nachfolgenden an den verschiedenen Stellen zu beweisen.

Gemeinden, Städte und Landkreise befinden sich derzeit in einer schwierigen Situation, insbesondere in finanzieller Hinsicht. Jetzt wird mir der eine oder andere von der Koalition entgegnet, daß die Finanzen der kommunalen Gebietskörperschaften teilweise besser seien als die des Landes Rheinland-Pfalz. Dies mag punktuell betrachtet vielleicht hier und dort sogar richtig sein. Der hohe Schuldenstand des Landes Rheinland-Pfalz ist weitgehend hausgemacht, also bedingt durch die unsolide Finanzpolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die schwierige Finanzlage der Gemeinden, Städte und Landkreise ist aber weitgehend fremd bestimmt, sehr häufig unter der Mitwirkung des Landes Rheinland-Pfalz.

Seit Jahren wird am kommunalen Finanzausgleich herumgebastelt. Die Höhe des Verbundsatzes wird - ich möchte es ein wenig flapsig ausdrücken - durch die jeweilige Lust und Laune des Finanzministers bestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Die Senkung des Verbundsatzes in zwei Schritten von insgesamt 0,75 % kostet die kommunalen Gebietskörperschaften in beiden Haushaltsjahren rund 109 Millionen DM.

(Beifall der SPD)

Wie sagte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 23. Juni 1987? Er sagte: In der kommunalen Finanzpolitik ist die Stärkung der Selbstverwaltungskraft der Gemeinden eine wichtige Aufgabe. - Wie kann aber - so muß man sich fragen - die kommunale Selbstverwaltung gestärkt

werden, wenn der kommunale Finanzausgleich zur Spardose des Landes Rheinland-Pfalz degradiert wird?

(Beifall der SPD)

Die absoluten Beträge, die den kommunalen Gebietskörperschaften zur Verfügung stehen, sind gegenüber den Vergleichsjahren fast gleich.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Körper, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Körper, SPD:

Nein danke. Ich möchte meinen Gedanken weiter vortragen.

Gemessen aber an der Zunahme der Ausgaben von rund 2,5 % in den jeweiligen Haushaltsjahren ist dies ein eindeutiger Rückschritt. Daran wird deutlich, daß diese Regierung das Hohelied der kommunalen Selbstverwaltung nur in ihren Sonntagsreden kennt.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, wie wichtig wäre eine kontinuierliche Finanzausstattung der Gemeinden, der Landkreise und der Städte. Keine Ebene der öffentlichen Hand hat mehr Einfluß und Möglichkeiten auf Investitionen als diese kommunalen Gebietskörperschaften.

(Beifall der SPD)

Wer unsere Arbeitsmarktsituation und Wirtschaftsstruktur sieht, wird mit mir übereinstimmen, daß wir dringender denn je öffentliche Investitionen brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Aber dies scheint diese Regierung und den zuständigen Innenminister nicht zu beeindrucken; denn Sie bejubeln die Steuerreform, die nicht nur das Land, sondern auch die kommunalen Gebietskörperschaften eine Menge Geld kostet und dadurch die Möglichkeit der öffentlichen Investitionen arg einschränkt.

(Beifall der SPD)

Dies ist gegenüber den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen kein verantwortliches Handeln, Herr Minister. Damit komme ich gleich zu einem weiteren herausfordernden Problem unserer Zeit. Die Landkreise rechnen im Jahre 1988 mit einem Anstieg der sozialen Leistungen um 7,5 %. Dabei

muß man wissen, daß sich der Anstieg 1987 bereits auf 9 % belief. Die Zahlen des Gemeinde- und Städtebundes sind ähnlich erschreckend. Ein konkretes Beispiel für die Belastungen der Städte im sozialen Bereich möchte ich hier anfügen und dazu einige Fakten und Zahlen aus der Stadt Mainz nennen. Von 1982 bis 1986 stiegen die Sozialhilfeausgaben um sage und schreibe 130 % auf rund 45 Millionen DM an.

(Frau Düchting, SPD: Hört, hört!)

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich seit 1982 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Haushalte, die wegen des Verlustes des Arbeitsplatzes - da bitte ich einmal hinzuhören; Herr Gölter, es wäre vielleicht auch für Sie sehr interessant - Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, erhöhte sich von 320 im Jahre 1982 auf 1 813 im Jahre 1986.

(Eich, SPD: Unerhört!)

Dieses Beispiel habe ich bewußt in dieser Ausführlichkeit gebracht, um die Belastungen und Zusammenhänge deutlich zu machen. Diese außerordentlich starken Zusatzbelastungen im sozialen Bereich sind durch die von der Bundesregierung und Landesregierung nicht bekämpfte Arbeitslosigkeit verursacht.

(Beifall der SPD)

Bedauerlich ist es, daß immer mehr Menschen von der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Wird dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten, wird den Städten und Landkreisen nicht vom Bund und Land geholfen, bedeutet dies letztendlich das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, da wird eher unverantwortlich - so meine ich - von der Streichung der Gewerbesteuer gefaselt, ohne zu sagen, wie man die Gemeindefinanzen auf seriöse und verlässliche Beine stellen will. Ich halte dies schlichtweg für leichtfertig.

(Beifall der SPD)

Man kann die Belastungen nicht einfach nur auf die Kommunen und Landkreise abschieben, Herr Minister Geil.

(Eich, SPD: Die CDU macht das!)

Sie als ein auch für diesen Bereich zuständiger Minister stehen in der Verantwortung. Es reicht nicht aus, innerhalb des Finanzausgleiches rund 8 Millionen DM zu verschieben, die wesentlich zu Lasten der Gemeinden gehen.

(Eich, SPD: Richtig! -

Kutscheid, CDU: Wo bleibt denn Eure Verantwortung?  
Wo sind denn Eure Anträge?)

Da wird von einigen sehr leichtfertig behauptet, die Gemeindefinanzen seien außerordentlich gut.

(Mertes, SPD: Da werden sie vorgeführt!)

Da muß man schon ein bißchen genauer hinschauen. Es gibt Gemeinden, die kämpfen seit Jahren um einen Haushaltsausgleich und erreichen dieses Ziel nie. Deshalb sollte man sich vor solchen Pauschalurteilen hüten. Wir haben zur Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften einen Entschließungsantrag vorgelegt. Vielleicht meinen Sie, dieser sei zu allgemein gehalten. Aber uns geht es darum, daß von diesem Minister und dieser Regierung das Problem erkannt wird. Einer vernünftigen Problemlösung werden wir uns nicht versperren.

(Beifall bei der SPD -  
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Körper, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kutscheid?

Abg. Körper, SPD:

So gern ich dies täte, aber ich möchte meine Gedanken weiter vortragen.

(Herterkert bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Bereich des Finanzausgleiches wird noch eine Änderung vorgenommen, die übrigens auf eine alte Forderung der SPD-Landtagsfraktion zurückgeht. Wir sind froh, daß die Regierung auch einmal einen Vorschlag der Opposition aufgreift. Manchmal hat man hier in diesem Hause den Eindruck, daß ein guter Vorschlag meiner Fraktion erst einmal für zwei Jahre in die Schublade verschwinden muß, um uns dann wieder als Regierungsvorlage oder Vorschlag der Kollegen der CDU wieder vorgestellt zu werden.

(Kutscheid, CDU: Wo ist den Euer  
Antrag zum Finanzausgleich?)

Vielleicht sollten wir gemeinsam daran arbeiten, dieses Schubladendenken zu überwinden. Der Demokratie täte es sicherlich gut.

(Beifall der SPD -

Kutscheid, CDU: Wo ist denn dieser Antrag?)

- Lieber Herr Kollege Kutscheid, ich muß mich ein bißchen an die Zeit halten. Deswegen habe ich auch diese Zwischenfrage nicht zugelassen, obwohl ich es gern getan hätte.

(Kutscheid, CDU: Wo ist denn Ihr Antrag? -  
Reitzel, SPD: Frage doch einmal etwas  
anderes, Michael!)

Ich meine, diese Änderung der Leistungsansätze für Garnisonsgemeinden wird von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion begrüßt.

(Beifall der SPD)

Die davon betroffenen Gemeinden haben in der Tat wesentlich größere Aufwendungen, die berücksichtigt werden sollten. Wir sind auch - das sage ich ganz offen - mit dem gefundenen Berechnungsmodus einverstanden, obwohl wir uns einen anderen vorgestellt hatten.

(Dieckvoß, F.D.P.: Warum regen Sie sich denn so auf?)

- Ich rege mich überhaupt nicht auf. Ich will Sie nur ein bißchen unterhalten, damit Sie mir nicht einschlafen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD -  
Frau Düchting, SPD: Das ist doch hier  
kein Unterhaltungsprogramm!)

Vor nicht allzu langer Zeit wurden investitionsgebundene Schlüsselzuweisungen in den Finanzausgleich eingeführt. Auch hier darf ich mit einem gewissen Stolz sagen, daß dies eine Forderung der SPD gewesen war.

(Beifall bei der SPD)

Bedauerlich ist es, anzumerken, daß ein gewisser Teil der kommunalen Gebietskörperschaften diese investitionsgebundenen Schlüsselzuweisungen nicht für den eigentlichen Zweck, also für Investitionen, verbrauchten, sondern gezwungen waren, diese Mittel für den Haushaltsausgleich zu verwenden.

(Muscheid, SPD: Mit Zustimmung  
der Aufsichtsbehörde!)

Die Erhöhung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen halten wir, wie sie vorgesehen wird, für richtig, die Zweckzuweisungen allerdings für systemfremd und systemwidrig. Sie dienen der kommunalen Selbstverwaltung nicht.

(Beifall bei der SPD -  
Kutscheid, CDU: Auch nicht die Wasserwirtschaft!)

Meine Damen und Herren, nicht der zur Verfügung stehende Geldtopf sollte eine kommunale Gebietskörperschaft zu einer Investition bewegen, sondern einzig und allein der Bedarf vor Ort.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Werden kommunale Investitionen erwähnt, kommt man an dem Thema der Dorferneuerung nicht vorbei. An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Ministerpräsidenten zitieren.

(Staatsminister Geil: Kann man immer zitieren;  
das ist immer gut!)

- Da habe ich auch keine Berührungsängste. Ich weiß nur nicht, ob das Ihnen auch gleich noch paßt, wenn ich da fortfahre.

(Staatsminister Geil: Das muß man nur öfter tun!)

Ich zitiere: Die Stadt- und Dorferneuerung im ländlichen Raum stabilisiert die Siedlungsstruktur und bringt Entwicklungschancen. Die Landesregierung wird die Dorferneuerung auf diese Ziele stärker ausrichten, die Förderung vereinfachen und zusammenfassen, die Fördermöglichkeiten erweitern und den Vollzug des Dorferneuerungsprogramms straffen. - Welch schöne Sätze, die aber in dieser Koalition noch nicht einmal mehr soviel wert sind wie das Papier, auf dem sie stehen!

(Starker Beifall der SPD)

Herr Geil, da hätten Sie wirklich eine Aufgabe, die die Zukunft unserer Dörfer und Gemeinden positiv beeinflussen könnte. Aber wie es in dieser Koalition zugeht, kann man an dem Beispiel der Dorferneuerung schön verdeutlichen.

(Zuruf von der SPD: Nur konfus!)

In den Koalitionsverhandlungen oder in den Gesprächen zuvor, so habe ich gehört, wollte der Kollege Brüderle die Kompetenz der Dorferneuerung an sich ziehen.

(Mertes, SPD: Vor oder nach der Wahl?)

Dies konnten aber die Christdemokraten nicht zulassen; denn sie wollten dem Herrn Brüderle nicht noch eine Schaubühne mehr zur Verfügung stellen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Daraufhin hat man gegen allen Sachverstand und wie von Dr. Vogel in seiner Regierungserklärung gesagt, die Kompetenzen nicht zusammengefaßt, sondern die Dreifelderwirtschaft belassen!

(Beifall der SPD)

Dies hat natürlich auch den öffentlichkeitswirksamen Vorteil, daß die drei mit der Dorferneuerung befaßten Regierungsstellen Glanzbroschüren mit den Konterfeis der jeweiligen Minister herstellen und verbreiten können. Ich bin immer davon ausgegangen, meine Damen und Herren von CDU und F.D.P., daß dies ein Sparhaushalt sein sollte, aber für solche Mätzchen hat man offensichtlich immer noch eine Menge Geld!

(Starker Beifall der SPD und Zurufe: Unerhört!)

Wir haben einen Umschichtungsantrag vorgelegt, in dem wir klar und deutlich sagen, was uns die Dorferneuerung wert ist. Wenn man die Ansätze im Haushalt sieht, muß man

feststellen, daß die bisher veranschlagten Beträge in keiner Relation zum angemeldeten Bedarf stehen. Geht man von der Umfrage des Gemeinde- und Städtebundes aus, wurden in 652 Gemeinden mit Förderung und 165 Gemeinden ohne Förderung Dorferneuerungsmaßnahmen durchgeführt. In 573 Gemeinden werden zur Zeit durch die Erstellung von Dorferneuerungskonzepten die Vorbereitungen getroffen.

Mit diesen Vorbereitungen, meine Damen und Herren, sind natürlich auch bei den betroffenen Gemeinden gewisse Erwartungen verbunden. Wenn man allerdings einmal die zur Verfügung stehenden Mittel auf die Anzahl der Wünsche und Anträge der Gemeinden umrechnet, kommt ein fast unbedeutender Betrag von einigen Tausend D-Mark heraus.

Ein in dieser Streuung vorhandenes Konzept ist ohne den von uns gewünschten konzentrierten Effekt. Wir haben Ihnen deshalb auch einen Entschließungsantrag zum Thema „Dorferneuerung“ vorgelegt. Uns geht es um eine Konzentrierung des Mittelninsatzes und eine Zusammenfassung der Kompetenzen insbesondere innerhalb der Landesregierung. Hier sollten ministerielle Eifersüchteleien ausgeräumt werden. Endlich müssen in Zukunft die Bereiche der Dorf- und Stadterneuerung, Wohnungsbau und Modernisierungsvorhaben, der Denkmalpflege und zum Beispiel für den kommunalen Straßenbau zusammengefaßt werden. Hier geht es darum, gemeinsam zu arbeiten und nicht nur nach dem Motto vorzugehen: Jeder koche sein öffentlichkeitswirksames Süppchen für sich! -

(Beifall der SPD -

Zurufe von der CDU: Wieder ein Süppchen!

Das ist die Süppchen-Politik der SPD!)

Wir bitten auch, bei der Überarbeitung der Richtlinien zur Dorferneuerung - die Landesregierung nimmt sich dafür lange Zeit - zu berücksichtigen, inwieweit der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden bei der Zuweisung von Dorferneuerungsmitteln Beachtung geschenkt werden kann. Auch hier sollte eine Ausgleichsfunktion bedacht werden. Wir können und sollten einen Prozeß nicht zulassen, daß finanzschwache Gemeinden nur noch schwächer werden, weil sie ihren Finanzbeitrag nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb unsere Bitte, bei der Beratung der Richtlinien zur Dorferneuerung diesen Gedanken aufzugreifen.

Vielleicht noch eine abschließende Bemerkung dazu. Für den Arbeitsmarkt und unsere Wirtschaftsstruktur ist auch diese Frage wichtig, inwieweit durch öffentliche Investitionen private ausgelöst werden können. Deshalb auch hier unser Entschließungsantrag mit der Überschrift „Investitionszuschüsse im Rahmen allgemeiner Modernisierung“. Hier stehen 22 Millionen DM zur Verfügung. Unsere Anregung ist:

Im Vollzug des Haushalts 1988/1989 soll sichergestellt werden, daß auch Projekte aus Städten und Gemeinden Zuschüsse aus diesem Titel erhalten können, die sich im Städteförderprogramm oder in Fördermaßnahmen der Dorferneuerung befinden.

Vielleicht ist die Landesregierung in der Lage, unsere Anregungen ernsthaft zu prüfen - das wäre schon etwas -, und wirft diesen Vorschlag nicht gleich wieder in den Papierkorb, nur weil er von der SPD kommt. Ich habe hier die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, aber vielleicht liegt das auch an meinem noch etwas jüngeren Alter.

Aber, Herr Kollege Geil, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem Thema kommen, das wir ebenfalls in einen Entschließungsantrag aufgenommen haben und das für uns in Rheinland-Pfalz sehr wichtig zu sein scheint. Eine Landesregierung sollte Zukunftsentwicklungen und Zukunftsmöglichkeiten erkennen, und in diesem Zusammenhang möchte ich den Europäischen Strukturfonds kurz erwähnen. Für uns alle wird das Jahr 1992 von entscheidender Bedeutung sein; denn gemeinsame Richtlinien für den europäischen Binnenmarkt sollen dann für alle Mitgliedsländer gelten. Der Europäische Strukturfonds sieht aber bei seinen Förderzielen in Zukunft auch vor, eine auf die Region bezogene Förderung zu ermöglichen. Hier sollen Regionen im Zusammenhang und nicht einzelne Projekte gefördert werden, Herr Geil, ich versuche dies mit aller Sachlichkeit zu sagen: Die Landesregierung hat dort die Pflicht, solche Entwicklungen zu beobachten und auf solche Entwicklungen zu reagieren. Mit Sicherheit täte es der einen oder anderen Region in Rheinland-Pfalz gut, Hilfen aus Brüssel zu bekommen. Aber die Umstellung des Strukturfonds darf uns nicht unvorbereitet treffen. Da hat die Landesregierung die vorbereitenden Planungen mit Hilfe der betroffenen Städte, Gemeinden und Landkreise zu tätigen, und sie sollte nicht erst wach werden, meine Damen und Herren von der Landesregierung, wenn alles zu spät ist und das Geld in Brüssel verfrühstückt ist!

(Beifall der SPD)

Dieses Ministerium trägt auch Verantwortung für den Sport. Manchmal hat man den Eindruck, daß die Landesregierung den Sport nur in Wahlkampfzeiten entdeckt. Die Frage der Besteuerung der Vereine liegt bei der Bundesregierung auf Eis. Ein durchgängiges Mittel übrigens, eine Frage nicht entscheiden zu wollen, ist die Einrichtung einer Expertenkommission, so wie in Bonn geschehen. Es dringen vielmehr Gerüchte mittlerweile von Bonn herüber, daß den Sportvereinen die Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll. Ich hoffe im Interesse der Sportvereine, daß dies nur ein Gerücht ist.

(Zurufe von CDU und F.D.P. -

Kutscher, CDU: Sie haben es selbst ein Gerücht genannt!)

Man kann nicht nur im Wahlkampf von der Ehrenamtlichkeit der Vereinsmitglieder reden, sondern hier sind Sie, Herr Geil, als zuständiger Minister gefordert, Ihre Möglichkeiten im Bundesrat zu nutzen. Uns geht es ausschließlich um die Berücksichtigung des Jugend- und des Breitensports.

(Beifall der SPD)

Wenn wir eine für die Vereine verbesserte Steuerpolitik fordern, geht es nicht um die verbesserte materielle Ausstattung des Berufssports, sondern bei uns steht ausschließlich die sportliche Förderung der Jugend und der Amateure im Vordergrund.

Wir werden unseren Entschließungsantrag mit dem Thema „Sportförderung in Rheinland-Pfalz“ einbringen. Vielleicht hat ihn auch der eine oder andere gelesen und wird erkennen, daß es uns um den Stellenwert des Sports in Rheinland-Pfalz geht. Wir wollen, daß die finanzielle Förderung im Bereich des Sports prozentual an den Reinertrag aus dem Zahlenlotto gebunden wird. Hier geht es um die Auflösung der Bittstellerfunktion des rheinland-pfälzischen Sportes gegenüber der Landesregierung.

(Beifall der SPD -

Staatsminister Dr. Wagner: Wer ist denn der Haushaltsgesetzgeber?)

Hier meine ich, daß das bisherige Verfahren dem Stellenwert unseres Sportes und deshalb auch unserem Entschließungsantrag in dieser Beziehung nicht gerecht wird. Vielleicht, Herr Dr. Wagner, nehmen Sie sich ihn heute abend mit zur Bettelkür. Ich empfehle Ihnen dieses.

(Staatsminister Dr. Wagner: Das kenne ich schon alles! -  
Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Herr Abgeordneter Körper, gestatten Sie bitte eine Zwischenfrage?

**Abg. Körper, SPD:**

Auch jetzt nicht.

(Heiterkeit bei der CDU -

Eymael, F.D.P.: Ich wollte nur fragen, ob Sie Ihren Gedanken fortsetzen wollten!)

Meine Damen und Herren, jetzt werde ich für Sie etwas Erfreuliches sagen, deswegen brauchen Sie keine Zwischenfrage zu stellen.

Das Partnerschaftsprojekt Rheinland-Pfalz und Ruanda findet auch seinen finanziellen Niederschlag im Einzelplan 03.

Ich sage dies hier und an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit, daß sich das Land Rheinland-Pfalz aus entwicklungspolitischer Sicht mit dieser Partnerschaft auf dem richtigen Weg befindet.

(Beifall im Hause)

Vielleicht sollte die Landesregierung einmal in diesem Zusammenhang überlegen, inwieweit die eine oder andere entwicklungspolitische Initiative von rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden unterstützt werden kann. Herr Geil, meines Wissens gibt es auch in Ihrer Heimatstadt diesbezüglich eine interessante Partnerschaft. Ich denke, wir sollten einmal gemeinsam miteinander überlegen, ob es auch eine Möglichkeit der Hilfe gibt.

Ich möchte auch an dieser Stelle einmal allen Bürgerinnen und Bürgern herzlichen Dank sagen, die sich in den Ruanda-Komitees im Lande Rheinland-Pfalz engagieren.

(Beifall im Hause)

Dieser Minister ist auch für die Polizei zuständig. Dazu zuerst ein paar Presseschlagzeilen. „Kriminalität erreicht neuen Höchststand“, „Zahl der Straftaten war noch nie so hoch“, „Kriminalitätsrate auf Rekordniveau gestiegen“. Dies sind nicht meine Erfindungen, sondern dies sind Schlagzeilen zur Kriminalitätsstatistik aus dem Jahre 1987, die der Innenminister im Februar vorlegte.

Im Vergleich zum Jahre 1986 stiegen die von den Behörden erfaßten Straftaten um 3,2 % auf mehr als 204 000 Delikte an. Die Aufklärungsquote sank dabei um 0,4 % auf 49 % insgesamt.

Meine Damen und Herren, wenn man diese allgemein gehaltene Statistik betrachtet, muß man wissen, daß es Delikte gibt, bei denen die Aufklärungsquote unter 20 % oder um 20 % liegt. Hier stellt sich doch die Frage nach dem Vertrauen in unseren Staat. Wenn der betroffene Bürger das Gefühl der Ohnmacht hat, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, die innere Sicherheit zu gewährleisten, ist dies ein un guter Zustand.

(Beifall der SPD)

Hier ist nach meinem Dafürhalten zutiefst das Vertrauen in unsere Gesellschaft, ihn unseren Staat berührt. Man kann - das sage ich auch mit aller Deutlichkeit - mit Sicherheit nicht alle Probleme mit der Ausweitung der Stellenpläne im Bereich der Polizei lösen. Aber es in Anbetracht dieser schwierigen Situation als besonderen Erfolg darzustellen, daß die Vollzugspolizei aus der Einsparauflage des Ministerrates herausgenommen wird, ist doch fast lächerlich.

(Beifall der SPD)

Nein, meine Damen und Herren - es wird immer nach den Anträgen gefragt -, wir wollen die Polizei stärken, indem wir pro Haushaltsjahr eine Hundertschaft neu oder zusätzlich einstellen möchten. Es wird doch den Herausforderungen der inneren Sicherheit nicht gerecht, wenn aufgrund mangelnden Personals ausgewachsene und ausgebildete Polizeibeamte die Schreibmaschine betätigen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch wohl kein Umgang, kein wirtschaftlicher Umgang mit unseren öffentlichen Geldern. Deshalb auch unser Antrag, im Angestelltenbereich Stellen zu vermehren.

Meine Damen und Herren, wenn wir sehen, wieviel Geld in den ADV-Bereich an den verschiedenen Stellen in Rheinland-Pfalz fließt, so müssen wir uns mit dieser Frage beschäftigen und auch das Schicksal der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen. Ich halte die Initiative des Haushalts- und Finanzausschusses in dieser Frage für sehr begrüßenswert, Herr Kollege Mohr.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Feuerwehrwesen in unserer Land machen. Dafür ist auch der Minister des Inneren und für Sport zuständig.

An die Feuerwehren werden immer größere Anforderungen gestellt, die über die ursprünglichen Aufgabenfelder weit hinausgehen. Dies erfordert auch eine verbesserte Ausbildung und Qualifikation. Erstaunlich ist es, daß viele Feuerwehrleute bereit sind, diese Ausbildungsgänge zu besuchen. Dies muß man auch einmal mit einem herzlichen Dankeschön für dieses ehrenamtliche Engagement versehen.

(Beifall im Hause -  
Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Frau Büttner:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte doch um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner. Wenn Privatgespräche notwendig sind, bitte ich, diese doch draußen zu führen. Es stört ungemein.

**Abg. Körper, SPD:**

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ich denke, daß ich bei den letzten Ausführungen die Kollegen von der CDU und F.D.P. zu wenig gereizt habe, und sie sind offensichtlich nur aufmerksam, wenn man sie reizt.

Lieber Herr Kollege Geil, ich war bei dem Feuerwehrwesen und möchte mit Ihnen gemeinsam eine Überlegung anstellen, ob man die Feuerweherschule des Landes Rheinland-Pfalz nicht personell verstärken kann. Ich sage Ihnen ganz offen, wir haben keinen Antrag dazu gestellt. Nur ist die Frage

erlaubt, ob man durch gewisse Maßnahmen die Engpässe, die Ihnen wahrscheinlich auch bekannt sind, beseitigen kann. Ich meine - da werden Sie mit mir auch übereinstimmen -, wir sollten nicht nur vom Ehrenamt reden, sondern dort, wo es um dieses Ehrenamt geht, es auch unterstützen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Ich habe bewußt die Zwischenfragen nicht zugelassen, weil ich auch meinem Kollegen Bruch noch ein bißchen Zeit einräumen möchte; denn ich bin ein solidarischer Typ.

Phantasie und Kreativität sind Eigenschaften, die einem Politiker, insbesondere einem Minister, gut anstehen würden. Dies kann man nur schwer von diesem Minister sagen, den man auch als Wandler zwischen Ministerien bezeichnen kann.

(Zuruf von der SPD)

Ich weiß nicht, ob der Begriff der Allzweckwaffe ein richtiger ist.

(Staatsminister Dr. Wagner: Aber überall kreativ!)

Nur ist dies ein Haushaltsplan und eine Führung des Ministeriums ohne Phantasie und Kreativität. Deswegen stimmen wir dem Einzelplan 03 nicht zu.

(Beifall der SPD -  
Vizepräsident Professor Dr. Preuss übernimmt  
den Vorsitz)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Heck das Wort.

**Abg. Heck, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzpolitik der öffentlichen Hand muß gegenwärtig die schwierige Gratwanderung bewältigen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage abzustützen und das Wachstum der öffentlichen Ausgaben zu begrenzen, damit die Haushaltsdefizite tragbar bleiben und sich nicht verfestigen.

Vor diesem Hintergrund wäre ein Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit einerseits der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abträglich, andererseits ist sie als unabänderliche Folge der Konsolidierungspolitik hinzunehmen.

Mit ihren Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums vom Dezember 1987, deren wesentlicher Inhalt ein zinsgünstiges Darlehensprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in

Höhe von 21 Milliarden DM für kommunale und mittelständische Investitionen darstellt, hat die Koalitionsregierung in Bonn zunächst den Anschein erweckt, von ihrer bisherigen angebotsorientierten Linie abzuweichen.

(Muscheid, SPD: Das ist der Sündenfall!)

Hierfür sind die Union und die F.D.P. zum Teil gelobt, zum überwiegenden Teil heftig getadelt worden.

(Muscheid, SPD: Von ihren eigenen Leuten!)

Die Zustimmung zu nachfragestützenden Maßnahmen geht von der Überlegung aus, daß der Staat bei schwachen mittelfristigen Wachstumserwartungen durch Fortsetzung der Konsolidierungspolitik die Investitionsbedingungen wegen zu geringer gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verschlechtert. Zwar wirken öffentliche Ausgaben gezielter als Steuer-senkungen; aber nachhaltige Beiträge zur Verbesserung der zukünftigen Wachstumsbedingungen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze auf neuen Märkten leisten diese öffentlichen Ausgaben - das ist längst bewiesen - nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Öffentliche Ausgabenprogramme verbessern kaum das Verhältnis von Kosten zu Erlösen und machen das Wirtschaften nicht rentabler, sondern führen im Gegenteil früher oder später zu einer höheren Belastung der Unternehmen durch Steuern und Abgaben: entweder - bei Steuerfinanzierung - sofort oder - bei Kreditfinanzierung - zu einem späteren Zeitpunkt.

Es scheint, daß ganz besonders bei Ihnen von der SPD - das hat der Herr Körper auch jetzt wieder gezeigt -

(Mertes, SPD: Jetzt aber präzise!)

die Wachstumswirkungen öffentlicher Investitionen auch vom Volumen her vielfach überschätzt werden. Zwar können vom Ausbau der komplementären Infrastruktur günstige Voraussetzungen und Vorbedingungen für einen effizienteren privatwirtschaftlichen Einsatz von Kapital und Arbeit erwartet werden; aber nicht von jeder in Beton gegossenen Nachfrage geht ein qualifizierter Wachstumsbeitrag aus.

(Beifall bei der CDU)

Kommunale Investitionen haben in erster Linie Versorgungsfunktion zu erfüllen. Ihre gesellschaftliche Bewertung

(Mertes, SPD: Was sind sie denn jetzt eigentlich?)

leitet sich daraus und nicht vorrangig aus ihrem Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ab.

(Mertes, SPD: Das kann man doch wirklich so nicht darstellen!)

Bei allen berechtigten Ansprüchen der Wirtschaftspolitik an die Finanzpolitik der Kommunen sollten aber die Kommunalpolitiker - und dazu rufe ich sie heute auf - aufgrund ihrer eigenen Prioritäten entscheiden, welche kommunalen Leistungen sie ihren Bürgern anbieten wollen, und sogenannten „Lockvogelangeboten“ - wie es so schön gesagt wird - sowie „den goldenen Zügeln“ des Staates möglichst widerstehen.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Ziel dienen die Rückführung der zweckgebundenen Zuweisungen und die überproportionale Ausweitung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen. Dieser Haushalt sieht deshalb vor, daß wegen der unterschiedlichen Finanzlage der Gemeinden die Schlüsselzuweisungen mit 4,9 % und 4 % in beiden Jahren überdurchschnittlich erhöht werden. Damit wollen wir zweierlei erreichen: einmal eine besondere Begünstigung der finanzschwachen Gemeinden und zum anderen mehr Entscheidungsfreiheit für alle Gemeinden.

Die Kehrseite dieser Maßnahmen ist ein unterdurchschnittlicher Anstieg der Investitionszuweisungen. Meine Damen und Herren, das muß jedem klar sein: Wenn der Kuchen nur einmal verteilt werden kann, dann kann man nicht gleichzeitig zweckgebundene Zuweisungen erhöhen und allgemeine auch noch erhöhen. Das geht ganz sicher nicht.

(Mertes, SPD: Das ist ja ganz neu!)

Wenn, dann muß man sich für eine Maßnahme entscheiden. Wir haben uns für die Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen entschieden. Ich sage aber gleich dazu: Wir werden auf absehbare Zeit auf Zweckzuweisungen nicht verzichten können, solange nicht die Infrastruktur im Lande Rheinland-Pfalz überall gleich ist. Solange das nicht so ist, werden wir Zweckzuweisungen brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Die Kehrseite dieser Maßnahmen - ich habe es eben gesagt - ist ein Zurückgehen der Investitionszuweisungen. Wir fordern dennoch die Gemeinden auf, es nicht zu einem übermäßigen Rückgang der Investitionen kommen zu lassen; denn die allgemeinen Zuweisungen können und sollen auch für investive Zwecke genutzt werden. Wir erwarten, daß die Gemeinden in den beiden Haushaltsjahren ihr Investitionsniveau halten. Die Investitionsquote des Landes ist mit 16,2 % und 15,7 % nach wie vor recht hoch. Daran sollten sich die Gemeinden orientieren.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushaltsgesetz und mit dem im Haushaltsgesetz gleichzeitig zu verabschiedenden Finanzausgleichsgesetz sollen die Investitionen erleichtert und von Verwaltungsaufwand befreit werden. Es sollen deshalb zukünftig bei den investitionsgebundenen Schlüsselzuweisungen die Überprüfung der Verwendung entfallen und das Verdreifachungsgebot aufgehoben werden. Dennoch können wir nicht die Augen davor verschließen, daß in Zukunft einige kommunale Gebietskörperschaften mehr die Investitionsschlüsselzuweisungen zum Ausgleich der Verwaltungshaushalte heranziehen werden.

(Muscheid, SPD: Leider!)

Das ist zu erwarten - es bleibt aber hoffentlich die Ausnahme.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle verdient ein Begleit Antrag der CDU-Fraktion Ihre besondere Aufmerksamkeit, und zwar der Begleit Antrag - Drucksache 11/1018 -. Mit diesem Antrag betreten wir im kommunalen Finanzausgleich eine neue Linie. Ich will Sie deshalb auf diesen Antrag aufmerksam machen. Mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, einen interkommunalen Finanzausgleich für die Zukunft zu erproben, das heißt, ein Modell zu erstellen. Damit wird ein Abschöpfen der überbordenden Finanzkraft von einigen Großen zugunsten der Kleinen herbeigeführt.

(Beck, SPD: Ein wichtiger Gedanke, ganz ohne Frage!)

Dazu hätte ich auch Ihre Vorschläge erwartet; sie sind allerdings nicht gekommen.

(Beck, SPD: Wir haben es doch erst seit einer Stunde auf dem Tisch, mein Güter! Sie werden uns doch gestatten, daß wir mal darüber reden!)

- Ja. - Ich wollte Sie bitten: Achten Sie darauf, daß dieser Antrag durchaus ein Markstein in der Geschichte der Finanzausweisungen des Landes an die Gemeinden sein wird.

(Beck, SPD: Das Problem ist ja nicht neu! Aber daß Sie es hier einbringen, ist überlegenswert, ganz ohne Frage, bezweifelt doch niemand! -

Nagel, SPD: So viel Zustimmung hätten Sie gar nicht erwartet! -

Weiterer Zuruf von der SPD: Sie sind ganz durcheinander!)

- Nein, ich bin nicht durcheinander, weil ich weiß, daß wir, was den kommunalen Finanzausgleich angeht, häufig durchaus gemeinsam denken.

Ich habe gleich einen weiteren Punkt, bei dem ich allerdings Ihre Mithilfe erwartet hätte. In diesem Haushalt ist auch der

Soziallastenansatz erhöht worden, um die dramatische Entwicklung bei einigen Gemeinden und Städten abzufangen - dies übrigens bei heftiger Kritik von Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, ich erinnere daran: Die CDU-Fraktion hatte eine Klausurtagung in Neustadt. Dort hat die CDU-Fraktion geäußert, daß man den übermäßig belasteten Städten und Kreisen helfen will. Einen Tag später kam von der SPD sofort die Kritik, daß wir das gesagt haben. Ich habe damals hier im Landtag erklärt, wir stehen dazu, daß wir denen, die in Finanznot geraten, ganz besonders helfen wollen.

(Beck, SPD: Wer hat denn das kritisiert?)

- Sie haben es damals kritisiert.

(Zurufe von der SPD: Wer?)

Die SPD hat es damals hier im Plenum kritisiert, daß wir das in Neustadt gesagt haben, ohne eine Rechtsgrundlage zu haben.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt die Sonderansätze für die Stationierungsstreitkräfte auf eine neue Basis gestellt und werden zukünftig auch diese Finanzausweisungen gerechter verteilen. Dies haben wir voriges Jahr versprochen und angekündigt und mit diesem Haushalt auch eingelöst. Dankenswerterweise hat auch die SPD ihre Zustimmung angekündigt.

Meine Damen und Herren, aber damit nicht genug. Wir fordern die Landesregierung auf, daß sie gegenüber der Bundesregierung weiterhin bemüht bleibt, die Probleme anzusprechen und zu lösen, die bei den Körperschaften entstehen, die bis 1957 Standorte für militärische Einrichtungen waren, zum Beispiel Bad Kreuznach. Es kann nicht angehen, daß diese Körperschaften diese Lasten, nur weil sie vor 1957 entstanden sind, jetzt nicht abgegolten bekommen. Hier muß die Bundesregierung einen Ausgleich schaffen. Wir bitten die Landesregierung, das bei der Bundesregierung entsprechend einzulerten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, zum Verhältnis zwischen Land und Kommunen gehört auch, daß die Landesregierung mit diesem Haushalt für die großen kommunalen Theater in Mainz, Trier, Koblenz und Kaiserslautern ein neues Konzept entwickelt hat. Durch eine Erhöhung der Mittel im Landeshaushalt auf 25 Millionen DM im Jahr 1988 gegenüber von 21 Millionen DM im Jahr 1987 und auf 29 Millionen DM im Jahr 1989 sollen diese Theater attraktiver und ihre Kosten für die Städte tragbarer werden. Das Theater Mainz soll darüber hinaus 1991 in ein Staatstheater umgewandelt werden. Auch in dieser Frage vermissen wir Ihre Anträge.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist auch ein Schwerpunktprogramm für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Für die Städtebauförderung sind jeweils 84 Millionen DM vorgesehen. Aus diesen Mitteln können erstmals 1988 über 100 Städte und Gemeinden Finanzhilfen für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen erhalten. Hier wurde der ländliche Raum besonders berücksichtigt. Dazu kommen die um jeweils 2 Millionen DM erhöhten Mittel für die Dorferneuerung. Diese kommunalen Investitionen sind für uns deshalb so wichtig, weil gerade sie erhebliche Folgeinvestitionen durch private Haushalte und Unternehmen hervorrufen.

Ich würde auch empfehlen, daß Sie sich unseren Begleit-antrag - Drucksache 11/1016 - einmal vornehmen. Durch diesen Begleit-antrag wird die Harmonisierung der Dorferneuerung und Städtebauförderung ähnlich wie in dem von der SPD nachgeschobenen Antrag gefordert. In diesem Antrag wird festgelegt, daß die Fördersätze beim Städtebau und bei der Dorferneuerung zukünftig in einen Bezug zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Empfänger gesetzt werden. Die Höhe der Förderung soll zwischen 33 1/3 und 66 2/3 % liegen. Der Fördersatz kann bei ganz besonders schwachen Gemeinden auch erhöht werden.

Hier gilt zukünftig der Grundsatz - das soll durchgehend gelten -, daß immer von der Finanzkraft abhängig gefördert werden soll, nicht wie bisher einfach pauschal. Eine Übergangsregelung haben wir in den Abschnitten A und B vorgeschlagen. Bei Städten und Gemeinden, die erstmals gefördert werden, soll dies im vollen Umfange ab 1. Januar 1989 gelten, bei den bereits bisher geförderten Städten und Gemeinden soll dies schrittweise in zwei Stufen in den Jahren 1989 bis 1990 eingeführt werden. Damit werden diese Städtebauförderungs- und Dorferneuerungsmaßnahmen harmonisiert und an die Leistungsfähigkeit der Gemeinden angebunden.

Allerdings sollen künftig alle kommunalen Zuweisungen - das zeigen unsere Begleit-anträge - an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune gemessen werden.

Dazu sollen auch die kommunalen Straßenzuweisungen gehören. Auch hier soll die finanzielle Leistungsfähigkeit der Maßstab für die jeweilige Höhe der Zuweisungen sein. Unser Ziel wird es sein, alle Mittel für die Stärkung des ländlichen Raums - das sind die Städtebaumittel, die Mittel für die Dorferneuerung, die Mittel für den kommunalen Straßenbau und noch andere Bereiche - zu einem Schwerpunkt zusammenzufassen und nach gleichen Kriterien zu vergeben.

Im kommunalen Finanzausgleich steigen die Leistungen des Landes an die Kommunen in den beiden Jahren mit 3,2 % und 3,3 % stärker als die übrigen Ausgaben des Landes.

(Dieckvoß, F.D.P.: So ist das!)

Darin kommt die gemeindefreundliche Politik des Landes zum Ausdruck.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Körper, in der Prioritätenskala des Landes und in der Prioritätenskala der CDU/F.D.P.-Fraktionen stehen die Leistungen an die Gemeinden an einem oberen Platz. Noch höhere Steigerungsraten, wie sie sich rein rechnerisch aufgrund der bestehenden Verbundautomatik ergeben hätten, sind im Interesse der übrigen Aufgaben des Landes leider nicht möglich.

Auch hier hätten wir gern entsprechende Alternativanträge der SPD gehabt.

(Mertes, SPD: Sie haben die Kassen geplündert!  
Wie sollen wir da noch Anträge aufstellen?)

Ich mache noch ein paar Bemerkungen zum Kommunalwahlrecht.

(Mertes, SPD: Sie haben die Kassen mit der Steuerreform leer gemacht!)

Lassen Sie mich ganz klar und deutlich sagen, die CDU und F.D.P. werden ihre Koalitionsvereinbarung voll erfüllen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Beck, SPD: Was das immer heißen mag; Sie haben sie doch wegen Verfassungswidrigkeit vom Tisch genommen!)

- Ich sage es Ihnen.

Wir werden die Koalitionsvereinbarung voll erfüllen. Wir werden auch - darauf werden wir drängen - das Kommunalwahlrecht so rechtzeitig verabschieden, daß es für die Kommunalwahl 1989 seine Anwendung finden kann. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Beck, SPD: Warten Sie lieber noch fünf Jahre, dann gibt es etwas Ausgewogeneres!)

Wir werden das bayerische Wahlrecht in seinen Grundzügen übernehmen, und zwar deshalb, weil es ein rechtsbewährtes Kommunalwahlrecht ist.

(Beck, SPD: Sie äußern sich auch differenziert zu dem, was bisher auf dem Tisch liegt!)

Ich sage Ihnen jetzt etwas, das ich sehr kollegial sage. Wenn Sie nicht unglaublich draußen in der Bevölkerung werden wollen, werden Sie es nicht fertigbringen, dieses Kommunalwahlrecht abzulehnen.

(Mertes, SPD: Was haben Sie für Sorgen? -  
Zuruf des Abg. Beck, SPD)

Wenn Sie sich selbst gut wollen, können Sie es nicht ablehnen, Sie müssen diesem Gesetz zustimmen, weil es der beste Vorschlag ist, den es überhaupt geben kann.

(Mertes, SPD: Wir wollen keinen Pfusch machen! -  
Weitere Zurufe von der SPD)

Sie lagen bei der letzten Änderung des Kommunalwahlrechtes auch falsch. Sie haben draußen die Devise ausgegeben, bitte bleibt bei der Listenstimme und hört auf, in den Listen zu kumulieren. Das Ergebnis war, daß bei Ihnen die Kumulierungsstimmen weniger als bei der CDU waren.

(Mertes, SPD: Bleiben Sie bei Ihrem Redekonzept,  
das ist besser!)

Ich wollte nur sagen, Sie wären schlecht beraten, wenn Sie dieses Gesetz ablehnen würden.

Im Interesse der Bürger, die Sie zu vertreten haben, und wenn Sie Ihren angeblichen Traditionen treu bleiben wollen, wenn Sie mehr Bürgerrechte wollen,

(Muscheid, SPD: Die wollen wir!)

dann können Sie eigentlich nur unseren Gesetzentwurf begrüßen. Sie hätten darüber hinaus dem Kollegen Geimer und mir die Reisekosten bezahlen müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn Sie aufrichtige Kerle gewesen wären, hätten Sie uns die Reisekosten bezahlen müssen, damit Sie wenigstens sicher waren, daß etwas Vernünftiges dabei herauskommt.

(Zurufe von der SPD)

Ich kam bei der Einbringung des Kommunalwahlgesetzes nicht dazu, deshalb will ich es heute sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich persönlich große Bedenken habe, wenn wir die 5 %-Klausel streichen.

(Beifall der SPD)

Ich weiß allerdings auch, daß es sich mit dem System des Wahlrechts, das wir einführen wollen, sehr schlecht verträgt.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir mehr Mitwirkungsrechte für die Bürger wollen, dann wird ein Abwägungsprozeß erfolgen müssen. Wir müssen dann klären, ob wir das Risiko, das die 5 %-Klausel mit sich bringt, aus Gründen der Freiheit des Bürgers schlucken

wollen; denn die Ergebnisse können ganz anders aussehen, als wir es uns vorstellen.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Wenn dieser Abwägungsprozeß abgeschlossen ist, werden wir uns zugunsten der Freiheit entscheiden müssen.

(Beifall der F.D.P.)

Ich meine, hier müssen wir ganz nüchterne und praktische Untersuchungen anstellen, wie wir eventuellen Gefahren entgegen können.

(Zuruf des Abg. Körper, SPD)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich hätte in der Tat zu vielen angesprochenen Fragen im Haushalt gern die Anträge der SPD gehabt. Sie lagen nicht vor. Die drei oder vier Anträge, die für den kommunalen Bereich relevant sind - ich habe sie hier vorliegen -, sind entweder mit unseren identisch oder sprechen dasselbe Thema an. Ich hätte gerne von Ihnen Alternativen gehabt. Diese Alternativen kamen nicht.

(Mertes, SPD: Sie haben doch die Kassen  
leer gemacht! Da kann man doch  
keine Alternativen erstellen!)

Ich meine, Sie haben Ihre Hausaufgaben in bezug auf den Haushalt relativ schlecht gemacht. Ich habe den Eindruck, Sie werden Ihre Hausaufgaben in bezug auf das Kommunalwahlrecht auch schlecht machen.

Danke schön.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Meine Damen, meine Herren, zwischenzeitlich sind weitere Gäste im Landtag von Rheinland-Pfalz eingetroffen. Ich begrüße sehr herzlich Soldaten der Bundeswehr aus Bad Bergzabern; herzlich willkommen in unserem Parlament.

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dieckvoß das Wort.

**Abg. Dieckvoß, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst Herrn Kollegen Heck zu seiner heutigen Auszeichnung gratulieren. Ihm ist das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Das trifft einen verdienten Politiker, der sich um die Gesellschaft in unserem Lande - das sage ich als ein politisch in einem anderen Lager Stehender - verdient gemacht hat.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Herr Kollege Heck, des weiteren danke ich Ihnen für Ihre klaren Aussagen zum Kommunalwahlrecht.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Auch ich gehe davon aus, daß es die SPD nicht ablehnen wird. Die Äußerungen, die wir aus Trier dazu hören, sind sehr wohltuend, sachlich und treffen den Kern der Sache.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Es geht um mehr Rechte für den Bürger. Das wollen Sie auch, Frau Kollegin Schneider. Ihr Bezirksvorsitzender will das wohl nicht. Dem Bundestagsabgeordneten Reimann habe ich gestern einen Brief geschrieben und ihm empfohlen, sich einmal darum zu kümmern, worum es bei diesem Gesetz geht, nämlich gerade um die Stärkung der Bürgerrechte.

(Beifall bei der F.D.P.)

die nicht dadurch erfüllt werden, daß Herr Reimann die Sorge äußert, bei diesem Kommunalwahlrecht käme es so, daß die von der Partei aufgestellten Kandidaten auch durchfallen könnten. In der Tat, das ist der Kern der Sache.

(Beck, SPD: Ihre Selbstlosigkeit bei dieser Frage macht uns wirklich platt! -

Körper, SPD: Sie brauchen jetzt aber nicht rot zu werden!)

- Das fällt mir ohnehin schwer.

(Beck, SPD: Jeder denkt an seine Partei, nur die F.D.P. nicht!)

Herr Körper, Ihre mit großer Erregung vorgetragene Rede

(Körper, SPD: Ich war nicht erregt! -  
Frau Döchting, SPD: Engagiert!)

war doch über weite Strecken eine Jagd mit Platzpatronen.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich beginne einmal beim kommunalen Finanzausgleich. Es trifft zwar zu, daß die Koalitionsparteien den Verbundsatz um insgesamt 0,75 Prozent-Punkte in zwei Schritten von je 0,375 Prozent-Punkten in jedem Jahr senken wollen, wodurch der Haushalt des Landes - das sagten Sie richtig - insgesamt um rund 109 Millionen DM entlastet werden sollte.

(Körper, SPD: So ist es!)

und zwar 35 Millionen im Jahr 1988 und 74 Millionen im Jahr 1989. Das bedeutet jedoch nicht - das hat der Herr Kollege Heck zu Recht gesagt -, daß damit auch die Senkung der Verbundmasse verbunden sei. Im Gegenteil, sie steigt in jedem Haushaltsjahr um gut 3 %, und zwar von 1987 von 1,998 Milliarden auf 2,063 Milliarden im Jahr 1988 und auf 2,131 Milliarden DM im Jahre 1989. Das ist doch ein stolzes Wort für die Kommunen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Des weiteren haben Sie mit vielen Worten die Belastungen von Gebietskörperschaften durch die Sozialhilfe beklagt. Zu Recht, diese Kosten sind gestiegen. Aber dem trägt das Artikelgesetz, um das wir auch diskutieren, Rechnung, etwa in Artikel 1 Nummer 3, in dem es um die Anhebung des Leistungsansatzes für die Sozialleistungen geht. Just die von Ihnen angezogene Stadt Mainz wird hieraus - das haben Sie verschwiegen; das paßt nicht ins Konzept -

(Körper, SPD: Nein!)

allein deswegen eine Verbesserung von 2,2 Millionen DM erfahren.

Ein Wort noch zur Gewerbesteuer. Sie nannten das „Gefasel“. Damit tun Sie der Diskussion sehr unrecht. Auch Sie werden die Folgerungen im Jahre 1992 ziehen müssen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

wenn der Binnenmarkt der EG kommt.

Die Koalitionspartner in Rheinland-Pfalz stellen sich auf diese Situation ein; denn in der Koalitionsvereinbarung dazu heißt es: „Die neue Legislaturperiode soll genutzt werden, um in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung eine Reform des Gemeindefinanzsystems zu entwickeln, bei der die Gewerbesteuer überflüssig und das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gewahrt wird.“ Das ist unser Ziel.

Wenn die F.D.P. in den vergangenen Monaten über dieses Ziel gesprochen hat, dann hat sie nie einer ersatzlosen Streichung der Gewerbesteuer das Wort geredet, sondern immer eine auskömmliche Ersatzlösung für die Kommunen dabei gefordert, bei der eine eigene Dispositionsbefugnis der Kommunen mit eingeschlossen ist. Das macht nach derzeitiger Lage der Diskussion erforderlich, eine Komponente über die Einkommensteuer zu regeln, bei der man heute schon durch einfaches Gesetz ein Hebesatzrecht für die Kommunen einbauen kann. Das sieht das Grundgesetz heute schon vor.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir sind für eine solche Ersatzregelung durchaus auch anderen Vorschlägen noch zugänglich.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Was Sie sich vorstellen, nämlich die Erweiterung der Gewerbesteuer auf andere Berufe, ist mit Sicherheit der falsche Weg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ursprünglich sollte meine Wortmeldung allein dem Thema dienen, dem ich mich jetzt zuwende, nämlich der Frage der Polizei. Der Haushalt des Innenministers hat es im wesentlichen mit der inneren Sicherheit zu tun, mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und dem Rechtsgüterschutz des einzelnen Bürgers. Der Staat, will er den inneren Frieden wahren, muß in der Lage sein, die Rechtsgüter seiner Bürger wirksam zu schützen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Aufgabe, wirksamen Rechtsgüterschutz zu leisten und damit die Freiheitssphäre jedes einzelnen Bürgers zu wahren, ist im wesentlichen Sache der Polizei.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gerade der Liberale, dem die Sicherung der Freiheitsrechte eines jeden einzelnen vor Übergriffen anderer besonders am Herzen liegt, muß daher an einer funktionsfähigen, ihren Auftrag erfüllen könnenden Polizei ein besonderes Interesse haben.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Beck, SPD: Warum gerade der Liberale? Das  
gilt für uns auch!)

Wohlgemerkt, an einer funktionsfähigen, an den Grundsätzen des gewaltenteiligen Rechtsstaats orientierten Polizei. Von „Polizeistaatsmentalität“ halten wir Liberalen natürlich nichts.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Muscheid, SPD: Die CDU klatscht!)

Es genügt mir, wenn meine eigenen Freunde klatschen; denn deren Position vertrete ich zunächst einmal.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Zustimmung des Koalitionspartners ist mir natürlich gleichwohl wichtig.

(Beck, SPD: Aber auch in dieser Frage  
nicht immer so einfach!)

Der Herr Kollege Körper hat ein sehr dunkles Bild der Funktionsfähigkeit der Polizei gezeichnet.

(Mertes, SPD: Ein sehr zutreffendes!)

Ich teile diese Ansicht im großen und ganzen nicht. Er hat formuliert, der Staat sei nicht mehr in der Lage, die innere

Sicherheit zu gewährleisten. Dieses Urteil ist mit Sicherheit unzutreffend.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch ist es nicht richtig, daß die Bürger das Vertrauen in die Polizei verloren hätten.

(Muscheid, SPD: Manche schon! -  
Körper, SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, das haben Sie gesagt.

(Körper, SPD: „Das Vertrauen in die Polizei“  
habe ich nicht gesagt!)

Ziemlich genau; dann kümmern wir uns gemeinsam um das Protokoll.

(Körper, SPD: Das werden wir tun!)

Die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Polizei - da gebe ich Ihnen allerdings recht - stellt sich durchaus, wenn man hört, daß heute bis zu 75 % der Wohnungseinbrüche nicht mehr aufgeklärt werden.

(Mertes, SPD: Und der Diebstähle! -  
Muscheid, SPD: Erst gar nicht mehr bearbeitet! -  
Mertes, SPD: Autodiebstähle!)

Da kann der Bürger sehr wohl nach der Effektivität des Schutzes seines Eigentums fragen.

Auch das vermehrte Auftauchen von Waffen in Privathand - ich meine damit den legitimen, den erlaubten Waffenbesitz in den Händen privater Bewachungsunternehmen, wozu ich auch private Leibwachen herausragender Persönlichkeiten, etwa in der Wirtschaft, zähle - stellt die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Polizei

(Beifall bei der SPD)

- das alles gilt übrigens bundesweit und nicht spezifisch auf Rheinland-Pfalz bezogen, ist aber gleichwohl richtig -

(Zuruf des Abg. Muscheid, SPD)

berührt das Gewaltmonopol des Staates, und zwar von einer anderen Seite her, als dieses Problem bisher landläufig diskutiert worden ist.

(Beck, SPD: Richtig!)

Die rheinland-pfälzische F.D.P. hat sich daher seit Jahren für eine Verbesserung der Situation der Polizei in diesem Lande engagiert, in einem Lande, in dem die Zielvorstellungen, welche die Innenministerkonferenz des Bundes und der

Länder in ihrem an sich längst fortschreibungsbedürftigen Programm der inneren Sicherheit festgelegt hat, bis heute nicht verwirklicht sind.

Die dort angehaltene Polizeidichte von 1 zu 400 haben wir bisher nicht erreicht, obwohl sie in anderen Flächenländern - Nordrhein-Westfalen ausgenommen - längst deutlich unterschritten worden ist, von den Stadtstaaten einmal ganz abgesehen, bei denen allerdings die Situation angesichts einer wesentlich höheren Bevölkerungsdichte auch völlig anders ist.

(Beck, SPD: Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen!)

Die Situation der Polizei war daher Gegenstand der Koalitionsverhandlungen von CDU und F.D.P. im vergangenen Jahr, wobei allerdings die Haushaltslage schon damals den Möglichkeiten Grenzen setzte. Geblieben ist in der Koalitionsvereinbarung folgende Formulierung: „Die Koalitionspartner werden sich für eine kontinuierliche Verbesserung der Personalstruktur, insbesondere bei der Polizei, einsetzen.“

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Mertes, SPD: Was ist daraus geworden?  
Das wird sehr wenig sein, das können  
Sie in einem Satz sagen!)

- Das kommt jetzt, Herr Mertes.

Vor diesem Hintergrund bedeutet der Doppelhaushalt 1988/1989 für die Situation der Polizei

(Muscheid, SPD: Eine Enttäuschung!)

eine echte Trendwende.

(Beifall bei der F.D.P.)

Erstmals ist die Polizei aus der allgemeinen Stelleneinsparungsaufgabe herausgenommen worden, was Sie als am Rande der Lächerlichkeit bezeichnet haben. Allein dieser Schritt ersparte der Polizei die Streichung von 90 Stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Darüber hinaus wurde die Situation der Polizei bereits im Regierungsentwurf numerisch und strukturell verbessert. Nach dem Regierungsentwurf sollen vor allem bei der Bereitschaftspolizei zusätzliche Stellen geschaffen werden, nämlich 46 im Jahre 1988 und 15 im Jahre 1989. Die Beförderungsmöglichkeiten werden durch die Schaffung von netto 563 Stellenhebungsmöglichkeiten deutlich verbessert.

(Beifall bei der F.D.P. -  
Mertes, SPD: Jede Menge A 5 und A 6! Das ist  
doch die Situation!)

- Ich verstehe ja, daß Sie das alles nicht ertragen können und daß Sie mich hier permanent unterbrechen müssen, weil Sie in Ihrer weitreichenden Toleranz nicht zuhören können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Mertes, ich habe nichts gegen einen einzelnen Zwischenruf, den ich regelmäßig in diesem Hause korrekt zu beantworten versuche. Aber Ihr ständiges Hineinschreien hat wirklich nichts mehr mit sachlichen Zwischenrufen zu tun.

(Beifall der F.D.P. und CDU -  
Staatsminister Geil: Sehr gut! -  
Mertes, SPD: Wie ist es mit Ihrer Schönfärberei?  
Rocker, CDU: Das sind Flegeleien!)

Angesichts der Ausgangslage hatte die F.D.P. jedoch durchaus Verständnis dafür, daß die berufsständischen Vertretungen der Polizei in Rheinland-Pfalz diesen Entwurf nicht als befriedigend ansahen. In den vergangenen Wochen wurde in zahlreichen Gesprächen und verschiedentlichen Veröffentlichungen deutlich, daß sich die Erwartungen der Verbände in dieser Frage in besonderem Maße auf die F.D.P. konzentrierten, die man an ihren bisherigen Aussagen maß und die an ihren Aussagen auch durchaus gemessen werden wollte.

(Beifall der F.D.P. -  
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Es fällt Ihnen wirklich schwer, nicht wahr?

Wir hatten öffentlich erklärt, Verbesserungen für die Polizei über den Regierungsentwurf hinaus mit einer numerischen und einer strukturellen Komponente in einer Größenordnung von 1 Million DM erreichen zu wollen. Dieses Ergebnis liegt in Gestalt der Anträge von CDU und F.D.P. auch vor.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Über den Regierungsentwurf hinaus wird es zusätzlich 29 Teilzeitschreibkräfte geben - das aus dem Grunde, den Sie zu Recht genannt haben -, die in besonderer Weise geeignet erscheinen, schwerpunktmäßig verteilt zu werden und besonders effektiv die Polizeibeamten von Schreibearbeiten zu entlasten, die sie an der Erfüllung ihrer ureigensten Aufgaben hindern.

Die strukturelle Komponente enthält mehr als 100 weitere Hebungsmöglichkeiten, insbesondere im A 8/A 9-Bereich, und verbessert damit die Beförderungschancen weiter.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Sie entschärft hierdurch das Obermeisterproblem deutlich.

(Beifall der F.D.P.)

Bei der Kriminalpolizei geschieht dies im Vorgriff auf eine noch zu ergreifende Bundesratsinitiative zur weiteren Erhöhung der Stellenplanobergrenzen im mittleren Dienst, wozu die Koalitionsfraktionen noch einen Haushaltsbegleit Antrag stellen werden. Nachdem die von mir genannten numerischen und strukturellen Elemente in den Verhandlungen mit der CDU-Fraktion zu diesem Ergebnis gebracht worden sind, hat die CDU-Fraktion dem auch noch eine sachliche Komponente in Höhe von 300 000 DM jährlich hinzugefügt, was wir in den Gesamtplanfonds mit aufgenommen haben. Damit läßt sich zweifellos sagen, daß die Situation der Polizei durch die Beratungen der Koalitionsfraktionen nennenswert verbessert wird.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Mertes, SPD: Schönfärberei!)

- So gewaltig sind Ihre Anträge, die darüber hinausgehen, nun auch wieder nicht, Herr Mertes, daß Sie sich dieses Urteil erlauben könnten.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Sie haben zwar mehr Teilzeitstellen beantragt, das ist wahr,

(Mertes, SPD: Na also!)

aber was Sie zum Strukturellen angeboten haben, ist gleich Null. Das ist bedauerlich.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU -  
Mertes, SPD: Das, was Sie schon machen,  
können wir doch nur noch ergänzen!)

Soweit Ihre Fraktion - ich betone das - über unsere Anträge hinausgehend weitere Vorschläge gemacht hat, deren grundsätzliche Berechtigung wir insgesamt nicht einmal in Zweifel ziehen, wir diese aber dennoch ablehnen, so liegt dies daran, daß wir sie derzeit nicht für finanzierbar halten. Insoweit gilt das gestern abend zu den Justizvollzugsanwärtern Gesagte. Ich nehme aber zur Kenntnis, daß diesen Anträgen eine durchgehend sachliche, berechnete und klare Linie zugrunde liegt, die ich teile. Das unterscheidet zum Beispiel diese Diskussion von der Diskussion vorhin zum Einzelplan 07, zu dem Sie zu Kapitel 07 02 Titel 685 18 - Zuschüsse zur Förderung der weinbaulichen Forschung - keinen eigenen Antrag hatten, sich im Ausschuß bei den Vorschlägen von CDU und F.D.P. enthielten, sich also weder anschlossen noch dagegen stimmten; Sie kommen jetzt, wollen 50 000 DM mehr draufsatteln und behaupten, das wäre eine Konzeption.

(Beifall der F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Meine Damen und Herren, ich darf als Gäste im Landtag Rheinland-Pfalz Mitglieder des Stadtrates und Mitglieder

des Gewerbevereins aus Nastätten begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile dem Herrn Kollegen Professor Dr. Rotter das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Rotter, DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich eingangs feststelle, daß der Einzelplan 03 kaum an irgendeiner Stelle Forderungen der GRÜNEN entspricht, wird Sie dies gewiß nicht überraschen.

Nur exemplarisch haben wir uns einige Punkte herausgegriffen und in Anträge gefaßt, die uns besonders im Magen liegen. Aber diese wenigen Anträge würden immerhin Einsparungen in Höhe von 17 Millionen DM bzw. 16 Millionen DM in diesem und im nächsten Jahr bringen, Einsparungen, die in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales gute Verwendung finden könnten. Der Vorwurf des Kollegen Dieckvoß, daß es die SPD nicht geschafft habe, weitgehende Anträge zu formulieren, gilt für uns nicht.

(Reitzel, SPD: Diese Anbiederei dort! Die schrecken vor nichts zurück!)

Ich möchte mich auf unsere wichtigsten Kritikpunkte beschränken, wobei ich zunächst den Sportbereich auslasse. Dazu wird Kollege Steffny noch kurz Stellung nehmen.

Einer unserer Hauptkritikpunkte befindet sich bereits in Kapitel 03 01 dieses Einzelplanes unter dem Titel 533 01 - Landesverfassungsschutz -. Wir haben eine Kürzung der Mittel um jeweils 1 Million DM pro Haushaltsjahr beantragt.

(Mertes, SPD: Was machen wir mit dem Geld?)

- Ich komme schon noch dazu. Vorab möchte ich eine Klarstellung vornehmen, weil über unsere Vorstellungen schon im Vorfeld und auch gestern durch Herrn Kollegen Schnarr - wo ist er denn, er ist nicht da - in recht übler Weise einiger Wirbel entstanden ist. Wenn wir diesen Antrag einbringen, kritisieren wir nicht die Idee eines Verfassungsschutzes, der die Aufgabe hätte, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu effektuieren, sondern wir kritisieren den heutigen Vollzug. In seiner gegenwärtig praktizierten Form lehnen wir den Verfassungsschutz ab, weil sein Name Aufgaben suggeriert, die er in der Praxis kaum ausführt.

(Beifall der GRÜNEN)

Eigentlich sollte der Verfassungsschutz die Verfassung schützen, das heißt, auf die Einhaltung der Verfassung und der in ihr verkörperten Werte drängen. Seine Aufgabe sollte also sein - ich zitiere Artikel 1 Abs. 2 der Landesverfassung -:

„Der Staat hat die Aufgabe, die persönliche Freiheit und Selbständigkeit des Menschen zu schützen ...“ Das ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Wie sieht das in der Praxis aus? In der Praxis heißt dies für unsere Verfassungsschützer: Überwachung und Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger, wenn sie zum Beispiel ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen, wenn sie zum Beispiel ihr Recht auf Gewissensfreiheit einfordern und sich gegen den die Menschheit gefährdenden Rüstungswettlauf, gegen die Stationierung der Rüstung gerade in unserem Bundesland und gegen alle die anderen umweltfeindlichen und unsozialen Fehlentwicklungen aussprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es werden vom Verfassungsschutz Daten von Menschen gespeichert, die sich im Bereich von Frieden und Abrüstung friedlich engagieren. Sie gelten - dies zeigt die ständige, permanente und penetrante Observierung - alle als potentielle Verfassungsfeinde. Die Antwort des Innenministers vom 10. August 1987 auf meine entsprechende Kleine Anfrage bestätigt sogar die Speicherung, was mich - dies sei am Rande einmal erwähnt - angesichts der sonst üblichen Art und Weise überrascht hat, mit der das Innenministerium Anfragen beantwortet, nämlich so, daß die Antwort einer Nichtbeantwortung gleichkommt, Herr Minister Geil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch andere kritische Bürgerinitiativen, wie beispielsweise die Initiativen gegen die unselige Volkszählung, werden in die Nähe von Terroristen gestellt.

Eine zentrale Rolle spielte und spielt der Verfassungsschutz schließlich auch im Bereich der Berufsverbote. Sein Part dabei ist der einer Gesamtauskunftsdatei in einem Gespensterkrieg gegen angebliche Verfassungsfeinde, deren Gefährlichkeit aber noch nie jemand so recht aufzeigen konnte. Ein solches Verhalten dient wahrlich nicht der Freiheit, der Toleranz und der Vertrauensbildung der Bürgerinnen und Bürger in den Staat, sondern ist Ausdruck des Mißtrauens des Staates in den Bürger, den er ständig unter Kontrolle haben will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die ganze Geheimniskrämerei dieses Verfassungsschutzes, die sich auch in seiner Verstecktheit im Haushaltsentwurf und in der Nichtöffentlichkeit der Mittelvergabe zeigt, lehnen wir ab. Ein wirklicher Verfassungsschutz, der die Verfassung für die Bürger auch gegen die Macht der Regierenden schützt, braucht sich nicht zu verummern und auf der Ebene einer James-Bond-Mentalität zu agieren. Es ist schade, daß Herr Kollege Schnarr heute nicht hier ist, der gestern in wahrhaft schon populistischer Manier seine Angriffe gegen die GRÜNEN losgeworfen ist.

Ich möchte noch einmal klarstellen: Wir verneinen nicht die theoretische Notwendigkeit, die Verfassung zu schützen. Wir sehen jedoch, daß diese Stelle, diese Behörde, in ihrer jetzigen Praxis weder die Bürgerrechte, wie das informationelle Selbstbestimmungsrecht, die Demonstrationsfreiheit, die Berufsfreiheit noch die Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt erweitert und verstärkt, sondern im Gegenteil, daß diese Behörde die Wahrnehmung dieser Freiheiten und Bürgerrechte einengt und ihre Ausübung durch Einschüchterung verhindert. Unser Antrag auf Mittelkürzung ist der Ausdruck für eine fundamentale Kritik an der Praxis dieser Behörde.

Ich habe soeben das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angesprochen. Damit sind wir auch schon bei einem weiteren unserer Hauptkritikpunkte, nämlich im Kapitel 06 bei der Titelgruppe 75 - Größere Sondererhebungen -, sprich Volkszählung.

Wir lehnen auch weiterhin die Volkszählung mit allen ihren auch immateriellen Folgekosten ab. Würde unserem Antrag entsprochen, könnten wir in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr noch über 8 Millionen DM und im nächsten Jahr nochmals fast 4 Millionen DM einsparen. Die Bundeszuschüsse sind davon schon abgezogen. Wir sind der Ansicht, daß es andere Methoden gibt, die auf freiwilliger Basis die gleichen, wahrscheinlich sogar wesentlich besseren Ergebnisse für die Statistik erzielen würden als diese Volkszählung, die jetzt stattgefunden hat.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Volkszählungsurteil dem Bundesgesetzgeber aufgegeben, sich vor der Erhebung mit dem erreichten Stand der Methodendiskussion in der empirischen Sozialforschung auseinanderzusetzen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die herkömmlichen Methoden der Informationserhebung und Informationsverarbeitung, insbesondere in Form der Totalerhebung mit Auskunftspflicht, beibehalten werden können.

Dabei sollte der Gesetzgeber auch prüfen, ob eine Totalerhebung überhaupt noch verfassungsmäßig ist. Wir meinten und meinen immer noch, daß eine Totalerhebung mit Auskunftspflicht zu keiner Zeit für statistische Zwecke verhältnismäßig war. Unsere Beurteilung der Volkszählung hat sich inzwischen längst als richtig herausgestellt.

(Muscheid, SPD: Wo denn?)

- Sie lesen offenbar keine Zeitung.

(Staatsminister Geil: In der „taz“!) .

- Nicht nur in der „taz“, Herr Minister Geil. Es sind inzwischen erhebliche Zweifel in der „Frankfurter Rundschau“, in der „Süddeutschen Zeitung“ und sonstwo aufgetaucht. Diese Zeitungen lese ich auch ab und zu.

Der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis zog, nachdem er in Hessen schwere Mängel bei der Durchführung der Volkszählung festgestellt hatte, jetzt die Schlußfolgerung, daß diese Volkszählung in dieser Form die letzte gewesen sein müsse. Er forderte die Behörden auf, von der Auskunftspflicht weg zu einer Statistik, die auf freiwilliger Basis beruhe, zu kommen. Er, Simitis, so der Zeitungsartikel, nehme den Verantwortlichen nicht ab, daß Alternativen nicht denkbar seien, und forderte sie auf, die ganze Phantasie darauf zu verwenden, wie erreicht werden könne, daß der Bürger und die Bürgerin selber entscheiden, was sie sagen und wann sie es sagen.

Da die GRÜNEN vor den Verstößen schon immer gewarnt haben und auf die Mängel in der Durchführung der Informationserhebung schon immer hingewiesen haben, sind sie nicht bereit, den materiellen wie immateriellen Scherbenhaufen mit wegzukehren, geschweige denn Gelder für seine Beseitigung bereitzustellen.

Ein weiteres Kapitel, in dem wir Streichungen beantragt haben, ist Kapitel 03 08 - Zivilschutz, Zivilverteidigung und Maßnahmen der Polizei für die zivile Verteidigung -.

Kurz die Begründung dazu: Diese Titelgruppen geben nämlich nicht die tatsächlichen Kosten wieder, die dem Land auf diesen Gebieten erwachsen. Das Spezifische der sogenannten zivilen Verteidigung liegt gerade darin, vorhandene Infrastrukturen und vorhandene Personalressourcen in der Verwaltung zu nutzen, damit die vom Militär gestellten Aufgaben erfüllt werden können.

Ausdrücklich in der Ablehnung soll der Titel 525 74 - Ausbildung und Fortbildung, Übungen - erwähnt werden, der die WINTEX-Übung 1989 sowie zivilmilitärische Übungen mit umfaßt. Wir halten solche Übungen weder für eine Fortbildung, noch dienen sie zivilen Bedürfnissen. Der Zivilschutz und die sogenannte zivile Verteidigung beinhalten Maßnahmen, die allein militärischen Erfordernissen entsprechen und bei denen die zivilen Stellen vereinnahmt und nur als Ressourcengeber für das Militär von Bedeutung sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unabhängig davon, daß für uns der Zivilschutz angesichts der Vernichtungskraft der modernen Waffen vergeblich ist, halten wir die gesamte Grauzone der sogenannten zivilen Verteidigung für rechtlich bedenklich.

Artikel 87 a des Grundgesetzes bestimmt, daß zur Verteidigung Streitkräfte - so heißt es - aufgestellt werden und nicht Hauptverwaltungsbeamte, Bürgermeister und Landräte. Deshalb lehnen wir eine Mittelvergabe für diese Zwecke ab.

(Beifall bei den GRÜNEN -

Mertes, SPD: Naiver geht es wirklich nicht mehr!)

- Herr Mertes, Sie haben vorhin schon eine Scheite von Herrn Dieckvoß bekommen. Sie sind heute irgendwie gut drauf. Ich weiß es. Aber lassen Sie mich doch einmal weiterreden.

(Körper, SPD: Freuen Sie sich doch, wenn er gut drauf ist!)

- Ja, ich freue mich mit Ihnen, daß er gut drauf ist.

(Mertes, SPD: Sie werden doch nicht den Herrn Dieckvoß nachmachen; da sind Sie doch um Klassen besser!)

Nun komme ich zu unserem letzten Hauptkritikpunkt an diesem Haushalt, nämlich die Kapitel 03 10 und 03 11, sprich Polizei. Diese Kapitel sind Ausdruck dessen, was wir als die Fortsetzung einer schlechten Politik mit polizeilichen Mitteln bezeichnen. Wir haben dies dadurch zum Ausdruck gebracht, daß wir in unseren diesbezüglichen Anträgen fordern, eine weitere Hochrüstung der Polizei zu unterlassen und auch auf die personelle Aufstockung der kasernierten Bereitschaftspolizei - ich sage es noch einmal ganz laut, damit es auch bei jedem inzwischen ankommt - zu verzichten sowie diese überhaupt schrittweise abzubauen und die dadurch freiwerdenden Stellen und Mittel in die Bereiche der Schutzpolizei und Kriminalpolizei - hören Sie gut zu - länger auch in den Bildungs- und Umweltsektor umzuschichten, zum Beispiel auch, um Umweltdezernate bei der Polizei einzurichten.

(Zuruf des Abg. Bruch, SPD)

- Fragen Sie doch einmal die Polizisten - Sie sind doch selber einer -, ob die sich da wohl fühlen.

Wir sind gegen eine Vermehrung solcher Personalstellen, weil wir fürchten, daß dann die Polizei mehr und verstärkt für eine ungenügende Politik mißbraucht werden wird, daß sie ihren Kopf dafür hinhalten muß, daß in anderen Politikbereichen nicht gehandelt wird, keine Vorsorge getroffen wird, Mißstände nicht beseitigt werden und Politiker nicht die Verantwortung für ihr Nichtstun übernehmen wollen. Die Polizei darf nicht der Büffel für eine insuffiziente Politik sein.

(Beifall der GRÜNEN)

Auch eine qualitative und quantitative weitere Aufrüstung der Polizei halten wir für ein untaugliches Mittel. Meine Damen und Herren, Maschinenpistolen sind Kriegswaffen und haben in Händen von Polizeibeamten nichts zu suchen. Auch wir bedauern zutiefst den Tod von Polizisten in Ausübung ihres Berufes. Aber glauben Sie wirklich, die Schüsse an der Startbahn West wären nicht gefallen, wenn die Polizei noch gefährlichere Waffen getragen hätte? Wir haben auch kein Patentrezept, um ein für allemal auszuschließen ---

(Keller, CDU: Sie haben überhaupt kein Rezept!)

- Sie haben auch keins. Warten Sie es ab. Wir haben auch kein Patentrezept, um ein für allemal auszuschließen, daß sich ein Killer in eine friedliche Demonstration einschleicht, so wie wir auch kein Patentrezept dagegen haben, daß er sich in eine andere Versammlung einschleicht.

Die Vorstellung jedoch, daß man von seiten des Staates durch Aushöhlung des Demonstrationsrechtes, durch ein höheres Maß an Gewalt bzw. Gewaltandrohung, durch immer massivere Präsenz von Polizei und paramilitärischem Bundesgrenzschutz Gewalttätigkeiten verhindern könne, ist ein gefährlicher Trugschluß, es sei denn, man will den von Robert Jungk skizzierten Atomstaat, in dem jede freiheitlich-demokratische Regung erstickt wird, Wirklichkeit werden lassen. Ich habe mich über die Äußerung von Herrn Dieckvoß gefreut, der diese traumatische Vorstellung auch abgelehnt hat.

Da wir alle - so nehme ich wenigstens an - dies nicht wollen, muß ein anderer Weg beschritten werden. Dieser Weg sieht so aus, daß wir die Ursachen, die zu Demonstrationen führen, aus der Welt schaffen. Dies heißt, daß wir nicht nur vom Frieden reden, sondern uns mit allen Kräften für Abrüstung in Ost und West einsetzen, daß wir die Atomanlagen stilllegen, daß wir Bauern und Stahlarbeiter effektiv unterstützen, daß wir Umweltschäden nicht weiter nur halberzig reparieren, sondern sie erst gar nicht eintreten lassen usw

(Seibel, DIE GRÜNEN: Und daß wir die Eiternbeiträge nicht erhöhen!)

Wenn wir uns alle glaubhaft in diese Richtung bewegen, dann bedarf es erst gar keiner Demonstrationen, und die Polizisten könnten sich wieder, was ihnen selbst auch wesentlich lieber wäre, um die gestohlene Handtasche der alten Dame kümmern, einem Umweltdelikt vor Ort nachgehen, dafür sorgen, daß Gewalt verherrlichende Videofilme nicht weiter die Kinderzimmer überschwemmen, die Frau vor dem auf sie einprügelnden Gatten schützen oder komplexer Wirtschaftskriminalität nachgehen, kurz das tun, was die Bürgerinnen und Bürger von der Polizei erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN -  
Rocker, CDU: Sie erwarten mehr als das,  
was Sie sagen!)

- Herr Rocker, Sie erwarten aber nicht, daß sie Demonstranten zusammenprügeln.

(Rocker, CDU: Ich habe Ihnen gestern schon gesagt,  
was ich von Ihren Vorschlägen halte!)

- Gut. Das war sehr gefährlich, was Sie gesagt haben. Sie haben uns das Recht abgesprochen, hier in diesem Parlament zu sitzen. Das ist kein Verhältnis zur Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN -  
Zuruf des Abg. Rocker, CDU)

- Herr Rocker, das bestimmt der Wähler, ob wir hier im Parlament sitzen und nicht Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN -  
Hörner, CDU: Aber recht hat er trotzdem! -  
Kroh, CDU: Wo er recht hat, hat er recht! -  
Zuruf von der SPD: Rechts bleibt rechts!)

- Ja, rechts bleibt rechts.

Meine Damen und Herren, Gewalt ist ein allgegenwärtiges gesellschaftliches Phänomen, dessen Eindämmung einer der zentralen Punkte grüner Programmatik ist. Gewalt wird jedoch auch ständig von diesem Staatsapparat direkt oder indirekt physisch und psychisch ausgeübt. Ich meine jetzt gar nicht die Gewalt, die Polizisten gegen Steine werfende Chaoten einsetzen müssen, sondern ich meine jene Gewalt, die durch unsoziales staatliches Verhalten auf die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft ausgeübt wird, jene Gewalt, mit der, staatlich gefördert, die Atom- und Chemieindustrie tagtäglich auf unsere Gesundheit und auf die Natur einschlagen, jene Gewalt, mit der als Folge einer völlig falsch orientierten Verkehrspolitik jährlich Tausende von Menschen auf den Straßen umgebracht werden, jene Gewalt, mit der militärische Tiefflieger alltäglich unsere Ohren und Nerven quälen, jene Gewalt, die den Soldaten tagtäglich im wahrsten Sinne des Wortes vorexerziert wird. Der Katalog der gegenwärtigen staatlichen Gewaltanwendung ließe sich beliebig fortsetzen.

Meine Damen und Herren, nicht nur jeder und jede einzelne ist gefordert, Gewaltfreiheit einzuüben, sondern gerade der Staat als Summe aller einzelnen hat hier Vorbild zu sein. Eine weitere Aufrüstung der Polizei - - -

(Staatsminister Geil: Aus den Hütten der GRÜNEN  
wird dann zur Gewaltanwendung aufgerufen!)

- Die GRÜNEN haben nicht zur Gewaltanwendung aufgerufen.

(Staatsminister Geil: Aber einzelne der GRÜNEN!  
Das ist nachzulesen!)

- Stellen Sie sich doch einmal zu einer längeren Diskussion über Gewaltfragen. Das würde ich sehr begrüßen.

Mit gewalttätigen Demonstrationen kann man eine solche Aufrüstung ohnehin nicht begründen; denn laut Statistik fanden im vergangenen Jahr - das wissen Sie, Herr Minister Geil - in Rheinland-Pfalz insgesamt 280 Demonstrationen statt, von denen 13 unfriedlich verlaufen sein sollen, doch wurde kein einziger Polizist verletzt. Wie viele Demonstranten verletzt wurden, evtl. auch durch Polizisten, wollen Sie mir, Herr Minister Geil, ja hartnäckig nicht mitteilen.

Alein diese Zahlen bestätigen doch, wie unredlich es ist, wenn Politiker bestimmter Couleur immer wieder Demon-

stranten in die kriminelle Ecke stellen wollen, um damit eine härtere eigene Gangart zu begründen.

Lassen Sie mich, um dieses Thema abzuschließen, einige Absätze aus einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. September 1987 über ein Kolloquium zum Thema Gewalt als Phänomen in der modernen Gesellschaft zitieren. Der Artikel ist übrigens überschrieben: In der Bundesrepublik geht es ausgesprochen friedlich zu. -

„Während Politiker sich gebärdeten, als drohe die Bundesrepublik in einer Flut von Gewalttätigkeiten“ - gemeint sind Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen, Streiks usw. - „zu ertrinken, sei nach Angaben des Kölner Soziologen, Professor Neidhardt, in Wirklichkeit das Ausmaß an gewalttätigen Zusammenstößen für die 80er Jahre nicht nur aus historischer Sicht als unterdurchschnittlich einzustufen. Ebenso bewege sich die Bundesrepublik, was den Vergleich zu den europäischen Nachbarländern aufgrund internationaler Statistiken betreffe, völlig im üblichen Rahmen. Professor Callies aus Hannover nannte die Bundesrepublik ausdrücklich eines der nach wie vor friedfertigsten Länder auf der Karte der Welt.“

Auch was die Einstellung zur Gewalt in der Bevölkerung anbelange, ergänzte Professor Kaiser vom Freiburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, ließen sich Veränderungen nicht nachweisen. Die Bundesrepublik hinke im Vergleich zu den europäischen Staaten, was die Aufweichung überkommener Normen anbelangt, vielmehr eher hinterher.

Weitgehend einig waren sich die Teilnehmer einer vornehmlich aus Juristen bestehenden Podiumsdiskussion darin, daß zu den Ursachen gewalttätiger Auseinandersetzungen immer gleichgewichtig auch das Verhalten der staatlichen Institutionen zu zählen sei. Bei Konflikten brauchten nämlich beide Seiten ein Feindbild, um Hemmschwellen zu überwinden, befand der Hannoveraner Politologe Professor Seifert. Daher könnten Gewaltkonflikte nie pauschal nach einer Seite hin verrechnet werden.

Auch hätten die staatlichen Stellen, wie der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Wassermann, hinzugefügt, durch eigenes Verhalten einen Vertrauensverlust provoziert, der es zuweilen notwendig erscheinen lasse, einen Kurs in Rechtsstaatlichkeit auch für ranghohe Politiker einzurichten.

Vor allem junge Leute fühlten sich im Stich gelassen, wenn sich“ - so Professor Rolinski von Regensburg - „der Staat als eine Einrichtung darstelle, wo auf der Vorderbühne für das Publikum agiert wird, während auf der Hinterbühne ganz anders entschieden wird.“

Dieser Satz paßt auch zu der Haushaltsdebatte im allgemeinen.

Ich zitiere weiter:

„Weitgehende Übereinstimmung ergab sich in der Diskussion ferner darüber, daß man militanten Ausschreitungen nicht bloß mit der Bezeichnung als diffusen Wunsch nach Spannungsentladung gerecht werden könne. Vielmehr sei ein kaum entwirrbares Gemisch von Begründungen zu berücksichtigen. Angstspiele laut Neidhardt ebenso eine Rolle, wenn eine unübersichtliche Zukunftsentwicklung (Stichworte: Rüstung, Kernkraft) anscheinend einen ganz anderen Staat zu deren Bewältigung erfordere, wie die Behinderung sozialer Chancen, wenn sich ein Staat als solchermaßen von Interessengruppen beherrscht zeige, daß nur noch wenige die Chance auf Selbstverwirklichung haben.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich danke Ihnen.

(Beifall der GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von der F.D.P.! Die Anstöße vom Herrn Kollegen Dieckvoß, heute abend hier eine Polizeidebatte durchzuführen, stehen offensichtlich genau in dem Verhältnis zu der Zeit, in der wir das tun. Ich wundere mich deswegen nicht, daß die F.D.P. das heute abend so vorträgt, und zwar aus dem einfachen Grund: Vor den Wahlen hat man im Bereich der Polizei viel mehr von der F.D.P. gehört, auch viel mehr, was dort ankommen und was umgesetzt werden sollte, was organisatorisch verändert werden sollte. Nach der Wahl, wenn es darum geht festzuschreiben, Entscheidungen zu treffen, und man hat auch schon vor der Wahl den Rahmen der Finanzen gekannt, hört sich das dann ganz anders an.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, die innere Sicherheit steht mit der Qualität des Rechtsstaats quasi in einem Zusammenhang. Wie ist es aber um sie bestellt? Wir haben Vorschläge der Koalition gehört, nicht so sehr aus den Reihen der CDU, aber jetzt aus den Reihen der F.D.P. Wir stimmen - das ist kein Geheimnis, und ich mache auch keinen Hehl daraus - in vielen Dingen mit diesen Vorschlägen überein. Ich will gar nicht böse sein, aber in der Debatte des Haushalts- und Finanzausschusses war ich es gewesen, der gerade in dieser Richtung, die jetzt als große Verbesserung abgefeiert wird, gefragt und Vorschläge gemacht hat. Ich habe dabei von der CDU keine Reaktion gehört und von der F.D.P. nur ein bißchen vom Herrn Kollegen Dieckvoß.

Ich habe mich gefragt: Wo ist eigentlich der Innenminister in der Diskussion? Er ist derjenige, der den Polizeietat vorträgt und vorbereitet.

(Zurufe aus dem Hause: Er ist anwesend!  
Da sitzt er doch!)

- Er war da, aber Vorschläge hat er keine gemacht, keine Vorschläge, die über das hinausgegangen sind, was jetzt vorliegt.

Wissen Sie, Herr Kollege Geil, Sie hätten, nachdem Sie mit dem Hubschrauber nicht mehr weitergekommen sind und in St. Goar und St. Goarshausen einmal angeklopft und festgestellt haben, es ist keine Polizei da, die Sie heimfährt, feststellen können, daß es bei der Polizei durchaus Probleme gibt, nämlich in der Präsenz und in der Frage der Besetzung der Dienststellen.

(Beifall der SPD)

Unbestritten ist auch, Herr Geil, und das sollte man fairerweise sagen, daß es mehr Polizei gibt als früher. Aber wo ist sie? Dann sagen Ihnen viele: Wir haben viele Häuptlinge, aber keine Indianer! - Das sind Aussagen von Kollegen, und so weit bin ich von den Kollegen noch nicht weg.

Zur Situation der inneren Sicherheit hat die Gewerkschaft der Polizei bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Der Kollege Lutz - ich bin Mitglied der Gewerkschaft der Polizei - hat auch einmal aufgerechnet, was eigentlich volkswirtschaftlich hier bewegt wird. Da wir doch alle so von Marktwirtschaft reden und soziale Marktwirtschaft in jede gute Rede einmal einbringen, müssen wir uns einmal darüber unterhalten, welcher Schaden eigentlich durch die Kriminalität und die Situation der inneren Sicherheit entsteht.

Was kennzeichnet die Situation nun genauer? Es ist einmal auf der einen Seite die mangelnde Aufklärungsquote und auf der anderen Seite die prima Aufklärungsquote. Ich sage: Als Polizeibeamte waren wir froh, wenn wir 48, 49 % hatten. - Nur, man kann mit dieser Aussage, Herr Staatssekretär Basten, natürlich bei der Presse vielleicht einen Punkt machen, aber nicht dann, wenn man in die Sache einmal hineingeht und schaut: Wo ist denn die Aufklärungsquote, und wo müssen denn Kollegen damit leben, daß sie bei allen Anstrengungen, die sie unternehmen, Aufklärungsquoten von 11 und 13 % haben? -

Hierzu sage ich nun auch noch etwas. Der Herr Dieckvoß hat gesagt: Die innere Sicherheit ist nicht gefährdet. - Das ist richtig, aber das ist kein Verdienst Ihrer Politik, sondern das Verdienst der Kolleginnen und Kollegen, die trotz widriger Umstände vor Ort gearbeitet haben!

(Beifall der SPD)

Es ist festzuhalten, daß wir bei der Schutzpolizei durch eine wachsende Verkehrsdichte und andere Aufgaben einen erheblichen Aufgabenzuwachs haben.

Wenn ich mir die Situation der Polizei einmal direkt anschau und von der Situation der inneren Sicherheit trenne, dann frage ich mich, Herr Minister: Wo ist eigentlich die Bewertung der Polizei? - Ich habe in der Vorlage gesehen: Wir haben elf Leitende Schuldirektoren mehr, eingestuft in A 16. Bei der gesamten Vollzugspolizei haben wir zwei. Diese beiden Kollegen haben wahrscheinlich keine große Bedeutung; sie machen wahrscheinlich nur so ein bißchen Schreib-tischarbeit. Ich sage dies etwas sarkastisch, weil ich weiß, was sie tun.

Wir haben Schwierigkeiten, den Kolleginnen und Kollegen bei der Bereitschaftspolizei zu erklären, warum ein Fachlehrer immer noch in A 10 ist und nicht in A 11 kommen kann, einfach weil die Bewertung es nicht hergibt.

Es ist angesprochen worden, daß wir eine technische Ausrüstung haben, die nicht schlecht ist; das sollte man auch sagen. Aber was nützt mir eine solche technische Ausrüstung? Ich erinnere mich an meine Zeit, daß Diktiergeräte geliefert wurden, ich am Tatort auch schön diktieren konnte, aber niemand war da, der es geschrieben hat. Das habe ich dann am Schluß immer selbst gemacht.

(Beifall der SPD)

Dies sind nur Marginalien, zeigen aber die Situation.

Herr Minister, wir haben in Trier eine ganz schlimme Diskussion in der Frage der Bewertung der Polizei. Dort kommen Kollegen nicht in A 8 und nicht in A 9, weil es die Situation gibt, daß sie aufgrund der Struktur nicht befördert werden können. Das muß man auch einmal von der Politik her sagen: Da müssen wir verändern. - Man kann nicht nur sagen: Wir stellen dies fest; wir können es aber nicht ändern. - Es gibt Möglichkeiten, dies zu ändern.

Ich stimme dem Kollegen Dieckvoß zu: Wir, die Sozialdemokraten, haben große Sorgen im Bereich der privaten Polizei, auch hinsichtlich des Anwachsens der privaten Polizei. Es ist kein Begriff für mehr Sicherheit, wenn wir hier die Durchbrechung des Gewaltmonopols des Staates haben.

Ich will auch auf folgendes hinweisen, weil es dazugehört oder weil ich von den Kollegen der CDU gesagt bekomme, das gehöre zur Platte: Die Finanznot, auf die Sie sich berufen, meine Kollegen von der CDU, haben nicht Sozialdemokraten gemacht, die haben Sie ganz allein zu vertreten; 40 Jahre CDU-Politik!

(Beifall der SPD -

Zurufe von der CDU -

Heck, CDU: Sie machen es sich sehr leicht!)

Das ist richtig. Ich weiß auch, daß die Polizei kein Thema für vordergründige polemische Auseinandersetzungen ist.

Ich muß sagen: Ich kann nicht nachvollziehen, was der Kollege Rotter hier in Einzelheiten vorgetragen hat. Die Bereitschaftspolizei auflösen, was sein Antrag sagt, dies ist mir einfach schleierhaft. Wo will ich denn die Kolleginnen und Kollegen ausbilden?

Sicherlich ist es richtig, daß es beim Verfassungsschutz Probleme gibt. Gott sei Dank nicht in diesem Land. Aber daß es eine bessere Kontrolle geben muß, darüber sind wir uns einig. Da sei die verfassungsmäßige Kontrolle durch das Parlament durchaus verbesserungswürdig.

(Beifall der SPD)

Was wäre zu tun? Eine maßvolle Personalvermehrung, die zweite Hundertschaft, die wir immer wieder gefordert haben, ist nicht einfach so aus dem Ärmel geschüttelt. Es ist eine Forderung, die vertretbar ist. Sie werden dies bringen müssen; Sie tragen noch Verantwortung, zumindest noch bis 1990/1991 hier. Diese werden Sie bringen müssen, wenn Sie die personelle Situation der Polizei langfristig sehen, weil Sie den Nachwuchs brauchen. Es fehlen 600 Beamte bei der Bereitschaftspolizei.

Ich sage auch, daß wir nie, auch nicht die Sozialdemokraten, eine Polizeistärke bei der Bereitschaftspolizei von 2 160 bekommen werden, aber wir werden doch wieder einmal auf einen Stand kommen müssen wie zu Beginn der Zeit von Kurt Böckmann, so mit 1 800, 1 900 Beamten.

Herr Minister, die Bewertung der Polizei wäre im Haushaltsvollzug durchaus leicht zu bewerkstelligen. Ich habe es mir verknipt, dafür Anträge vorzulegen. Das ist so ziemlich das Simpelste, was eine Regierung machen muß. Wenn Sie das nicht machen können, frage ich mich: Was machen Sie überhaupt?

(Beifall der SPD)

Es wäre von seiten einer gestaltenden Politik nötig, die Mittel dorthin zu lenken, wo sie benötigt werden, und nicht dann in Texas zu vergraben. Die Million hätte der Polizei gutgetan. Da war sie wohl offenbar falsch angebracht.

Es ist nötig, neue Konzeptionen in der Verbrechensbekämpfung zu entwickeln. Herr Innenminister, hier sind Sie gefordert. Ich kann auch nicht erkennen - aber bitte, noch ist das Jahr nicht um, daß Sie im Amt sind -, wie mit der wenigen Finanzkraft, aber mit der angeblichen Phantasie jetzt gearbeitet werden wird. Ich sage das auch vor dem Hintergrund, Herr Minister, daß ich viele der handelnden Personen kenne und sie schätze und weiß, daß dort eine ganze Menge intellektueller Kraft vorhanden ist. Ich frage nur: Warum nutzt man sie nicht? Organisierte Kriminalität gibt es nicht erst, seitdem der „Spiegel“ darüber schreibt, sie gibt es

schon sehr viel länger, auch in diesem Land. Sagen Sie nachher nicht: Es gibt schon Ansätze, ich habe schon etwas getan; im LKA habe ich schon etwas verändert. - Sie haben aus dem vorhandenen Personalkörper völlig unzureichend eine Gruppe gebildet und schwächen damit die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Die Umweltkriminalitätsbekämpfung erschöpft sich nicht in der Anschaffung von 69 Umweltkoffern. Da muß man ein bißchen mehr tun.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht so, daß wir auf Dauer hinnehmen können, daß es gesetzgeberisch eine Zersplitterung in der Gesetzgebung und in der Zuständigkeit in der Bekämpfung der Umweltkriminalität gibt. Die Polizei ist nur in Teilbereichen direkt zuständig, ansonsten subsidiär. Da gibt es einen ganz großen Nachholbedarf für Sie im Verwaltungsvollzug. Sie müssen einmal hineingehen, und da werden wir, meine ich, schnell einig werden.

Meine Damen und Herren, ich sage auch, die Rauschgiftkriminalität, die vor Jahren einmal ein Schlag war - jeder gute Politiker hatte das einmal im Mund -, wird heute gar nicht mehr weiter erwähnt. 450 Drogentote sind offenbar kein Problem mehr. Ich frage mich, wenn ich die Situation dieser Kriminalität sehe: Wo sind die Konzeptionen der Regierung? Die Sozialdemokraten werden gerade im Bereich der Drogenkriminalität in den nächsten Wochen aktiv werden und werden Ihnen etwas vorlegen.

Mein Eindruck aus den Beratungen - ich habe das schon gesagt -: Die Regierungsvorlage war ungenügend. Das war uns allen klar. - Gott sei Dank hat die F.D.P. das vermocht. Die Sozialdemokraten dürfen zwar gute Vorschläge machen, aber um Gottes willen nicht, Anträge vorlegen, denen man dann zustimmen könnte, etwas zu verändern. Die CDU-Reaktion war bezeichnend. Es gab überhaupt gar keine Reaktion. Im gesamten Ausschuß hat man gegessen wie ein Klotz und hat sich nur angeguckt: Was ist denn eigentlich los? Was wird denn da geredet? Ich will hier nicht das Verhalten des Ausschußvorsitzenden noch weiter ausbreiten. Die F.D.P. war, wie gesagt, aufgeschlossen. Insoweit, meine ich, seien wir auf einem guten Weg.

Der Kollege Caesar hat die Gentechnologie mit Möglichkeiten ins Spiel gebracht, gerichtsfeste Untersuchungen durchzuführen. Ich will daran erinnern, daß wir erst einmal beim Landeskriminalamt die Voraussetzungen schaffen sollten, daß man schnell und zügig Untersuchungen durchführt, die auch gerichtsfest sind. Da gehört nämlich noch Personal und Sachausstattung hin. Darum sollte sich der Kollege Caesar einma: kümmern.

Es bleibt, der Tanker hat sich etwas in die richtige Richtung bewegt, nicht ausreichend, für die aktuellen Probleme zu lösen. Wir werden das sehr schnell merken. Sie haben keine

Konzepte für die Bekämpfung der Kriminalität, obwohl das intellektuelle Potential dazu vorhanden wäre. Ich sage Ihnen, wir bieten Ihnen trotz der Finanznot an, daß wir mit unseren Vorschlägen diese finanzielle Situation des Landes berücksichtigen werden, aber auch, daß wir bereit sind, in den Konzeptionen auch dort mitzuarbeiten - ich sage das ausdrücklich -, wo es wehtut, Herr Minister, bei der Verlagerung von S nach K und ähnlichen Dingen, werden wir noch Probleme kriegen. Ich sage, ich biete Ihnen an, dort entsprechende Schritte mitzugehen, weil ich der Meinung bin, auch ein sozialdemokratisch geführtes Ministerium könnte nicht einfach sagen: Wir machen das mit einer Stellenvermehrung weg. - Hier brauchen wir wirklich die Phantasie, etwas Neues zu bewegen, Strukturen aufzubrechen, auch in der Bekämpfung der Kriminalität, auch in den verschiedenen Möglichkeiten der Zuständigkeiten.

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit, ist soziale Sicherheit. Deswegen ist uns das ein wichtiges Gut.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Meine Damen, meine Herren! Ich darf weitere Gäste im Landtag von Rheinland-Pfalz begrüßen. Ich begrüße Damen und Herren des CDU-Ortsverbandes Landau/Stadt. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Eymael das Wort.

**Abg. Eymael, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bruch hat wieder eine Polizeidiskussion entfacht.

(Bruch, SPD: Nein, das war der Herr Kollege Dieckvoß! -  
Frau Döchting, SPD: Das ist klar!)

Ich bedanke mich.

- Wieder. Sie müssen genau hinhören, wieder. Ich habe gar nichts dagegen.

Ich bedanke mich für die lobenden Worte der Opposition und möchte nochmals betonen, daß die F.D.P.-Fraktion zur und hinter der Polizei steht, daß mit diesem Doppelhaushalt die Organisation gestärkt wurde, es zu Stellenhebungen gekommen ist, zu keinem Personalabbau gekommen ist, sondern vielmehr zu weiteren Stellen. Auch insbesondere im Bereich der Kriminalpolizei wurde die Situation entschärft.

Aber lassen Sie mich zu einigen anderen Punkten des Haushalts für das Ministerium des Innern und für Sport zu

sprechen kommen. Auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, räumt die F.D.P.-Fraktion dem Sport einen hohen Rang ein. Er entspricht der großen Bedeutung des Sportes für die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Die Veränderung unserer Umwelt schafft Lebensbedingungen, denen gegenüber die sportliche Betätigung als Lebenshilfe wachsenden Wert gewinnt. Die eigenen Kräfte und Mittel des Sports reichen nicht aus, die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Im Bereich der Finanzzuständigkeit des Bundes nimmt die Förderung des Leistungssports, im Bereich der Länder und Gemeinden die Förderung des Breiten- und Freizeitsports eine zentrale Stellung ein, wobei es nach unserer Meinung nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, zum Beispiel den Berufssport zu fördern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Verein ist für uns die Keimzelle sportlicher Betätigung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Verein haben Freizeit-, Breiten- und Leistungssport ihre gemeinsame Grundlage, und die Vereine sind am besten in der Lage, umfangreiche sportliche Betätigungsmöglichkeiten anzubieten.

Das Land Rheinland-Pfalz hat die Aufgabe, im Rahmen des Goldenen Plans den Sportstättenbau zu fördern. Wir als F.D.P.-Fraktion wollen sichergestellt wissen, daß auch in Zukunft die Förderung des Sportstättenausbaues durch Vereine in ausreichendem Maß gewährleistet ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aus diesem Grund haben wir uns auch mit Nachdruck für eine Umschichtung der Mittel und eine Erhöhung um jeweils 2 Millionen DM für 1988 und 1989 zugunsten der Vereine eingesetzt. Auch vor dem Hintergrund der Folgekosten, die vom Verein selbst getragen werden, halten wir diese Umschichtung für gerechtfertigt und sinnvoll.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine zunehmende Belastung für unsere Sportvereine stellt auch die Vereinsbesteuerung dar. Herr Kollege Körper, ich möchte Sie auf den neuesten Informationsstand bringen. Es gibt nämlich schon etwas zur Verbesserung. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Beschluß des Bundesrates vom November 1987 zur Vereinfachung und Erleichterung der Vereinsbesteuerung.

Gerade für kleine und mittlere Vereine führte die bisherige Besteuerung zu einer Bestrafung ehrenamtlicher Arbeit. Im Rahmen der Steuerreform, der von Ihnen so vielgepriesenen Steuerreform, sollte eine Gewinnpauschalierung in Betracht gezogen werden. Die Überschüsse der kleinen und mittleren

Vereine aus ihren typischen wirtschaftlichen Betätigungen, nämlich den Speisen- und Getränkeverkauf und die Durchführung von Sportfesten, könnten mit einem bestimmten Prozentsatz des Jahresumsatzes ermittelt werden. 8 % des Umsatzes sind in der Diskussion. Darüber hinaus sollte der bisherige Einkommensfreibetrag von 5 000 DM durch eine Jahresumsatzgrenze von 30 000 DM ersetzt werden, bis der auf Überschüsse keine Ertragssteuer erhoben wird. Dies wäre eine gerechtere Steuererleichterung und würde gleichzeitig zur Vereinfachung der Besteuerung beitragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, aus unserer Sicht müßte auch die steuerfreie Übungsleiterpauschale von 2 400 auf 3 600 DM angehoben werden; denn gut ausgebildete Übungsleiter sind heute für jeden Sportverein zur Aufrechterhaltung eines geordneten Sportbetriebes unerlässlich. Die Gemeinden haben die sportlichen Aktivitäten zu fördern, ein vielfältiges, ausreichendes Angebot an Sportstätten und Freizeitanlagen bereitzustellen.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage sind allerdings auch bei der Sportstättenförderung insgesamt Einsparungen vorzunehmen. Jedoch glauben wir, daß die vordringlichen, von den Sportstättenbeiräten festgelegten Förderprojekte weitestgehend mit den Ansätzen 1988 in der Größenordnung von 21 Millionen DM und 1989 von 22 Millionen DM unterstützt werden können. Die allgemeinen Zuschüsse zur Förderung des Sports konnten jedoch - dies war auch notwendig - erhöht werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nach dem Sportförderungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz vom Dezember 1984 soll allen Bürgern eine ihren Interessen und Fähigkeiten angemessene sportliche Betätigung ermöglicht werden. Besonders der Breitensport in Verbindung mit dem Freizeitsport bedeutet für uns eine sinnvolle Freizeitaktivität. Die technische Entwicklung führt bei den meisten Menschen zu weniger oder sehr einseitiger körperlicher Arbeit, andererseits aber zu höherer psychischer Belastung. Sport als körperlicher und seelischer Ausgleich wird deshalb immer wichtiger. Dabei ist nicht die Leistung, sondern die sportliche Betätigung auch gesundheitspolitisch ein schlechthin vorrangiges Ziel.

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns allerdings auch zur sportlichen Höchstleistung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Um eine ausreichende Unterstützung, soziale Betreuung und Zukunftsvorsorge, eine umfassende sportärztliche Betreuung, eine Verbesserung der Talentsuche und Talentförderung, eine Förderung der Lehrgangs- und Wettkampfprogramme sowie eine Verbesserung des Sportmanagements zu gewährleisten, sind auch höhere Mittelansätze

für den Leistungssport notwendig geworden. Außerdem müssen zwei Olympia-Stützpunkte in diese Fördermaßnahme einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, wir lehnen allerdings gesundheitsgefährdende Mittel sowie jede Art von Manipulation im Sport ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Allen Versuchen, das Leistungsvermögen mit verbotenen Mitteln zu verbessern, ist konsequent entgegenzuwirken. Doping ist inhuman und verwerflich; die Anwendung muß zum Ausschluß aus der öffentlichen Förderung führen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zu einer weiteren finanziellen Entlastung bei den Vereinen wird auch die höhere Bezuschussung der Übungsleiter- und Organisationsleiteraus- und -ausbildung führen.

Von besonderer Wichtigkeit sind für uns auch die Unterstützung der Maßnahmen der Sportjugend, des Behindertensports, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft sowie Aufwendungen für sportärztliche Untersuchungen.

Die von den Fraktionen der CDU und F.D.P. mit 250 000 DM für 1988 und 1989 beantragte weitergehende Bezuschussung der Sportförderung sollte gezielt für Bezuschussung von rheinland-pfälzischen Amateurvereinen in der Bundesliga verwendet werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es gibt wohl einen großen Unterschied zwischen einem profihaft gemanagten Fußball-Bundesligisten und einem Damen- oder Herren-Kegelklub, der ebenfalls in der Bundesliga spielt und dessen Spielbetrieb ebenso mit hohen Kosten verbunden ist. Wir erwarten vom Landessportbund eine gerechte Aufteilung der jetzt zusätzlich zu beschließenden Mittel.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Landessportbund Rheinland-Pfalz hat im Rahmen der Diskussion über diesen Doppelhaushalt die Frage einer Veränderung des Sportfördersystems angesprochen. Dabei soll die Landesförderung des rheinland-pfälzischen Sports an den Umsatz der Sport-Toto-GmbH Rheinland-Pfalz angebunden werden. Ähnliche Modelle gibt es seit vielen Jahren im Saarland, in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen, zum Teil auch in Hessen. Der Landesportbund muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß eine prozentuale Anbindung an 4 oder 5 % des Umsatzes dann nicht nur bei den Umsatzsteigerungen der Sport-Toto-GmbH zugunsten des Sportes ausschlagen würde, sondern daß er auch das Risiko im Falle von Umsatzrückgängen zu tragen hätte

(Beifall bei der F.D.P.)

Für eine abschließende Beurteilung dieses Förderweges ist es sicherlich noch zu früh. Frühestens zum Doppelhaushalt 1990/1991 könnte eine solche Konzeption realisiert werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zu zwei weiteren Haushaltsansätzen kurz Stellung nehmen.

Im Juni 1982 wurde die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda begründet und damit eine erstmalige Beziehung zwischen einem Bundesland und einem Land der Dritten Welt geknüpft. Grundsätzlich sehen wir die Entwicklungshilfe als Aufgabe des Bundes an. Die erfolgreiche fünfjährige Zusammenarbeit des Landes mit dem afrikanischen Staat hat jedoch Früchte getragen. Im Mittelpunkt der Partnerschaft stehen in hohem Maße die Kontakte zwischen den Kommunen beider Länder und damit die direkte Bürgerbeteiligung. Der Grundsatz, der ruandischen Bevölkerung Mittel zur Selbsthilfe zu geben, anstatt ihr teure Prestigeobjekte aufzudrängen, ist ein gutes Beispiel für unbürokratische Entwicklungshilfe eines Bundeslandes.

(Beifall bei der CDU)

Neben 152 Schulpartnerschaften wurden bisher 183 Vorhaben gefördert bzw. sind in Durchführung. Der Schwerpunkt liegt im Bereich des Gesundheitswesens, des Erziehungswesens, der ländlichen Wasserversorgung, des Handwerks, der Landwirtschaft und der Zusammenarbeit mit der Hochschule sowie in der Forschung. Insgesamt wurden bisher 22,2 Millionen DM für Vorhaben in Ruanda ausgegeben, davon allerdings mehr als 30 % aus Spenden und sonstigen Mitteln Dritter. Ein besonderer Dank gilt auch den Gemeinden, Städten und Landkreisen in unserem Land, die viele der 183 Kleinprojekte durch ihre Spende finanziert haben.

Die erhöhten Mittelansätze, zu denen auch wir uns durchringen konnten - für 1988 6 Millionen DM, für 1989 5 Millionen DM -, sollen einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Grundbedürfnisse der ruandischen Bevölkerung leisten. Dazu gehören der Ausbau der ländlichen Krankenhäuser, der Neubau von Gesundheitszentren im ländlichen Raum sowie der Ausbau des Schulwesens. Dazu gehören die Förderung der Forschung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, Aufforstungsvorhaben im gemeindlichen Rahmen und Intensivierung der Fischerei als wichtige, bisher kaum genutzte Ernährungsmöglichkeit der ruandischen Bevölkerung. Dazu gehört die Verbesserung der Trinkwasserversorgung im ländlichen Raum als Voraussetzung für Hygiene und Gesundheit. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in dem überbevölkerten Land kann im wesentlichen nur durch die Förderung des ländlichen Handwerks erreicht werden. Schließlich hat Ruanda immer noch einen Mangel an qualifizierten Fachkräften. Durch Aus- und Fortbildung derartiger Fachkräfte, aber auch durch Stipendien für Studenten und Fachkräfte sowie Aufwendungen für Studienaufenthalte in Rheinland-Pfalz sollen die Möglich-

keiten zur Verbesserung der eigenständigen Entwicklung gefördert werden.

Meine Damen und Herren, durch die Partnerschaft hat die Landesregierung auch ihre Möglichkeiten genutzt, sich für die Menschenrechte in Ruanda einzusetzen. Das Beispiel der freigelassenen Zeugen Jehovas vom August 1987 zeigt, daß ein solcher Einsatz in Staaten der Dritten Welt erforderlich ist und dann auch zum Erfolg führen kann.

Lassen Sie mich zum letzten Punkt meiner Ausführungen mit einigen Bemerkungen zum Brandschutz in Rheinland-Pfalz kommen - ein direkter Übergang. Mehr als 60 000 ehrenamtliche und 465 hauptamtliche Feuerwehrangehörige sind in Gemeinden und zusätzlich in bestimmten Betrieben im Einsatz, um alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Gefahren abzuwehren, die dem einzelnen oder der Allgemeinheit für Leben, Gesundheit und Sachen durch Brände, Explosionen, Unfälle, Naturereignisse oder andere gefahrbringende Ereignisse drohen. Auch dem THW und seinen Mitgliedern sei an dieser Stelle für ihre ehrenamtliche Tätigkeit gedankt.

Im Jahre 1986 sind von den Feuerwehren in Rheinland-Pfalz 32 400 Einsätze gemeldet worden, aufgeschlüsselt in ca. 8 000 Brände, 15 000 technische und andere Hilfsleistungen und knapp 8 000 Kranken- und Verletztentransporte. Die Gesamtzahl der Einsätze ist um mehr als 10 % stark angestiegen. Die Summe der Brandschäden lag beispielsweise bei 148,5 Millionen DM.

Immer stärker wird die Feuerwehr auch für technische und andere Hilfsleistungen beansprucht, wie die Statistik beweist. Der starke Anstieg der Zahl der Einsätze zur Beseitigung wassergefährdender Flüssigkeiten unterstreicht die wichtige Aufgabe der Feuerwehr im Umweltschutz. Die Ausrüstung und die Ausbildung müssen den Erfordernissen laufend angepaßt werden. Für jede örtliche Feuerwehr muß eine bestimmte Mindestausrüstung vorgehalten werden. Der Neubeschaffungswert allein für die Feuerwehrfahrzeuge in Rheinland-Pfalz beträgt etwa 500 Millionen DM.

Ersatzbeschaffungen sind nach ca. 20 Jahren notwendig. Daraus ergibt sich, daß pro Jahr ein Neubeschaffungsvolumen von ca. 25 Millionen DM allein für Feuerwehrfahrzeuge anfällt. Soweit diese Fahrzeuge allein dem Brandschutz dienen, gibt das Land Zuwendungen zu den Investitionskosten. Wir begrüßen daher auch die vorgesehene Erhöhung der Mittel für diese Fördermaßnahme.

Die Landesfeuerweherschule nimmt als Ausbildungsstätte für Wehrführer und weitere Einheitsführer eine wesentliche Aufgabe zur Einsatzfähigkeit insbesondere der freiwilligen Feuerwehren wahr. Eine Steigerung und Erweiterung des Lehrgangsangebotes kann langfristig nur fortgesetzt werden, wenn es zu einer Verbesserung der personellen Situation kommt. Spätestens beim nächsten Doppelhaushalt wird dieses Problem aktuell. Zum Beispiel erfordert der Chemie-

und Strahlenschutz eine intensive Ausbildung und Einsatzvorbereitung.

Für die Nachwuchsgewinnung ist aufgrund der demographischen Entwicklung die Förderung der Jugendfeuerwehr entscheidend. Abschließend möchte ich insbesondere noch auf den Wert der ehrenamtlichen Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr hinweisen.

(Beifall der F.D.P.)

Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben im Jahre 1985 insgesamt 115 Millionen DM für den Brandschutz aufgebracht, davon allein 43 Millionen DM für hauptamtliche Feuerwehrangehörige. Auf der anderen Seite sind rund 60 000 ehrenamtliche Feuerwehrleute als Idealisten zum Schutz unserer Bevölkerung im Einsatz. Wir bedanken uns an dieser Stelle für das unentgeltliche Engagement, oftmals unter Einsatz ihres Lebens. Wir wollen mit allem Nachdruck die Stärkung und die Fortentwicklung der ehrenamtlichen Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr mit unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Ich erteile Herrn Kollegen Bischel das Wort.

**Abg. Bischel, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir für die CDU-Fraktion, einige Bemerkungen zur Personalsituation im Lande Rheinland-Pfalz, zur Situation oder zur Lage der Polizei und auch allgemein zur Situation des öffentlichen Dienstes in unserem Lande zu machen. Vielleicht darf ich zu Beginn meiner Ausführungen auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Härtel eingehen, der heute vormittag bei der Diskussion um den Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - eine Bemerkung gemacht hat, die mich erheblich gestört hat. Er hat zum Beispiel die Behauptung aufgestellt, die Politik der Koalition in Bonn und auch hier in Rheinland-Pfalz sei für Arbeitnehmer nicht berechenbar.

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

Dazu darf ich vielleicht einmal einige Zahlen nennen.

(Scharping, SPD: Berechenbar ist sie keinesfalls!)

Wenn Sie wollen, lese ich Ihnen die Zahlen über die Steigerung der Lebenshaltungskosten in unserem Lande und die Tarifverbesserung zum Beispiel im öffentlichen Dienst aus dem Zeitraum von 1978 bis zum Jahre 1987 vor. Ich will

Ihnen die Jahreszahlen gar nicht vorlesen, weil das vielleicht zu lange aufhalten würde. Ich lese Ihnen die Zusammenfassung vor.

Die Veränderung bei den Steigerungen der Lebenshaltungskosten von 1978 bis 1982 haben wir mit 26,3 % zu verzeichnen. Die Veränderungen, das heißt, die Tarifverbesserungen im öffentlichen Dienst, sind in dieser Zeit von 1978 bis 1982 mit 24,8 % zu veranschlagen. Das ist also genau ein Minus von 1,5 %. Arbeitnehmer haben also in dieser Zeit ein Minus von 1,5 % zu verzeichnen.

Jetzt nenne ich im Vergleich die Zahlen von 1983 bis 1987. Hier haben sich die Kosten der Lebenshaltung um 10,2 % erhöht. Die Tarifverbesserungen im öffentlichen Dienst schlagen in der Zeit von 1983 bis 1987 mit 17,2 % zu Buche. Das ist also eine Verbesserung um plus 7 %.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Härtel bei einer solchen Situation die Aussage macht, die Politik der Koalition in Bonn und in Mainz sei für Arbeitnehmer nicht berechenbar, dann muß ich Herrn Härtel mit seinen eigenen abgewandelten Worten sagen, diese Behauptung ist so falsch, daß genau das Gegenteil richtig ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In diesem Zusammenhang mache ich noch eine Anmerkung. Wer sich diese Zahl einmal zu Gemüte führt, der kann ganz klar für sich feststellen, daß jedenfalls die SPD nicht Hoffnungsträger für den öffentlichen Dienst sein kann.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -

Lang, R., SPD: Wer will denn alles privatisieren?)

Die vielfältigen Anforderungen der Zukunft machen es erforderlich, Entscheidungsfähigkeit und Verwaltungskraft der Landesbehörden weiter zu verbessern, so sagt es die Regierungserklärung, die zu Beginn dieser Legislaturperiode die Koalition aus CDU und F.D.P. hier im Lande abgegeben hat.

Die Landesregierung hat sich entschlossen, die Personalstruktur insbesondere bei der Polizei kontinuierlich zu verbessern. Heute bei der Diskussion um den Doppelhaushalt 1988/1989 ist zu fragen: Wird dieser Haushalt diesem Anspruch gerecht? Trifft er entsprechende Vorkehrungen für eine Verbesserung der Personalstruktur? Eröffnet er in diesem Bereich Perspektiven für die Zukunft?

(Mertes, SPD: Nein!)

Wir meinen jedenfalls entgegen der irrigen Auffassung der SPD, daß dieser Haushalt ganz klare Perspektiven aufzeigt und auch zu Strukturverbesserungen führt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Finanzierungsprobleme unseres Landes erfordern, die Personalkosten insgesamt in vertretbaren Grenzen zu halten. Das ist eine ganz klare Aussage; denn jeder weiß - das ist auch schon mehrmals in dieser Debatte gesagt worden -, daß die Personalkosten in unserem Landeshaushalt rund 42 bis 43 % unserer Ausgaben insgesamt ausmachen. Rechnet man die indirekten Personalkosten hinzu, also solche Leistungen, die das Land zum Beispiel im Bereich von Zuschüssen, Kindergärten usw. gewährt, dann kommen wir an rund 50 % der Ausgaben des Landes heran. Rund 50 % seiner Ausgaben leistet das Land für Personalkosten.

Wer diese Entwicklung beobachtet, der wird natürlich überlegen müssen, ob es angesichts der großen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, gerechtfertigt ist, daß dieser große Ausgabenblock in Zukunft wie bisher anwachsen kann.

Es ist also geboten, daß wir überlegen, hier zu einer Eindämmung der Personalkosten zu kommen, um entsprechende Freiräume für Investitionen zu erhalten, die von allen Fraktionen gefordert und angesichts der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt erforderlich sind, damit noch einiges bewegt und auch der Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann.

(Vereinzel Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es war zu überlegen - das ist keine Erkenntnis dieses Doppelhaushaltes, sondern diese Erkenntnis hatte man schon früher -, welche Möglichkeiten geboten sind, die Personalkosten einzudämmen. Man hat gesagt, wir müssen zu einem Abbau von Planstellen kommen. Diese Politik des Abbaus von Planstellen - nicht aus Jux und Tollerei, sondern der gebotenen Finanzierungsschwierigkeit gehorchend - hat die Landesregierung seit einigen Jahren verfolgt. Immerhin sind 5 % der Planstellen eingespart worden. Das sind netto 2 128,75 Stellen, wenn man es ganz genau sagt.

In diesem Doppelhaushalt sollen wiederum rund 800 Planstellen eingespart werden. Das trägt insgesamt wiederum dazu bei, daß die Finanzsituation so ist, wie wir sie im Augenblick diskutiert haben. Wir müssen natürlich auch sehen, daß sich die Struktur der Verwaltung in einigen Bereichen doch wesentlich verändert hat, und zwar zum Beispiel im Bereich der Straßenverwaltung oder des Katasterwesens und des Vermessungswesens.

Hier ist doch ganz klar erkennbar, daß sich die Struktur auch in Zukunft verändern wird, weil es eben auf die Aufgaben ankommt, die dort erledigt werden. Wenn wir dort einen Aufgabenabbau zu verzeichnen haben, dann ist normalerweise die logische Konsequenz, daß ein Personalabbau als Folge gesehen werden muß.

Wir müssen natürlich auf der anderen Seite auch sehen, daß neue Aufgaben auf den öffentlichen Dienst zukommen und zugekommen sind. Denken wir zum Beispiel an den Umwelt-

schutz. Das ist eine ganz wichtige Frage. Auch in Zukunft wird es notwendig sein, daß wir dem Umweltschutz erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Das ist unser aller Anliegen. Also ist es auch geboten, die entsprechenden Konsequenzen im Personalbereich zu ziehen und dort zusätzliche Personalstellen hinzuzugeben.

Denken wir auch an Forschung, an neue Technologien oder auch an die Situation im Krankenhauswesen. Auch hier müssen wir klar sehen, daß neue Aufgaben auf den öffentlichen Dienst zukommen, meine Damen und Herren.

Trotz der dringenden Notwendigkeit, die Personalausgaben zu reduzieren, bemüht sich das Land seit einigen Jahren, einen entscheidenden Beitrag dahingehend zu leisten, daß mehr Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst angeboten werden, daß mehr Personen die Chance gegeben wird, in den öffentlichen Dienst einzutreten. Wir haben seit einiger Zeit schon die Zielsetzung verfolgt, mehr Teilzeitarbeit anzubieten. Bereits im Jahre 1985 hat der Landtag aufgrund eines Antrages der CDU beschlossen, jede dritte freier werdende Vollstelle, die wieder besetzt werden soll, in eine Teilzeitstelle umzuwandeln, um dem heutigen Bedürfnis vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger zu entsprechen, eine Teilzeitarbeitsstelle zu finden. Dies gilt insbesondere für Frauen, die Beruf und Familie verbinden wollen und die Chance erhalten sollen, in Teilzeitarbeit einen vernünftigen Arbeitsplatz zu finden. Auch diesem Gedanken tragen die Überlegungen im Zusammenhang mit diesem Doppelhaushalt Rechnung.

Meine Damen und Herren, es kommt entscheidend - dies ist ein tragender Grundsatz unserer politischen Überlegungen in bezug auf die Personalpolitik - auf das Folgende an: Wir sagen, weniger Personal, qualifiziertes und leistungsfähiges Personal, aber auch gut bezahltes Personal. Es ist doch nicht einzusehen, daß wir aufgrund von Stellenkürzungen dem vorhandenen Personal mehr Leistung abverlangen und dann noch gleichzeitig sagen, wir halten aber auch die möglichen Beförderungschancen fern. Hier müssen wir Beförderungsmöglichkeiten eröffnen, um dem vorhandenen Personal Leistungsanreize zu geben.

Meine Damen und Herren, diesem Gesichtspunkt trägt auch dieser Doppelhaushalt Rechnung. Der Doppelhaushalt 1988/1989 sieht aus diesen Gründen trotz der angespannten Haushaltslage und trotz der Finanzierungsschwierigkeiten, die wir haben, immerhin 1 827 Stellenhebungen vor,

(Beifall bei der CDU)

und zwar verteilt auf alle Ressorts. Hiervon entfallen allein 1 600 auf den mittleren und gehobenen Dienst, nämlich 1 024 auf den mittleren Dienst und 580 auf den gehobenen Dienst. Auf den höheren Dienst entfallen 223 Beförderungsmöglichkeiten. Von diesen Hebungsmöglichkeiten entfallen wiederum 677 auf den Polizeibereich. Auf die Situation der Polizei will ich jetzt noch kurz zu sprechen kommen.

Der Herr Kollege Bruch hat vorhin die Auffassung vertreten, es wäre in den Beratungen wenig von der CDU-Fraktion in bezug auf die Personalsituation der Polizei zu hören gewesen. Ich muß sagen, wir sind treue Koalitionspartner.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Wir haben unsere personalpolitischen Überlegungen nicht nur im Bereich der Polizei, sondern in allen anderen Bereichen exakt, zuverlässig und konsequent mit unserem Koalitionspartner abgesprochen und gemeinsame Vorschläge unterbreitet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, daß die SPD auch in diesem Teilbereich den zwar untauglichen, aber immerhin verständlichen Versuch unternimmt, die F.D.P. etwas hervorzuheben, um dann vielleicht die CDU wiederum ein bißchen ins Abseits zu stellen. Dieser Versuch - ich sagte es schon - ist untauglich und gewinnt auch nicht an Überzeugungskraft, wenn er ganz locker und leicht vorgebracht wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zur Personalsituation bei der Polizei. Der Polizeivollzugsdienst erhält - das ist auch schon gesagt worden - in diesen beiden Jahren immerhin 60 neue Stellen. Diese Stellen werden bei der Bereitschaftspolizei veranschlagt. Das ist klar, weil sie dort hingehören. Dort werden die jungen Leute ausgebildet. Zur Entlastung der Vollzugspolizei - das ist auch gesagt worden - werden wir 30 Stellen für Schreibkräfte anschaffen, die als Halbtagsstellen angeboten werden sollen, um dem dringenden Anliegen, das auch immer wieder von der Polizei vorgetragen wird, Rechnung zu tragen, nämlich den Polizeivollzugsdienst von Schreibarbeiten zu entlasten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man wird sagen können - das ist auch heute wieder gefallen -, der Polizist darf nicht auf der Schreibmaschine schreiben. Ich bin dezidiert der Auffassung, daß es selbstverständlich zur Ausbildung und zum beruflichen Können eines Polizeibeamten gehören muß, daß er die Schreibmaschine bedienen kann. Ich kann das übrigens auch und bin kein Polizeibeamter.

(Beck, SPD: Ehrlich? -  
Heiterkeit bei der CDU)

Einige von uns können das auch.

(Beck, SPD: Dann kann ich Ihnen ein paar  
Texte geben!)

- Herr Kollege Beck, ich riskiere jedes Wettschreiben mit Ihnen und gewinne es auch.

(Frau Düchting, SPD: Das hat er nicht in  
Frage gestellt!)

- Entschuldigung, da habe ich Sie verkehrt verstanden. Herr Beck, wenn Sie mir einmal etwas in die Maschine diktieren wollen, so stelle ich mich gern zur Verfügung, es sei denn, es ist ein ungebührlicher politischer Text, den ich natürlich ablehne zu schreiben. Das ist klar.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Beck, SPD: Sie können auch einen Pfälzer  
Wein bekommen!)

- Ich habe gerade heute vom Kollegen Heck sechs Flaschen geschenkt bekommen. Die siebte nehme ich auch. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, die Einsparungsaufgabe der Haushaltsjahre 1986/1987, die zunächst auf 95 Stellen für den Polizeibereich festgelegt war, ist gestoppt und aufgehoben worden. Allerdings mußten noch fünf Stellen eingespart werden. Auf 90 Stellen hat man also schon im letzten Jahr verzichtet, Herr Kollege Dieckvoß. Deswegen ist das keine neue Erkenntnis dieses Doppelhaushaltes, sondern eine Sache, die noch in das alte Jahr hineinreicht.

Herr Kollege Dieckvoß, ich muß Ihnen sagen, dieser Doppelhaushalt ist in bezug auf die Personalsituation der Polizei keine Trendwende. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie das für sich in Anspruch nehmen. Die Wahrheit ist natürlich, daß wir zum Beispiel die Erfüllung der Funktionsanalyse bereits im letzten Doppelhaushalt begonnen haben. Wir haben damals ganz klar gesagt,

(Dieckvoß, F.D.P.: Ich habe nichts  
anderes behauptet!)

daß diese eine Aufgabe für drei Doppelhaushalte sein soll.

Aus meiner Erinnerung weiß ich - ich glaube, die Zahl stimmt auch -, daß es aufgrund dieser Vereinbarungen der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 1972 in unserem Land damals 563 Stellen waren, die vom mittleren in den gehobenen Dienst zu überführen sind. Das machen wir, weil wir gesagt haben, in jedem Jahr überführen wir 100 Stellen, also im Doppelhaushalt 200 Stellen, verteilt auf die Schutzpolizei und auf die Kriminalpolizei. So machen wir dies in diesem Doppelhaushalt auch wieder. Im nächsten Doppelhaushalt machen wir es dann mit dem Rest. Das sind, wie ich glaube, noch 153 oder 154 Stellen. Dann haben wir die Funktionsanalyse erfüllt, was die Zuordnung vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst angeht.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige Sache. Das geht genau in den Bereich hinein, der in der Regierungs-

erklärung und dann in den Koalitionsfraktionen abgesprochen wurde, indem man gesagt hat, wir müssen die Struktur der Polizei in diesem Sinne verändern.

Natürlich kann man jetzt sagen, das sei viel zu spät, das hätten wir früher machen sollen. Da widerspreche ich überhaupt nicht. Man muß aber die Gesamtsituation unseres Landes sehen.

Vor einigen Jahren lag der Schwerpunkt der Personalpolitik unseres Landes darin, die Polizei zahlenmäßig wesentlich zu verstärken. Wenn Sie wollen, holen wir einmal die Statistik heraus. Dann werden Sie sehen, daß in den vergangenen Jahren große Zuwachsraten beim Personal bei der Polizei zu verzeichnen waren.

Dann hat man diese Strukturprobleme etwas vernachlässigt. Heute aber, da wir uns weniger auf den Neuzugang des Personals bei der Polizei ausrichten, haben wir die Aufgabe, etwas zur Strukturverbesserung zu machen. Dieser Aufgabe werden wir seit zwei Doppelhaushalten gerecht.

Ich möchte die vielen Einzelheiten jetzt nicht mehr vortragen, muß aber doch noch etwas erwähnen, was ich vorhin schon angesprochen habe. Zur Verbesserung der Beförderungssituation werden 677 neue Stellen in diesem Doppelhaushalt geschaffen. Dann kann man sagen - aber nur mit großen Vorbehalten -, daß dies nicht ausreichend wäre. Ich habe auch die Zahl, wieviel Beförderungsmöglichkeiten dann noch möglich sind, wenn wir die Stellenplanobergrenzen im mittleren und gehobenen Dienst total ausschöpfen. Es werden noch 833 Beförderungsmöglichkeiten vorhanden sein.

Ich wage jetzt hier auch eine Behauptung, wobei ich niemanden binden möchte, weder die Koalition noch meine Fraktion. Ich sage aber ganz klar, daß wir im nächsten Doppelhaushalt dafür kämpfen werden, annähernd an die volle Ausschöpfung dieser Obergrenzen herankommen zu können. Ob das zu 100 % gelingt, ist eine andere Frage.

(Beifall der CDU)

Dies ist aber unsere klare Perspektive.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Herr Mertes, hören Sie doch mit Ihrer Mickymauspolitik auf. Diese haben Sie fünf Jahre vorgetragen und haben niemanden überzeugt. Dies brauchen Sie doch heute mit Ihren Bleistiftspitzen und dem Zählen von abgefahrenen Reifen nicht zu wiederholen. Das ist doch keine Politik. Wir haben eine Perspektive, die hier eröffnet wird.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zur Kriminalpolizei ausführen. Wir wissen um die Problematik,

die wir bei der Kriminalpolizei haben. Wir wissen, daß wir die Stellenplanobergrenzen in diesem Bereich ausgeschöpft haben. Ich darf auch etwas in Erinnerung rufen, da es ein wenig damit zusammenhängt, daß es sich nicht um eine Trendwende handelt. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir im letzten Doppelhaushalt rund 1 200 Beförderungsmöglichkeiten gehabt. Diesmal haben wir 677 Möglichkeiten. Damals hatten wir 1 200. Das bestätigt mich im Grunde genommen auch ein wenig in der Aussage, daß wir im nächsten Doppelhaushalt vielleicht die 800 schaffen können, weil wir damals schon wesentlich mehr hatten.

Wenn wir damals die großen Beförderungsmöglichkeiten hatten, hatten wir auch die Stellenplanobergrenzen im mittleren Dienst der Kriminalpolizei ausgeschöpft. Es heißt dort, daß der Besoldungsgruppe A 8, also Obermeister, 30 % zugeordnet werden, der Besoldungsgruppe A 9, also Hauptmeister, 70 %. Weil das alles schon erfüllt war, konnten wir im letzten Jahr für die Kriminalpolizei auch nichts Gutes tun, da wir wesentliche Verbesserungen bei der Schutzpolizei vorgenommen haben. Erinnern Sie sich noch? Wir haben damals das Haushaltsgesetz geändert und Beförderungsmöglichkeiten eröffnet, weil die Stellenplanobergrenzen für den mittleren Dienst der Polizei damals bundesweit verbessert wurden. Es war die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz, daß wir auch die Stellenplanobergrenzen für die Kriminalpolizei verändert haben wollten.

(Beifall der CDU)

Leider haben uns alle anderen Länder im Stich gelassen. Wir standen in dieser Frage alleine da. Wenn wir uns jetzt so verhalten, daß wir entgegen den Stellenplanobergrenzen, die in einer Bundesverordnung festgelegt sind, weitere Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst der Kriminalpolizei eröffnen, dann tun wir dies mit der klaren Zielsetzung, daß es uns gelingt, in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern diese Stellenplanobergrenzen zu unseren Gunsten zu verändern, nämlich 80 % und 20 %, um das einmal zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, weiterhin ist es wichtig, festzuhalten, daß die Einstellung einer Hundertschaft bei der Bereitschaftspolizei in jedem Jahr gesichert ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Herr Kollege Bischel, die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit ist auch für Ihre Fraktion beendet.

Abg. Bischel, CDU:

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es wäre mir natürlich sehr lieb

gewesen, insbesondere noch auf den Kollegen Rotter eingehen zu dürfen, da er hier wieder ein Weltbild verkündet und dargestellt hat, das mit der Wirklichkeit in unserem Lande überhaupt nichts zu tun hat. Die Redezeit erlaubt es mir aber leider nicht, auf Details einzugehen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:**

Das Wort hat Herr Kollege Steffny.

**Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich komme wieder zum Sport zurück.

Wenn wir als GRÜNE zum Teilbereich des Sportes in der Beratung des Einzelplanes Stellung nehmen, dann lassen Sie mich zunächst deutlich sagen, daß wir hier Sport-, Spiel- und Freizeitaktivitäten in einem übergreifenden Sinne verstehen und zusammenfassen und uns nicht auf das Spektrum olympischer oder durch Sportverbände vorstrukturierte und ausgewählte Sportarten beziehen.

Der Bau von Radwegen, die Spielplätze für Kinder und die Reinhaltung von Flüssen und Seen schaffen oft wirksameren Raum für sportliche Aktivitäten als eine Erfolgsstatistik, die lediglich neue Turnhallen, Laufbahnen und Tennisplätze summiert und deren Zuwachs allein als Indikator des sportlichen Angebotes betrachtet wird.

Es wird übersehen, daß mindestens in gleichem Maße Möglichkeiten von Sport und Spielen auf Straßen und in Höfen, vor allen Dingen des allgegenwärtigen Autos wegen, verschwunden sind, Flüsse zu Kloaken verkommen sind und teilweise auch Seen nachhaltig vergiftet werden. Sie stehen für eine Sport- und Freizeitnutzung nicht mehr zur Verfügung.

Neue, an der Peripherie der Gemeinden und Städte angesiedelte Sportanlagen, leider allzuoft durch Vereinsmeierei und Stacheldrahtabsperrungen vor möglichen Benutzern geschützt und abgeschirmt, reglementieren den elementaren Bewegungsdrang. Ballspiele auf öffentlichen Plätzen und Höfen können ein Ärgernis mit Einschreiten der Polizei werden. Von wenigen Ausnahmen des Laufens und Radfahrens abgesehen, ist Sport mit Mitgliedschaft in Vereinen, Formalitäten und Kosten verbunden, für Schüler mit der Zwangsjacke der Schulzensuren, Herr Minister Gölder.

Sport und Spiel sind also statt Befreiung von Zwängen der Industrie- und Leistungsgesellschaft ein treues Abbild derselben geworden. Diese kritischen Vorbemerkungen möchte ich noch um einige Sätze zum Problem des Sportes und der Umwelt ergänzen, ein Thema, dessen sich auch der Sport in wachsendem Maße selbst bewußt wird.

Lärm und Flächenverbrauch stehen besonders in besiedeltem Raum als Zielkonflikte an. Daß der Sportanlagenbau häufig am Bedarf vorbei ohne die notwendigen klaren Richtlinien des Ministeriums und ohne Sportleitplanungen der Kommunen vor sich geht, häufig auch falsch und zu viel nebeneinander gebaut wird, das ist den Berichten des Rechnungshofes zu entnehmen. Dies entspricht auch den Erfahrungen, die wir vor Ort machen. Kürzungen in den Haushaltsansätzen sind also wohl begründet.

Lassen Sie mich als Beispiel die Tennisplätze nennen, die eine unglaubliche Zuwachsrate besitzen. In Trier haben wir inzwischen schon über 100 Plätze. Jeder Vorortverein möchte eine eigene Tennisabteilung gründen, dies mit einer neuen Tennisanlage, das versteht sich natürlich. Da Tennis kein Sport der Armen ist, sind die notwendigen Ergänzungen auch vorhanden. Kommunale und Landeszuschüsse werden gern mitgenommen.

(Staatsminister Dr. Wagner: Da sieht man, wieviel Reiche wir haben!)

- Wenn es so schön wäre, wie Sie es sagen, müßten wir doch 1 000 Tennisplätze in Trier haben. Leider haben wir aber 15 % Arbeitslosigkeit, und diese Arbeitslosen werden selten Tennis spielen.

(Staatsminister Dr. Wagner: Es reicht doch! Die können doch nicht den ganzen Tag Tennis spielen!)

Ohne Rücksicht auf innerstädtisch nutzbare Flächen, ohne Bedacht auf die Auswirkungen stetiger Bodenversiegelung wird weitergebaut. Dabei kann eine solche Anlage nur meistens von zwei, höchstens vier Spielern benutzt werden, häufiger nur in den Nachmittags- und Abendstunden.

(Vizepräsident Heinz übernimmt den Vorsitz)

Damit Sie mich nicht mißverstehen: Ich möchte keineswegs den Tennissport verteufeln, aber als Politiker müssen wir uns doch fragen, ob Tennis nicht zur Zeit modisch auf einer Boris- und Steffi-Welle reitet und wir angesichts des Zielkonfliktes fehlender Freiflächen anderes fördern müssen und das Augenmerk der Förderung wieder mehr den breiten Bevölkerungsschichten zugute kommenden Schwimmbädern, Bolzplätzen und Mehrzweckhallen für Schul- und Freizeitsportarten widmen müssen.

Die Herrichtung von Baggerseen, die Umwidmung manch gekünstelter Parkflächen kostet beispielsweise vergleichsweise wenig. Wir sind deshalb der Meinung, daß so auch mit etwas weniger Geld vernünftige Anlagen für Sport und Spiel errichtet werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN -

Zuruf von der CDU: Sie haben keine Ahnung!)

- Natürlich, Sie sind, nehme ich an, der Fachmann. Sie wissen nicht, wieviel ich mit Sport zu tun habe!

Ganz anders ist natürlich die Politik der F.D.P. Sie hatte auch hier der Privatisierung einen breiten Korridor geöffnet, ganz zum Nachteil der Kommunen und der Vereine, die hellhörig werden sollten.

Ein weiterer Zielkonflikt zwischen Umwelt und Sport betrifft vor allen Dingen die Wassersportarten. Dabei sind Einzelfalllösungen auf der Grundlage von Biotopkartierungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzunehmen. Es ist für uns klar, vor allem wegen der gefährdeten Wasservögel, daß wertvolle Biotope oder kaum berührte Naturräume nicht zur Disposition stehen. Den nicht motorisierten Wassersport gänzlich zu verbannen, kann aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll sein, da dies in unserer Gesellschaft mit zusätzlich belasteten Fernreisen und Belastung ferner Biotope verbunden wäre.

Es gibt aber auch aus ökologischer Sicht Unerträgliches, das sich unter dem Decknamen „Sport“ ungebührlich versteckt. Wir meinen den sogenannten Motorsport. Auf dem Nürburgring mit einer Vielzahl von Rallyes im Lande präsent werden mit Rücksichtslosigkeit Lärm und Abgase, teilweise sogar in Landschaftsschutzgebieten, verbreitet.

Angesichts der vielen Tausenden von Toten im Straßenverkehr sind solche Schaustellungen pädagogisch verheerend und makaber. Sie gehören verboten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lehnen Sie die Förderung der Nürburgring GmbH ab!

Auf einer anderen Ebene liegt unsere Ablehnung einer rohen und gefährlichen Sportart wie Bóxen.

Die Selbstverwaltung des Sportes durch den Landessportbund wird von uns nicht in Frage gestellt, auch wenn wir uns weniger hierarchische Strukturen wünschen könnten. Dennoch können wir uns mit der Förderung des Leistungssportes durch den Landessportbund mit öffentlichen Geldern nicht einverstanden erklären

Ohne Zweifel werfen die Methoden der Manipulation von Sportlern deren gesellschaftliche Verantwortbarkeit auf. Der Vorbildcharakter des Spitzensportes ist in mancher Sportart in Zweifel zu ziehen. Die im Landeshaushalt ausgewiesenen Gelder in diesem Bereich dienen vorrangig der Nachwuchsförderung auf dem Weg zum Spitzensport, der aber allzu häufig junge Menschen in Sackgassen hineinführt und als Aushängeschild für nationale und kommerzielle Zwecke mißbraucht wird. Weil der Kommerz immer mehr das Sagen hat - Calgary hat wohl auch dem allerletzten die Augen geöffnet -, sollte die Industrie allein bezahlen. Staatsgelder sind aber besser im Breiten- und Behindertensport aufge-

hoben als damit Konzerne der Sportvermarktung zu subventionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herrn Eymael muß ich vorwerfen, daß er nicht durchblickt, indem er einerseits den Berufssport zwar nicht, aber andererseits den Spitzen- und den Höchstleistungssport fördern will. In welcher Welt lebt er denn? Wie will er denn heute Amateursport und Berufssport noch trennen? Das hat doch einen fließenden Übergang.

(Zurufe von der SPD)

- Das weiß ich allerdings. Heute versteckt sich hinter Amateursport oftmals tatsächlich Berufssport.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Sport und Spiel werden von den GRÜNEN für alle Bevölkerungsschichten wegen ihres Erlebnischarakters in einer bewegungsfeindlichen Arbeits- und Konsumwelt befürwortet. Sport und Spiel richtig betrieben sind bestens geeignet, physische und psychische Krankheiten und deren soziale Kosten zu vermeiden.

(Zuruf von der CDU: Steht in der Broschüre!)

Die staatliche Sportförderung darf aber weder in Anlagenbau noch in Zuschüssen zu den laufenden Kosten mit der Gießkanne vorgehen. In diesem Sinne habe ich den Komplex des Sportes engagiert und differenziert betrachtet.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinz:**

Ich erteile Herrn Staatsminister Geil das Wort.

**Geil, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport oberflächlich betrachtet und beispielsweise feststellt, daß 74 % auf Personalkosten entfallen, daß eine Vielzahl von Verwaltungseinnahmen verzeichnet ist, daß in vielfältiger Weise Sachmittel ebenfalls ihren Niederschlag finden, und zwar in sehr unterschiedlichen Bereichen, dann könnte man zunächst meinen, dieser Haushalt habe seine Struktur weitgehend vorgegeben.

Ich bin sehr dankbar, daß in allen Redebeiträgen, wenn ich einmal von dem Beitrag der GRÜNEN absehe, deutlich wurde, daß in diesem Haushalt aber auch sehr gezielte Akzente gesetzt werden, die durchaus die Zukunft des Landes, seiner Gemeinden und seiner Bürger sichern wollen.

Vor diesem Hintergrund gestatten Sie mir, daß ich, da ich das erste Mal seitens der Landesregierung diesen Haushalt gegenüber dem Parlament zu vertreten habe, zunächst ein herzliches Wort des Dankes an meinen Vorgänger Kurt Böckmann sage;

(Beifall bei der CDU)

denn ich habe vor etwa neun Monaten von ihm ein sehr gut geführtes Ministerium übernommen. Ich bringe das für mich auf die Formel: Es lohnt sich und es macht Freude, in diesem Ministerium zu arbeiten. - Das ist im wesentlichen das Verdienst meines Vorgängers.

(Beifall der CDU)

Ich habe heute - das ist für mich nicht neu - von dem ersten Redner der Opposition zunächst wieder Angriffe gegen meine Person und Bewertungen über mein Amt, vor allen Dingen über meine Amtsübernahme, hören müssen. Herr Kollege Körper, wenn Sie es noch einmal nachlesen, dann war das etwas dünn und dürftig. Aber hoffentlich ist es bei Ihnen nicht so, daß man immer dann, wenn man zur Sache nichts zu sagen hat, in Personalbeschimpfungen ausweicht. Das wäre dann sicherlich zu wenig

(Körper, SPD: Wen habe ich denn beschimpft?)

Ich bedanke mich bei den beiden Koalitionfraktionen, weil sie diesen Haushalt - so haben sie zu erkennen gegeben - auch mit den vom Haushalts- und Finanzausschuß vorgesehenen Erweiterungen und Ergänzungen voll unterstützen. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses für die intensive Beratung; sie dauerte immerhin zwei Tage.

Ich möchte aus meiner Sicht sagen, daß wir sicherlich trotz schwieriger oder erschwerter Rahmenbedingungen die uns gestellten Aufgaben offensiv anzugehen versuchen und daß wir Schwerpunkte setzen, beispielsweise in der Weiterführung des umfangreichen und erfolgreichen Dorferneuerungsprogrammes als einem wichtigen Impuls für die Strukturpolitik des ländlichen Raumes.

Wir setzen einen Schwerpunkt durch die Stärkung der finanziellen Entscheidungsfreiheit und der Investitionsbereitschaft der Kommunen mit einer, wie ich meine, außergewöhnlich hohen Zuwachsrate bei den Schlüsselzuweisungen.

Wir setzen einen Schwerpunkt in der Verbesserung der Polizei und des Verfassungsschutzes - ich erwähne das hier ganz bewußt -, um den personellen und sachlichen Anforderungen zu entsprechen und damit verstärkt Sicherheit für die Bürger zu garantieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen einen Schwerpunkt in Verbesserungen des Brand- und Katastrophenschutzes durch bedarfsgerechte Anpassungshilfe in der Erneuerung und in dem Ausbau der Rettungsleitstellen.

Wir setzen mit zusätzlichen Mitteln Schwerpunkte in der institutionellen Sportförderung und dem so wichtigen Bereich - vergessen Sie diesen Bereich bei aller Diskussion über den Sport nicht - des Behindertensportes. Die Steigerungsrate ist beim Behindertensport am größten und nicht im Bereich der Leistungssportförderung, die ich selbstverständlich auch bejahe.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen Schwerpunkte in einer Stärkung der staatlichen Leitungs- und Leistungsfähigkeit, da Verwaltung heute und in Zukunft sicherlich weit mehr in erster Linie Dienstleistung und damit Bürgerservice sein muß.

Wir setzen Schwerpunkte im Ausbau der Kommunikations- und Informationstechnik in der Landesverwaltung. Dies gilt beispielsweise auch für die Kataster- und Vermessungsverwaltung, um dort den Weg der Automatisierung konsequent weiterzuerfolgen, weil er heute auch im Dienste des Bürgerservices notwendig ist.

Wir setzen letztlich Schwerpunkte in diesem Haushalt und mit diesem Haushalt im Ausbau unserer partnerschaftlichen Beziehungen zu Ruanda, um unsere Verantwortung gegenüber den Menschen in den Entwicklungsländern zu dokumentieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich gerade an diesem Punkt - das gilt auch für viele weitere - für die Einmütigkeit zwischen CDU und F.D.P. als Koalitionspartner und auch der SPD-Fraktion. Ich meine, viel wichtiger als dieser Ansatz von rund 6 Millionen DM in unserem Landeshaushalt - es kam eben ein Zwischenruf: Was kann man denn damit machen? - ist, daß wir mit diesen Landesmitteln eine Initialzündung wie in den vergangenen Jahren geben wollen, damit dieser Gedanke und diese Idee sich in unseren Kommunen in den Organisationen und Vereinen niederschlagen, die in vielfältiger Weise die 6 Millionen DM aus dem Haushalt ergänzen und sie multiplizieren. Dann wird es in der Tat eine sehr wirksame Hilfe für die Bevölkerung in unserem Partnerland.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege Körper, es gibt darüber hinaus auch weitergehende Hilfe des Landes. Sie haben mich auf meine Heimatstadt angesprochen. Ich weiß, was Herr Kollege Brüderle dort bewilligen kann. Die Landesregierung hat sich über diesen Haushalt hinaus in vielfältiger Weise auch um Praktikatenausbildung bemüht und wird das weiter tun.

Meine verehrten Damen und Herren, in den letzten Wochen und auch heute wiederum sind mir gerade von der SPD in der Öffentlichkeit Vorwürfe gemacht worden, die immer wieder darin gipfelten, die Polizei könne aufgrund einer unzureichenden Personalausstattung und teilweise auch unzureichenden Sachausstattung ihre Aufgaben nicht erfüllen. Auch die Polizeigewerkschaften mischten kräftig vor Ort mit.

Die Kriminalstatistik 1987 widerlegt diese Meldungen eindeutig. Rheinland-Pfalz erreichte 1987 in der Aufklärungsquote wiederum den drittgünstigsten Platz unter allen Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Hier sind auch all die Bundesländer mit einer wesentlich günstigeren Polizeidichte eingeschlossen. Also kann es nicht allein davon abhängen.

(Itzek, SPD: Vielleicht hängt es an der Statistik!)

- Die Statistik ist eine Bundesstatistik, Herr Kollege Itzek.

(Itzek, SPD: Trotzdem!)

- Wenn Sie meinen, es liegt daran, dann lade ich Sie zu einer nächsten Sitzung des Innenausschusses oder auch zu mir ins Ministerium ein. Dann werde ich Ihnen erläutern, wie diese Statistik aufgestellt wird. Ich werde Sie mit Fachleuten, also Polizeibeamten, konfrontieren, die Ihnen das erläutern können. Dann werden Sie erkennen, daß das keine geschönte Statistik, sondern eine einheitliche Bundesstatistik ist.

(Itzek, SPD: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Wir liegen auf dem drittgünstigsten Platz. Ich danke der Polizei dieses Landes, daß sie sowohl bei der Kriminalpolizei als auch bei der Schutzpolizei ihren Dienst leistet und dazu beiträgt, daß innere Sicherheit in unserem Lande garantiert ist.

(Beifall der CDU und der F.D.P. -  
Grimm, SPD: Da haben die aber nichts davon!)

Es war für mich sehr interessant, daß Herr Körper Überschriften aus Zeitungen zitiert hat. Aber, Herr Kollege Körper, das waren alles Überschriften aus Zeitungen, die vor der Veröffentlichung der Kriminalstatistik datieren. Jetzt lese ich einmal vor, wie das aussah, als die Kriminalstatistik in Rheinland-Pfalz veröffentlicht und auch bei Polizeistellen bekannt war: „Aufklärungsquote besser als im Landesdurchschnitt (57 %)“. Das ist eine Meldung der örtlichen Polizei, keine Meldung von mir. „Straftaten gehen in Kaiserslautern zurück“. „Kripo meldet höhere Aufklärungsquote“. Es ist immer jeweils ein anderer Kreis. „Die Pirmasenser Polizei ist Spitze in Rheinland-Pfalz“. „92 % aller Umweltdelikte wer-

den gelöst“. „57 % Aufklärungsquote bei allen Delikten“. So geht es weiter. Ich könnte fortfahren.

(Beck, SPD: Haben Sie zufällig auch ein paar Zitate aus Landau da?)

- Schauen Sie sich es an. Ich habe es jetzt gerade nicht hier, Herr Kollege Beck.

(Beck, SPD: Ich kenne die Situation in Landau!)

- Ich kenne sie auch.

(Beck, SPD: Ich betrachte sie auch differenziert, differenzierter als die Kollegen von der CDU-Fraktion!)

- Aber ich habe im Augenblick Polizeimeldungen und Aussagen von Polizeibediensteten und teilweise von Gewerkschaften zitiert. Es ist doch völlig natürlich, daß in einer Phase, in der ein Haushalt im Ministerrat vorbereitet wird, in der er ins Parlament eingebracht wird, jeder berufsständische Verband sich darum bemüht, Verbesserungen zu erreichen.

(Itzek, SPD: Das ist auch legitim!)

Ich habe das überhaupt nicht zu kritisieren. Ich habe mich auch in keinem einzigen Fall - darauf lege ich großen Wert - in dieser Phase gegenüber einer solchen Meldung geäußert.

Es schlägt geradezu um nach einem Datum, bei dem man sagen kann, man hat Leistung bewiesen. Auch unsere Polizei will Leistung bringen. Das ist übrigens auch vom Sprecher der SPD hier so gesagt worden.

Ich gehe jetzt gern den Mittelweg und sage, so schlecht, wie die Überschriften aus der Zeitspanne nun lauteten, aus der Sie, Herr Kollege Körper, zitierten, ist es nun doch nicht um unsere Polizei bestellt. Es geht im Augenblick in der Tat auch darum, daß wir, wenn ich das etwas glossierend formulieren darf, einen Wettlauf beginnen, wer die beste Einrichtung vorhält und unterhält. Niemand im Lande Rheinland-Pfalz kann - das ist für mich wesentlich - ernsthaft in Zweifel ziehen, daß unsere Sicherheitskräfte nicht in der Lage wären, den ihnen gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Ich kann der Bevölkerung sagen und garantieren, daß innere Sicherheit im Lande Rheinland-Pfalz mit denjenigen garantiert werden kann, die dort tätig sind.

(Beifall der CDU und bei der F.D.P.)

Natürlich bemühen wir uns um weitere Verbesserungen. Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf ist Beweis dafür; es sind vielfältige Verbesserungen hier genannt worden, vor allem von den Fraktionssprechern der Koalition. Deshalb erspare ich es mir, sie jetzt noch einmal alle aufzulisten. Ich will drei oder vier Punkte herausgreifen.

Wir haben in der Tat ein echtes Stellenmehr von 150 Stellen in diesem Doppelhaushalt, weil ich die zurückgeführte und weggefallene Einsparungsaufgabe mit berücksichtigen muß.

Es ist sichergestellt, daß in diesem Jahr und auch in 1989 jeweils eine Ausbildungshundertschaft ihren Dienst oder ihre Ausbildung beginnen kann.

Des weiteren ist es möglich, die Funktionsanalyse in ihrer Fortführung zu etwa 91 % im gehobenen Dienst und zu knapp 84 % im höheren Dienst mit diesem Haushalt auszuschröpfen.

677 Stellenhebungen werden möglich. Die tatsächliche Beförderungszahl liegt darüber; denn hier muß ich im Sinne der Durchschlüsselung und des Durchstiegs davon ausgehen, daß jede Beförderung auch eine Beförderungsstelle freimacht. Das kann man nicht alles aufs Jahr beziehen. Das geht teilweise auch über den 31. Dezember hinaus, weil es dort auch Wartefristen gibt. Aber die Zahl wird auf jeden Fall wesentlich höher sein.

Vor diesem Hintergrund stelle ich fest, wir garantieren der Polizei unseres Landes den Leistungsanreiz. Wir erwarten Leistung. Wir honorieren aber auch Leistung. Das ist das Entscheidende.

(Beifall der CDU)

Wenn ich das hier für die Polizei sage, dann gilt das auch für alle weiteren Bereiche meines Haushaltes. Auch dort wird gerade im mittleren Dienst und im gehobenen Dienst eine Vielzahl von zusätzlichen Leistungsanreizen gegeben. Ich bin vor allen Dingen froh darüber, daß das bedrückende Problem im Bereich der Beförderungseingpässe bei den Kriminalobermeistern hier gemildert werden kann.

Selbst wenn wir uns auf Bundesebene mit einer Änderung des Stellenschlüssels durchsetzen - dies ist ein Antrag von Rheinland-Pfalz, der der Innenministerkonferenz vorliegt -, muß ich darauf hinweisen, daß wir mit den Zahlen, die wir jetzt gemeinsam überlegt haben, diese Größenordnung bereits um 1,24 % überschreiten würden. Dann kann keiner mehr davon sprechen - das sage ich ganz klar, Herr Kollege Bruch -, da wäre kein Leistungsanreiz mehr gegeben.

Zur Frage: Wo ist die Bewertung der Polizei? - Hier ist sie, meine verehrten Damen und Herren. Wir bewerten den Dienst so, daß wir Beförderungsmöglichkeiten bieten. Ich hoffe, daß in den kommenden Jahren weitere hinzukommen.

Zu Ihrer rhetorischen Frage: Wo war der Innenminister im Ausschuß? - Ich meine, dieser hätte gerade Ihnen, das können Sie noch einmal nachlesen, in vielfältiger Weise Antwort gegeben. Ich bin Ihnen keine Antwort schuldig geblieben. Die Vorlage des Innenministers war die Ministerratsvorlage, die er in das Parlament und in den Ausschuß eingebracht hat.

Ich danke für die dadurch sowohl im personellen wie vor allen Dingen auch im sächlichen Bereich möglichen Verbesserungen.

Allein die Investitionsmaßnahmen aus dem Polizeibereich werden sich in den beiden Jahren auf 25,4 Millionen DM belaufen.

Wenn ich mir den gesamten Sachkostenbereich anschau, dann waren das 1987 58 Millionen DM, das sind 1988 60 Millionen DM, das werden 1989 62 Millionen DM sein. Meine verehrten Damen und Herren, wir gehen nicht zurück in den Leistungen für die Polizei, auch nicht im sächlichen Bereich, sondern wir steigern die Leistungen!

Dies sind auch Beiträge zur Förderung des heimischen Handwerks, des Handels und des Gewerbes, und das sind ganz selbstverständlich auch Maßnahmen, die der heimischen Industrie zugute kommen, beispielsweise in der Kraftfahrzeugbranche; denn dort sind wiederum Arbeitnehmer beschäftigt, über die wir dann über diesen Haushalt auch Arbeitsplätze garantieren. Das sage ich ganz bewußt, wenn in so despektierlicher Weise über die Polizei und über den Verfassungsschutz geredet wurde, wie das von den GRÜNEN hier geschehen ist

Meine Damen und Herren, es lohnt sich an und für sich nicht, sich damit auseinanderzusetzen. Ich will nur soviel zu Herrn Rotter sagen: Wenn man in einer Organisation, in einer Vereinigung lebt, sich bei den GRÜNEN zu Hause fühlt, Herr Professor Rotter - da sind Sie ja, wie Sie immer wieder betonen -, es dort einen Herrn Thomas Ebermann gibt, der beispielsweise in der Zeitschrift „Wiener“ im März 1987 die Einstellung der GRÜNEN zu Recht und Gesetz mit „legal, illegal, schießegal“ bezeichnet hat, oder wenn Frau Schmitt-Bott im Bundestag gesagt hat: Ja, wir GRÜNEN, wir rufen auf zu Gesetzesverletzungen, zu Rechts- und Regelverletzungen und werden uns daran beteiligen -, wenn man in einer solchen Organisation lebt und sich nicht in erster Linie mit diesen Meinungen auseinandersetzt und sie bekämpft, sondern sich hier hinstellt und uns Belehrungen über unseren Rechtsstaat geben will, dann ist man fehl am Platz, Herr Kollege Rotter!

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Diese abenteuerlichen Bemerkungen, der Verfassungsschutz oder gar die Polizei unseres Landes bewege sich nicht im Rahmen des Rechts, weise ich im Interesse der Beamten, die dort ihren Dienst tun, mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Der demokratische Rechtsstaat, der vor allem von der Menschenwürde und der Freiheit des Bürgers geprägt ist, er muß sich gegen seine totalitären und anarchistischen Gegner schützen und wehren können. Die Verwirklichung der Grundrechte erfordert die Stabilität der demokratischen

Ordnung, und dazu stehen Polizei, auch Bereitschaftspolizei, und dafür steht auch der Verfassungsschutz des Landes Rheinland-Pfalz!

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Daß darüber hinaus alle Leistungen abgelehnt werden, wie wir es eben im letzten Beitrag im Hinblick auf den Sport gehört haben, na gut, das ist ein Appendix, der wohl zu Ihren Äußerungen dazugehört, aber gehen wir zur Tagesordnung über und beschäftigen uns bitte mit ernst zu nehmenden Aussagen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Kriminalstatistik möchte ich zwei Punkte anführen; wir haben Gelegenheit, im Innenausschuß darüber zu sprechen.

Ich bin zum einen sehr froh darüber, daß Rauschgiftkriminalität und vor allen Dingen auch die Zahl der Drogentoten in Rheinland-Pfalz im Vergleich zur Entwicklung im Bundesgebiet eine atypische Entwicklung genommen haben. Ich bin sehr dankbar dafür, daß wir gerade bei der Schwerstkriminalität die höchste Aufklärungsrate haben. Sie können das nachlesen; das geht teilweise an die 100 % heran und beträgt auch in einzelnen Punkten 100 %.

Wenn dann auf der anderen Seite beklagt wird, daß in ganz bestimmten Bereichen - Sie meinten natürlich die Diebstahlsdelikte; dies war unschwer zu erkennen, als Sie die Zahl genannt haben - geringere Aufklärungsraten vorliegen, dann liegt das zum einen auch an der Differenzierung in der Statistik und zum anderen auch an den spezifischen Fällen. Aber das weiß ein ehemaliger Kriminalbeamter; diesen brauche ich darüber nicht zu belehren, denn er hat oft genug selbst diese Statistik mit erstellen müssen und auch mit ihr gearbeitet.

Eine letzte Bemerkung zur regionalen Beförderungssituation. Es ist als Beispiel Trier genannt worden, und man sprach von einem Beförderungsstau. Meine verehrten Damen und Herren, das hängt mit folgender Schwierigkeit und mit folgendem Problem zusammen: Auf der einen Seite schreiben Beamte, sie wollten unbedingt in ihre Heimatregion versetzt werden, was verständlich ist und dem wir auch gern entsprechen, wann immer es uns möglich ist. Nur führt das dann unschwer - das kann wohl jeder nachfühlen und nachrechnen - zu einer regional sehr einseitigen Altersstruktur.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder ich sage ganz klar nein zu solchen Versetzungsbegehren - das wäre nicht im Interesse der Beamten, die dies wünschen -, oder ich würde in einer Region, die in einer besonderen Weise von dieser Immobilität betroffen ist, dann zusätzliche Beförderungstellen hingeben, dies zu Lasten beispielsweise der Landeshauptstadt Mainz oder der Stadt Ludwigshafen. Auch dies wäre im Hinblick auf die Kollegen, die hier in Mainz oder in Ludwigshafen ihren Dienst tun, natürlich ungerecht.

Wenn wir nicht zu einer einheitlichen Altersstruktur im gesamten Land kommen, wird es immer Schwierigkeiten geben. Deswegen schreiben wir alle Beförderungsteile ab einer bestimmten Stelle landesweit aus, damit dann derjenige, der auf jeden Fall befördert werden will, sich an einer solchen Ausschreibung mit einer Bewerbung beteiligen kann.

Es besteht für mich - das verzeichne ich dankbar - Einmütigkeit, dies bis auf eine Fraktion, die wahrscheinlich am liebsten den Innenminister und das gesamte Ministerium abschaffen würde, wenn ich mir die Anträge anschau. Da habe ich sogar noch mehr Wohlwollen bei der SPD.

(Beck, SPD: Sie würden uns so sehr fehlen,  
Herr Kollege Geil!)

Herr Kollege Körper, das trifft mich natürlich ungeheuer und stimmt mich traurig, daß Sie meinen Einzelplan ablehnen. Das ist schon eine schlimme Sache.

(Heiterkeit bei der SPD -  
Körper, SPD: Sie können aber damit leben!)

Nur, da treffe ich mich mit meinem Kollegen Böckmann; denn das haben Sie in all den früheren Jahren auch getan. Da hat sich in Ihrer Haltung überhaupt nichts geändert. Eine differenzierte Aussage ist bei Ihnen nicht zu erkennen.

(Beck, SPD: Aber mehr als ablehnen kann man  
ja nicht, Herr Geil! Eine Differenzierung  
ist hier sehr schwierig!)

- Ja, das ist richtig

Ich bin froh, daß Einmütigkeit darüber besteht, daß unsere Polizei auch einer ständigen Anpassung bedarf, um neue Formen der Verbrechensbekämpfung zu erlernen; denn es gibt eben heute beispielsweise in der Wirtschaftskriminalität, im organisierten Verbrechen oder in der Computerkriminalität auch neue Aufgaben.

Meine verehrten Damen und Herren, ich habe gesagt: Ein Schwerpunkt ist auch die moderne Informations- und Kommunikationstechnik, die heute für Dienstleistungsunternehmen unverzichtbar ist, auch für die Landesverwaltung. Der Bürger erwartet dies, weil er einen größeren Informationsbedarf hat und weiß er zusätzliche Service-Leistungen wünscht. Deswegen nutzen wir auch diese Technik. Wir können mit den Mitteln, die wir haben, auch sicherstellen, daß wir sowohl im Ministerium wie in nachgeordneten Behörden in der Daten- und Textverarbeitung erweitern und ergänzen, und zwar in allen Behörden. Wir sind sogar in der Lage, bei der Katasterverwaltung in diesem Jahr erstmals die Digitalisierung in der automatischen Datenverarbeitung einzuführen. Wir sind hier bundesweit Spitzenreiter. Ich sage das sehr gerne, weil gerade diese Fachbehörden sehr häufig

auch kritisiert werden. Wir bemühen uns, hier in der Tat besseren Dienst für den Bürger vorzuhalten.

Ohne Zweifel ist der Personalhaushalt ein Schwerpunkt. 16 900 Bedienstete einschließlich Teilzeitarbeit gehören landesweit zu diesem Ministerium im Bereich der inneren Verwaltung einschließlich der Fachverwaltungen.

Ich möchte an dieser Stelle, weil das gestern gesagt wurde, zu den Stationierungsstreitkräften gerne einen Satz sagen. Er hat gestern formuliert, der Vorwurf der SPD, er sei eingetreten im Hinblick auf diese Stationierungsstreitkräfte, und was die SPD vorausgesagt habe, wäre eingetroffen.

(Beck, SPD: Nicht der Vorwurf, die Befürchtung!)

- Die Befürchtung sei eingetreten. Das ist der Vorwurf der SPD, Entschuldigung.

Gott sei Dank sind Ihre Tatenmeldungen des letzten Jahres und des Frühjahres im Interesse der Arbeitnehmer nicht eingetreten.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind rund 400 und weitere 450 Stellenstreichungen - die Stellen sind nicht besetzt - schmerzlich. Aber es sind Gott sei Dank keine 1 500 und auch keine 5 000, wie immer wieder gemeldet wurde. Ich habe gestern einen Brief einer Gewerkschaft erhalten. Sie bestätigt - was ich auch aus anderen Quellen weiß, aber diese werden mir häufig nicht abgenommen -, daß bis heute, bis zum 24. März, noch nicht eine einzige Entlassung ausgesprochen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, daß sie wirklich auf ein derartiges Minimum zurückgeführt werden können, daß wir mit unseren Bemühungen den Arbeitnehmern, die freigestellt werden, vor Ort helfen können. Wir werden alles daransetzen, diese Hilfe auch zu gewähren.

(Beifall bei der CDU)

Der Personalhaushalt wäre unzureichend angesprochen, wenn nicht gleichzeitig im Bereich meines Ministeriums auch die ehrenamtlich Tätigen erwähnt würden, bei der Feuerwehr, im Katastrophenschutz, im Rettungswesen, im Bereich des Landessportbundes und auch die vielen ehrenamtlich Tätigen in ihren kommunalen Ehrenämtern, die häufig vergessen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage sehr gerne: Ohne die vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit auf allen Ebenen, in allen Sach- und Fachbereichen wäre das Leben in unserem Gemeinwesen nicht vorstellbar. Insofern danke ich auch all denjenigen, die diesen Dienst leisten. Wir fördern das Ehrenamt und nicht die im Ehrenamt Tätigen; denn die finanziellen Ressourcen sind begrenzt,

aber die innere Ernststellung unserer ehrenamtlich tätigen Mitbürger bleibt die Lebensquelle, bleibt der Lebensnerv unseres Gemeinwesens.

An dieser Stelle gerne eine Bemerkung zur Landesfeuerweherschule: 1 900 Feuerwehrleute sind im letzten Jahr dort ausgebildet, weitergebildet worden. - Jetzt kann man sagen: Der Lehrkörper dort ist vielleicht zu eng. - Einverstanden. Wir investieren in diesem Jahr, damit die räumlichen Voraussetzungen verbessert werden. Ich möchte gerne auch an dieser Schule ehrenamtliche Lehrer einstellen, weil wir über ein breites Spektrum bestens ausgebildeter ehrenamtlicher Feuerwehrleute auf Kreisebene verfügen. Warum sollen wir sie nicht, nachdem sie viel gelernt haben, auch einmal wieder in die Ausbildung zurückführen und dort neben den hauptamtlich Tätigen ausbilden lassen? Das ist mein Konzept. Ich möchte auch sehr gerne für den Bereich der technischen Hilfe im weitesten Sinne - ich nenne als Beispiel den Chemieschutz - auf die Werksfeuerwehren unserer großen Industrieunternehmen zurückgreifen, die dort nebenberuflich ihr sehr dezidiertes und sehr großes Wissen, das sie aus diesem Unternehmen mitbringen, auch unserer Feuerwehr, unseren ehrenamtlichen Feuerwehrleuten zugute kommen lassen. Ich bin sicher, daß wir mit dieser Konzeption die Leistungen, die notwendig sind, auch erfüllen und erbringen können.

Meine verehrten Damen und Herren, von ehrenamtlicher Tätigkeit lebt übrigens auch unsere Dorferneuerung. Wir wollen sie in dieser Legislaturperiode verstärkt weiterführen. Es ist in der Tat ein Vorschlag der Landesregierung 1984 gewesen, sehr stark unterstützt von den damals beiden Fraktionen. Dorferneuerung ist eine echte Zukunftsaufgabe. Es ist für mich aber auch eine Investition in die Zukunft und in Zukunftsaufgaben.

(Beifall bei CDU und F.D.F.)

Wenn mittlerweile mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Gemeinden Dorferneuerung betreibt, dann ist dies ein Beweis, daß dieses Programm erfolgreich angenommen wird. Wir haben bis heute 7 500 Einzelmaßnahmen gefördert und über 1 200 Gemeinden bezuschußt. Diese Breitenwirkung belegt, daß das Dorferneuerungsprogramm greift und ernst genommen wird. Um so mehr freue ich mich, daß auch hier die Mittel im Haushalts- und Finanzausschuß noch einmal verstärkt worden sind. Ich bin sicher, es reicht dann dort immer noch nicht. Aber man muß dann auch den Mut haben, Prioritäten zu setzen. Dorferneuerung ist eine langfristig angelegte Aufgabe, die über einen Doppelhaushalt selbstverständlich hinausgeht.

Das gilt auch für die Absprache, die mit dem Finanzminister im Hinblick auf das Modernisierungsprogramm und die private Förderung getroffen ist. Ich verspreche mir gerade in diesem Bereich einen zusätzlichen Impuls für die Gebäudeerneuerung, für die Verbesserung von Standortbedingungen im ländlichen Raum, für die Auftragslage des Kleingewerbes, des Handwerks. Sie können unbesorgt sein, Herr Kollege

Körper, die Landesregierung hat in dieser Woche im Ministerrat darüber auch beraten und beschlossen, das Instrumentarium der Dorferneuerung den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre und den zukünftigen Erfordernissen anzupassen. Ohne jetzt Einzelheiten hier vorzutragen: Die Förderpalette wird erweitert, die Förderbedingungen für private und öffentliche Vorhaben werden harmonisiert, das Verfahren wird vereinfacht und der Vollzug gestrafft. Dies ist notwendig; denn Dorferneuerung im ländlichen Raum stabilisiert die Siedlungsstruktur und bringt neue Entwicklungschancen.

Dies ist das Programm der Landesregierung, und deshalb gibt es zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Innenminister in dieser Frage keinen Dissens

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie werden demnächst über die Verwaltungsvorschrift, die neu erlassen wird, dann auch mit mir öffentlich diskutieren können.

Es war zu erwarten, daß auch im Zusammenhang mit den Maßnahmen für unsere Kommunen - es wurde von einer gesunkenen Investitionstätigkeit und -fähigkeit gesprochen - wiederum die Steuerreform kritisiert wurde.

Meine verehrten Damen und Herren, die mir vorliegende Statistik gibt einen Ausweis über die Gesamtbesteuerungsbelastungen als Höchstsätze, die bei Unternehmen erreicht werden können. Da kommt man in der Bundesrepublik Deutschland auf 70 %, in Frankreich auf 60 %, in Belgien auf 45 %, in den Niederlanden auf 42 %, in Großbritannien auf 35 %. Wenn dies ohne Steuerreform, gerade für das Handwerk, für Handel und Kleingewerbe, so weiterginge, dann werden wir bald keine Ansiedlungen und keine Unternehmen mehr im ländlichen Raum erleben. Das Thema Gewerbesteuer würde sich von selbst erledigen und wir bräuchten darüber auch keine Überlegungen mehr anzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte den Sozialdemokraten entgegenhalten, was einmal eine glühende Anhängerin von Ihnen geschrieben hat. Astrid Lindgren verarbeitete 1972 ihre Erlebnisse mit dem schwedischen Finanzministerium in einem Märchen. Dieses Märchen spielt im Lande Monismanien, und darin gibt es einen Reichssteuermeister - ist ja notwendig - und eine Marginalsteuer und vor allem eine Fee: Pomperipossa. Diese ist, weil sie nie Schulden gemacht hat und weil sie auch auf keine anderen steuersparenden Einfälle gekommen ist, auf einmal bei 102 % Steuern angelangt. Dazu hat sie der Staat Schweden verpflichtet - in den 70er Jahren, meine verehrten Damen und Herren. Da setzt sich dann die schöne Fee hin, fängt an zu weinen und sagt: Du liebe Sozialdemokratie, meiner Jugend schönster Traum, was hast du nur aus den Menschen gemacht! - Meine verehrten Damen und Herren, ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

So weit kommt es, wenn man sozialdemokratischen Steuervorstellungen folgt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Mertes, SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? -  
Weitere Zurufe von der SPD)

- Das habe ich mir selbst aufgeschrieben, Herr Kollege. Ja, es tut weh, das ist klar.

(Grimm, SPD: Wie beurteilen Sie denn das  
schwedische Staatswesen? -

Anhaltend Unruhe bei der SPD und weitere Zurufe)

- Wir setzen das heute abend beim Bier fort. Dazu fällt mir noch sehr viel ein.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu den kommunalen Finanzen.

(Grimm, SPD: Unterste Schublade!)

- Nein, es ist nicht unterste Schublade. Märchen können nie unterste Schublade sein; das müßten Sie an und für sich wissen.

(Erneut Unruhe bei der SPD und Zurufe)

Ich bin sehr froh, daß wir in diesem Jahr in der Lage sind, die Schlüsselzuweisungen beträchtlich anwachsen zu lassen. Die Schlüsselzuweisungen sind nun einmal Kern und - aus dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung heraus - sicherlich auch wichtigster Bestandteil des kommunalen Finanzausgleichssystems. Sie steigen um 87 Millionen DM oder um mehr als 9 %. Wenn man das kritisiert, dann bitte ich in Parallele zu setzen, was wir an Steigerungsraten im gesamten Landeshaushalt für ebenfalls sehr wichtige Aufgaben vorgesehen haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man kann das nicht losgelöst betrachten.

(Henze, SPD: Das kann man schon!)

Ich habe vor zwei Tagen den Kommunen ein weiteres Haushaltsrundsreiben zugestellt, weil wir natürlich jetzt, auch aufgrund der Beratung, unser Haushaltsrundsreiben - -

(Grimm, SPD: Das würde uns sehr interessieren!)

- Das ist Ihnen selbstverständlich mit gleicher Post zugegangen. -

In diesem Haushaltsrundsreiben konnte ich den Kommunen unter anderem mitteilen, daß die Schlüsselzuweisungen B noch einmal um 8 DM pro Einwohner ansteigen werden. Das ist eine positive Meldung, die jetzt, zu Beginn des Jahres

zu den Gemeinden gelangt. Die Meldung beweist zugleich, daß die Beratungen vor dem Hintergrund unseres Finanzausgleichsgesetzes letztlich dazu führen, daß die Kommunen mehr frei verfügbare Mittel bekommen - das ist das Entscheidende -, damit sie gestalten und Gestaltungsaufgaben wahrnehmen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich wäre sehr dankbar, wenn die Kommunen dies auch für Investitionsmaßnahmen nutzen.

(Grimm, SPD: Sagen Sie das mal  
unserem Oberbürgermeister!  
Das ist doch lachhaft!)

- Auch mit Ihrem Oberbürgermeister diskutiere ich über diese Fragen. Auch Trier wird weiter mit Hilfe des Landes investieren können, Herr Kollege Grimm, davon können Sie ausgehen.

Wir hatten eine sehr günstige Entwicklung in den kommunalen Haushalten 1984 und 1985. In 1987 sind die Gesamtausgaben stärker gestiegen - das ist zutreffend - als die Gesamteinnahmen.

Sorge bereitet in der Tat auch für die nächsten Jahre der starke Anstieg der Sozialhilfekosten, und deshalb ist jetzt auch die Änderung bei dem Soziallastenansatz erfolgt - Steigerung um 1 Promille auf 1,5 Promille, wie Sie wissen -, damit man den am stärksten Betroffenen auch gezielter helfen kann.

Die steigenden Sozialhilfeausgaben der Kommunen haben mehrere Gründe: Natürlich hat das auch etwas mit Arbeitslosigkeit zu tun. Der größte Brocken ist unzweifelhaft die Steigerungsrate bei den Heimkosten, der Alten- und Behindertenpflege und vieles andere mehr. Weiter muß genannt werden, was aufgrund von gescheiterten Ehen heute bei uns an Sozialhilfe anfällt. Schließlich muß ich in dem Zusammenhang die Sozialhilfe für die Asylanten erwähnen.

Nun, es ist sehr leicht, öffentlich nach weiteren sozialen Leistungen zu rufen und dann, wenn die Bevölkerung sie in Anspruch nimmt, darüber zu klagen, daß sie haushaltsrechtlich verankert werden. Beides muß gesehen werden. Wer Sozialhilfeleistungen fordert, muß auch bereit sein, die Mittel bereitzustellen; und das ist in diesem Fall auch bei den Kommunen notwendig.

Wir werden alles daransetzen, daß wir dort, wo außergewöhnlich hohe Kostensteigerungen zu verzeichnen sind, auch über den Ausgleichsstock, also über Bedarfszuweisungen, Hilfen gewähren. Ich bin mit vielen Kommunen darüber im Gespräch, und zwar auch ganz persönlich mit Oberbürgermeistern und Vertretern der Fraktionen vor Ort. Deswegen haben wir auch vorgeschlagen, die Verwaltungs-

vorschriften über die Bedarfszuweisungen zu ändern; sie sind gegenwärtig im Anhörverfahren begriffen.

Ich bin sicher, daß wir nicht in allen Kommunen einen Ausgleich herbeiführen können. Doch die Zahl der Kommunen, die keinen ausgeglichenen Haushalt haben, ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen; auch dies verdient, hier festgehalten zu werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Reitzel, SPD: Im letzten Jahr?)

- Aber natürlich, in beiden letzten Jahren.

(Reitzel, SPD: Haben Sie die Zahl?)

- Im letzten Jahr waren 171 Gemeinden ohne ausgeglichenen Haushalt, während 1986 die Zahl dieser Gemeinden noch bei weit über 200 lag. Die Zahl ist auch 1987 noch einmal zurückgegangen. Ich kann mich jetzt nicht für die exakte Einerziffer verbürgen, weil ich die Statistik nicht vorliegen habe; aber ich bin bereit, sie Ihnen zur Verfügung zu stellen.

In den letzten Jahren ist also die Zahl der Gemeinden mit einem unausgeglichenen Haushalt zurückgegangen. Das deutet darauf hin, daß das Finanzausgleichsgesetz nach wie vor gut ist.

Die Belastung ist sehr unterschiedlich, und man muß sehr genau prüfen, welche Gebietskörperschaften heute noch unausgeglichene Haushalte vorlegen müssen. Noch einmal: Ganz eindeutig hängt dies sehr eng mit den Sozialhilfelasten zusammen.

(Reitzel, SPD: Natürlich!)

Wir haben freilich auch Kommunen mit durchaus vernünftigen Einnahme- und Ausgabesituationen. Das sind in erster Linie Ortsgemeinden. Ich habe mich trotzdem in meiner Vorlage nicht dazu verstanden - der Landtag ist dem auch so gefolgt -, den Ausgleich über die Ortsgemeinden zu suchen, indem man hier den Schwellenwert - 74 % derzeit - senken würde. In der Öffentlichkeit gibt es Forderungen nach einer solchen Senkung, auch aus Teilen der kommunalen Spitzenverbände. Ich habe mich nicht dazu verstanden, weil ich der Auffassung bin, wenn wir auf der einen Seite sagen: ländlicher Raum und Dorferneuerung sind Schwerpunkt, dann muß ich gerade den Ortsgemeinden die Möglichkeit lassen, daß sie auch selbst investieren können. Wenn wir diese Dorferneuerung betreiben wollen, darf ich ihnen nicht über eine Senkung des Schwellenwertes Geld wegnehmen. Deswegen möchte ich gerne auf anderem Wege versuchen, den Gemeinden zu helfen, die im Augenblick in Schwierigkeiten sind oder in den nächsten Jahren in Schwierigkeiten kommen werden.

Wir mühen uns um Konsolidierung der Haushalte, und wir wollen mit größeren Zuweisungen helfen; denn ich weiß, daß kommunale Investitionen weiter notwendig sind. Sie sind gesamtwirtschaftlich sogar geboten. Ich weiß, daß gerade auch von diesen Investitionen eine Nachfragebelebung für die Binnenkonjunktur ausgeht, die dann insgesamt unsere Auftragslage in der Wirtschaft wiederum verbessert und natürlich auch für den Mittelstand ihren Beitrag leistet.

Ein kurzer Hinweis noch auf den Vereins-, Verbands- und Breitensport. Ich glaube, wir können uns da in Rheinland-Pfalz sehen lassen. Wir wollen die Sportförderung auch in der Selbstverwaltung der Sportverbände des Landessportbundes belassen. Ich würde Sie bitten, die Verbände zu fragen, was sie vom Sportminister und von seiner Politik in diesem Bereich halten. Mit dem Urteil bin ich sehr zufrieden, das landesweit abgegeben wird.

Herr Kollege Körper, ich möchte Sie allerdings bitten, daß Sie nicht das Gerücht von dem Wegfall der Gemeinnützigkeit bei den Vereinen in die Welt setzen. Soweit ich das übersehen kann, denkt kein Mensch daran. Nirgendwo gibt es eine Initiative.

(Körper, SPD: Wir auch nicht!)

- Dann vertreiben Sie das Gerücht auch nicht, wenn Sie sagen, das stimmt.

Es liegt ein Antrag im Bundesrat vor, mit dem wir versucht haben, den Gemeinden zu helfen, indem wir beispielsweise für Übungsleiter einen größeren Freibetrag zur Verfügung stellen und vieles mehr. Ich erläutere das nicht im einzelnen, weil wir darüber diskutiert haben. Wir wollen den sporttreibenden Vereinen helfen. Wir wollen einen Beitrag leisten, daß es auch in Rheinland-Pfalz weiterhin Amateur-Bundesligavereine gibt.

Wir wollen Leistungszentren. Wir wollen Olympia-Stützpunkte. Wenn die institutionelle Sportförderung in jedem Jahr um 10 % steigt, dann meine ich, ist es eine sehr beachtliche Größenordnung, die man durchaus nennen kann.

Ich meine, wir sind mit diesem Haushalt durchaus in schwierigeren Zeiten in der Lage, den Kommunen zu helfen, die Aus- und Fortbildung zu verbessern, um den Bürgern zu dienen, den Polizeihaushalt auszuweiten und damit ebenfalls zu verbessern, Sport und Freizeit die notwendige finanzielle Unterstützung zu gewährleisten und auch das breite bürgerschaftliche Engagement im Ehrenamt weiter zu fördern, weil wir uns um das Miteinander in unserer Gesellschaft bemühen und mit diesem Haushalt den Grundstock für unsere zukünftige Entwicklung leisten wollen.

Ich bedanke mich für die Beratung. Ich bedanke mich im voraus für die Zustimmung der Mehrheit des Hauses

(Anhaltend Beifall der CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Heinz:**

Meine Damen und Herren, es liegen zu dem Einzelplan 03 keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich rufe die Beratung zum **Einzelplan 14 - Ministerium für Umwelt und Gesundheit** - auf.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nagel das Wort.

**Abg. Nagel, SPD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle reden vom Umweltschutz, wenige hören wirklich zu, was angesichts der späten Abendstunde bis zu einem gewissen Grade auch verständlich ist, und noch weniger wird konkret und zielgerichtet gehandelt. So gesehen bestätigt die Mehrheit dieses Parlaments - damit meine ich vor allen Dingen die noch verbliebenen Damen und Herren vor mir und zu meiner Rechten - nicht nur heute abend die Richtigkeit dieser Feststellung. Umweltschutz verlangt nach unserem Dafürhalten ein konzeptionelles, ein vorausschauendes Denken in einer vielfältig vernetzten Art und damit auch in einer einzelplanübergreifenden Form. Aber erst die wirkliche Umsetzung all dieser Gedanken ist dann konkreter und wirklicher Umweltschutz.

(Beifall der SPD)

Dies bedeutet - jetzt erschrecken Sie nicht -, daß eigentlich nicht nur der Einzelplan 14 heute abend aufgerufen ist, sondern im Grunde genommen noch einmal der Gesamthaushalt, weil vorsorgender Umweltschutz in allen Bereichen der Politik mit bedacht und mit berücksichtigt werden muß.

(Beifall der SPD)

Einzelne Aktivitäten auf wenigen Seiten eines Einzelplans zusammengeschrieben, die einem vernetzten Umweltdenken nicht gerecht werden, sind entweder bloßer Aktionismus oder auch bewußte Augenwischerei, um von der ernststen Gesamtproblematik abzulenken.

Ähnlich wie gestern vormittag, an dem wir entlang dem Einzelplans des Ministerpräsidenten die Grundzüge der Politik debattiert haben, wäre es somit nötig, entlang dem jetzt aufgerufenen Einzelplans die Gesamtpolitik der Landesregierung auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen, nein mehr noch, zu untersuchen, wo die gestalterischen Einflüsse auf die Einzelpläne des Umweltministers im Sinne einer vorsorgenden und aktiven Umweltpolitik sind.

Sehr geehrter Herr Minister Wilhelm, ich meine dies nicht persönlich, dafür kennen wir uns zu gut. Dieser Doppelhaushalt in seiner Gesamtheit weist Sie bestenfalls als Umweltverwalter und nirgendwo als aktiven Umweltgestalter aus.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht meine Aufgabe, hier zu untersuchen, ob dies an mangelnder Durchsetzungsfähigkeit im Kabinett oder vielleicht noch an einer gewissen Phantasielosigkeit Ihrerseits liegt, weil Sie noch zu jung im Amt sind, obgleich Sie das Frischlingsstadium weiß Gott überwunden haben sollten.

(Beifall der SPD -  
Beck, SPD: Deshalb hat er keine Streifen mehr!)

Herr Minister, wir erinnern Sie nur daran, Sie allein tragen politisch die Verantwortung im Rahmen Ihrer Zuständigkeit als Landesminister für jegliche Defizite im Umweltbereich. Ich mußte feststellen, daß selbst die Fraktionen der Regierungskoalition sich im Haushaltsausschuß enttäuscht vom Einzelplan 14 gezeigt haben. Deshalb haben sie sicherlich auch eine Reihe von weiteren Anträgen eingebracht, auf die ich nachher noch zu sprechen komme.

Von daher darf es sie nicht wundern, wenn die SPD als Oppositionsfraktion die Gestaltungskraft und den Ideenreichtum in Ihrem Hause vermißt.

Dieser Gesamthaushalt bestätigt im Übrigen, insbesondere in seinen umweltrelevanten Ansätzen, daß diejenigen, die ihn zu verantworten haben, sicherlich nicht vorn auf der Lokomotive sitzen, sondern bestenfalls Mitreisende im letzten Waggon sind, um dann, wenn es opportun erscheint, ganz schnell im Bremserhäuschen zu sitzen. Jedenfalls werden wir in Rheinland-Pfalz mit diesem Gesamtwerk nicht Gefahr laufen, eine Vorreiterrolle in Sachen Umweltschutz im Reigen der Bundesländer einzunehmen.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Bei dieser Gelegenheit will ich einmal versuchen, die Ideenlosigkeit - ich kann es auch positiv ausdrücken und es Ihre spätere Einsicht nennen - an einigen Beispielen zu verdeutlichen.

Erstes Beispiel: Ich habe anläßlich der Novellierung des Landespflegegesetzes anhand von Daten und Fakten, von Briefen und Protokollen belegt und dargestellt, wie es zu dem sogenannten Wiesenextensivierungsprogramm gekommen ist, das ich im Übrigen begrüße, nachdem ich in aller Bescheidenheit für mich in Anspruch nehme, daß ich der eigentliche Initiator dieses Programms gewesen bin.

Vor rund sieben Jahren hatte ich im Umweltausschuß die Problematik des systematischen Wiesenumbruchs mit den daraus resultierenden Folgen angeprangert. Dem damaligen Umweltminister Geil war das Problem - ausweislich des Protokolls - gänzlich unbekannt.

(Zuruf von der CDU)

Es bedurfte eines jahrelangen - das kann man nachlesen - und hartnäckigen Nachhakens in Form von Briefen, Anträgen und vielem mehr, was dann im vorletzten Jahr zur Auf-

lage dieses Wiesenextensivierungsprogramms geführt hat und den Passus ins Landespflegegesetz brachte, daß der Umbruch von Wiesen in grünlandarmen Gebieten nunmehr verboten ist. Meine Damen und Herren, das ist der Ideenreichtum à la CDU.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Ein zweites Beispiel: In der Frage der Reinigung von Abwässern in den dünner besiedelten Regionen unseres Landes ist diese Landesregierung dabei, die Bankrotterklärung abzugeben.

(Kramer, CDU: Sprüche!)

Wenn die Zeit ausreicht, wird der Kollege Bojak dazu nachher noch einiges sagen. Jetzt nur soviel: Als die SPD-Fraktion schon vor längerem den Vorschlag machte, von den teuren Großsystemen mit zig Kilometer langen Hauptsammlern wegzukommen und statt dessen kleinere und dezentrale Einheiten zu bauen, wurde dies so abgetan, als sei es ein fürchterliches sozialistisches Marterwerkzeug. Bei den Haushaltsberatungen im Haushalts- und Finanzausschuß vor wenigen Wochen - man höre und staune - fordert die CDU unisono mit der F.D.P., was selten genug vorkommt, just jene kleine Einheiten, als hätte sie gerade den Stein der Weisen gefunden. Auch das ist Ideenreichtum à la CDU.

(Beifall bei der SPD)

Ein drittes Beispiel: Gegen Ende der letzten Legislaturperiode brachte die SPD-Landtagsfraktion den Antrag ein, das Energiewirtschaftsgesetz mit der Zielrichtung zu novellieren, den Umweltschutz dort mindestens gleichrangig zu verankern. Der damalige Wirtschaftsminister Geil wie auch der heutige Fraktionsvorsitzende Keller überboten sich gegenseitig, uns klarzumachen, wie typisch sozialistisch es wieder sei, alles per Gesetz regeln zu wollen.

Am letzten Sonntag fiel mir beim Lesen meiner Sonntagszeitung beinahe die Kaffeetasse aus der Hand; denn ich las Sätze, die mir, da ich sie selbst schon einmal für meine Fraktion formuliert hatte, doch recht bekannt vorkamen

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das geht vielen genauso!)

Herr Präsident, deshalb zitiere ich mit Ihrer Erlaubnis nicht ohne Genuß:

„Für die Zukunft genüge es nicht mehr, daß Energie - wie in dem seit 1937 gültigen Energiewirtschaftsgesetz dargestellt - nur ausreichend sicher und kostengünstig zur Verfügung stehen müsse. Sie müsse vor allem auch umweltverträglich sein.“

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und  
vereinzelte bei der CDU)

Dieses Plädoyer für eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes kam aus dem Munde unseres CDU-Kollegen Peter Schuler und stellte die Meinung der Kommission Umweltschutz der CDU/CSU-Fraktionen aus Bund und Ländern mit Ausnahme von Bayern dar. Auch das nenne ich Ideenreichtum à la CDU.

Herr Kollege Schuler, es wird Sie nicht wundern, wenn wir in Kürze unseren Antrag auf Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes hier wieder einbringen und dann im wahren Sinne des Wortes die Nagelprobe mit Ihnen machen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, schließlich ein viertes und letztes Beispiel: Mein Kühlschrank in meinem Landtagsbüro hatte seinen Geist aufgegeben. Ich suchte nach einer umweltgerechten Entsorgung. In einem Briefwechsel mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz und - ich gestehe - mit entsprechender Publikation desselben konnte ich anregen, daß sich die Stadt Mainz ein Entsorgungsgerät beschaffte, das künftig alle Kühlgeräte der Mainzer Region von dem FCKW-haltigen Kältemittel befreit. Aufgrund dieser Veröffentlichung kam der Bundesinnungsverband des Kälteanlagenbauerhandwerks auf mich zu und machte mir klar, welche Problemdimension sich dahinter verbirgt, nämlich bundesweit 3,5 Millionen Schrottkühlschränke jährlich mit beträchtlichen Mengen an FCKW und Schmierölen. Ergo formulierte ich für meine Fraktion einen Antrag, der sich derzeit hier in diesem Parlament in der Beratung befindet, und zwar mit der Aufforderung an die Landesregierung, binnen kürzester Frist ein landesweites Entsorgungskonzept vorzulegen.

Hätte ich am 15. dieses Monats bei der Lektüre jener Pressemitteilung des Herrn Umweltministers eine Kaffeetasse in der Hand gehabt, sie wäre mir beinahe wieder entglitten;

(Zurufe von der CDU)

denn ich durfte lesen, daß nun auch Herr Wilhelm den Einfluß der Fluorchlorkohlenwasserstoffe auf die Ozonschicht als wissenschaftliche Erkenntnis anerkannte und er deshalb die Landkreise und kreisfreien Städte aufforderte, die in Haushaltskühlgeräten und Gefrierschränken enthaltenen Fluorchlorkohlenwasserstoffe einer Entsorgungsmöglichkeit zuzuführen.

(Beck, SPD: Über Nacht ist es über ihn gekommen!)

Auch das ist Ideenreichtum à la CDU.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele, die sich beliebig fortsetzen ließen, entlarven die Art und Weise, wie Sie Umweltpolitik verstehen und begreifen, und zwar eben

nicht als zeitgerechte und dringend notwendige Vorsorge, sondern bestenfalls als zeitversetztes Nachkartin.

(Beifall bei der SPD)

Dabei gibt es genügend Beispiele, die belegen, daß Sie zur Unzeit - sprich: zu spät - reagiert haben.

Es gibt dennoch Beispiele, die uns hoffen lassen, und zwar zum einen ansatzweise in einigen Ihrer Änderungsanträge, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU und F.D.P., eingebracht haben. Daß es uns ernst ist und daß es uns um die Sache geht, belegen wir nicht zuletzt dadurch, daß wir einige Ihrer Anträge mit übernommen haben und ihnen auch zustimmen werden.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: So kann man abschreiben!)

- Nein, wir sind für das, was wir für richtig halten. Es wäre Unfug, dagegen zu sein, wie es die CDU in diesem Hause in der letzten Legislaturperiode vielfach war.

(Beifall der SPD)

Ich zitiere wiederum das Energiewirtschaftsgesetz. Herr Kollege Schuler, ich darf noch einmal auf den vorhin zitierten Presseartikel zurückkommen, in dem Ihr Name vorkommt. Auch das ist durchaus ein Fortschritt, wenn Sie sagen, Kernenergie sei nur eine Übergangstechnologie - wörtlich fuhren Sie dann fort - vor dem Aussteigen aus der Atomenergie. Das ist übrigens beachtlich: Atomenergie war nie Sprachgebrauch bei der CDU. - Auch hier ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Also vor dem Aussteigen aus der Atomenergie müssen wir alle sagen können, in was wir einsteigen.

(Schuler, CDU: Eben!)

- Richtig. Einverstanden, Herr Kollege. Deshalb stimmen Sie morgen - so hoffe ich - unserem Entschließungsantrag zur Erforschung des Einsatzes von Wasserstoff als Energieträger zu; denn er stellt genau diesen Energieansatz dar, den Sie fordern, indem bei uns, aber zugleich koordiniert mit dem Bund und den anderen Bundesländern der Aufbau einer solaren Wasserstoffwirtschaft erforscht werden soll. Das ist eine Energieart, wie Sie hoffentlich alle wissen, die äußerst umweltfreundlich ist, weil sie keine SO<sub>2</sub>-Problematik kennt, und die in den sonnenreichen Ländern mittels der Photovoltaik, wenn sie großtechnisch erzeugt wird, auch wirtschaftlich sein kann. Es ist eine Energieart, mit der die vorhandenen Infrastrukturen der Gas-Pipelines und der Stadtgasnetze beschickt werden können, die praktisch für alle Anwendungsbereiche geeignet ist und zudem helfen könnte, politisch die finanziellen Probleme der armen, aber sonnenreichen Länder zu lösen.

Wir, die Industrieländer, müssen dabei das technische Know-how erstellen und die notwendigen Produktionsanlagen für die Photovoltaik und für die Elektrolyse liefern.

(Zuruf des Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.)

Der Wasserstoff ist der Speicher der Photovoltaik; denn Wasserstoff können Sie speichern und überall hintransportieren.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Die Speicherung ist das Problem!)

- Sie wissen das doch. Ihnen brauche ich das nicht zu sagen.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Sie müssen ihn speichern können! Das ist das Problem! -  
Schuler, CDU: Selbstverständlich!)

Sie können ihn in flüssiger und in gasförmiger Form speichern. Das ist überhaupt kein Problem.

Herr Kollege Reisinger, wir sind uns darin einig, daß das genau die Zielrichtung unseres Antrages ist, in diesem Bereich verstärkt Forschung zu betreiben. Wir sind uns auch darüber einig, daß diese Technologie heute in Angriff genommen werden muß, damit sie in einigen Jahrzehnten einen wirklich nennenswerten Beitrag zu unserer Energieversorgung leisten kann.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sollen hier die Forschungskapazitäten unseres Landes mit eingesetzt werden, koordiniert mit den anderen Bundesländern und dem Bund selbst, damit Rheinland-Pfalz nicht wieder einmal eine zukunftssträchtige Entwicklung verschlüßt.

Meine Damen und Herren von der CDU und insbesondere der F.D.P., ich habe aber schon heute die Bitte, das Inangriffnehmen regenerativer Energien nicht von vornherein so anzulegen, daß nur der Beweis erbracht werden soll, daß das Ganze am Ende zu kaum Nennenswertem führen soll. Ich habe da so meine Zweifel, wenn ich die Forderung von Herrn Magin lese, in den rheinland-pfälzischen Mittelgebirgslagen Windfarmen zu errichten. Ein Blick auf die Windkarte der Bundesrepublik Deutschland weist nämlich deutlich auf, daß wir in Rheinland-Pfalz praktisch nirgendwo

(Bojak, SPD: Doch, die F.D.P. macht Wind!)

die entsprechende Jahrestundenzahl jener Windstärken haben - es sei denn die Windstärken, die hier von manchen Leuten gemacht werden -, die sich auch nur annähernd rechnen würden. Nein wirklich, gehen wir das Thema ernst an und nicht, um beweisen zu wollen, daß es nicht ginge.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß einige Sätze zu unseren Anträgen, die wir hier gestellt haben, sagen. Eine Reihe unserer Forderungen ist als Doppelleffekt dergestalt zu verstehen, daß Maßnahmen für den Umweltschutz zugleich neue Arbeitsplätze schaffen oder zumindest vorhandene Arbeitsplätze sichern können. Gleichgültig, ob es Maßnahmen in der Landespflege, in der Abfallbeseitigung, der Sanierung von Altlasten, der Abwasserbeseitigung oder des Hochwasserschutzes, wo auch immer, sind, Umwelt und Arbeit gehören für uns zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist allemal billiger, heute zu investieren, als morgen reparieren zu müssen.

(Beifall der SPD)

Bei uns im Lande Rheinland-Pfalz sehen wir Schwerpunkte vor allem im Bereich der Altlastensanierung, im Bereich des Hochwasserschutzes, vor allen Dingen im Bereich der Abwasserbeseitigung, aber auch im Bereich der Landespflege. Hinzu kommen Maßnahmen, die eigentlich nichts kosten, zum Beispiel die Veröffentlichung der Meßdaten des ZIMEN, allerdings in einer Form, daß dies auch für den Normalbürger verständlich ist. Es ist zum Beispiel auch die unaufgeforderte Veröffentlichung von Meßdaten der Radioaktivität der Urananlage in Ellweiler

(Staatsminister Wilhelm: Das habe ich inzwischen gemacht!)

- Es liegt inzwischen vor. Ich halte es hier in den Händen. Nur, Herr Minister Wilhelm, wer soll das draußen von den Bürgern verstehen? Ich habe es vor ca. einer Stunde in meinem Fach gefunden. Ich habe einmal hineingeschaut. Die Maßeinheit in der Strahlenschutzverordnung ist Millirem, die Ortsdosisleistungen, die hier gemessen worden sind, sind in Millisievert und Nanosievert. Jetzt kommen Sie nachher einmal hierher und rechnen Sie uns das bitte um, damit wir es hier im Hause verstehen können.

(Staatsminister Wilhelm: Sie brauchen mich nur zu fragen, dann erkläre ich es Ihnen! -  
Zuruf aus dem Hause: Nachhilfe!)

- Nein, das hat mit Nachhilfe nichts zu tun. Wer hier im Hause dieses Werk lesen kann, das sind vielleicht noch Professor Reisinger und ein oder zwei weitere. Aber die Fraktionen können sich nicht einen Stab von Fachleuten und Mitarbeitern halten, die in der Lage sind, so etwas zu lesen. Da bitte ich wirklich, das so zu machen, daß es auch ein normaler Mensch versteht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, ich bitte vor allem auch darum, es nicht zu verniedlichen, wie dies auf den einleitenden Seiten geschehen ist.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, zu dem gesundheitspolitischen Teil des Einzelplanes 14 wird mein Kollege Ernst-Günter Brinkmann hier Stellung nehmen. Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, wenigstens morgen unseren Entschließungsanträgen zuzustimmen; denn ich wüßte nicht, mit welcher Begründung man sie ablehnen könnte, wenn es einem wirklich um die Sache der Umwelt ginge.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

**Vizepräsident Heinz:**

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schuler das Wort.

**Abg. Schuler, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies war ein typischer „Nagel“

(Beck, SPD: Gut war er!)

Wer Clemens Nagel vor vier Wochen in der Bütte erlebt hat, der war nicht überrascht über diese Rede.

(Beck, SPD: Also das ist wirklich Käse, was Sie da sagen!)

Sie war oberflächlich, schludrig, plakativ, populistisch. Er hatte selbst betont, nicht zuletzt war ihm die Publikation einiger Aktionen wichtiger als die Sache selbst.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Beck, SPD: Das ist jetzt wirklich ein völlig unangebrachtes Urteil! Völlig unangebracht!)

- Es entspricht der Intention der SPD in diesen Tagen, zu versuchen, Süppchen zu kochen. Frau Düchting hat sich doch durch eine Freudsche Fehlleistung verraten.

(Frau Düchting, SPD: Das war überhaupt keine Freudsche Fehlleistung! Ich habe ein Wortspiel mit Herrn Kollegen Keller aufgegriffen! So ein Unsinn!)

Es geht also weniger um die Sache, als vielmehr darum, ein Süppchen zu kochen, wenn es um einen solch hochsensiblen Bereich, wie zum Beispiel Eifelweiler, geht. Dies ist ein Beispiel dafür, wie Ihnen die emotionale Betrachtung der Umweltpolitik wichtiger als die rationale ist.

Herr Nagel, wenn Sie schon darauf verwiesen haben, dies sei ein Haushalt ohne kreative Ansätze, muß ich Ihnen auch folgendes sagen: Ich war wirklich überrascht - wir haben im Ausschuß diesen Haushalt sehr intensiv diskutiert -

(Nagel, SPD: Da haben Sie ihn kritisiert!)

daß von Ihnen fast alle Anträge, die wir gestellt haben, zunächst einmal im Ausschuß

(Prof. Dr. Preuss, SPD: Jetzt vorsichtig!)

mit Stimmenthaltung bedacht wurden. Ich darf es zitieren. Es war bei dem Thema der Anpachtung von Grundstücken im Rahmen der Biotopvernetzung. Es war ein Koalitionsantrag. Im Ausschuß hat sich die SPD der Stimme enthalten. Es gab für die praktische Umweltentwicklung neue Ansätze von jeweils 1,5 Millionen DM.

(Nagel, SPD: Schauen Sie einmal an, was für morgen vorliegt!)

Dies war ein Koalitionsantrag. Im Ausschuß hat sich die SPD der Stimme enthalten. Es gab weiter einen Koalitionsantrag zur Zuweisung der geordneten Abfallbeseitigung mit jeweils 3 Millionen DM.

(Nagel, SPD: Durchgängige Enthaltung!)

Im Ausschuß hat sich die SPD der Stimme enthalten. Leider sind es nur jeweils 2 Millionen DM in einem hochsensiblen Bereich, was wir bedauern. Das war Ihre Kreativität bei diesen Haushaltsberatungen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Es ist bei Ihrer Rede deutlich geworden, daß Sie gar nicht zum Haushalt gesprochen haben, sondern wiederholt populistische, plakative und schlagzeilenartige Äußerungen von sich gegeben haben. Das war Ihr Beitrag zu diesem Haushalt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, vom Erfolg einer vorsorgenden Umweltpolitik - das war unsere Aufgabe in diesen Wochen und Monaten - hängt wesentlich die Zukunft unserer Zivilisation ab. Da sind wir nicht auseinander, Herr Kollege Nagel. Es ist bedauerlich, daß wir einen solchen wichtigen Haushalt so spät behandeln. Ich sage es nicht, weil wir jetzt an der Reihe sind. Jeder meint wohl, wenn er zu seinem Haushalt spricht, das sei ein wichtiger Haushalt. Ich bin aber in der Tat davon überzeugt, daß dies ein wichtiger Haushalt ist. Es tut mir leid, daß er so spät behandelt wird. Beim nächsten Mal müssen wir über ein anderes Verfahren nachdenken.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SPD)

Zum zweiten Mal findet diese Debatte fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ich kann eigentlich sagen: ganz unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das ist schade um diese Materie.

Dieser Doppelhaushalt setzt Schwerpunkte im technischen sowie im sogenannten grünen Umweltschutz. Er dokumentiert zugleich, daß wir es mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung zu einer vorsorgenden effektiveren rationalen Umweltpolitik ernst meinen. Wir wollen und müssen die Umweltbelastungen im Rahmen der Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes begrenzen.

Anläßlich der Aussprache zur Aktuellen Stunde der Umsetzung des Umweltprogramms habe ich selbstkritisch etwas angemerkt. Herr Nagel, das Ganze ist sicherlich ein Lernprozeß. Wir Umweltpolitiker haben es immer wieder betont; insofern trifft mich Ihr Vorführen zu den Anträgen zur Umweltverträglichkeit und regenerativer Energien sowie Fragen der Energiewirtschaft überhaupt nicht. Das war immer meine Meinung.

(Nagel, SPD: Warum haben Sie dann anders in dieser entscheidenden Frage gestimmt?)

- Wie oft stimmen Sie denn in Ihrer Fraktion bei Dingen, gegen die Sie selbst sind, zu? Das ist doch ein normales parlamentarisches Verfahren.

(Nagel, SPD: Sie sind nur Ihrem Gewissen verpflichtet!)

- Das sind letztlich doch keine Gewissensentscheidungen. Sie haben ein völlig falsches Demokratieverständnis. Es wird wohl immer so sein, daß wir zu kontroversen Themen in der Fraktion diskutieren. Dann wird eine Entscheidung getroffen, danach abgestimmt. Ich halte mich an solche Fraktionsentscheidungen. Das ist bei uns ein normaler parlamentarischer Stil.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Prof. Reisinger, F.D.P.: Bei uns auch!)

Ich habe damals selbstkritisch angemerkt, daß im Vollzug der Gesetze, Verordnungen und Richtlinien noch manches Defizit festgestellt werden muß. Das war auch die Begleitmusik der Koalitionsvereinbarungen. So war und ist es weiterhin unser Bestreben, im Rahmen des finanziell Machbaren gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der F.D.P., diese Vollzugsdefizite schrittweise abzubauen und Vorsorgestrategien zu entwickeln, wobei für uns, die CDU-Fraktion, von Anfang an die Verknüpfung, das vernetzte Denken von Industrie-, Agrar-, Forschungs- und Umweltpolitik selbstverständliche Zielvorgaben und methodische Ansätze waren. Das ist nichts Neues, Herr Nagel.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Nagel, SPD: Aber machen muß man es auch!  
Machen muß man es!)

Das tun wir. Wenn Sie den Haushalt analysieren, werden Sie feststellen, daß dieses vernetzte Denken im Haushalt des Kultusministeriums, im Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, im Haushalt des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Platz greift. Machen Sie sich die Mühe - vielleicht wenn Sie nachts aus der Stadt zurückkommen - und lesen Sie diese Haushalte einmal diagonal, dann werden Sie diese Interdependenz erkennen. Es war von Anfang an unser Wunsch, daß wir diese Interdependenz von Ökologie und Ökonomie transparent machen.

Meine Damen und Herren, wir benötigen in einer wertbezogenen Wirtschaftsordnung der Zukunft evolutionäres Management. So verstehe ich auch die Anträge unseres Koalitionspartners F.D.P. bezüglich der Ausgestaltung im personellen Bereich.

(Nagel, SPD: Das ist doch eine Worthülse!)

- Nein, das ist keine Worthülse. Wer hat denn diese Gruppe im Haushalt eingefügt? Das war doch die Koalition. Wo war denn Ihr Antrag für eine solche Gruppe?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das werfe ich Ihnen doch vor. Sie haben eben nur Luftblasen von sich gegeben. Wo waren denn diese konkreten Anträge, die wir gemeinsam in diesen Wochen und Monaten auf den Weg gebracht haben. Nirgendwo habe ich etwas gehört.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Heute hängen Sie sich daran und bejubeln sich selbst noch, das sei das Selbstverständnis der SPD, daß Sie gute Aussagen mittragen. Sie können allerdings dann nicht sagen, der Haushalt sei ideenlos; denn die Ideen sind nicht von Ihnen, sondern insbesondere von den beiden Koalitionspartnern gekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Zurufe von der SPD)

Das kam genauso vom Minister; denn das ist eine Koalitionsvereinbarung. Das steht bereits im Koalitionspapier, das vor etwa zehn Monaten festgeschrieben worden ist. Natürlich ist das ein Rollenspiel, daß der Minister von seinem Finanzministerkollegen auch einen Rahmen gesetzt bekommt und daß dann solche Initiativen selbstverständlich von den beiden Fraktionen gewünscht werden. Das war so und wird so bleiben. Das ist ein ganz normales Rollenspiel zwischen Regierung und Parlament.

Gemeinsam brauchen wir für diesen Vollzug mehr Personal und müssen die enormen Fortschritte der modernen Meß- und Regeltechnik einsetzen, um den veränderten Kontrollaufgaben auch wirklich gerecht zu werden.

Um die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung durch verbesserte Technik und bessere um-

weltfreundlichere Produktions- und Energieverfahren als Ziel vorsorgender Umweltpolitik zu konkretisieren, haben wir - Sie haben sich dankenswerterweise angehängt - mit 3 Millionen DM den Titel „Praktische Umweltentwicklung“ neu eingefügt. Umweltverträgliche praxisorientierte Verfahren, Produkte und Prozesse können über diesen Titel unbürokratisch gefördert werden. Das war der Wunsch der Koalitionspartner und natürlich des Ministeriums.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das war von Anfang an auch der Wunsch des Ministers.

Auch im Bereich der Abfallwirtschaft haben wir mit 6 Millionen DM zusätzlich ein Zeichen hin zu einer zukunftsorientierten umweltverträglichen Entsorgungstechnik gesetzt, um bezüglich neuer Entwicklungen offen zu sein. Wir dürfen die Abfallwirtschaft für das Jahr 2000 nicht mit Technologien aus den 60er Jahren gestalten.

Das gleiche gilt für die Wasserwirtschaft, bei der wir eine Neuorientierung insbesondere für den ländlichen Raum in den nächsten Tagen sehr konkret einleiten werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Entscheidend ist die ökologische Dimension, mehr Gewässergüte und nicht die technische Perfektion der Stadthydrologie.

(Nagel, SPD: Das ist etwas ganz Neues!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Rheinland-Pfalz werden derzeit 300 Naturschutzgebiete mit fast 20 000 Hektar Fläche zu einem vernetzten Biotopsystem verbunden, weiß Gott eine positive Bilanz. Dieses Programm, das im Haushalt bereits eine außergewöhnliche Akzentuierung erfahren hat, werden wir ebenfalls um rund 6,6 Millionen DM aufstocken, um insbesondere die Gewässer dritter Ordnung in dieses vernetzte Biotopsystem einbeziehen

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und ökologisch wertvolle Flächen erwerben zu können bzw. erwerben zu lassen. Auch Forschungsvorhaben, die exemplarisch Hinweise auf die geforderte Mindestgröße von Biotopen geben, sollen mit ermöglicht werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die Pflege und Erhaltung von Lebensräumen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten eingehen, zumal in der Öffentlichkeit immer noch das Mißverständnis vorhanden ist, Biotope brauche man nicht zu pflegen. Wir haben bereits - Herr Kollege Nagel, ich empfehle Ihnen den Fleiß, ab und zu einmal gewisse Dinge nachzulesen - in unserer Entschließung zum Landespflegegesetz am 5. März 1987 vor fast einem Jahr verdeutlicht, daß es uns wesentlich um die Einbindung des ehrenamtlichen

Engagements bei dieser Aufgabe geht. Zugleich haben wir doch die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Begleitung der Pflegemaßnahmen anerkannt.

Dieser Doppelhaushalt hat diese Zeichen realisiert. Zur Erprobung neuer und zur Gewährleistung komplizierter Pflegearbeiten wird ein zentraler - darin unterscheiden wir uns ganz wesentlich von Ihnen - landesweit einsetzbarer Pfelegrupp unter landespflegerisch qualifizierter Leitung eingesetzt. Das ist nicht das, was Sie wollten, nämlich bei jeder unteren Landespflegebehörde - das wäre mehr Bürokratie, aber weniger Umweltschutz - einen solchen Trupp einzurichten

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir sprechen uns für diesen landesweit einsetzbaren Pfelegrupp aus.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Auch dem Wunsch der Umweltverbände, die Fortbildungsmaßnahmen im Umweltbereich zu koordinieren, entspricht dieser Haushalt. Die Umweltakademie Rheinland-Pfalz wird dies zukünftig leisten.

Meine Damen und Herren, zwei Komplexe im weitesten Sinne umweltrelevanter Probleme werden wir im Doppelhaushalt 1988/1989 einer konkreten Lösung zuführen. Sicherlich wird dies ein schwieriger Prozeß sein. Die Begleit-anträge machen dies deutlich. Ich meine den Komplex „Hochwasserschutz am Rhein“ und das Thema „Altlasten“ bei der Tierkörperbeseitigung.

(Nagel, SPD: Wie alt ist denn das Thema „Hochwasserschutz“?)

Wie die Mittel in Höhe von 30 Millionen DM im Doppelhaushalt 1988/1989 im Bereich Hochwasserschutz eingesetzt werden, wird mein Kollege Manfred Kramer im Detail erläutern. Das Konzept steht. Ein gradueller Hochwasserschutz ist unser Ziel.

Beim Abtragen der Altlasten bezüglich der Tierkörperbeseitigung möchten wir helfen, aber auch die Kommunen mit einbinden. Auch sie sollen ihren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Meine Kollegen Happ, Kramer und Kroh werden die Komplexe „Abfallentsorgung“, „Hochwasserschutz“ und „Gesundheit“ in ihrer haushaltspolitischen Zielsetzung darstellen.

Dieser Doppelhaushalt setzt Zeichen für eine umfassende Vorsorgepolitik zum Schutze von Umwelt, Natur und menschlicher Gesundheit. Er baut das leider noch vorhan-

dene Vollzugsdefizit schrittweise ab. Die Gruppen „ZEUS“, die ökologische Beratergruppe sind konkrete personelle Zeichen. Der Landeshaushalt unterstützt Entwicklungsvorhaben zukunftsorientierter Umwelttechnologien. Dieser Doppelhaushalt hat Perspektiven. Der Herr Kollege Nagel hat sich nicht die Mühe gemacht, diese Perspektiven zu erkennen. Der Landeshaushalt läßt die Koalition rationelle Umweltpolitik in der Zukunft gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Professor Reisinger.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Nagel, ich möchte Ihnen von dieser Stelle ganz herzlich gratulieren. Sie haben heute das Bundesverdienstkreuz bekommen. Ich meine das ehrlich, auch wenn ich Sie nachher, wie Sie hören werden, doch noch in einigen Punkten kritisieren muß.

(Bojak, SPD: Das ist Zuckerbrot und Peitsche!)

Der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion hat gestern hier einen Satz gesagt, der, meine ich, dringend der Erläuterung bedarf. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem Protokoll zitieren:

„Uns fehlen offensichtlich die technischen und sonstigen Fähigkeiten, mit einem so hohen Risiko verantwortungsbewußt umzugehen, und deshalb sind wir nicht bereit, es weiter einzugehen.“

In einem Vorsatz hat er als Beispiele Nukem, Alkem, Transnuklear und das Zwischenlager in Karlsruhe bis hin nach Ellweiler genannt.

Man kann sich mit dem, was er zunächst als Beispiele genannt hat, einverstanden erklären. Darüber muß man zumindest nachdenken.

Herr Kollege Scharping, wenn Sie aber in diesem Zusammenhang - er ist leider nicht da, aber seine Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion sind da -

(Bojak, SPD: Wir werden es ihm sagen! Wir hören jetzt genau zu!)

meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, wenn in diesem Zusammenhang Ellweiler genannt wird, dann sollte man einmal darüber nachdenken, ob diese Anlage auch zu diesen nicht beherrschbaren Anlagen ge-

hört. Mir ist schleierhaft, wie Sie in diesem Zusammenhang die Firma Gewerkschaft Brunhilde, um die es dort geht, nennen, es sei denn, Sie hängen sich an die Taktik der GRÜNEN an, die mit allen Mitteln die Kerntechnik überall dort blindwütig und undifferenziert bekämpfen, wo Sie die entscheidenden Schnittstellen vermuten.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Das sind bekanntlich die Produktions- und Lagerstätten von Kernbrennstoffen und deren Vorprodukten. Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, warum Sie sich in diese Schlachtordnung - eigentlich muß man sagen, in diesen wirren Haufen - mit einreihen, ist mir im Zusammenhang mit Ellweiler von Anfang an schleierhaft gewesen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich kann mir das nur so erklären, daß Sie hier in meinen Augen schlampig recherchierten Behauptungen aufgesessen sind.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Wenn nicht - ich nehme einmal aus Kollegialität an, daß Sie das nicht wollen -, schüren Sie unverantwortlich Ängste in der Bevölkerung und gehen unverantwortlich mit Arbeitsplätzen um als eine Partei, die sonst immer dieses Problem an die erste Stelle setzt.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß an Ihren Vermutungen und Behauptungen, nämlich einmal, was die Verletzung des Nichtverbreitungsvertrages betrifft, und zum anderen, was die durchgerosteten, nicht mehr transportfähigen Fässer, den plutoniumbelasteten Stab, die Häufung von Leukämiefällen - das fand ich besonders schäbig - betrifft, nichts dran war, gehen Sie in einer verzweifelten Rechtfertigungskampagne in eine Diskussion zu einem Thema hinein, das - das nehme ich an, das wissen Sie - sehr komplex ist und von dem Sie deshalb genau wissen, daß Sie am Ende irgendwo in der Öffentlichkeit als diejenigen dastehen, die ein kleines bißchen recht bekommen.

(Beifall der F.D.P. und der CDU - Nagel, SPD: Vielleicht, weil wir ein kleines bißchen recht haben!)

Ich meine damit die sehr verwundene Argumentationskette, die Sie um das 30 Millirem-Konzept, die maximale Ortsdosisleistung von 150 Millirem pro Jahr und die zulässige effektive Ganzkörperdosis legen. Sie werden mich heute hier nicht dazu bringen, in diese sophistische Diskussion einzusteigen - Sie haben mit Recht eben schon darauf hingewiesen, wie schwierig das ist - und Ihnen dabei vielleicht sogar noch helfen, die Verwirrung zu steigern.

Ich sage nur eines. In meinen Augen hat der Umweltminister völlig recht, wenn er sagt, daß entscheidend - das steht im

ersten Satz der Strahlenschutzverordnung - der Schutz des Menschen ist. Wenn er im Zusammenhang mit Ellweiler aufgrund der Meßwerte, die er vorgelegt hat, sagt, daß eine Gefährdung von Menschen dort nie im Sinne der Strahlenschutzverordnung erfolgt ist, dann kann ich dem nur beipflichten.

(Beifall der F.D.P. und der CDU)

Ich nehme an, daß der Umweltminister dazu nachher noch etwas sagen will. Wenn Sie ihm nicht glauben, wenn Sie mir nicht glauben, dann fragen Sie doch bitte einmal in Bonn beim Umweltminister oder bei der Strahlenschutzkommission nach.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Daß Sie Umweltminister und Strahlenschutzkommission nicht für voll nehmen, das wissen wir.

(Seibel, DIE GRÜNEN: Allerdings!)

- Da sind Sie aber in einer wirklich extremen Außenseiterposition.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Herr Nagel, ich habe noch ein Wort zu sagen, weil Sie sich beklagt haben, daß wir im Umweltausschuß andere Themen so spät behandeln. Sie sollten endlich damit aufhören, dieses Thema totzureiten und uns im Umweltausschuß davon abzuhalten, uns anderen, gewiß wichtigeren Themen zuzuwenden.

(Beifall der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun Ausführungen zum Etat des Umweltministers machen. Mein Kollege Hans-Artur Bauckhage wird noch zur Gesundheitspolitik sprechen. Ich will mich also auf den Umweltteil im Einzeiplan 14 beschränken und vorab, damit man das alles einordnen kann, vielleicht ein paar Vorbemerkungen machen.

Wenn man verschiedenes Beiwerk beiseite läßt, so lassen sich heute in der Umweltpolitik zwei grundlegend verschiedene Ansätze erkennen. Der erste Ansatz ist der, der mehr Umweltschutz gegen die heutige Wirtschaft, gegen die heutige Technik, gegen die heutige Landwirtschaft und gegen die Gewohnheit der heutigen Menschen will. Dies ist ein systemverändernder revolutionärer Ansatz, der selbst von seinen Anhängern, wie auch schon hier in diesem Parlament geschehen, als Ansatz der Utopie gekennzeichnet worden ist.

Ein zweiter Ansatz will mehr Umweltschutz erreichen in Kooperation und durch Weiterentwicklung mit der heutigen Industrie, mit der Anwendung modernster Technologie, mit der heutigen Landwirtschaft und ausgehend von der Einsicht, daß sich Lebensgewohnheiten von Men-

schen, wenn auch langsam, durch Information, gutes Beispiel und - wenn nötig - durch ordnungspolitische Maßnahmen verändern lassen.

Dies ist ein evolutionärer Ansatz, der die Realität akzeptiert, daß kleine Schritte nach vorne zwar nicht begeistern können, daß es damit aber immerhin nach vorne geht.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Die F.D.P.-Fraktion bekennt sich ganz eindeutig zum zweiten Ansatz. Sie ist davon überzeugt, daß unsere sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die aus den Trümmern des letzten Krieges ein Wirtschaftswunder geschaffen hat, nun auch die Kraft und die Dynamik besitzt, sich in eine sozial und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft zu wandeln.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Wir haben vor der Landtagswahl den Bürgern und Bürgerinnen von Rheinland-Pfalz unter der Überschrift „von der Umweltreparatur zur Vorsorge“ folgendes gesagt:

Mit dem Einsatz von Spitzentechnologien müssen wir unter Beachtung des Verursacherprinzips von der Reparatur zur Vorsorge kommen. Wir wollen vorrangig das erschreckende Vollzugsdefizit in der Umweltpolitik beseitigen. Wir brauchen nicht unbedingt neue Gesetze. Es müssen endlich die bestehenden strikt durchgesetzt werden.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Mit ökonomischen Anreizen soll das Interesse der Wirtschaft am Umweltschutz gestärkt werden. Wir wollen kein Gegen-einander, sondern ein Miteinander von Ökologie und Ökonomie.

In den Koalitionsverhandlungen haben wir uns mit unserem Partner auf viele Handlungsziele und Maßnahmen geeinigt, die dieser Aussage gerecht werden.

Der Ministerpräsident hat den Umweltschutz zu einem Schwerpunkt seiner Regierungserklärung gemacht. Er sagte damals: „Wir wollen in der Umwelt- und Gesundheitspolitik Vorsorge und Vollzug der neuen Vorschriften in den Mittelpunkt rücken“.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

In diesem Doppelhaushalt können die beiden Koalitionsfraktionen nun zum ersten Mal gemeinsam die Voraussetzung dafür schaffen, die vereinbarten Schritte zu realisieren.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Auch hier gilt ähnlich, wie ich dies gestern für den Etat des Kultusministers gesagt habe. Bei einem Haushalt der Bescheidenheit, bescheiden in der Verantwortung gegenüber

den Bürgern als Steuerzahlern und der kommenden Generation gegenüber, müssen die Schritte erzwungenermaßen bescheidene Schritte sein. Vieles an sich unmittelbar Notwendige muß in kleinen Schritten angegangen werden. Jedoch sind auch in einer solchen Situation Schwerpunktsetzungen möglich.

Beim Etat des Umweltministers ist einer der erkennbaren Schwerpunkte die Ausnahme aus der Auflage, Stellen einzusparen mit dem Ziel, Vollzugsdefizit abzubauen. Vollzugsdefizite - ich darf an ähnliche Worte meines Fraktionsvorsitzenden Hans Hermann Dieckvoß erinnern - können nicht damit behoben werden, daß man dem Vollzug dringend nötiges qualifiziertes Personal vorenthält. Insgesamt 48 neue Stellen konnten, eingerechnet 18 Stellen für die neugeschaffene Expertengruppe Umweltschutz, für den Einzelplan 14 zur Verfügung gestellt werden.

Die F.D.P.-Fraktion weiß, daß dies in vielen Bereichen noch unzureichend ist. Wir denken dabei zum Beispiel an die Wasserwirtschaft und den Emissionsschutz, die immer neue Aufgaben zusätzlich zur Überfülle der schon vorhandenen dazu bekommen. Angesichts der schwerwiegenden Haushaltsprobleme muß jedoch die Bereitstellung von fast 50 neuen Stellen als ein großer Erfolg für den Umweltschutz und die Gesundheitspolitik gewertet werden.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Die F.D.P.-Fraktion ist besonders stolz darauf, nach vielen Gesprächen gemeinsam mit dem Umweltminister und der CDU-Fraktion eine gute Lösung für die neu einzurichtende Expertengruppe für Umweltschutz beim Landesamt in Oppenheim gefunden zu haben.

(Beifall der F.D.P.)

Mein Fraktionsvorsitzender, Hans Hermann Dieckvoß, hat gestern schon gesagt, wie wenig überzeugend der zunächst im Regierungsentwurf enthaltene Vorschlag war, gemessen an dem, was in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung dazu gesagt worden ist. Die nun gefundene Lösung wird dem und den Vorstellungen der F.D.P.-Fraktion in hohem Maße gerecht.

(Beifall der F.D.P.)

Für meine Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, nun hier noch einmal vorzutragen, warum diese so umschriebene Expertengruppe, die wir nun „ZEUS“ nennen wollen, für uns von hoher Bedeutung ist. Mit „so umschrieben“ meine ich, daß der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt hat, sie solle beim Landesamt eingerichtet werden und auch nach eigener Entscheidung vor Ort tätig werden können, eine Expertengruppe für Spezialaufgaben.

Bisher finden wir bei der Aufgabenverteilung im Vollzug der Gesetze im technischen Umweltschutz, insbesondere beim

Immissionsschutzrecht, eine historisch gewachsene hierarchische Verwaltungsstruktur vor, die jedoch infolge der immer weiter gewachsenen Komplexität der Probleme und dem zum Teil sehr hohen Gefährdungspotential heutiger Technologie - ich will hier als Beispiele die Verfahrenstechnik der Kohlenwasserstoffchemie oder auch die Kernenergie nennen - zu einer Zersplitterung der Zuständigkeiten im Vollzug und in der Beurteilung technischer Fragestellungen geführt hat. Kompetenzen für Genehmigung und Überwachung, Anordnung und Ordnungsverfügungen sind vertikal und horizontal verteilt, vor allem zwischen Regierungspräsidenten und unteren Immissionsschutzbehörden und zwischen den Kreisen bzw. Stadtverwaltungen und den Gewerbeaufsichtsämtern. Der Charakter von Behörden als Vollzugsbehörden bzw. Fachbehörden ist zum Teil bunt gemischt bzw. gestreut.

Zumindest für Fragestellungen, bei denen hohe Gefährdungspotentiale beherrscht und kontrolliert bzw. gemindert werden müssen, genügt heute die sogenannte Dampfkesselphilosophie nicht mehr. Dabei ging man von der Überlegung aus, daß es für jede Anlage ein sauberes und spezifiziertes Pflichtenbuch - das ist die Definition - gibt und daß bei Genehmigungen und Kontrollprüfungen sozusagen durch das Ablesen einer Reihe von Manometern oder dem Prüfen von Schweißnähten die Sicherheit der Anlage eindeutig nachgewiesen werden kann.

Anlagen der chemischen Verfahrenstechnik sind heute oft nicht mehr von dieser simplen Beschaffenheit. Neben höchsten Drücken und Temperaturen, gefährlichen Stoffen und deren Zwischenprodukten müssen heute nicht mehr nur Einzelanlagen wie im klassischen Fall des Dampfkessels, sondern ganze Systeme, in denen die Anlagen eingebettet sind, mituntersucht werden. Auch ist oft eine Vielfalt möglicher Sekundäreffekte auf Mensch und Umwelt zu beachten.

Diese Fragestellungen sind meist nur interdisziplinär zu bewältigen, zumal wenn man daran denkt, daß sich künftig auch die Fragen nach dem Stand der fortgeschrittenen Technik oder der Umweltverträglichkeitsprüfung zunehmend stellen. Ich weise nur darauf hin, daß Mitte des Jahres die EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung auch deutsches Recht werden muß; der Termin ist gesetzt.

Wir haben deshalb vorgeschlagen, eine Gruppe außerhalb der bisherigen hierarchischen Struktur, die einen Verfahrenstechniker, Physiker, Chemiker, Biologen, Toxikologen, Mediziner und Informatiker erhalten sollte, einzurichten. Je nach Aufgabenstellung sollten hochqualifizierte Spezialisten z. B. der Abfallwirtschaft oder der Abwassertechnik zu Arbeitsgruppen herangezogen werden können, um so dem interdisziplinären Querschnittscharakter besser gerecht werden zu können.

Daß meine Fraktion dem zunächst im Regierungsentwurf enthaltenen Vorschlag zur Expertengruppe - gemessen an

dieser Zielvorstellung - nicht die Zustimmung geben konnte, ist klar; auch unser Koalitionspartner sah dies so.

Gemeinsam und auf der Grundlage eines Vorschlags, den der Umweltminister im Haushalts- und Finanzausschuß andeutete, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der eine gute Lösung darstellt. Die Gruppe wird als Zentrale Einsatzgruppe Umweltschutz, kurz „ZEUS“, beim Landesamt für Umweltschutz mit insgesamt sechs adäquat bewerteten Beamtenstellen und zwölf Angestelltenstellen eingerichtet. Die Angestelltenstellen sollen eine gewisse Flexibilität bei der Anwerbung geeigneter Bewerber und der Stellenbesetzung gewährleisten.

Außerdem wird für die Gruppe ein eigener Titel für Ausgaben zur Erstellung externer Gutachten, Reisekosten usw. geschaffen werden, der für den Doppelhaushalt mit 150 000 DM in 1988 und 200 000 DM in 1989 angesetzt ist.

(Beifall der F.D.P.)

Dieser Titel wird, so hoffen wir, für eine hohe Beweglichkeit der Gruppe die entscheidende Voraussetzung bieten.

(Beifall der F.D.P.)

Wir begrüßen die gefundene Lösung ausdrücklich und meinen, daß damit ein für uns wichtiger Punkt der Koalitionsvereinbarung erledigt worden ist. Wir werden den Aufbau und die Tätigkeit der neuen Gruppe mit hoher Aufmerksamkeit verfolgen, und wir erhoffen uns von dieser Gruppe eine wesentliche Verstärkung des Leitgedankens der Vorsorge und eine Behebung des Vollzugsdefizits im Umweltschutz.

Wir hoffen nicht, meine Damen und Herren, daß diese Gruppe, wie der Name „ZEUS“ schon sagt, ähnlich wie Zeus im zwölften Gesang der Odyssee vorgehen muß, wo er, nachdem die Gefährten des Odysseus die Rinder des Sonnengottes verspeist hatten, gesagt hat: Doch denen will ich gar bald das schnelle Schiff mit dem weißglühenden Blitze treffen und es in kleine Stücke schlagen, inmitten auf dem weinfarbenen Meer. - Wir hoffen nicht, daß dies allzuoft geschehen muß.

(Beifall der F.D.P.)

Außer dieser Gruppe wird auch sonst im vorliegenden Haushalt deutlich, wie wichtig die Landesregierung die Bedeutung des Umweltschutzes einschätzt, ist es doch einer der wenigen Bereiche, wie ich schon sagte, der aus der allgemeinen Stelleneinsparung ausgenommen wurde.

Zusätzliche 48 Stellen, davon eine größere Zahl auch im Bereich der Wasserwirtschaft, sind eingerichtet worden.

Wir sind uns bewußt, daß dies nur bescheidene Schritte zur Behebung eines Notstands in der Wasserwirtschaft sein können, der durch immer weitere Aufgabenzuweisungen nicht geringer wird; ich denke an die letzte Novellierung des

Wasserhaushaltsgesetzes. Die F.D.P.-Fraktion hätte hier gerne deutlich mehr getan, und dies gilt noch mehr für die Fördermittel und Zinszuschüsse für Maßnahmen der Wasserwirtschaft.

Uns ist bewußt, wie groß der Bedarf an Mitteln, insbesondere für den Bau von Kläranlagen in der Fläche, ist und wie klein die Schritte sind, die das Land machen kann. Wir bedauern, daß durch die notwendige Beschränkung auf einen bescheidenen Haushalt in der Abwägung mit anderen Schwerpunkten die Wasserwirtschaft deutliche Kürzungen hinnehmen müssen, und zwar von 475,6 Millionen DM auf 411,5 Millionen DM bzw. 418,5 Millionen DM in 1989. Dies macht im übrigen fast die ganze Kürzung im Etat des Umweltministers aus.

Daran ändern auch die vom Finanzminister vorgetragenen Erleichterungen bei den Kommunen durch die höheren allgemeinen Schlüsselzuweisungen nichts. Das hilft ein bißchen, kann aber das Problem insgesamt nicht lösen.

Allerdings meine ich, daß diese Situation auch Anlaß sein muß, nun ernsthaft - mein Kollege Schuler hat das eben schon gesagt - an eine neue Konzeption und an neue Standards für den Bau von Kläranlagen im ländlichen Raum heranzugehen. Ich habe den Eindruck, daß diese Überlegungen zu dezentralen kleineren, naturnahen Anlagen breite Zustimmung in diesem Parlament finden könnten.

(Beifall der F.D.P.)

Die beiden Koalitionsfraktionen wollen jedenfalls gemeinsam an diese Aufgabe herangehen.

(Zurufe von der SPD)

Im Rahmen der Wasserwirtschaft - darauf möchte ich noch hinweisen - werden im Zusammenhang mit § 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes - Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile bei der landwirtschaftlichen und forstlichen Bewirtschaftung von Flächen, die für Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden - Lösungen gefunden werden müssen, die unter Umständen auch weitere Kosten für das Land verursachen.

(Beifall der F.D.P.)

Eine in Rheinland-Pfalz besonders wichtige Aufgabe ist der Hochwasserschutz; auch darauf hat mein Kollege schon hingewiesen. Herr Schuler, ich glaube, wir sind uns einig: Gerade in den letzten Tagen haben wir mit Bangen die Wetter- und Hochwassernachrichten verfolgt. Ich habe das Wort des Lotteriespiels gebraucht. Ich war tatsächlich dieser Ansicht, daß wir wieder einmal in einer solchen Situation waren.

Wir wissen, daß wir weit vom ursprünglichen Standard des Schutzes vor einem 200jährigen Hochwasser entfernt sind. In der Pfalz, bis in den Ludwigshafener Raum - Sie wissen,

daß dort die BASF liegt -, ist jetzt dieser Wert auf ein 50jähriges Hochwasser gesunken. Die Wahrscheinlichkeit der ernstesten Hochwasserkatastrophe ist also unzulässig hoch gestiegen.

Es ist hier nicht die Stelle, auf alle Sünden, auf eigene und die von anderen, hinzuweisen. Dazu gehört eindeutig auch die Deicherhöhung auf der anderen Rheinseite. Eines ist der F.D.P.-Fraktion klar: Es muß energisch und verantwortungsbewußt gehandelt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben deshalb gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Begleit Antrag eingebacht, der sicherstellen soll, daß mit dem Bau der drei Polder, Daxlander Aue, Koller-Insel und Insel Flotzgrün, mit einem Aufwand von 14,5 Millionen DM begonnen wird, und wenn dies ohne Gefährdung des Mittelrheins - ich betone dies - möglich ist, auch die 17 Millionen DM für Deicherhöhungen in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

(Nagel, SPD: Machen wir Deichangleichung!)

- Gleich, wie Sie das nennen, es läuft auf dasselbe hinaus, Herr Nagel.

Ein weiteres großes Thema ist die Abfallwirtschaft in Rheinland-Pfalz. In der Koalitionsvereinbarung sind die Regionen Pirmasens und Koblenz angesprochen, die ein Konzept für die Hausmüllentsorgung der 90er Jahre realisieren bzw. noch durchführen müssen. Dies gilt insbesondere für den Koblenzer Raum. Herr Umweltminister, ich wäre ganz froh, wenn eines der beiden Pilotprojekte, die der Bund für Alternativen bei der thermischen Verwertung fördern will, vielleicht auch einmal in diesem Bundesland realisiert werden könnte

(Staatsminister Wilhelm: Das habe ich beantragt!)

- das ist gut -

und nicht nur immer bei unseren südlichen Nachbarn, die gewiß - ich denke besonders an Baden-Württemberg - mehr Geld dazu zur Verfügung haben als wir hier.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der Abfallwirtschaft ist insbesondere die Sonderabfallentsorgung das wohl schwerwiegendste Problem. Die Sonderabfalldeponie in Gerolsheim wird derzeit durch Sanierungsmaßnahmen in einen Zustand gebracht, der schon deshalb nötig ist, damit nach ihrer Stilllegung keine unzulässigen Einwirkungen auf Grundwasser, Boden und Luft ausgehen können. Daß diese Sanierung gelingt, wird auch von der F.D.P.-Fraktion angestrebt. Wir hoffen, daß sich die bisherigen positiven Ergebnisse fortsetzen und auch die noch

offenen Probleme, zum Beispiel der Sickerwasserentsorgung und der Deponiegasentsorgung, gelöst werden können.

Eines macht dieser Pilotversuch einer Sonderabfalldeponiesanierung jetzt schon klar. Die ursprünglichen Kosten von 50 Millionen DM sind schon längst weit überschritten. Gerade in diesem Bereich ist schon deshalb Vorsorge - sprich: beste Technik - bei neuen Anlagen gerade gut genug.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im übrigen darf ich - das sage ich den Bürgern im Gerolsheimer Raum - auf die wiederholten Erklärungen des Umweltministers hinweisen, daß nach dem endgültigen Finden eines Standortes für eine neue Deponie und der Bereitstellung der neuen Anlage Gerolsheim geschlossen werden wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir werden auch künftig Sonderabfalldeponien benötigen bei aller Vermeidungs- und Verwertungsstrategie, die wir auch anstreben. Deshalb muß bei der Suche nach einem neuen Standort mit aller Sorgfalt vorgegangen werden. Meine Fraktion drängt darauf - ich wiederhole dies -: Auch die Technik der Hochsicherheitsdeponie muß weiter mitverfolgt werden. -

(Beifall bei F.D.P., CDU und SPD)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß wir uns mit der neuen Entwicklung bei der TA-Abfall nicht so ohne weiteres anfreunden. Wir haben uns immer als Liberale dagegen ausgesprochen, daß in den technischen Anleitungen Präferenzen für bestimmte Anlagentypen ausgesprochen werden, weil damit erstens die technische Entwicklung gehemmt und zweitens unter Umständen nur schwer rückgängig zu machende Weichenstellungen vorgenommen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Genau dies geschieht derzeit in Bonn. Nach Ansicht meiner Fraktion sollte die TA-Abfall einen Forderungsrahmen setzen, der von den Anlagen erfüllt werden muß, ganz gleich, welcher Typ gewählt wird.

Fast noch wichtiger als bei den Sonderabfalldeponien wird die Wahl der Anlage für die geplante Sonderabfallverbrennungsanlage am geplanten Standort Kaisersesch sein. Auch hier plädieren wir für den Grundsatz: Nicht die billigste ist die beste, die beste Anlage ist auf Dauer die billigste. -

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal ansehen, welche Schwerpunkte die F.D.P.-Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion mit ihren zusätzlichen Anträgen gesetzt hat,

so sehen Sie, daß sie sich genau auf die Bereiche konzentrieren, die den Willen widerspiegeln, die Aussagen der Koalitionsvereinbarung, Vollzugsdefizit abzubauen und Vorsorge zu treffen, erfüllen.

So haben wir die Zuweisung zur Förderung der geordneten Abfallentsorgung speziell für die Errichtung, Erweiterung und Sanierung von Entsorgungsanlagen und Untersuchungen zur Fortentwicklung der Abfallentsorgung - hier sind im Begleittext die Pyrolyse, das QRFA-System und andere thermische Verfahren genannt -

(Beifall bei der F.D.P.)

insgesamt zusätzlich mit je 3 Millionen DM für die Jahre ab 1988 beantragt, so daß nun in 1988 9 Millionen DM und in 1989 10 Millionen DM zur Verfügung stehen. Die Verpflichtungsermächtigungen wurden ebenfalls um je 1 Million DM auf 6,5 Millionen DM bzw. 3,5 Millionen DM angehoben.

Herr Nagel, wenn das keine konkreten Schritte sind, dann weiß ich nicht, was Sie sonst noch fordern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Zuruf des Abg. Henze, SPD)

Wir haben ferner einen neuen Ansatz für praktische Umweltentwicklung - auch das als Antwort auf Ihren Vorwurf von eben - mit insgesamt 3 Millionen DM im Doppelhaushalt beantragt. Neben Projekten einer interdisziplinären Umweltforschung, der Erarbeitung einer ökologischen Datenbank sollen insbesondere auch Projekte „Umweltverträgliche Energietechnologien“ gefördert werden. Das von der F.D.P.-Fraktion beantragte Pilotprojekt „Solarenergie“ - hier einstimmig beschlossen -, das in einem ersten Schritt aus der Erarbeitung einer Projektstudie bestehen soll, ist ebenfalls mit diesen Mitteln zu finanzieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte auch einmal auf die Praxis der SPD-Fraktion bei ihren Anträgen hinweisen. In diesem Punkt wie im eben genannten ist zum wiederholten Male festzustellen: Keine eigenen Ideen zu entwickeln, darüber kann man noch mit milder Barmherzigkeit hinweggehen. -

(Beifall bei der CDU)

Wenn man aber sieht, mit welcher dumpfen Akkuratess - wir haben das gestern beim Etat des Kultusministers gesehen; da sind sogar die Kommafehler mit übernommen worden -, gemeinsame Anträge der Fraktionen von CDU und F.D.P. abgeschrieben werden, so kann einem schon der Zorn packen, wenn man erlebt, wie hier herumgekrüttelt und herumgemeckert wird, Vorschläge anderer abqualifiziert werden.

(Nagel, SPD: Das stimmt nicht! -  
Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Herr Nagel, insbesondere Sie haben mich bitter enttäuscht.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit,  
Herr Kollege!)

Die Chance, sich bei der Haushaltsberatung als ein Mann mit einer klaren umweltpolitischen Linie in Form von echten Alternativanträgen zu profilieren, haben Sie kläglich vertan.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Abschreiben genügt da nicht, Herr Nagel.

Die beiden Koalitionsfraktionen jedenfalls können für sich in Anspruch nehmen, einen weiteren klaren Schwerpunkt bei der Landespflege, dem Biotopschutz und der Biotopvernetzung mit ihren Zusatzanträgen gesetzt zu haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Dr. Langen, CDU: Sehr gut!)

Fast die Hälfte der zusätzlichen Mittel beim Umweltschutz, die die beiden Koalitionsfraktionen für den Doppelhaushalt beantragt haben - es sind fast 7 Millionen DM -, haben wir für die Anpachtung von Grundstücken, den Kauf von Grundstücken, für Erschwerniszulagen, für die Biotopschutzforschung und Pflege von Biotopen und Naturschutzflächen zur Verfügung gestellt. Das sind 30 % über den Entwurf hinaus.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Insgesamt summieren sich die Mittel nun auf fast 27 Millionen DM.

(Zuruf von der SPD)

Dazu kommen in diesem Bereich noch Mittel, die im Etat des Landwirtschaftsministers angesiedelt sind. Meine Kollegen Günter Eymael und Helmut Konrad haben dies schon vorgebracht.

(Beifall bei der F.D.P.)

In meiner ersten Rede zur Umweltpolitik in diesem Landtag habe ich Naturschutz und Artenschutz, die Landespflege als die Stiefkinder der Umweltpolitik im Vergleich zum technischen Umweltschutz bezeichnet. Mit den Ansätzen in diesem Doppelhaushalt werden deutliche Schritte zur Behebung dieses Mißstandes getan.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt dies ausdrücklich, und - ich betone dies hier - wir haben bei der CDU offene Türen bei dieser Frage vorgefunden.

(Zuruf des Abg. Rocker, CDU -  
Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, Entscheidungen für oder gegen den Umweltschutz fallen nicht nur in die Verantwortung des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit. Umweltschutz muß ressortübergreifend sein. Dazu beitragen müssen deshalb auch die Landwirtschaftspolitik, die Wirtschaftspolitik, die Verkehrspolitik, die Energie-, die Schul- und Hochschulpolitik, eigentlich alle Ressorts.

Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Vor allem müssen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sich bewußt sein, daß jeder als Wirtschaftssubjekt in Produktion, Verwaltung und Dienstleistung und vor allem als Konsument dazu beitragen muß. Ohne das Mitdenken und Mithandeln von allen im Sinne der Ökologie ist jede Umweltpolitik zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch wenn richtig ist, daß die großen, spektakulären Gefährdungen in der Regel von der Großtechnologie ausgehen, so summieren sich viele kleine Umweltsünden am Ende zur großen, oft schleichenden und daher kaum bemerkten Umweltkrise. Ich darf dabei nur - es ist hier schon gesagt worden - an das Ozonloch erinnern

(Glocke des Präsidenten)

und erwähnen, daß auch jeder, der einen Pkw ohne Katalysator fährt, mit dazu beiträgt.

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Professor Reisinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Eich?

**Abg. Prof. Reisinger, F. D. P.:**

Ich möchte zunächst einmal im Zusammenhang fertig reden. Ich habe nur noch wenig Zeit. Mein Kollege möchte auch noch ein paar Worte sagen.

Wir fordern deshalb alle Mitbürger und Mitbürgerinnen auf, sich zunehmend umweltbewußt zu verhalten.

Der Etat des Umweltministers und die Umweltpolitik, die damit gestaltet wird, können nur einen Rahmen bieten und Impulse geben. Dazu allerdings ist der Etat im Rahmen eines Sparhaushaltes gut ausgestaltet. Die F.D.P.-Fraktion wird dem Einzelplan 14 zustimmen.

(Starker Beifall der F.D.P. -  
Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Volkert:**

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Dörr.

**Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst müssen wir mit Freude feststellen, daß der Herr Umweltminister einen grünen Schlips angezogen hat.

(Heiterkeit im Hause und Zurufe)

Allerdings müssen wir sagen, daß der Haushalt des Umweltministers mehr ein Verwalten statt ein ökologisches Gestalten ist, was wir wollten. Dieser Haushalt ist kein steuernder Haushalt, sondern ein Defensivhaushalt; das heißt, es wird auf Umweltprobleme nur reagiert und in Richtung auf eine ökologische Wirtschaft hin viel zu wenig getan.

(Beifall bei den GRÜNEN -  
Schuler, CDU: Haben Sie unsere Anträge nicht  
gelesen, Herr Dörr?)

Ich will mir ersparen, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, sondern diese genannte Problematik an vier Beispielen aufzeigen: Abfallbeseitigung, Energieversorgung, Landwirtschaft und Hochwasserschutz. - Überall beschränkt sich der Umwelthaushalt darauf, die schlimmsten Schäden notdürftig zu reparieren. Ein ganz charakteristisches Beispiel ist das Ackerlandstreifen-Programm, daß die schlimmsten Schäden, wie sie durch das Aussterben von Pflanzen, die früher in den Äckern vorkamen, zu verzeichnen sind, an einigen Eckchen repariert werden. Das Umweltministerium kommt einer Intensivstation eines Krankenhauses gleich, während Vorsorgemaßnahmen nicht erfolgen.

Vorwegstellen möchte ich § 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - was gar nicht so schlecht ist. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen sowie Tiere und Pflanzen und andere Sachen vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.“ Die Landesregierung folgt unserer Ansicht nach nicht dem Geist dieses Gesetzes.

In dem Zusammenhang vielleicht einige Sätze zur Abfallbeseitigung. § 5 Abs. 1 Nr. 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wurde in Rheinland-Pfalz bisher noch nicht angewandt; das gibt das Ministerium selber zu. Statt Reststoffvermeidung - das ist das, was wir wollen und was auf der rechten Seite des Hauses immer gesagt wird, daß man es auch dort will - zu einem Schwerpunkt zu machen, degradiert sich die Landesregierung zu einem Standortsuchunternehmen für Müllverbrennungsanlagen und Sondermülldeponien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN verschließen die Augen nicht vor den durch Ihre falsche Politik entstandenen Altlasten.

(Zuruf des Abg. Schuler, CDU)

Mit Interesse haben wir in der Antwort des Umweltministers auf eine Kleine Anfrage des Herrn Dr. Langen gelesen, daß pro Sanierungsfall einer Altlast mit Kosten in Höhe von 1,5 Millionen DM zu rechnen sei. Geht man vorsichtig davon aus, daß rund 400 Altlasten zu sanieren sind, müssen wir also mit Kosten von rund 600 Millionen DM rechnen. Selbst die von uns geforderte Erhöhung um 2 Millionen DM gegenüber dem Vorschlag des Ausschusses ist bei den konzeptionellen Aufgaben, die das Land hier übernehmen muß, fast wie der Tropfen auf den heißen Stein. Hierbei bewegen wir uns immer noch im Bereich der defensiven Verhütung der schlimmsten Folgen Ihrer Wachstumsideologie.

Mit Anlagen wie Bleihütte Braubach, mit Perchloräthylen betriebenen chemischen Reinigungen, metallverarbeitenden Betrieben - die das Ministerium noch nicht einmal alle kennt - und nicht zuletzt mit Atomanlagen wie Mülheim-Kärlich und Ellweiler produzieren wir Altlasten von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr und mehr schleicht sich ein Tolerieren von Gesetzes- und Verordnungsbrüchen ein, weil Kontroll- und Überwachungskapazitäten nicht mehr bezahlbar sind oder gar nicht gewollt werden.

Konkrete Beispiele sind die mathematischen Taschenspielertricks, mit denen die Aufsichtsbehörden offensichtliche Grenzwertüberschreitungen nach unten korrigieren, wie zum Beispiel in Braubach, wo kein Meßnetz nach der TA Luft besteht, und in Ellweiler, wo ein Vertauschen von Ganzkörperdosis und Ortsdosisleistung geschieht. Dabei muß man ganz besonders betonen, daß die Ganzkörperdosis, das, was die Menschen abkriegen, höher als die Ortsdosisleistung ist. Diese Problematik wurde eben auch schon von Herrn Reisinger angesprochen. Alle bisherigen Gerichtsverfahren, die ich kenne, und alle bisherigen Genehmigungen, die ich kenne, gehen von dem fiktiven Menschen aus, der sich 365 Tage - das sind 8 000 und soundso viel Stunden - an so einem Punkt aufhält, und nicht von dem real existierenden Menschen, der es vielleicht nicht tut.

In Ellweiler können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß Ermittlungen der Polizei sachkompetenter durchgeführt werden als die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde, die Gewerbeaufsicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil die Polizei da anscheinend besser arbeitet - Herr Bruch, wir dürfen die Polizei auch einmal loben; als Expolizist können Sie mir jetzt ruhig zuhören -, halten wir insbesondere eine Anzeigepflicht bei Verdacht auf Umweltstraftaten für die Gewerbeaufsicht, so wie es im Saarland ist, auch in Rheinland-Pfalz für notwendig und würden es begrüßen, wenn die Regierung hier entsprechende Schritte einleiten würde; und wenn das nicht von ihr aus geschieht, werden wir dazu einen entsprechenden Antrag stellen. - Das zunächst.

Die ökologische Krise, in der wir nun einmal drin sind, können wir nur - jetzt komme ich endlich auf die Zwischenrufe des Herrn Kollegen Schuler - durch radikale Änderung der Rahmenbedingungen für die Produktion beheben. Da wird viel von dem Zusammengehen von Ökonomie und Ökologie geredet. Das - gelinde gesagt - Mißverständnis besteht nun einmal gemeinhin darin, Wachstumsideologie, wachstumsorientierte, profitträchtige Umwelttechnologie darunter zu verstehen. Ökologie hat indessen ihre eigenen Normen - sie ist eine Naturwissenschaft, die Normen setzt -, die zur gegenwärtigen kaufmännischen Welt nur äußerst geringe Beziehungen zulassen. Die praktizierte Ökonomie hat doch gerade zur ökologischen Krise geführt.

Umdenkungsprozesse finden in diesem Haushalt keinen Anreiz. Insbesondere - das sind unsere Ideen - auf der Einnahmenseite würde sich nur auf den ersten Blick unpopuläre drastische Besteuerung für umweltgefährdende Stoffe positiv auswirken. Wir GRÜNEN denken hier - das ist natürlich Bundesrecht, gebe ich zu - an die Einführung einer Chlorsteuer für die chemische Industrie, um von den chlorierten Stoffen herunterzukommen, und würden es begrüßen, wenn die Landesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen würde. Wir denken weiter an die Einführung einer Rauchgassteuer. Wir verweisen dazu auf Japan; dort könnte ein solches Kraftwerk wie Buschhaus gar nicht existieren. Die japanische Industrie ist mit solchen Steuern nicht kaputtgegangen. Also ganz so schlimm, wie es hier immer gemalt wird, kann es wohl nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt, daß die Ökologie - es wurde von Herrn Reisinger schon gesagt, der allerdings nur von Umweltpolitik sprach; wir sehen das natürlich mit Ökologie weiter - auch in die anderen Haushalte hineinwirken muß. Deshalb sind wir GRÜNEN im Bundestag folgerecht für eine drastische Erhöhung der Mineralölsteuer um rund 50 Pfennig pro Liter eingetreten.

Wenn man schon in andere Bereiche hineinwirken will, dann verstehe ich nicht, Herr Kollege Reisinger, was hier Herr Brüderle macht. Ich meine, was er im Wahlkampf zur Lautertalbahn und so gesagt hat, war wunderschön. Aber da wird gerade nicht zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs eingewirkt, der nur ein Zehntel der Energie verbraucht, die man verbraucht, wenn man mit dem Auto fährt. Warum tut er es nicht? Da könnten Sie als liberale Partei einmal zeigen, daß Sie den Umweltschutz wirklich ernst nehmen, indem Sie das tun, was das Land Baden-Württemberg tut;

(Beifall bei den GRÜNEN)

und das ist beileibe kein GRÜNEN-Land. Dort macht man das nämlich, solche gefährdeten Strecken von Privatbahnen - die im Prinzip aber staatliche sind, den Kommunen und dem Land gehören - aufzukaufen. Sie tun es hier, wo Sie die Verantwortung haben, nicht. Insofern betreiben Sie keine ver-

antwortungsbewußte Umweltpolitik dort, wo Sie in Teilverantwortung stehen. Diesen Vorwurf muß ich Ihnen ganz klar machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zur Energiepolitik. Landespolitische Steuerungsmöglichkeiten bestehen natürlich auch, wenn auch nicht so viel, weil vom Steuerrecht her da weniger Einfluß ist, aber durch Unterstützung und Subventionen. Wir halten Subventionen in die Richtung, langfristig in „sanfte“ Energie reinzukommen, sehr wohl für richtig. In diesem Sinne - da widerspreche ich dem Herrn Kollegen Nagel - begrüßen wir, daß ein rheinland-pfälzischer CDU-Bundestagsabgeordneter die langjährigen Programmvorstellungen der GRÜNEN, in Rheinland-Pfalz verstärkt „sanfte“ Energien, wie zum Beispiel Windenergie, zu nutzen, zunächst einmal aufgegriffen hat.

Ich widerspreche auch ganz klar, die Windgeschwindigkeit in rheinland-pfälzischen Mittelgebirgen würde etwa der in Ostholstein entsprechen. Es ist ganz klar, weiterem zu widersprechen. Wir müssen hier sehen, daß es einen Unterschied zum Flachland gibt, bei dem die Windgeschwindigkeit etwa auf der ganzen Fläche identisch ist. In Rheinland-Pfalz ist es so, daß wir regional sehr unterschiedliche Windgeschwindigkeiten haben. Es gibt die Täler, die sich verengen und in die Höhe führen, in denen die Windgeschwindigkeiten wirklich der Größenordnung in Schleswig-Holstein entsprechen.

(Zuruf des Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.)

Es gibt natürlich auch noch Windräder, die auch bei geringeren Windgeschwindigkeiten möglich sind. Das sind die sogenannten Langsamläufer. Man sollte sich vielleicht einmal über das Programm informieren, das die dänische Firma Vestas anbietet. Die Dänen sind in diesem Zusammenhang erheblich weiter, weil sie im Gegensatz zu uns gar nicht so lange bei der Einführung von solchen sanften Energien gebremst haben.

Herr Professor Reisinger, es ist völlig richtig, daß es unterschiedliche Windgeschwindigkeiten gibt. Deshalb muß das Netz bereit sein, diese Energie zu einem vernünftigen Preis aufzunehmen. Dazu brauchen wir die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Dazu brauchen wir Verhältnisse wie in Dänemark, daß wir 90 % des Strompreises bekommen, wenn wir selbst einspeisen. So ist das in Jütland für die Leute, die Windkraftwerke betreiben.

(Beifall der GRÜNEN)

Windenergie in kleinen Anlagen rentiert sich immer.

Es geht gar nicht darum, daß das Land sehr viel macht. Als erstes wäre es wichtig, wenn die Behörden freundlicher wären. Wir GRÜNEN in Rheinland-Pfalz beschäftigen uns mit diesem Problem schon seit langem. Im Hunsrück gab es jemanden, der sich vor zwei Jahren ein Windrad bauen wollte,

und zwar ein ganz kleines mit 18 Kilowatt. Er hat beim Kreis Birkenfeld die Genehmigung beantragt und nicht bekommen.

(Zurufe von der CDU und SPD)

Das würde damals damit begründet, daß es die Landschaft verschandelt. Es ging dann in ein Gerichtsverfahren über. Das Gericht hat diese Begründung akzeptiert. Das Gericht hat entschieden, ein Windrad verschandele die Landschaft. Ich wundere mich nur, warum Hochspannungsmaste nicht landschaftsverschandelnd sind. Entschuldigung, Herr Kollege Dieckvoß ist nicht da. Ich mache hier wirklich Gerichtsschelte. Ich finde es unmöglich, daß Gerichte ein solches Windrad als landschaftsverschandelnd betrachten und wenn es um Hochspannungsmaste geht, plötzlich völlig andere Maßstäbe ansetzen.

(Bojak, SPD: Lieber Herr Kollege Dr. Dörr, da müssen Sie in den Norden gehen und sich anhören, welche Probleme dort die GRÜNEN und der BUND hinsichtlich des Windrades gemacht haben; da läuft nämlich nichts!)

- Ich danke Ihnen für diesen Punkt. Ich danke Ihnen für den Hinweis, daß Sie mich auf einen weiteren Gedanken bringen. Herr Bojak, aber bitte regen Sie sich doch nicht so auf; da bekommt man leicht einen Herzinfarkt und solche Sachen. Das will ich doch nicht.

(Bojak, SPD: Im Gegenteil, frei werde ich, locker!)

Wir wollen nicht diese Windparks und ähnliches. Wir wollen die dezentrale Nutzung der Windenergie, daß Gehöfte, kleine Gehöfte, so etwas dezentral in kleinen Einheiten nutzen und ins Netz einspeisen dürfen. Das Land soll dann diese Apparate bezuschussen, damit ins Netz - mit diesen 50 Hertz, das Netzanpassungsgerät kostet etwa 15 000 DM - eingespeist werden kann.

(Staatsminister Dr. Wagner: Nur kleine Gehöfte?)

- Nicht nur, aber das ist der erste Schritt. Wir wollen wirklich nicht große Parks, die nicht die schönsten sind.

Sinnvoller finden wir möglichst dezentrale Systeme. Es gibt natürlich immer Übergänge. Ich streite mich jetzt nicht um ganz kleine Einzelheiten. Da muß man dann auch kompromißfähig sein, das gebe ich sogar zu.

(Unruhe im Hause -  
Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren, es ist sehr unruhig.

{Henze, SPD: Das ist doch kein Wunder! -  
Rocker, CDU: Ein bißchen mehr Power!}

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

- Ach Gott, ich gehöre immer zu denen, die versuchen, sachlich zu argumentieren.

Windenergie ist in kleinen Anlagen unproblematisch. Was wirklich Unfug ist, sind Großanlagen wie der Growian, weil man dann irre Fliehkräfte hat, die technisch wirklich nicht beherrschbar sind. In kleinen Anlagen mit etwas überdimensionierten Lagern geht das. Die Geräte, die die Firma Vestas in Dänemark herstellt und die schon sehr lange laufen und in Dänemark einen gewissen Beitrag liefern, zeigen, daß das geht.

(Staatsminister Wilhelm: Wieviel Prozent?)

- In Dänemark bringt das bereits einige Prozent.

(Staatsminister Wilhelm: Nicht in Dänemark, hier bei uns?)

- Es gibt Berechnungen für Deutschland, daß es 3 % der Primärenergie wären, das wären also 30 % des Stromes, wenn man es wirklich konsequent machen würde,

(Bojak, SPD: Wieviel in Rheinland-Pfalz?)

allerdings vorrangig in den Küstenstaaten, das ist ganz klar.

(Zurufe von der SPD)

- Das habe ich aus einer recht konservativen Studie entnommen, also keiner der GRÜNEN

(Dr. Langen, CDU: Soviel kleine Gehöfte gibt es doch gar nicht! -

Prof. Reisinger, F.D.P.: 15 000 Windräder! -  
Weitere Zurufe von der CDU)

Ebenso sinnvoll ist es, in strukturschwachen landwirtschaftlich genutzten Gebieten Biogasanlagen einzurichten. Wir haben Karten studiert, wie das so mit Biogasanlagen in Deutschland ist. Wenn man sich die Karte anschaut - ich habe das einmal mitgebracht -, dann sieht man, daß Rheinland-Pfalz ein weißer Fleck ist. Es gibt nämlich gar keine.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Wollen Sie von mir eine haben?)

- Gerne, gerne.

Gerade diese Biogasanlagen, die zu bezuschussen wären - wir haben einen finanzwirksamen Antrag gestellt -, sind erheblich sinnvoller als diese Gülletanks. Die Entgasung der Gülle in Biogasanlagen bietet nicht nur die Möglichkeit, den umweltfreundlichen Energieträger Methangas dezentral zu erzeugen, sondern das verbleibende Substrat als hochwertigen Dünger aufzubringen. Rheinland-Pfalz ist leider das letzte Flächenland ohne Biogasanlagen, wenn man von dem kleinen Saarland absieht.

Ein gutes Beispiel ist der Landkreis Nienburg in Niedersachsen, auch ein von der rechten Seite des Hauses regiertes Bundesland. Es wäre nach unserer Einschätzung sehr wohl auf Regionen von Rheinland-Pfalz übertragbar. Wir würden es begrüßen, wenn die Landesregierung hier Impulse setzen würde, daß die Mittel, die für Gülletanks ausgegeben werden, für solche Dinge eingesetzt werden. Biogas ist vielfach einsetzbar und ist hier günstiger einsetzbar als in Niedersachsen. An der Stelle, an der dörfliche Strukturen bestehen, kann man dann mehrere Betriebe zusammenfassen. Dann wird die Sache billiger und rationeller.

Noch sinnvoller als zur Stromerzeugung ist die Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasserbereitung. Die Nutzung der Sonnenenergie für die Stromerzeugung haben Sie schon erkannt; deswegen bauen Sie in Gondorf das Ding.

Wir müssen aber wissen, bei der Warmwasserbereitung ist der Wirkungsgrad erheblich höher. Mit guten Anlagen kann man bei der Warmwassererzeugung etwa 90 % der Sonnenenergie nutzen. Mit selbstgebauten kommt man immer noch auf 70 %. Ein solches habe ich mir selbst einmal gebaut.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

In niederschlagsarmen Gebieten um Schifferstadt und Speyer ist das besonders sinnvoll, weil dort die Sonne sehr viel scheint. Hier muß unserer Ansicht nach der Staat und auch das Land einen Beitrag zur Markteinführung leisten. Das ist im Moment das Problem, daß diese Sachen nicht in Serie hergestellt werden. Dadurch muß man praktisch Prototypen kaufen.

In Österreich - einem Nachbarland von uns - wird jede Solaranlage mit etwa 5 000 DM bezuschußt. Wenn man ins Burgenland fährt, sieht man das auch, daß auf jedem zehnten Haus etwa inzwischen eine Solaranlage steht.

(Schuler, CDU: Das Klima haben wir nicht, Herr Dr. Dörr!)

- Mit der Südpfalz ist es aber ähnlich.

(Nagel, SPD: In der Südpfalz scheint immer die Sonne!)

Man denkt hier immer so viel an Arbeitsplätze. Die Produktion von Anlagen für einen Einstieg in ein sanftes Energiekonzept - ich nannte sie eben - ist weiterhin sehr arbeitsplatzintensiv. Wenn wir es nicht rechtzeitig machen, besteht die Gefahr, daß wir in bezug auf die Windenergie gegenüber einem so kleinen Land wie Dänemark den Anschluß verlieren. Sie verkaufen im Augenblick ihre Dinger in der Dritten Welt und nicht wir.

(Beifall der GRÜNEN -  
Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Herr Professor Reisinger ist auf die ganze Atomenergie und alles eingegangen, deshalb muß ich leider dazu auch noch einiges sagen. Wir GRÜNEN lehnen zunächst einmal Großkraftwerke, egal ob es Atomkraftwerke oder Großkohlekraftwerke sind, grundsätzlich ab, wenn die Abwärme nicht genutzt werden kann.

Herr Bojak, deshalb widersprechen wir ganz klar Ihrem pfälzischen Bezirksvorsitzenden, Herrn Reimann aus Ludwigshafen, wenn er jetzt in Neupotz anstelle eines Atomkraftwerkes ein Großkohlekraftwerk bauen will, wie jüngst in der „Rhein-Pfalz“ zu lesen war.

(Beifall der GRÜNEN und vereinzelt der CDU)

Dieser Standort Neupotz ist ein totaler Schrott; denn die Abwärme kann nicht genutzt werden. Ich bitte die Leute in der Landtagsfraktion, die es vielleicht anders sehen, endlich einmal die Bezirkstagsfraktion ihrer Partei auf Trab zu bringen, daß sie endlich den Standort Neupotz grundsätzlich aufgibt, und zwar sowohl für ein Atomkraftwerk als auch für ein Großkohlekraftwerk.

(Beifall der GRÜNEN)

Anscheinend haben Sie das immer noch nicht gepackt, Ihren Kollegen Reimann auf das zu bringen, was Sie hier sagen.

(Zurufe von der SPD und CDU)

Sie haben die Aktienmehrheit der Pfalzwerke über den Bezirkstag. Die große Koalition zwischen SPD und CDU im Bezirkstag geht immer noch weiter. Sie hat sich nicht geändert. Die Bezirkstagsfraktion der GRÜNEN bietet Ihnen weiterhin an, daß wir bereit sind, mit Ihnen im Bezirkstag der Pfalz eine Koalition zu machen. Die einzige Bedingung ist der Verzicht auf Neupotz. Alle anderen Sachen würden wir noch mitmachen, auch allen Schwachsinn, den wir dort sonst noch sehen, nur Neupotz wollen wir nicht.

Sie machen aber weiter mit der CDU und mit den Leuten dort im Bezirkstag, nur um Ihr Neupotz zu retten. Deshalb nehme ich es Ihnen nicht ab, daß Sie wirklich das wollen, was Sie hier sagen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -  
Zurufe von der SPD)

- Die Bezirkstagsfraktion bestimmt sehr wohl über Neupotz, weil die Pfalzwerke zu 52 % dem Bezirkstag gehören und der Bezirkstag ist der Besitzer. Die Pfalzwerke machen das, was der Besitzer ihnen sagt. Wenn der Landtag Neupotz nicht will, wird es nicht gemacht. Aber im Landtag haben nun einmal leider die Atomparteien aus CDU und F.D.P. die Mehrheit.

(Unruhe im Hause)

Das ist eine real existierende Tatsache. Sie wollen doch immer die Realpolitik. Warum tun Sie es denn nicht im Bezirkstag, bei dem Sie es können?

(Glocke des Präsidenten)

Ich schimpfe genauso mit der CDU. In dem Punkt muß man wirklich einmal mit Ihnen schimpfen.

(Heiterkeit im Hause)

Die CDU ist wenigstens ehrlich. Sie sagt, sie wolle Atomenergie.

(Beifall bei CDU und SPD)

Sie sagen dort, wo Sie die Macht haben, Sie wollen Atomenergie, und dort, wo Sie nicht die Macht haben, sagen Sie, Sie wollen aussteigen. Das ist die Realität in Rheinland-Pfalz.

Das ist auch die Realität in Nordrhein-Westfalen. Sie stecken saftige Mittel in die Atomforschung und machen dann einen Eiertanz um den Hochtemperaturreaktor. Das ist wirklich so.

(Beifall der GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

In Nordrhein-Westfalen haben Sie sich noch nie klar gegen diesen Hochtemperaturreaktor ausgesprochen. Das ist nämlich das, was die Atomenergie jetzt in der Tasche hält. Wenn das mit Nukem ein bißchen abgeebbt ist, dann kommt der Atomreaktor und der Hochtemperaturreaktor, am besten in kleinen Einheiten, die nicht mehr einzeln genehmigt werden müssen. Dazu habe ich auch eine Kleine Anfrage gestellt.

(Heiterkeit im Hause)

Aber nicht solche.

In einem Punkt, nämlich in der Wasserstofftechnologie, muß ich Ihnen ganz scharf widersprechen, Herr Nagel. Das ist nämlich ein Trojanisches Pferd der Atomenergie. Das haben Sie bloß noch nicht gemerkt. Ich gebe zu, da muß man ein bißchen schlau sein: Sie steigen nämlich da ein. Die Wasserstofftechnologie ist wunderbar dazu zu verwenden, die Überkapazitäten der Atomindustrie zu nutzen und Wasserstoff herzustellen und ihn in die Gasnetze einzuspeisen. Herr Reisinger, Sie haben das auch noch nicht gemerkt.

(Heiterkeit im Hause -

Nagel, SPD: Herr Dörr, das gibt einen teuren Wasserstoff!)

Oder Sie tun so, als hätten Sie es noch nicht gemerkt.

Wenn man die Solarenergie schon für Wärme nutzt, dann ist es sinnvoller, gleich Wärme mit Warmwasserkollektoren mit einem Wirkungsgrad von 90 % zu machen. Sie sind erheblich billiger als Wasserstoff mit einem Wirkungsgrad von 10 % herzustellen und diesen anschließend wieder mit einem Wir-

kungsgrad von 30 % zu verbrennen. Dann landen wir insgesamt bei 3 %, um es zu verbrennen. Das ist ein Schotter. Entschuldigung, so herum ist es ein Schotter.

(Beifall der GRÜNEN -

Nagel, SPD: Nicht einmal 0,1 % des Energiebedarfes decken Sie damit! Das müssen Sie auch sehen!)

Bei uns ist das Warmwasser während des Sommerhalbjahres ohne weiteres ganz durch Sonnenkollektoren zu decken. Ich habe das als ganz normaler Mensch gekonnt. Man muß einen anständigen Speicher haben.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Preuss, SPD)

- Entschuldigung, Sie sind doch Physiker, Sie müssen das doch wissen.

(Zurufe von der SPD: Chemiker!)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie von Physik keine Ahnung haben. Sie müssen einen anständigen Speicher mit einigen Kubikmetern haben! Dann verlieren Sie nur ein Grad pro 24 Stunden. Wenn die Sonne zwei Wochen nicht scheint, haben Sie darin immer noch genügend Temperatur. Das gilt besonders für Mehrfamilienhäuser. Bei diesen kann man einen großen Speicher bauen, der für vier Haushalte ausreicht. Damit lassen sich ohne weiteres zwei Wochen überbrücken.

(Bojak, SPD: Das haben Sie alles zu Hause!  
Haben Sie das alles zu Hause, Herr Dörr?)

Sie waren in Kaiserslautern an der Universität. Vielleicht gehen Sie einmal zu diesem Solarbüro, das Solarhäuser baut.

(Bojak, SPD: Haben Sie das auch schon für sich gebaut, was Sie hier vortragen? Können wir das bei Ihnen besichtigen?)

- Herr Kollege Bojak, Sie reden schlimmer hinein, als das in der Schulkasse der Fall ist. Das muß ich wirklich sagen.

(Heiterkeit im Hause)

Die Atomenergie ist noch gefährlicher, als das der Herr Kollege Professor Reisinger sagt. Mit den Fällen von Leukämie ist das schon gesagt worden. Ich gebe zu, nach den derzeitigen Zahlen kann ich nicht beweisen, daß mehr Leukämiefälle im Kreis Birkenfeld als anderswo auftreten. Herr Reisinger, ich kann aber auch nicht beweisen, daß es die gleiche Menge ist. Dazu muß man einen Signifikanz-Test machen. Ich befinde mich im Moment in dem Fall, daß es möglich ist, daß es mehr ist, oder daß es möglich ist, daß es nicht mehr ist.

(Heiterkeit bei CDU, SPD und F.D.P.)

Das muß man ehrlich so sagen.

In bestimmten Fällen kann ich einen klaren statistischen Beweis machen.

(Nagel, SPD: Das ist die Dörrsche Relativitätstheorie!)

- Nein, Entschuldigung, ich habe auch eine Doktorarbeit gemacht, bei der ich sehr viel Statistik machen und Grundgesamtheiten vergleichen mußte. Das ist in der Biologie grundsätzlich so, weil es immer statistische Sachen sind, die man vergleicht. Das ist einfach so.

(Unruhe im Hause -  
Glocke des Präsidenten)

Dies kann die Landesregierung nicht führen. Deswegen ist es falsch, wenn Herr Wilhelm sagt, es ist nicht so, daß das mehr sind. Das kann er nicht sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Er kann sagen, es ist bisher nicht bewiesen, daß es mehr sind.

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Dr. Dörr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Professor Reisinger?

**Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:**

Gern.

**Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:**

Herr Kollege, das hat mir jemand gesteckt. Ich gebe zu, daß es nicht von mir ist, gebe es aber trotzdem weiter. Was sagen Sie denn, wenn ich behaupte, daß in Ihrem Vorgarten zu Hause ein Faß mit hochgiftigen Chemikalien vergraben ist? Das kann ich Ihnen nicht beweisen. Sie können mir auch nicht das Gegenteil beweisen. Von dieser Art ist Ihre Argumentation von eben.

**Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:**

Es besteht aber ein Verdachtsmoment, lieber Herr Professor Reisinger.

(Bojak, SPD: Brechen Sie Ihre Rede ab! Gehen Sie buddeln! Fahren Sie nach Hause!)

Es besteht ein Verdachtsmoment, da die absoluten Zahlen sehr wohl im Kreis Birkenfeld etwas höher liegen, was die Leukämie angeht.

Die Landesregierung hat keine kleinräumigen Untersuchungen gemacht. Es ist nämlich zu erwarten, daß nur in der besonderen Nähe der Urananlage erhöhte Raten auftreten. Wir wissen, was in Ellweiler verarbeitet wird. Es ist hauptsächlich Natururan. Dort tritt das Zerfallsprodukt Radium auf. Herr Kollege Professor Reisinger, wir wissen sehr wohl, daß von der natürlichen Strahlenbelastung des Menschen, was die inkorporierte Strahlenbelastung angeht, das Radium in den Knochen den großen Anteil ausmacht. In den Muskeln ist es das Kalium-40. In den Knochen ist Radium. Es macht etwa 40 Millirem aus, wenn ich die Zahlen aus dem Buch „Radioaktivität und Umwelt“ von Weish und Gruber zugrunde lege. Wenn mehr Radium in der Umwelt vorkommt, ist anzunehmen, daß sich das stärker anreichert. Die Landesregierung hat bisher noch nie Zähne und ähnliches untersucht, ob erhöhte Radiumkonzentrationen vorliegen.

(Unruhe im Hause)

Das wäre eine Untersuchung, wie wir sie wollten.

(Erneut Unruhe im Hause)

Man hat es versäumt, an Leukämie erkrankte Kinder zu untersuchen, ob sie in den Knochen erhöhte Radium-Nuklide, die beim Uranzerfall auftreten, mehr als die Durchschnittsbevölkerung inkorporiert haben oder nicht. Wenn Sie beweisen können, daß das nicht der Fall ist, dann fühle ich mich erheblich sicherer, keine Vorwürfe zu machen. Das ist aber genau der Knackpunkt, bei dem ich Untersuchungen haben will. Wir haben auch einen Antrag auf kleinräumige Untersuchungen gestellt.

Wir wissen sehr wohl, daß es für Krebs keine Grenzwerte gibt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Dr. Dörr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Bischel?

**Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:**

Im Moment nicht. Ich muß es erst erklären, weil es die Leute sonst nicht verstehen.

(Heiterkeit im Hause)

Die natürliche Radioaktivität ist, wie wir wissen, für einen Teil der natürlichen Krebsrate, die es schon immer gegeben hat, verantwortlich. Ich erinnere daran, wir schreiben das Jahr 1988. Vor 100 Jahren, also 1888, ist Kaiser Friedrich III. auch schon an Krebs gestorben.

(Staatsministerin Frau Dr. Hansen: Noch schneller sprechen!)

Krebs hat es immer schon gegeben. Es gibt nur heute mehr Krebs, insbesondere bei Kindern. Wir wissen, daß jede zusätzliche Strahlenbelastung das Krebsrisiko erhöht. Das wissen wir sehr genau aus Untersuchungen in England von Frau Dr. Alice Stewart, die Kinder untersucht hat, die während der Embryonalentwicklung eine Röntgenaufnahme bekommen haben. Wenn das während der ersten Woche der Embryonalentwicklung passiert, dann verdoppelt sich das Leukämierisiko. Deshalb ist dieser Verdacht mit Ellweiler sehr wohl begründet.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Ohne Strahlung gibt es überhaupt kein Leben!)

Man hat in den 20er Jahren ohne weiteres noch Schwangere geröntgt, weil man nicht wußte, daß das gefährlich ist. Diese Sache hat Frau Dr. Stewart statistisch untersucht, weil das sehr viele waren.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Preuss, SPD)

Ich sage das wegen der ganz geringen Mengen an Radioaktivität, nämlich einer Röntgenaufnahme. In Ellweiler haben wir mehr Radioaktivität in der Umwelt.

(Prof. Dr. Preuss, SPD: Das ist doch Unsinn!)

- Natürlich haben wir dort mehr Radioaktivität in der Umwelt, insbesondere mehr Radium, was beim Uranzerfall passiert, mehr Radon usw.

(Unruhe im Hause)

Das ist ein Haushaltsantrag von uns, daß wir in Ellweiler diese kleinräumigen Untersuchungen wollen, weil diese Verdachtsmomente bestehen. Ich habe den Eindruck, daß Herr Professor Dr. Preuss und Herr Nagel das völlig verschieden sehen. Das ist sehr interessant, daß Sie das einmal hier so deutlich zeigen.

(Heiterkeit im Hause)

Ich hatte schon immer den Verdacht, daß sich in der SPD mindestens noch ein Drittel Atomlobby befindet.

(Heiterkeit bei CDU, SPD und F.D.P.)

Das hat sich in Hessen gezeigt. Die SPD wollte zuerst mit allen Mitteln den Untersuchungsausschuß zu Nukem und Alkem verhindern, um zu vertuschen, wieweit sie selbst drinsteckt.

(Unruhe im Hause)

Nicht ohne Grund ist in Hessen die rot-grüne Koalition an der Atomenergie geplatzt. Das muß man doch einmal ganz

ehrlich zugeben. Ich kenne doch die Reden, die Exminister Steger vor der Nukem gehalten hat. Ich habe sie alle gelesen.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Mir glaubt er es nicht! -  
Heiterkeit bei der CDU)

Entschuldigung, ich war auch bei den Verhandlungen im Bezirkstag dabei, als es darum ging, wer mit wem eine Koalition macht. Ich habe mit Herrn Kollegen Dr. Ludwig geredet. Ich muß sagen, daß Herr Martin gegenüber sanfteren Energien noch aufgeschlossener als Herr Dr. Ludwig war.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Es tut mir leid. Vielleicht hat er jetzt ein bißchen umgedacht.

Das war es kurz zu den Energien.

Natürlich soll die Ökologie für uns noch in andere Bereiche hineinstrahlen, und zwar gerade in die Landwirtschaft. Da gibt es einige Programme, die wirklich reine Reparatur sind, wie zum Beispiel das Ackerrandstreifen-Programm. Das ist ein echter Unsinn, zumal es überhaupt nicht kontrolliert wird.

Etwas besser - das lobe ich sehr wohl - ist das Streuobstwiesen-Programm. Was Sie da machen, ist eine gute Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN -  
Heiterkeit bei CDU, SPD und F.D.P.)

Sie erhalten damit bedrohte Arten wie Steinkäuze.

Ein weiterer Punkt ist, daß es Grundgesetze in der Ökologie gibt, wie das biozönotische Grundgesetz, daß mehr Arten vorkommen, wenn eine Landschaft reichhaltiger gegliedert ist. Wenn mehr Arten vorkommen und im Gleichgewicht stehen, ist auch das Gleichgewicht stabiler, weil sich Räuber und Beute gleichmäßiger regulieren, als wenn es weniger Arten sind. Deswegen ist es sinnvoll, gegliederte Landschaften zu erhalten. Deshalb ist es auch sinnvoll, Streuobstwiesen zu erhalten, auch wenn es zunächst einmal scheinbar teurer ist, da das Gleichgewicht dort stabiler als in ausgeräumten Landschaften ist. Das ist ein Programm, das wir sehr wohl begrüßen.

Notwendig wäre eine Umstellung auf ökologischen Landbau - ich weiß, daß die F.D.P.-Landwirtschaftslobby mir wieder widerspricht -, insbesondere dort der Erschwernisausgleich. Zunächst einmal gibt es das Problem, daß die Erträge während der Umstellungsphase sehr zurückgehen, da der ganze Boden durch die technische Landwirtschaft kaputtgemacht worden ist.

(Zuruf des Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.)

- Entschuldigung, ganz einfache naturwissenschaftliche Gesetze muß man natürlich kennen. Es ist so, daß es sehr viele Organismen gibt, die sauren Boden vertragen. Es gibt welche, die alkalischen vertragen, andere, die einen Boden mit viel, wieder andere mit wenig Salz vertragen. Es gibt aber wenig Organismen, die alles durcheinander vertragen. Diese Sache nennt man ökologische Potenz.

(Unruhe im Hause)

Im konventionellen Landbau mit leicht löslichen Düngern sorgt man dafür, daß man zeitweise eine hohe Salzkonzentration im Boden hat, wenn der Dünger aufgetragen ist. Wenn es anschließend regnet, ist dann wieder eine geringe Konzentration enthalten, wenn der Dünger ausgewaschen ist. Das macht zum Beispiel natürliche Bakterien, die Stickstoff binden, kaputt, weil sie das nicht schaffen. So ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im ökologischen Landbau ist es keineswegs so, was hier immer behauptet wird, daß überhaupt nicht gedüngt würde. Das stimmt doch gar nicht. Sie düngen doch auch, nur mit Gesteinsmehlen. Da hat man diesen Effekt nicht, weil da nur an der Oberfläche die Ionen langsam freigesetzt werden und nicht ständig schwankende Konzentrationen von Ionen, von Salzen im Boden sind. Das ist doch der ganze Punkt.

(Keller, SPD: Was machen die mit dem Mist?)

- Das müssen Sie doch endlich einmal verstehen. Das verstehen Sie eben nicht. Sie wissen auch schon, was wir mit Ellweiler machen, wenn wir es dichtgemacht haben. Dafür haben wir ein Umbauprogramm. Dann können wir mit den Mühlen, mit denen sie bisher die Uranerze gemahlen haben, die Gesteinsmehle mahlen und sie dann im ökologischen Landbau als Dünger verwenden. Das wäre eine Möglichkeit, die Arbeitsplätze in Ellweiler zu erhalten. Natürlich müssen wir dann die Mühle erst einmal entseucht haben. Auch dort haben wir Lösungskonzepte. Herr Professor Reisinger, wir haben sehr wohl auch Ideen und denken weiter. Wir haben Ideen, auf die Sie selbst gar nicht kommen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD -  
Staatsminister Geil: Das ist richtig!)

Herr Kollege Eymael, in der Energie wollen Sie doch auch sparen. Dann wäre es vielleicht einmal interessant, zu vergleichen, wie die Energiebilanzen im konventionellen und im ökologischen Landbau sind. Da hat die Pfaff-Stiftung Studien vorgelegt, die besagen, daß im ökologischen Landbau nur ein Drittel an Energie eingesetzt werden muß, wie man später an Waren herausbekommt, während man im konventionellen Landbau siebenmal soviel Energie hineinbuttern muß, wie man an Waren herausbekommt. Eine Tonne Kunstdünger sind 3 Tonnen Erdöl. Das muß man auch

einmal durchrechnen. Wir sehen das ganzheitlich und nicht nur so monokausal. Wir haben eine andere Denkweise als Sie.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Das merken wir!)

Der ökologische Landbau ist naturfreundlich. Da gibt es keine Arten, die bedroht werden.

(Zuruf aus dem Hause)

- Wir haben die Bedrohung von Arten, auch jagdbaren Arten, in den ökologisch bewirtschafteten Flächen nicht. Dort werden nämlich keine nicht abbaubaren Gifte eingesetzt, die sich nachher auch im Wild anreichern, was einige Leute die doch so gerne jagen, sicher auch nicht wollen.

(Beck, SPD: Ich sehe es kommen, daß Herr Wilhelm zurücktritt. Der ist völlig fertig! - Heiterkeit bei der SPD)

Ich wollte noch einiges zum Hochwasser sagen. Wir haben natürlich einen ganz anderen Ansatzpunkt. Ich danke dem Herrn Kollegen Nagel, daß er einiges von unseren Ansätzen schon an die Presse gegeben hat.

(Heiterkeit im Hause)

Das, was wir in punkto Hochwasser geschrieben haben, ist im wesentlichen das, was Sie erklärt haben.

(Rocker, CDU: „Nagel“, der Wasserklausur)

Es ist natürlich sehr wohl richtig, daß man erst im Oberlauf der Gewässer anfangen muß,

(Schuler, CDU: Das ist richtig!)

damit das Wasser nicht so schnell abfließt. Herr Kollege Nagel, ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie in dem Punkt Ihre eigene Partei endlich einmal auf die Reihe bekommen würden. Kürzlich hatte ich in Kirn mit Ihrem dortigen Oberbürgermeister einen sehr heftigen Disput. Dieser will ein großes Industriegebiet ausgerechnet im jetzt noch existierenden Überschwemmungsgebiet der Nahe bauen und meint, das wäre gar nicht so schlimm.

(Nagel, SPD: Vielleicht will er es fluten!)

- Nein, er möchte es nicht fluten. Da habe ich sehr wohl nachgefragt.

(Heiterkeit im Hause)

Dieses Denken, das Sie hier großspurig verkünden, ist dort, wo Sie in der Verantwortung stehen und die absolute Mehrheit haben, noch nicht sehr weit durchgedrungen.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der erste Schritt, den wir hier fordern müssen, ist es natürlich, daß grundsätzlich keine Überschwemmungsgebiete mehr eingedeicht werden, daß es nicht mehr zugelassen wird, Flächennutzungspläne so zu ändern, daß dadurch Überschwemmungsgebiete verkleinert werden, wie das in Kirn Ihr Bürgermeister mit Begeisterung macht und uns als völlig utopisch bezeichnet, wenn wir ihm widersprechen. So ist die Tatsache nun einmal.

(Zuruf des Abg. Körper, SPD)

- Was das Hochwasser angeht, ist er in dem Punkt kein guter Mann. Der Betrieb, den er dort ansiedeln möchte, widerspricht außerdem völlig unseren Vorstellungen, was die Chemiepolitik angeht. Es ist ausgerechnet ein Chemiebetrieb, der mit chlorierten Kohlenwasserstoffen arbeitet.

(Zurufe aus dem Hause: Hört! hört!)

Wenn schon Chemie, dann bitte nicht solche Stoffe, bei denen Chlor an Kohlenstoff gebunden ist. Anscheinend haben nur ganz wenige von Ihnen verstanden, daß das der Problembereich in der chemischen Industrie ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Nagel, ich habe den Eindruck, die großmundigen Reden von Ihnen scheinen in Ihrer Fraktion nicht sehr viel Wiederhall zu finden.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Langfristig haben wir das Konzept, daß wir die Überschwemmungsproblematik so verhindern wollen, daß zunächst die Oberläufe wieder renaturiert werden sollen - das ist zum Beispiel bei Schifferstadt nötig -, daß wir die Überschwemmungsgebiete ausweiten, wieder Mäander einführen und daß wir am Rhein die Deiche dort, wo es geht, wieder zurücknehmen, wo bisher noch nichts zersiedelt worden ist. Man hat es leider versäumt, so etwas zu verhindern.

(Zuruf des Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.)

Hessen hat das übrigens gemacht. Daran könnte man sich ein Beispiel nehmen. Sie haben ein anderes Konzept als wir. Sie haben nicht die künstlichen Becken, in die Wasser hineingepumpt wird, sondern sie haben den Kühkopf wieder zum Überschwemmungsgebiet gemacht, das heißt aus dem eingedeichten Bereich herausgenommen, so daß er bei jedem größeren Hochwasser wieder geflutet wird. Das ist der richtige Ansatz.

(Zurufe von der SPD -

Itzek, SPD: Lauter! Mehr in das Mikrofon! -

Nagel, SPD: Mehr in das Mikrofon, damit wir es alle hören!)

- Ich denke, Sie kennen sich geographisch so gut aus. Am Kühkopf wohnt keiner. Das ist Naturschutzgebiet. Das ist sehr sinnvoll

(Bojak, SPD: Lauter, wir wollen auch alles mitbekommen! -  
Itzek, SPD: Immer zum Mikrophon sprechen!)

- Ach je, Herr Bojak.

(Bojak, SPD: Ich will alles hören, was Sie sagen!)

Bei den Taschenpoldern weiß ich nicht, wie die SPD darüber denkt. Aber Sie hören mir gar nicht zu. Ich habe manchmal den Eindruck, die Mitte des Hauses hört mir mehr zu als Sie.

(Heiterkeit bei der CDU -  
Bojak, SPD: Wir sind nicht so schnell!)

Die Taschenpolder sind ökologisch wirklich nicht vertretbar. Da muß man sich aber ein bißchen mit Auwaldökologie auskennen. Die Auwälder ertragen es sehr wohl lange, von fließendem Wasser überschwemmt zu werden. Das haben wir zum Beispiel im letzten Jahr gesehen. Der Rhein hat ständig Hochwasser gehabt, und die Weiden standen ständig im Wasser. Das macht ihnen deswegen nichts aus, weil fließendes Wasser sauerstoffreich ist. Eine Überschwemmung von Waldgebieten, in denen das Wasser dann steht, macht den Wald aber kaputt. Wenn das Wasser dort lange steht, geht der Wald kaputt, da die Bäume das stehende Wasser nicht vertragen. Deswegen sind wir GRÜNE grundsätzlich gegen die Taschenpolder. Absolut sind wir gegen die Taschenpolder in Auwaldgebieten.

(Beifall der GRÜNEN)

Wenn Sie sich von diesem Konzept gar nicht trennen, dann machen Sie es bitte, wenn es unbedingt sein muß, in Landwirtschaftsgebieten. Dort kann man es irgendwie ertragen. Dort haben wir ohnehin eine Überschubproduktion. Dann können Sie den Bauern ihren Ausgleich bezahlen. Die Poldervarianten lehnen wir ab. Wir wollen eine Rücknahme der Deiche. Wir wollen, daß wieder mehr Wasser in ehemalige Altrheinarme fließt. Man könnte zum Beispiel überlegen, ob man am Kühkopf die Deiche etwas verändert, damit das Wasser stärker durch den Altrhein abfließt, so daß die Flutwelle gebremst wird. Wenn man es noch in anderen durchflossenen Altrheinarmen machen würde, wäre das sehr sinnvoll. Das ist der Punkt, den ich zum Hochwasserschutz noch sagen möchte

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Landesregierung diese Pläne, die sie in dieser Hinsicht hat, noch einmal sehr ernsthaft gerade in bezug auf die Taschenpolder überprüfen würde.

(Beifall der GRÜNEN)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Kollege Brinkmann.

Abg. Brinkmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Beginn dieser ---

Präsident Dr. Volkert:

Herr Kollege Dr. Brinkmann, Sie müssen das Pult etwas hochfahren.

(Starke Heiterkeit im Hause)

Abg. Brinkmann, SPD:

Herr Präsident, Sie haben mich unter dem Eindruck der Fernsehendung „Schwarzwaldklinik“ zum Promovierten gemacht.

(Anhaltend starke Heiterkeit im Hause)

- Sie sehen, Sie haben jetzt die Lacher auf Ihrer Seite. Ich muß Sie allerdings insofern enttäuschen, daß das nicht unbedingt originell war, was Ihnen eben passiert ist.

(Zurufe und Heiterkeit im Hause)

Mit Beginn dieser Legislaturperiode wurde die Gesundheitspolitik gegen den Willen der Sozialdemokraten einem neuen Ministerium zugeordnet. Wir wollten aus guten Gründen die Gesundheitspolitik lieber weiter beim Sozialministerium als beim Umweltministerium zugeordnet sehen. Wir hoffen, daß diese organisatorische Umorientierung kein Ausdruck von Desorientierung ist.

Mit der Zuordnungsfrage der Gesundheitspolitik stellt sich natürlich auch die Frage ihrer Gewichtung. Dies sollte seitens der Landesregierung deutlich verbessert werden. Die Bestätigung hierfür wurde vor kurzem erneut geliefert, als man den sozialdemokratischen Antrag auf Bildung eines ständigen „Unterausschuß Gesundheit“ ablehnte. Die Gesundheitspolitik wird damit künftig weiter angesichts der Fülle umweltpolitischer Probleme in Ausschuß und Plenum nur ein Schattendasein führen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir bedauern dies sehr. Mit unserem Antrag wollten wir der Gesundheitspolitik mehr Eigenständigkeit und damit auch mehr inhaltliche und parlamentarische Bedeutung geben.

„Gesundheit“ wird von der Weltgesundheitsorganisation als „Zustand vollständigen physischen, psychischen und sozialen

Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen" definiert. Ich möchte weder die sprachliche Formulierung noch die inhaltliche Aussage „vollständiges Wohlbefinden" kritisch betrachten, sondern hervorheben, daß mit „Gesundheit" physische, psychische und soziale Gegebenheiten gemeint sind.

(Beifall bei der SPD)

Damit sei der Umfang und die Ganzheitlichkeit einer vernünftigen Gesundheitspolitik angedeutet, die einfach mehr sein muß als nur ein Anhängsel der Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren, ein gewisses Spiegelbild der Gesundheitspolitik bieten die Beiträge, die an die Krankenkassen zu zahlen sind. Der Krankenkassenbeitrag für Arbeitnehmer im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung nähert sich in vielen Fällen bereits der 16 %-Grenze. Damit ist für viele Menschen die Schmerzgrenze bereits überschritten. Ein solcher Kostenanteil ist schlichtweg zu hoch, und er ist bei Einkommen um 2 000 DM oder gar noch weniger geradezu unerträglich.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen werden auch viele Betriebe, insbesondere kleine und mittlere, durch ihre gleichermaßen hohen Arbeitgeberanteile an der Krankenversicherung empfindlich getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Beträge sind in vielen Fällen kein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung oder zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen, sondern das Gegenteil. Sicherlich kann man sagen: Gesundheitspolitik ist in erster Linie Sache des Bundes. - Das ist zweifelsohne richtig. Die Länder haben aber ihre direkten und indirekten Einflußmöglichkeiten.

Weitgehend eigenverantwortlich sind die Länder in der Krankenhausversorgung. Damit bestimmen sie selbst über die weitaus größte Position an den Gesundheitskosten. Zirka 140 Milliarden DM betragen derzeit die jährlichen Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, 30 %, also etwa 45 Milliarden DM, entfallen auf den Krankenhausbereich. Selbst wenn diese Summe noch auf die verschiedenen Bundesländer aufgeteilt werden muß, kommt man für jedes Land, auch für Rheinland-Pfalz, noch auf eine Summe von mehreren Milliarden DM. Für die Länder ergibt sich nicht nur eine sich lohnende Handlungsmöglichkeit, sondern sogar dringender Handlungsbedarf.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, daß der zur Beratung anstehende Doppelhaushalt bei etwa 15 Milliarden DM liegt, von dem der weitaus größte Teil bereits vor Beginn der Beratungen festliegt.

Finanziell gesehen ist Krankenhausplanung ohne Zweifel dringend notwendig. Durch rechtzeitige Fortschreibung des Krankenhauszielplanes kann der Bestand der Krankenhäuser nach Qualität und Quantität jeweils den Erfordernissen und Möglichkeiten realistisch angepaßt werden.

Nach dem Landeskrankenhausgesetz soll eine Fortschreibung spätestens nach sieben Jahren erfolgen. Bei uns sind seither trotz vielfacher intensiver Mahnungen seitens der SPD-Fraktion nahezu elf Jahre vergangen. Dieses über Jahre hinweg zögerliche Verhalten kostet das Land Rheinland-Pfalz, seine Bürger und Betriebe, viel Geld, das in vielfältiger Weise an anderen Stellen sinnvoller ausgegeben werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Es ist seit eh und je unbestritten,

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU -  
Beck, SPD: Manfred, mehr Mut vor Ort,  
nicht nur herummeckern!)

daß in Rheinland-Pfalz ein Überangebot an Betten vorhanden ist. Der Minister stellt im Entwurf des Landeskrankenhauszielplanes fest: A built bed is a filled bed. -

(Zuruf: Was, was?)

„Ein gebautes Bett ist ein belegtes Bett. "

Hieraus hätten längst oder wenigstens jetzt in ausreichendem Maße Konsequenzen gezogen werden müssen.

Die Kostenträger fordern als Mitberatende bei der Erstellung des Entwurfs den Abbau von 4 600 Betten. Das Ministerium rang sich schließlich - bis dato wohlgermerkt - zum Abbau von 1 700 Betten durch. Dies ist ein sehr pragmatisches Verhalten im Vorfeld von Kommunalwahlen.

(Beifall bei der SPD)

Parteilpolitisch gesehen ist dieses Verhalten mit Sicherheit nicht das schlechteste. Bei Tagespflegesätzen zwischen 300 DM und fast 500 DM in Schwerpunktkrankenhäusern müßte aber im Interesse fast aller Bürger - ausgenommen werden können als Profitierende nur wenige - mit sehr spitzem Bleistift gerechnet und dann mutig und konsequent gehandelt werden.

Zur Landeskrankenhausplanung müßte zu einem späteren Zeitpunkt auch hier im Plenum noch einiges mehr gesagt werden. Fazit für heute: Das zögerliche und inkonsequente Verhalten der Landesregierung kostete und kostet die Bürger von Rheinland-Pfalz viel Geld, das an anderer Stelle sinnvoller gebraucht werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung könnte mit Sicherheit wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der sogenannten Strukturreform im Gesundheitswesen nehmen. Immerhin ist dies einer jener Bereiche, in dem nach der Bonner Wende dringender Handlungsbedarf seitens der dortigen Koalitionsregierung gesehen wurde. Schon heute sagen viele voraus, daß auch hier wie bei der Steuerreform und den Bemühungen um Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt der Handlungsbedarf zwar erkannt wird, aber die Handlungsfähigkeit zu einer vor allem für den kleinen Mann befriedigenden Lösung nicht vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Zugegeben, wer sich im Bereich der Gesundheitspolitik bewegt, erlebt ein Spannungsgefüge unterschiedlichster Kräfte. Gesundheit ist eben für fast alle Menschen je nach eigenem Menschenbild wichtigstes oder fast wichtigstes Gut. Für ihre Erhaltung ist dem jeweils Betroffenen meist nichts zu teuer. Je kranker Menschen sind oder sich fühlen, um so mehr können andere verdienen. Je mehr dann allerdings die einen durch echte wirkungsvolle oder durch vorge-täuschte und/oder wirkungslose Leistungen verdienen, je mehr müssen andere - Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, wie bereits erwähnt - bezahlen.

In der Gesundheitspolitik gibt es leider ein sehr dichtes Geflecht häufig sehr subjektiver unterschiedlicher Interessen. Ihr Ergebnis, nicht nur das von medizinischer Leistung und Innovationen, ist die nahezu allseits als nicht mehr hinnehmbar erkannte explosionsartige Kostenentwicklung im Gesundheitswesen.

Spätestens bei diesem Erkenntnisstand müßte das Regieren in die Kostenentwicklung des Gesundheitswesens anfangen bzw. müßte seitens der Landesregierung auf formellem wie auf informellem Wege die Einflußnahme auf Bonn erfolgen. Doch weit gefehlt. Die Leistungserbringer praktizieren den Sankt Floriansweg, das heißt, gespart werden soll immer beim anderen, und die Landesregierung hält sich in dieser komplizierten Situation in bedauerlich bemerkenswerter Weise zurück.

Mit Verwunderung und Erstaunen nimmt man dann in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, daß der jetzige Minister in seiner ersten Rede als Abgeordneter vor bereits mehr als zehn Jahren die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen heftig kritisierte und vor allem die hohen Einkommen der Ärzteschaft als dringendst reduzierungsbedürftig ansah.

(Beifall der SPD -

Zuruf von der SPD: Aha! Hervorragend! -

Beck, SPD: Da hat er noch etwas mit CDA am Hut gehabt!)

Gesundheitspolitik in Rheinland-Pfalz verläuft eher verwaltend als fortschrittlich. Man beschränkt sich immer noch vorwiegend auf physische Hilfen für bereits Kranke und läßt

dabei die eingangs erwähnten psychischen und sozialen Aspekte des Gesundens und Erkrankens ebenso außer acht wie die Prävention. Präventive Maßnahmen im Gesundheitswesen müßten in Rheinland-Pfalz noch deutlich ausgeweitet werden.

Bedrückend sind die Investitionsstaus in den Krankenhäusern, nicht zuletzt bedingt durch hygienische Mängel in wichtigen Funktionsbereichen, und hier nicht nur in alten, sondern leider auch in neuen Häusern.

(Beck, SPD: Das ist leider wahr!)

Neben gezielten Investitionen in diesem Bereich sollte die psychiatrische Versorgung im Lande, auch wenn dies in der breiten Öffentlichkeit ohne besonderes Interesse ist, verbessert werden. Dies gilt insbesondere für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die es offensichtlich in weiten Teilen unseres Landes gar nicht gibt und für die künftig in wohl fortschreitend stärkerem Maße Facharztmangel zu registrieren sein wird.

Geriatre wird in der rheinland-pfälzischen Praxis noch ganz klein geschrieben. In der bedrückenden Pflegefallproblematik tappt man bei uns sinnigerweise noch desorientiert im dunklen herum. Gerade in diesen Bereichen liegt aus ethisch-moralischer wie auch aus finanzieller Sicht - wenigstens dies sollte einigen zugänglich sein - dringender Handlungsbedarf vor. Es ist nicht der richtige Weg, Pflegefälle in Akutkrankenhäuser zu legen. Dies ist auf Dauer psychisch den alten Menschen und finanziell den Kostenträgern nicht zumutbar.

(Beifall der SPD)

Es ist auch nicht der richtige Weg, alte Menschen, die ein Leben lang ihrer Pflichterfüllung nachgegangen sind, als Pflegefälle im fortgeschrittenen Alter erstmals zu Sozialhilfeempfängern zu machen.

(Beifall der SPD -

Frau Schneider, SPD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen, die Regierung stagniert in der Gesundheitspolitik. Sie zeigt kaum Innovationsbereitschaft über den baulichen und apparativen Bereich hinaus. Sie zeigt auch keine Sensibilität für drängende soziale Fragen im Gesundheitsbereich, seien sie individueller oder gesellschaftspolitischer Art.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Kollege Kroh.

Abg. Kroh, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD: Der Präsident ist auch noch da!  
Das haben Sie wohl vergessen!)

- ich habe gesagt „Herr Präsident“ - das wird er wohl gehört haben -, „meine Damen und Herren!“ Nur habe ich mich mit Blick auf die Uhr etwas beeilt.

Präsident Dr. Volkert:

Ich kann das bestätigen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Abg. Kroh, CDU:

Sehen Sie, Herr Professor Preuss, wenn ich nachher nicht recht behalten sollte, habe ich zumindest jetzt einmal recht gehabt.

Wir haben bislang schon einige Nachhilfestunden bekommen, einmal von dem Kollegen Dr. Dörr, wenn ich das jetzt richtig gesagt habe und der Doktor stimmt, und zum anderen von dem Kollegen Brinkmann ohne Doktor. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, sondern nur auf einen Punkt zu sprechen kommen, den Sie, Herr Brinkmann, eben angesprochen haben. Das ist das angebliche Schattendasein, in das Sie unsere Gesundheitspolitik hineingedrängt fühlen, weil es keinen separaten Unterausschuß gibt. Da muß man die Frage an die Altvorderen der SPD stellen, warum sie in der zurückliegenden Zeit nie auf die Idee kamen, solange die Gesundheitspolitik der Sozialpolitik zugeordnet war, dort einen speziellen ständigen Unterausschuß zu fordern.

(Beifall bei der CDU -

Zuruf von der SPD: Was soll das jetzt?)

- Was das soll? Das ist eine Frage. Darauf können Sie sich selbst eine Antwort geben.

(Beck, SPD: Das ist ein schmerzhaftes Argument!)

- Herr Beck, Sie abends noch um diese Zeit anhören zu müssen, ist noch schmerzhafter.

Im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit verspreche ich Ihnen, mich kürzer zu fassen als mein Vorredner und nur zwei Punkte herauszugreifen. Der eine Punkt wurde von dem Kollegen Brinkmann bereits angesprochen. Das ist das Thema Krankenhauszielplan oder Landeskrankenhausplan.

(Dr. Schmidt, SPD: Was ist es denn nun?)

- Beides. Beide Begriffe, werter Herr Kollege Dr. Schmidt, werden hier in diesem Lande gebraucht. Wir sagen offiziell

Landeskrankenhausplan. Aber landläufig heißt es Krankenhauszielplan

Ich möchte ein weiteres Thema ansprechen, über das Sie wahrscheinlich nicht lächeln werden. Es ist das Thema AIDS und die durch AIDS entstehende Problematik.

Die Gesundheitspolitik war bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung stets in guten Händen. Dies gilt nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart trotz oder - besser gesagt - wegen des neuen Zuschnitts der Ressorts unter Zusammenfassung der Gesundheitspolitik und der Umweltpolitik in einem Fachministerium.

Herr Staatsminister Wilhelm, die CDU-Fraktion ist Ihnen dankbar, daß der Entwurf des Landeskrankenhausplanes bzw. des Krankenhauszielplanes, wie er landläufig genannt wird, diesem Landtag so zügig vorgelegt wurde und nunmehr seit einigen Wochen auch uns zur Beratung vorliegt.

(Grimm, SPD: Fünf Jahre warten wir jetzt schon auf die Fortschreibung!)

Meine Damen und Herren, Herr Minister Wilhelm hat keine fünf Jahre Zeit dazu gehabt. So lange ist er noch kein Minister. Ich habe dem Minister gedankt, daß er uns zügig diesen Plan vorgelegt hat.

(Beifall der CDU und bei der F.D.P. -

Beck, SPD: Das ist eine Kritik an Frau Hansen!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist überzeugt, daß der vom Ministerium vorgesehene Bettenabbau einen wirksamen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen und hier speziell im stationären Bereich herbeiführen wird. Es sollte unser aller Anliegen sein, durch das Schaffen entsprechender Rahmenbedingungen die Beiträge zur Krankenkasse nicht in unverantwortliche Höhen zu treiben, sondern auch durch ein ausgewogenes Konzept die Beiträge zu stabilisieren. Dies nutzt dem Arbeitnehmer, dies nutzt dem Arbeitgeber, dies nutzt der Volkswirtschaft gleichermaßen.

Nicht verschwiegen werden soll - wir haben heute Haushaltsberatungen -, daß der Abbau von Betten auch mit dazu beiträgt, den Landeshaushalt zu entlasten.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen kurzen Blick in die Vergangenheit. Die Kolleginnen und Kollegen, die diesem Hause schon etwas länger angehören, werden sich sicherlich an die permanenten Forderungen der SPD-Fraktion an die Landesregierung erinnern - sie wurden eben von dem Kollegen der SPD auch in Erinnerung gerufen -, endlich einen neuen Krankenhauszielplan vorzulegen.

(Beck, SPD: Die im Gesetz vorgeschriebene Fortschreibung vorzunehmen, Herr Kollege!)

Diese Forderungen, sehr engagiert und nicht minder häufig

(Beck, SPD: Sehr engagiert!)

von dem ehemaligen Kollegen Florian Gerster vorgetragen, waren immer mit der Beteuerung verbunden, daß die SPD-Fraktion sich nicht scheuen werde oder nicht gescheut habe, im Interesse der Kostendämpfung auch unpopuläre und in der Region umstrittene Entscheidungen mitzutragen.

(Zustimmung bei der SPD)

Der von mir persönlich sehr geschätzte Kollege Gerster hat den Weg nach Bonn gewählt. Einige Abgeordnete der SPD scheinen aber in den letzten Wochen und Monaten umgezogen zu sein, und zwar nach Sankt Florian,

(Heiterkeit im Hause)

und scheinen diesem Prinzip des Sankt Florian nun uneingeschränkt zu huldigen.

Meine Damen und Herren, wer auf der einen Seite den ständigen Anstieg der Beiträge zur Krankenkasse beklagt und bejammert, wer auf der anderen Seite aber anzweifelt, daß der Abbau von 1 700 Betten, wie von der Landesregierung vorgesehen, nicht ausreicht, und wer Forderungen der gesetzlichen Krankenkassen, 4 600 Betten abzubauen, das Wort redet, wer dies tut und dann im gleichen Atemzug in der Region sich gegen die Schließung von Abteilungen und den Abbau von einzelnen Betten ausspricht, der muß sich in diesem Hause und draußen den Vorwurf gefallen lassen, daß er eine Politik macht, die unredlich ist, die unglaubwürdig ist, die opportunistisch ist.

(Beifall der CDU)

Es geht nicht an, daß man - ich wiederhole es noch einmal - dem Minister vorwirft, er baue zu wenige Betten ab, den Krankenkassen recht gibt, sie würden mit dem Abbau von 4 600 Betten richtig liegen, und dann aber zugleich wiederum zu Hause sagt: Das ist zuviel, wenn bei uns dieses Bett abgebaut wird, wenn bei uns diese Abteilung von einer Hauptfachabteilung in eine Belegabteilung und vieles andere mehr zurückgeführt wird. - Meine Damen und Herren, so geht es nicht!

(Beifall der CDU und bei der F.D.P.)

Wir werden das in Zukunft auch weiter diskutieren

(Grimm, SPD: Wer macht denn das? Bringen Sie doch einmal Beispiele!)

- Es gibt doch Pressemitteilungen. Haben Sie Ihre Pressemitteilungen vergessen?

(Grimm, SPD: Bringen Sie doch Beispiele!)

- Es gibt Pressemitteilungen zum Beispiel aus dem Bereich der Vorderpfalz.

(Reitzel, SPD: Im Elsaß!)

- Nein, nicht im Elsaß. Ludwigshafen liegt nicht im Elsaß!

(Heiterkeit im Hause -  
Beifall der CDU -

Reitzel, SPD: Sie sind ja ein Separatist, Herr Kroh! -  
Anhaltend Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, CDU und F.D.P. sind bestrebt, die Beratungen des Krankenhauszielplanes zügig zum Abschluß zu bringen.

(Reitzel, SPD: Wenn das der Werner Ludwig gehört hätte!)

Wir hoffen auch, daß uns die SPD dabei mithilft - sie hat immer wieder betont, welchen Wert sie darauf legt, daß ein fortgeschriebener Zielplan endlich auf den Tisch kommt -, daß wir möglichst zügig diesen Plan verabschieden.

(Zustimmung bei der SPD -

Reitzel, SPD: Da lassen wir uns von niemandem überbieten! -

Scharping, SPD: An uns soll es nicht liegen!)

Unser Ziel, Ziel von F.D.P. und von CDU, ist es, diesen Plan noch vor der Sommerpause vom Kabinett verabschieden zu lassen.

(Beifall der CDU und bei der F.D.P. -

Zurufe von der SPD: Vom Kabinett! Das war gut! -  
Anhaltend Unruhe bei der SPD)

Lieber Kollege Beck, ich hoffe, daß die Kollegen der SPD jetzt etwas ruhiger werden. Ich komme jetzt auf ein Thema zu sprechen, das vielleicht.

(Reitzel, SPD: Sie wollen uns hier aufregen!

Da soll man ruhig sein! -

Glocke des Präsidenten.)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Kollege Kroh, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Schmidt?

**Abg. Kroh, CDU:**

Gerne.

**Abg. Dr. Schmidt, SPD:**

Herr Kollege Kroh, würden Sie mit mir darin übereinstimmen,

(Zurufe von der CDU: Nein!)

daß in zahlreichen Fällen die Methode, die einer Rasenmähermethode gleichkommt, durchaus in vielen Einzelfällen zu überprüfen ist, daß sich an dieser Überprüfung, ob nicht hier und da eine Abteilung, die zur Schließung ansteht, doch aufrechterhalten werden soll, auch Kollegen aus Ihrer Fraktion sachkundig beteiligen?

**Abg. Kroh, CDU:**

Herr Dr. Schmidt, darauf kann ich ganz kurz antworten. Wir sind in der Diskussion im Unterausschuß. Wir diskutieren auch Einzelfälle. Die Ergebnisse werden Sie in dem Bericht des Unterausschusses schon noch sehen.

(Beifall der CDU -

Härtel, SPD: Das war die kürzeste Antwort, die ich je von Ihnen gehört habe!)

- Zu später Zeit soll man kurz und bündig antworten, und ich glaube, die Antwort war auch schlüssig genug.

(Beifall bei der CDU -  
Reitzel, SPD: Genug war sie!)

Nun noch einige Anmerkungen zu einem Thema; Herr Reitzel, das wird Sie vielleicht auch interessieren.

(Reitzel, SPD: Sie regen uns so auf!)

- Ich nehme an, daß es Sie interessiert. Sie plärren hier laufend dazwischen. Ich weiß nicht, wer Sie heute abend gestochen hat.

(Heiterkeit im Hause -  
Reitzel, SPD: Erst ist er Separatist, und jetzt wird er beleidigt! - Heiterkeit bei der SPD)

Es ist ein Thema der Gesundheitspolitik, das vor einigen Jahren noch unbekannt war, das aber in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat und ein brisantes Thema ist. Ich spreche das Thema „AIDS“ an. Ich könnte jetzt sagen: Wenn AIDS kommt, kehrt bei der SPD Ruhe ein.

(Heiterkeit im Hause und anhaltend Unruhe)

Dieses Thema wurde in der Vergangenheit in diesem Hause nie strittig diskutiert, und es wurde ernsthaft diskutiert.

(Reitzel, SPD: Haben Sie das mit dem Minister abgesprochen?)

Ich hoffe im Interesse der Sache, daß bei diesem Thema auch der vorhandene Konsens erhalten bleibt.

(Reitzel, SPD: Sie sind ja aufgehetzt, Herr Kroh! -  
Anhaltend Heiterkeit im Hause)

- Herr Reitzel, ich habe Sie schon oft erlebt, aber irgend etwas scheint mit Ihnen heute abend nicht zu stimmen.

(Anhaltend Heiterkeit im Hause -  
Reitzel, SPD: Nur weiter so, Herr Kroh! Machen Sie nur weiter so, dann melde ich mich zu Wort! -  
Zurufe von der SPD: Das kommt alles ins Protokoll! -  
Reitzel, SPD: Sie können sich doch nicht aufhetzen lassen und uns dann beleidigen, Herr Kroh!)

- Das war keine Beleidigung, sondern nur eine Feststellung.

Meine Damen und Herren, CDU und SPD waren sich darin einig, daß Zwangsmaßnahmen nicht das geeignete Mittel sind, die weitere Ausbreitung von AIDS zu verhindern.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, SPD)

- Frau Schneider, man kann auch ein Thema lächerlich machen. Wenn Sie versuchen, dieses Thema lächerlich zu machen, dann tun Sie mir leid.

(Scharping, SPD: Da sind Sie doch gerade dabei! -  
Reitzel, SPD: Es macht Ihnen niemand Konkurrenz!)

Wir waren uns immer einig, daß dieses Thema ein ernsthaftes Thema ist.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Wir waren uns einig, daß Zwangsmaßnahmen nicht das geeignete Mittel sind.

(Zurufe von der SPD: Richtig! -  
Scharping, SPD: Die CDU klatscht keinen Beifall!)

Wir waren uns einig, daß wir nur durch Aufklärung in dieser Sache weiterkommen.

(Scharping, SPD: Auch richtig! -  
Vereinzelt Beifall im Hause)

Der Haushalt zeigt, daß wir diesem Bereich „Aufklärung“ auch die entsprechenden Mittel zukommen lassen. Wir sehen auch durch die Tatsache, daß die SPD keinen einzigen Vorschlag zu diesem Bereich macht, daß sie mit dem Entwurf der Regierung vollkommen einverstanden ist.

(Zuruf von der SPD: Was? Was soll das denn?)

- Wenn eine Partei keinen Änderungsantrag zur gesamten Gesundheitspolitik stellt, kann man davon ausgehen, daß diese Partei mit dem Entwurf zufrieden ist,

(Widerspruch bei der SPD -  
Anhaltend Unruhe im Hause)

oder aber, daß sie keine Ideen hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, im Interesse einer zügigen Abwicklung der Debatte dem Redner aufmerksam zuzuhören.

**Abg. Kroh, CDU:**

Wenn eine Partei nicht mit einem Entwurf einverstanden ist und keine Anträge stellt, dann hat sie keine Ideen.

(Widerspruch bei der SPD -  
Beifall der CDU)

Das ist ein Armutszeugnis, wenn ich sage: Ich bin gegen diesen Entwurf, aber ich habe keinen Änderungsantrag dazu. - Das ist ein Armutszeugnis, und das stellen Sie sich hier selber aus.

(Beifall der CDU -  
Zuruf von der SPD: Hätten Sie denen  
denn zugestimmt? -  
Heiterkeit bei der SPD)

Wir stimmen diesem Entwurf zu. Wir haben dennoch in einem Punkt einen Änderungsantrag gestellt. Auf den komme ich jetzt noch abschließend zu sprechen. Das ist ein Änderungsantrag in Sachen Rheuma-Forschung. Wir halten es für richtig, daß die Rheuma-Forschung noch weiter intensiviert werden kann, und wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir hoffen, daß Sie diesem Antrag auch zustimmen werden und gehen davon aus, daß Sie dem gesamten Bereich Gesundheitspolitik im Einzelplan 14 zustimmen werden, da wir leider - das muß ich feststellen - von Ihnen dazu keinen einzigen Antrag vorfinden.

F.D.P. und CDU haben sich Gedanken gemacht. Sie scheinen sich keine Gedanken gemacht zu haben,

(Bojak, SPD: Ach nein!)

und diesen Vorwurf muß ich also auch an die GRÜNEN weitergeben.

(Seibel, DIE GRÜNEN: Wir haben einen  
Antrag gestellt!)

- Im Einzelplan 06, aber nicht im Einzelplan 14. Da habe ich von Ihnen nichts gefunden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich möchte aber jetzt dieses Thema nicht zu sehr ausweiten. Der Kollege Kramer und der Kollege Happ werden noch zur Abfallpolitik und zum Thema Hochwasser sprechen.

(Reitzel, SPD: Die kommen alle noch?)

- Die kommen noch von uns, ja.

(Reitzel, SPD: Sie schrecken ja vor nichts zurück!)

Wir haben uns die Zeit aufgespart.

Ich danke der F.D.P., der CDU und den GRÜNEN für die Aufmerksamkeit und Ihnen von der SPD für die gezielten Störmanöver.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -Heiterkeit bei der SPD)

**Präsident Dr. Volkert:**

Das Wort hat Herr Kollege Bauckhage.

**Abg. Bauckhage, F.D.P.:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst wollte ich mich in meiner Rede ganz kurz fassen und tue dieses auch,

(Beifall im Hause)

weil ich denke, das ist auch ein entscheidender Beitrag zur Gesundheitspolitik und ein Beitrag dazu, daß wir alle heute abend noch früh ins Bett gehen können.

(Heiterkeit im Hause -  
Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant, zuzuhören, wie der Krankenhausbedarfsplan des Landes hier kommentiert wird.

(Zuruf von der SPD)

Man stellt natürlich fest - da nehme ich meine Parteifreunde, meine Damen und Herren, jetzt ganz im Ernst vor Ort nicht aus -, vor Ort ist es sehr schwierig, bei den Kommunalpolitikern diesen Krankenhausplan durchzusetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Sankt-Florians-Prinzip treibt hier Blüten, die teilweise unerträglich sind, und zwar querbeet durch alle Parteien.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da sollten wir uns einander nichts vorwerfen, sondern wir sollten uns bemühen, Verständnis in der Kommunalpolitik dafür zu wecken, daß dringend ein Bettenabbau erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik gehört zu den besten in der Welt. Das soll und muß so bleiben. Deshalb ist es jetzt notwendig, Schritte einzuleiten, die dieses Gesundheitssystem finanzierbar erhalten.

1960 beliefen sich die Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung auf 9 Milliarden DM, 1970 waren es rund 24 Milliarden DM, 1980 rund 86 Milliarden DM, und in diesem Jahr werden es rund 125 Milliarden DM sein.

Seit 1960 sind die Bruttolöhne um das Fünffache gestiegen. Demgegenüber sind die Ausgaben für die Krankenversicherung um das Vierzehnfache angestiegen. Der durchschnittliche Versicherungssatz lag 1970 bundesweit bei 8,2 %. Er liegt jetzt bei fast 13 %, nach Aussagen des AOK-Landesverbandes in Rheinland-Pfalz bei rund 14 %.

Meine Damen und Herren, diese Dynamik bei den Ausgaben der GKV, aber insbesondere bei den Beitragssätzen zeigt deutlich, daß Handeln geboten ist; denn machen wir uns nichts vor, diese Spirale gerade bei den Beitragssätzen hat wachstumshemmende ---

(Unruhe im Hause)

Es ist natürlich immer sehr gut, meine Damen und Herren, daß man auch bei so vorgerückter Stunde noch Sinn für Humor hat. Aber ich denke, wir sind dann doch sehr viel schneller fertig, wenn hier weniger gestört wird.

(Beifall im Hause)

Diese Spirale bei den Beitragssätzen hat wachstumshemmende Wirkung und damit wachstumshemmende ---

(Heiterkeit im Hause -  
Zurufe)

Herr Scharping, bei allem Ernst der Sache, aber Sie können sich vorstellen, es ist auch ein Beweis von guter Gesundheit, wenn Lachen noch ansteckt. Das ist eine gute Ansteckung

Darüber hinaus verbleibt doch die Frage: Sind diese Beitragssätze in der jetzigen Höhe überhaupt noch für die Versicherten zumutbar? Die F.D.P.-Fraktion will medizinischen Fortschritt. Wir wollen, daß nach wie vor gilt: Wer krank ist, muß Hilfe bekommen. Der Solidargedanke muß das tragende Prinzip im System sein. - Es darf aber nicht dazu führen, daß das Prinzip der Solidargemeinschaft einzelnen Tür und Tor öffnet, um es egoistisch auszunutzen.

Ein Drittel aller GKV-Kosten entfallen auf den Krankenhaussektor. Der Krankenhaussektor liegt in der Verantwortung der Landespolitik. Die F.D.P.-Fraktion begrüßt deshalb die Vorlage des Landeskrankenhausbedarfsplanes. Die Zielrichtung Bettenabbau stimmt. Das ist übrigens eine Über Jahre von der F.D.P. immer wieder erhobene Forderung, um

auch bei diesem Brocken in bezug auf die Ausgaben der GKV eine spürbare Kostenreduktion zu erzielen und um dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität der Krankenversicherungsbeiträge zu erreichen, ganz davon abgesehen - dabei geben wir uns keinen Illusionen hin -, eine Beitragssenkung zu erzielen. Es wird sicherlich noch an anderer Stelle über den Entwurf Landeskrankenhausbedarfsplan im Einzelfall zu sprechen sein, das auch, um punktuell das eine oder andere noch zu verändern. Oberste Zielsetzung muß allerdings eindeutig eine Kostenentlastung der gesetzlichen Krankenversicherung sein.

Es muß aber auch gewährleistet sein, daß in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz eine orts- und damit bürger-nahe Krankenhausversorgung vorgehalten werden kann.

Die Mittelansätze unter Einbeziehung des kommunalen Steuerverbundes in diesem Doppelhaushalt gewährleisten nach unserem Dafürhalten, daß Rheinland-Pfalz eine medizinisch notwendige Krankenhausversorgung vorhält.

Nach Realisierung des Krankenhausbedarfsplanes ist es notwendig, ein neues Bauprogramm zu erstellen, um in allen Regionen des Landes eine gute, den medizinischen Erfordernissen entsprechende Versorgung zu sichern.

Die Bundesländer haben im System der Gesundheitspolitik, aber auch vom föderalistischen Aufbau her nur begrenzte Aufgaben und Möglichkeiten, Gesundheitspolitik aktiv zu gestalten. Gesundheitspolitik muß in erster Linie Prävention und Prophylaxe bedeuten. Der Doppelhaushalt wird diesen Anforderungen gerecht, zum Beispiel bei der Krebsbekämpfung, also den Krebsvorsorgeuntersuchungen. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeit der Landeszentrale für Gesundheitserziehung, die entsprechend gefördert wird. Im Doppelhaushalt sind Zuschüsse für die Arbeitsgemeinschaft AIDS-Hilfen festgeschrieben. Gerade in diesem zuletzt angesprochenen Bereich liegt eine große Herausforderung vor uns. Es darf nicht zur Diskriminierung der Betroffenen kommen. Die Infektionskette muß durchbrochen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sachliche Informationen und nicht Sanktionen sind gefordert.

(Zuruf des Abg. Reitzel, SPD -  
Heiterkeit im Hause)

Die F.D.P.-Fraktion wird alles tun, um überzogene, für die Betroffenen diskriminierende Maßnahmen zu verhindern. Der Haushalt setzt übrigens nicht nur im Einzelplan 14 hier die richtigen Akzente. Entscheidend wird sein, wie die

Effizienz der Mittel ist. Hier fließen aus unterschiedlichen Häusern und Titeln Mittel. Es muß geprüft werden - - -

(Heiterkeit im Hause -  
Zuruf von der SPD -  
Glocke des Präsidenten)

- Ob ich aufhören soll? Da haben Sie völlig recht.

**Präsident Dr. Volkert:**

Einen Augenblick, Herr Kollege Bauckhage. Es ist außerordentlich erfreulich, daß nach mehr als 14 Stunden das Haus vom Humor noch nicht verlassen ist.

(Heiterkeit im Hause -  
Zurufe)

Ich meine aber auch, im Interesse unseres Wohlbefindens wäre es jetzt unbedingt nötig, daß wir die Sitzung zügig abwickeln.

(Prof. Dr. Reisinger, F.D.P.: Herr Reitzel, gehen Sie doch mal raus!)

**Abg. Bauckhage, F.D.P.:**

Herr Präsident, man muß eines sagen: Solange hier noch zu so später Stunde so gelacht wird, sind alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier bester Gesundheit, wie ich glaube.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, in der Gesundheitspolitik hat auch für die F.D.P.-Fraktion das Prinzip der Subsidiarität einen hohen Stellenwert. Einmal ganz davon abgesehen, daß die Konzentration in staatlicher Hand immer weniger Freiheit für den einzelnen bedeutet, ist auch der finanzielle Aufwand beim Staat größer; die Reibungsverluste sind größer, wogegen das Prinzip der Subsidiarität den Vorteil hat, daß dadurch ehrenamtliches Engagement gefördert wird und somit auch mehr Menschlichkeit im Gesundheitswesen zum Tragen kommt.

Der Teil Gesundheit im Einzelplan 14 setzt, wie ich sagte, die richtigen Akzente. Die Subsidiarität wird gefördert, Prophylaxe hat einen hohen Stellenwert. Die Mittelansätze für eine erfolgreiche Gesundheitspolitik sind gegeben. Deshalb stimmt die F.D.P.-Fraktion, Herr Minister, auch diesem Teil des Einzelplanes 14 zu. Ich wünsche, daß Sie nachher, wenn Sie noch den schwierigen Part haben, dann zügiger reden können als ich.

(Heiterkeit im Hause)

Ich muß ehrlich sagen, auch ich bin bei bester Gesundheit und habe mitlachen müssen.

(Erneut Heiterkeit im Hause und Beifall bei F.D.P.,  
CDU und SPD)

**Präsident Dr. Volkert:**

Meine Damen und Herren, außer der Wortmeldung des Herrn Ministers liegen keine aktuellen Wortmeldungen mehr vor

(Reitzel, SPD: Das kann noch kommen!)

Es gibt noch ganz bescheidene Restzeiten von einigen Minuten.

Ich erteile Herrn Minister Wilhelm das Wort.

**Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bin jetzt zwölf Jahre im Parlament und hatte noch nie die Chance, bis mindestens Mitternacht zu reden. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Versuchung mich übermannt.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. -  
Reitzel, SPD: Na, na, na! -  
Scharping, SPD: Letztes Jahr wäre das  
noch attraktiv gewesen! -  
Heiterkeit bei der SPD)

- Es gibt deswegen nichts dafür - da kann aber der Parlamentspräsident besser Auskunft geben -, weil morgen sowie so eine Sitzung stattfindet und das insofern eingerechnet wäre, wenn es noch was gäbe.

(Reitzel, SPD: Da ist natürlich was dran!  
Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist aber nicht die Aufgabe eines Umweltministers; das überlassen wir den parlamentarischen Geschäftsführern.

Der Kollege Nagel hat seine Ausführungen zum Haushalt des Umwelt- und Gesundheitsministeriums mit der akribischen Feststellung eingeleitet, an welchen Stellen die Regierung oder die Fraktionen, einschließlich der F.D.P., möglicherweise Bekanntes übernommen haben. Das ist natürlich ein völlig legitimes und sogar reizvolles Spiel, dem auch ich mich selten entziehen konnte. Wenn ich das jetzt täte, was diese Haushaltsberatungen anbelangt, würde mir Reizvolles ob des Verhaltens der Opposition, die so sehr auf ihre Perspektiven auch in dieser Frage bedacht ist, einfallen.

(Scharping, SPD: Keine Askese!)

Da ist beispielsweise folgender bemerkenswerte innovative Beitrag, der sich in drei neuen Anträgen wiederfindet - er mag unter dem Wust, der Fülle der Anträge bei dem einen oder anderen untergegangen sein -: Meinen im Haushalts- und Finanzausschuß gestellten und von den beiden Koalitionsfraktionen dann übernommenen Antrag, 40 000 DM aus dem Wirtschaftsministerium in das Umweltministerium deswegen zu verlagern, weil die Zuständigkeiten des Atomrechts auf das Umweltministerium übergegangen sind, haben unsere Kollegen aus der SPD, offenbar gar nicht merkend, von wem der Antrag ausging, jetzt als eigenen Antrag neu eingebracht

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich finde, das ist ein guter Beitrag.

(Dr. Schmidt, SPD: Hat die CDU aber auch nicht gemerkt?)

- Doch, doch; ich lese alles selbst sehr gut.

(Weiterer Zuruf von der SPD)

Ich bin auch dankbar dafür, daß die Anträge bezüglich der Anpachtung von Grundstücken und der praktischen Umweltentwicklung, die bereits angenommen wurden, Gnade bei Herrn Nagel gefunden haben.

Aber lassen wir die Arabesken, meine Damen und Herren. Ich bedanke mich bei den Kollegen der CDU- und der F.D.P.-Fraktion für die kooperative Zusammenarbeit bei der Vorbereitung, Gestaltung und Beratung dieses Etats. Ich bedanke mich aber auch bei den Kollegen der Opposition für die Kritik, sofern sie sachlich war, und die kooperative Ermutigung, die gelegentlich auch angeklungen ist.

Ich will aber gleichwohl einen Satz aufgreifen, den der Kollege Nagel am Anfang gesagt hat, weil ich glaube, daß wir dabei schon ein zentrales Problem der Umweltpolitik schlechthin im Mittelpunkt unserer Betrachtung sehen sollten. Er hat nämlich gesagt: Das ist zum großen Teil keine Gestaltung von Umweltpolitik, wie sie sich aus dem Haushalt ergibt, sondern es ist Verwaltung. - Die sozialdemokratische Fraktion hat dankbar applaudiert. Nur sollten wir, wenn wir das Thema Umweltpolitik behandeln, das dann bei solchen Äußerungen auch in umfassendem Sinne verstehen, Herr Kollege Nagel; denn wenn es richtig ist, daß der durchgreifende Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unverändert unsere aufmerksame und gewissenhafte Pflege, unsere Vorsorge, die wirksame Schadensbeseitigung und die Wiedergutmachung erfordert, dann ist die Aufteilung in Gestaltung und Verwaltung - wobei Verwaltung aus meinem Verständnis Gestaltung grundsätzlich gar nicht ausschließt - sehr schwer möglich. Das größte Problem der Umweltschutzpolitik sehe ich derzeit darin, daß mir manchmal zuviel an

Ideen geboren und das vorhandene Defizit im konkreten Vollzug dabei übersehen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das phantasievolle Gebären von Ideen in diesem Zusammenhang ist relativ einfach. Man braucht nur die gängigen Tageszeitungen und ein bißchen Fachliteratur zu lesen - so werden auch viele kleine Anfragen produziert -, dann ist man immer an der Spitze innovativer Entwicklungen

Ich will, damit dies nicht mißverstanden werde, sagen: Ich halte sehr viel von der Diskussion neuer Ideen und der Ablösung alter, und ich möchte das auch an einigen Stellen deutlich machen. Nur, meine Damen und Herren, der Abstand zwischen Innovation und Perspektive darf nicht zu groß werden. Diese Gefahr meine ich gelegentlich auch in bundesgesetzgeberischem Handeln erblicken zu können, etwa wenn ich mir vergegenwärtige, daß nach der fünften Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz übermorgen die achte oder neunte folgen könnte, oder wenn ich an die dritte Reinigungsstufe denke. Wenn wir da vorausseilen, ohne daß wir das Alte auch nur annähernd erledigt haben, wird der Abstand zwischen dem, was ist, und dem, was wir sagen, so groß, daß irgendwann kein Bürger mehr daran glaubt, daß wir in der Umweltschutzpolitik tatsächlich vorankommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich halte es für eine riesengroße Gefahr, daß wir dadurch ein Stück Glaubwürdigkeit verlieren.

Deswegen ist es so entscheidend wichtig, Herr Kollege Nagel, daß wir den Vollzug dessen, was wir gemeinsam seit langem für richtig halten, dabei nicht aus dem Auge verlieren. Wenn ich in wenigen Tagen zum Beispiel den Versuch mache - ich sage bewußt „den Versuch mache“, weil ich weiß, welches Problem dahintersteckt -, ein Hochwasserschutzkonzept vorzulegen, dann stellt sich die Frage: Ist das nun Verwaltung oder Gestaltung? - Ich muß Ihnen ehrlich bekennen, mir ist das völlig gleich, wie das der eine oder andere einordnet. Das ist meine politische Priorität, daß in diesem Bereich zum Schutze der Menschen in Rheinland-Pfalz etwas geschieht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Sie mögen an viele Schwerpunkte, wie ich sie sehe, die Maßstäbe der Verwaltung oder der Gestaltung anlegen. In Bereichen, in denen Daseinsvorsorge betrieben wird, insonderheit in dem so wichtigen Bereich der Umweltschutzpolitik, in denen wir Defizite haben und sie ausgleichen müssen - das ist meine Aufgabe -, ist es entscheidend, daß etwas vorgebracht wird. Wenn ich erreiche, daß wir in der Realisierung konkreter Absichten ein paar Zenti-

meter vorankommen, ist mir das lieber, als ein Minister zu sein, der Tag und Nacht nur mit Besorgnis durch die Gegend läuft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich weiß, daß die ganz Besorgten, die als besonders sensibel gelten,

(Zuruf von der CDU: So wie Herr Härtel!)

meinetwegen über die gestern verunglückte Verhandlung der EG zur Frage der Luftemission aufgrund der Haltung des Vereinigten Königreiches große Pressemeldungen der Besorgnis machen könnten. Das ist jedoch nur ein Teil unseres Themas. Mir ist es lieber, wenn es mir hier gelingt, eine Strategie zu entwickeln, daß wir etwa beim Umweltkataster ein Vierteljahr früher fertig sind, als wir vielleicht fertig wären, wenn diese Strategie nicht gelänge. So beispielsweise verstehe ich konkrete Umweltschutzpolitik in unserem Lande.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich bin im Gegensatz zu Herrn Kollegen Brinkmann - ich glaube, Herr Kollege Brinkmann war es - nicht der Auffassung, daß die von der Landesregierung vorgenommene Zusammenfügung der zwei Bereiche Umweltschutz und Gesundheit falsch sei. Ich glaube auch, daß es nicht richtig ist, dies allein - Sie haben es auch nicht so getan - unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Zuordnung zur Struktur des Landtags herbeizuführen.

Herr Brinkmann, ich kann mich noch erinnern - um Erinnerungen aus anderer Funktion aufzufrischen, will ich das nur sagen -, daß wir immer einig waren, daß dieser Weg gegangen wird. Wir sind den Weg nur deswegen zögerlich gegangen, weil der Wunsch aus Ihrer Fraktion kam und weil wir vernünftige Wünsche der SPD-Fraktion in der Vergangenheit berücksichtigt haben und sicher auch in der Gegenwart berücksichtigen werden.

(Beifall der CDU)

Florian Gerster war recht dankbar.

(Zurufe von der SPD)

Ich beklage, daß der eine oder andere Verzahnungsaspekt noch nicht so herausgestellt werden konnte, wie es wünschenswert wäre. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Zusammenbindung dieser beiden Bereiche politisch die richtige Zusammenbindung war.

(Beifall der CDU)

Ich stelle mir beispielsweise einige Fragen: Wie ist die toxikologische Bewertung unserer Umwelt, beispielsweise in bezug auf ganz konkrete gesundheitliche Gefährdungen, einzuordnen, ob das der Krupp-Husten oder andere Dinge sind?

Ich stelle mir weiter die Frage, ob ein Gesundheitsdatensystem aufzubauen ist, aus dem Schlußfolgerungen gezogen werden können, oder ob Untersuchungen zu veranlassen sind, die den Zusammenhang der Umweltverschmutzung zu konkreten Erkrankungen untersuchen. Hier liegen doch die Möglichkeiten und Chancen einer Verknüpfung dieser beiden Politikbereiche Umweltschutz und Gesundheitspolitik. Wir werden stückweise - das wird nicht auf einmal gelingen - versuchen, diese Verzahnung stärker deutlich zu machen. Gelegentlich muß auch ein Umdenken in der Verwaltung eintreten, beispielsweise vieles nicht mehr in Abteilungsstrukturen zu begreifen, sondern auch darüber hinaus Kooperation herbeizuführen und zu sichern.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist ein Ziel, das nicht von jetzt auf gleich erreicht werden kann. Wir bemühen uns im Interesse beider Bereiche sehr darum.

Die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses haben gezeigt, daß der Doppelhaushalt logischerweise auch im Haushalt Umwelt und Gesundheit unter dem Zielkonflikt steht, einerseits den finanzwirtschaftlichen Zwängen gerecht zu werden und andererseits den zu bewältigenden Problemen im Bereich des Umweltschutzes und der Gesundheitsvorsorge zu entsprechen.

Ich habe immer - seitdem ich im Landtag bin - die Auffassung vertreten, daß es bezüglich der Kommunalpolitik richtig ist, den Anteil der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen, soweit es nur irgend geht, zugunsten oder zuungunsten der Zweckzuweisungen zu beachten. Das war meine Meinung.

(Beifall der CDU)

Wenn das jetzt durchgeführt wird und ich beispielsweise wegen des großen Brockens der Zweckzuweisungen der Wasserwirtschaft betroffen bin, dann kann ich heute sagen, daß das, was ich früher immer gewollt habe, jetzt realisiert worden ist, und ich bei dieser Maßnahme finanzpolitisch ein Gebeutelter bin. Gleichwohl bin ich dafür dankbar, daß sowohl die Bereitschaft im Kabinett, aber auch in der Fraktion besteht, diesen Haushalt entsprechend den frei verfügbaren Mitteln so auszustatten, wie es die Koalition nachher beschlossen hat und wie wir es morgen erleben werden. Das geht aus der Beschlußfassung hervor. Ich bin der Auffassung - ich sage das nicht pflichtgemäß -, daß der von der Landesregierung eingebrachte und zur Beratung anstehende Entwurf dem hohen Stellenwert der Umwelt- und Gesundheitspolitik im Rahmen der Gesamtpolitik der Landesregierung voll und ganz Rechnung trägt.

(Beifall der CDU und F.D.P. -  
Zurufe des Abg. Härtel, SPD -  
Weitere Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang muß ich darauf hinweisen, daß in allen Bereichen der Umwelt- und Gesundheitspolitik Sanierungs- und Vorsorgemaßnahmen - ich erwähnte das eben - ergriffen werden müssen, die erhebliche Investitionen mit sich bringen, von denen positive Impulse auf die Investitionstätigkeit ausgehen dürften und die damit auch eine hohe beschäftigungspolitische Relevanz haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In dem von mir zu vertretenden Einzelplan sind für mehr als 1 Milliarde DM Investitionen vorgesehen,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

einerseits für wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Hochwasserschutz, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung, Altlastensanierung; andererseits sollen sie für den Krankenhausneubau eingesetzt werden. Damit gehört der Einzelplan 14 zu den investitionsstärksten Einzelplänen überhaupt.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Deswegen liegt es mir sehr am Herzen, in dem Zusammenhang einmal erneut deutlich zu machen, daß die Umweltschutzpolitik ganz entscheidende Impulse auf das Wirtschaftswachstum und damit auch auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausübt. Dazu werden zwar hohe staatliche Investitionen benötigt, sie lösen aber gleichzeitig eine Investitionswelle im kommunalen und im privaten Bereich aus, tragen dazu bei, daß neue Arbeitsplätze geschaffen und alte Arbeitsplätze - beispielsweise in der Bauwirtschaft - bestehen bleiben.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Sie helfen Betrieben und der Arbeitnehmerschaft. So gesehen ist der Umweltschutz natürlich kein Gegner unserer Wirtschaft - wie der eine oder andere von Ihnen vermutet -, sondern ganz im Gegenteil ihr ergänzender Partner.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Partnerschaft und partielle Interessenidentität werden allerdings nicht dazu führen - um Ihrem Einwand vorzubeugen, Herr Dr. Dörr -, daß es für Unternehmen einen wie auch immer gearteten Rabatt in Sachen Umweltschutz gäbe. Weiterhin wird der Umweltschutz gegen wen auch immer, gegen Große und Kleine in diesem Lande, durchgesetzt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die wichtigsten Aufgaben vor dem Hintergrund dessen, was ich vorhin sagte - zum Teil erwähne ich sie nur stichwortweise, weil ich weiß, daß das Ihrer Interessenslage entspricht -, liegen im Bereich der Luft-

reinhaltung und in der Erstellung eines neuen Wirkungskatasters. An dieser Stelle hat mein Kollege von den GRÜNEN gesagt, das einzige, was ihr könnt, ist messen, messen, messen. In der Tat messen wir viel, damit aus den Meßdaten entsprechende Erkenntnisse gezogen werden können, die wir in konkretes politisches Handeln umsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Zuruf des Abg. Seibel, DIE GRÜNEN)

Wir haben daran mitgewirkt, eine neue Smogverordnung auf Bundesebene zu entwickeln. Wir stellen derzeit sicher, daß vor allen Dingen in den benachbarten Ländern Hessen und Baden-Württemberg - wir bemühen uns auch um das Saarland - einheitliche Regelungen erfolgen.

Ich möchte mir auch den Hinweis erlauben - das hat vorgestern in der Zeitung gestanden -, daß das Oberverwaltungsgericht Koblenz bezüglich der Klage zur achten Teilerrichtungs-genehmigung dem Land recht gegeben hat. Wir haben in dieser Frage also gewonnen. Ich bin dankbar dafür, daß wir unsere Konzeption der Energiepolitik dadurch weiterbetreiben können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben ein unverzichtbares Instrument, nämlich das Fernüberwachungssystem in diesem Zusammenhang, optimal ausgebaut.

An dieser Stelle will ich kurz verweilen, weil von den Herren Kollegen Dr. Dörr, Nagel und Professor Reisinger im Zusammenhang mit der Affäre um Transnuklear, Nukem und Alkem der Aspekt der Urananlage Ellweiler ins Gespräch gebracht worden ist. Ich glaube, daß es heute abend nicht an der Zeit ist, in subtile Betrachtungen über die Strahlenschutzverordnung einzutreten, wiewohl das der eine oder andere gemacht hat.

Herr Dr. Dörr, weil Sie heute abend sehr sachlich zu den Themen gesprochen haben - es hat mir gut gefallen, wie Sie das gemacht haben -, will ich mir erlauben, auch zu dieser Frage etwas zu sagen. Sie müssen die Strahlenschutzverordnung dahin gehend erneut durchlesen, ob Sie den Sachverhalt unter abstrakten oder unter konkreten Bedingungen beurteilen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Sozialdemokraten - sie haben das so übernommen - gehen von einer abstrakten Beurteilung dieser Frage aus. Das entspricht dem von mir immer vertretenen und dargestellten Minimierungsgrundsatz, der schlechthin in dieser Frage gilt.

(Beifall bei der F.D.P.)

und der auch in § 60 der Strahlenschutzverordnung expressis verbis als abstrakter Schutz beschrieben ist. Ich erlaube mir

nur den Hinweis, daß Sie über § 33 sehr schnell zu den §§ 44 bzw. 45 kommen, bei denen es auf die konkrete Belastung des Menschen ankommt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da ist uneingeschränkt das zu wiederholen, was ich gesagt habe, daß objektiv keine Gefährdung für den Bürger dort gegeben ist

(Beifall bei der CDU und  
vereinzelt bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich will dazu noch etwas Grundsätzliches sagen. Ich möchte die Verhaltensweise der Opposition in dieser Frage nicht in allen Facetten bewerten. Natürlich - das wird auch eingeräumt - spricht aus dem, was Sie sagen, tun und wie Sie handeln, Sorge um die betroffenen Bürger. Meine Damen und Herren von der Opposition, woher nehmen Sie denn die Arroganz, zu unterstellen, bei uns wäre keine Sorge um die Gesundheit von Bürgern vorhanden?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meinen Sie ernsthaft, wir würden zulassen, uns von irgend jemandem in dieser Frage übertreffen zu lassen? Die Gesundheit der Leute ist doch bei uns in guten Händen

(Zurufe von der SPD)

- Herr Härtel, die Qualität Ihrer Zwischenrufe war auch schon besser gewesen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. -  
Dr. Langen, CDU: Aber ganz selten!)

Mich wundert an diesem Vorgang, daß man nach Bekanntwerden von komplexen Sachverhalten scheinbar sofort die genauen Antworten weiß. Meine Damen und Herren, haben wir in unserer Demokratie die Fähigkeit und die Kraft verloren, auch einmal nachzudenken, uns zu informieren, wie was zusammenhängt, welche gesetzlichen Vorschriften gelten, und uns dann erst zu äußern? Wir nehmen mit einem vorschnellen Äußern in Kauf, daß Leute in Angst und Schrecken versetzt werden.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Das halte ich nicht für richtig, um mich zurückhaltend auszudrücken.

(Henze, SPD: Sie verwechseln  
Ursache und Wirkung!)

Es drängt sich der Verdacht auf, daß neben der Sorge um die Bürger damit auch andere ganz vordergründige parteipolitische Absichten und Motive verfolgt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -

Henze, SPD: Gehen Sie doch einmal dorthin! Das ist doch dummes Zeug! Sie machen das lächerlich!)

Aufgrund Ihrer Ortskenntnisse wissen Sie das sehr wohl, Herr Henze.

(Scharping, SPD: War er schon einmal dort? Wahrscheinlich nicht!)

Es wird behauptet - Herr Dr. Dörr, Sie haben dieses Thema angesprochen -, aufgrund der Situation in Ellweiler sei die Zahl der an Leukämie erkrankten Kinder ungleich höher als in allen übrigen Bereichen des Landes Rheinland-Pfalz. Man muß sich einmal fragen, wer ein solches Gerücht mit welchen Absichten in die Welt gesetzt hat. Ist er im Verhältnis auch für die Folgen eines solchen Gerüchtes verantwortlich?

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Das ist flugs gemacht: Wilhelm, Du hast an Leukämie erkrankte Kinder! Mache einmal etwas! - So einfach ist die Welt nicht; das wissen Sie auch.

(Staatsminister Dr. Wagner: Wie vorhin  
der Kollege Dörr!)

Sie wissen genau, daß ich diese Frage nicht aus der hohlen Hand heraus beantworten kann. Ich habe mich lange mit dem Vorsitzenden der Stefan-Morsch-Stiftung, dem Herrn Morsch, unterhalten, der seinen Sohn wegen Leukämie verloren hat.

Wenn es mir nicht gelungen wäre, den Beweis über eine Institution zu führen, daß die Zahl der Kinder, wie behauptet wurde, sich nicht signifikant erhöht hat, würde man das bis heute unverändert behaupten.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Obwohl es Monate lang behauptet wurde, hat es Herr Morsch selbst öffentlich zurückgenommen, aber sofort mit der Behauptung verbunden, es seien nicht die Kinder von 0 bis 14, es seien die zwischen 15 bis 20. Ich stehe jetzt erneut vor der Herausforderung, eine Antwort geben zu müssen, ob das stimmt oder nicht stimmt.

Einerseits will man einigermaßen seriös arbeiten, andererseits hat man es mit einem schwerwiegenden Vorwurf zu tun, wenn Eltern in einer schwierigen Situation Erklärungen für eine Erkrankung ihres Kindes suchen. Wie würde es uns gehen, wenn wir ein an Leukämie erkranktes Kind hätten und es würde uns jemand sagen, jetzt wisse man, warum das eigene Kind an Leukämie erkrankt ist? Natürlich würden wir das glauben. Von diesem Zeitpunkt an können Sie mit einer Mutter darüber nicht mehr rational diskutieren. Ich finde, einiges davon setzen handelnde Politiker - ich sage das einmal ganz abstrakt - in die Welt. Das geht nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir verlieren jede Fähigkeit und jede Möglichkeit des

Miteinander-Umgehens. Jeder setzt beim nächsten Mal einen drauf, und zwar ohne Rücksicht darauf, wer auf der Strecke bleibt. Heute sind es die an Leukämie erkrankten Kinder und morgen irgendwelche Behinderte. Meine Damen und Herren, ich bin wirklich für Auseinandersetzungen und für Streit mit der Opposition und bin auch nicht sonderlich pingelig gewesen. Ich finde aber, es gibt Grenzen in der Demokratie, die man nicht überschreiten sollte. An solchen Stellen halte ich sie für überschritten.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Herr Dr. Dörr, ich kann viele Fragen eines solch komplexen Sachverhalts nicht spontan beantworten. Ich habe im Gegensatz zu meinem Kollegen Scharping - der sofort gewußt hat, was ein Swap-Geschäft und ein Flaggentausch-Geschäft ist; es hat aber nachher nicht gestimmt -

(Kramer, CDU: Wie so oft!)

versucht, beim Umweltministerium und beim Forschungsministerium festzustellen, wie das ist. Verdammt noch einmal, gehört es nicht auch zur Pflicht einer Opposition, vorher über eine Idee länger nachzudenken, bevor man die Horrormeldungen absetzt?

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Ich werde bei allen Mißverständnissen, die dadurch möglich sind, diesen Grundsatz beibehalten, soweit das nur irgend geht - Irrtum immer eingeschlossen -, erst Sachverhalte zu prüfen, bevor ich sie beantworte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bei einem solch sensiblen Thema mit ionisierenden Strahlen hat man immer eine schlechte Karte. Aber wir sind dem Thema und den Leuten, die davon betroffen sind, gegenüber verpflichtet, so zu handeln, wie ich finde.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Wenn ich vor dem Hintergrund des Minimierungsgrundsatzes solche Rechnungen aufmache, wie das geschehen ist, so frage ich mich, wo meine Interessenlage oder unsere Interessenlage liegt, irgend jemanden in Schutz zu nehmen.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das frage ich mich auch!)

Sie müssen Ihre Pflicht erfüllen. Wenn an irgendeiner Stelle etwas nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen müssen, dann bekommen Sie eins auf die Finger.

(Zurufe von der SPD)

Wenn die Meßwerte zu hoch sind, dann werde ich dafür

sorgen, daß die entsprechenden Abschirmmaßnahmen ergriffen werden, meine Damen und Herren.

(Erneut Zurufe von der SPD)

Entschuldigung, diese Urananlage strahlt nicht deswegen höher, weil ich Umweltminister geworden bin.

(Henze, SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

- Darum geht es sehr wohl.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen behaupte ich - das ist zwischenzeitlich trotz Ihrer Proteste und trotz Ihres Fachmanns vom Öko-Institut vom Bundesumweltministerium zweifelsfrei bestätigt worden -, daß das mit § 44 bzw. § 45 - auch der Hinweis auf den geschlossenen Betrieb war falsch - in Ordnung geht und keine konkrete Gefahr für Menschen vorlag.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch selbst das folgende sehr gut. Wenn man das aber sagt, kommt man leicht in Gefahr, mißverstanden zu werden.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Ich möchte jetzt den Namen der Stadt weglassen. Herr Dr. Dörr, ich setze Sachkunde voraus. Der Belag erzeugt 700 Millirem Ortsdosisleistung. Dort leben, wohnen, arbeiten, gehen und stehen Menschen. Sie wissen, daß eine Herztoraxröntgenaufnahme Hunderte, nämlich auch 700 Millirem, Ganzkörperdosis verursacht. Es gibt Wohnungen, in denen aufgrund des Gesteins und des Untergrundes Hunderte von Ortsdosisleistungen sind, die manchmal mit der Ganzkörperdosisleistung identisch sind, weil die Menschen, häufig ältere Menschen, 24 Stunden in diesem Hause sind.

(Eich, SPD: Das ist gesund? Was wollen Sie denn damit beweisen?)

- Wer hat denn das behauptet? Ich möchte Ihnen folgendes sagen. Es gehört dann dazu, auch einmal beruhigend auf die Menschen einzuwirken, daß sie nämlich dann, wenn sie eine Stunde an einem Tag in einem Jahr an dieser Urananlage vorbeifahren, maximal 5 Millirem abbekommen. Das gehört doch dazu.

(Beifall der CDU und F.D.P. -

Härtel, SPD: Ablenkungsmanöver, sonst nichts!)

- Nein, das ist kein Ablenkungsmanöver. Mir geht es darum, daß wir in dieser Frage die Kirche im Dorf lassen sollten.

(Zuruf des Abg. Steffny, DIE GRÜNEN)

- Die Strahlenschutzverordnung wird geändert, das wissen Sie. Dann können alle tatsächlichen oder vermeintlichen Ungereimtheiten, die wir empfinden, gelöst werden. Wir müssen sicher in dem Bereich noch vieles lernen, auch die Personen, die damit umgehen.

(Nagel, SPD: Das denke ich auch! Deswegen wäre ich ein bißchen vorsichtiger!)

- Sicher. Ich räume das ein, und Sie machen die Pressemeldungen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Wir werden uns aber sicher an anderer Stelle noch darüber unterhalten.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein weiteres Problem, nämlich die Daseinsvorsorge, ansprechen und dabei das Stichwort Abfall nennen. Herr Kollege Professor Reisinger hat es angesprochen. Ich habe mich schon mit dem Bundesforschungsminister in Verbindung gesetzt und angemeldet, daß wir ihn auffordern, sich an der Finanzierung mit zu beteiligen, wenn wir eine Pilotanlage zur Pyrolyse bauen. Das ist völlig klar.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Wir sind also nicht borniert und sagen nur Verbrennung, sondern setzen auch auf Alternativen. Es gibt da Ungereimtheiten und unterschiedliche Auffassungen, was die Kapazitäten anbelangt. Das wissen wir. Dies sollte uns aber nicht daran hindern, frühzeitig in Möglichkeiten dieser Art einzusteigen und den Bund dazu zu verpflichten, das Entsprechende zu tun.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, die Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen, Innovationen und Entwicklungen sind auch ein Thema. Wir haben Naturschutzgebiete ausgewiesen und machen Biotopkartierungen. Wir stellen fest, daß Biotop geschützt werden müssen, wir stellen aber auch fest, daß entdeckte Biotop ein Jahr später nicht mehr vorhanden sind, dies durch Zufall oder mit Absicht. Wir wollen eine Vernetzung von Biotopen herbeiführen, um die „Roten Listen“ zu verkürzen. Das ist alles richtig. Genau in diese Richtung ist der Haushalt mit den entsprechenden Mitteln gestaltet.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Nur, Herr Dr. Dörr, es steht doch zweifelsfrei fest, daß die Biotop, wenn ich sie nicht pflege, bald keine Biotop mehr sind. Dies bedeutet, wir müssen uns fragen, wo das Hauptaugenmerk einer verantwortungsbewußten Umweltschutzpolitik liegt, ob nur ständig neue Biotop ausgewiesen werden sollen oder ob man nicht vielmehr eine Strategie ent-

wickeln soll, daß die Biotop, die wir haben, auch gepflegt werden. Ich glaube, das letztere ist richtig.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Dazu bedarf es der beiden Entschließungsanträge, Herr Kollege Nagel. Im übrigen sind sie in dieser Richtung in Großen Anfragen schon beantwortet worden.

(Kneib, CDU: Das haben wir hier gemeinsam beschlossen!)

Deswegen möchte ich, daß neben den Naturschutzverbänden, denen die Arbeit über den Kopf wächst, weil sie zu viel wird, natürlich auch die Landwirtschaft bzw. die Maschinenringe in diese Pflegearbeiten mit einbinden.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn es den einen oder anderen Naturschützer gibt, der sagt, um Gottes willen, die Bauern, dann möchte ich feststellen, ich habe ein uneingeschränktes Vertrauen darin, daß die Landwirte, die man an diese Aufgaben heranführt, selbstverständlich in der Lage sein werden, solche Aufgaben mit großer Sach- und Fachkunde durchzuführen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Natürlich bekommen wir auch langfristig ein weiteres Standbein. Was machen wir denn, wenn wir weiter extensivieren? Sie müssen doch von zusätzlichen Einnahmen leben. Also müssen sie an die Landespflege herangeführt werden; deswegen die Landwirtschaft und die Maschinenringe. Meine Damen und Herren, ich habe eine Kooperation mit dem THW abgeschlossen.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das THW ist in 30 Kreisverbänden bereit, Biotop-Pflege zu übernehmen. Natürlich wissen viele noch gar nicht, wie das im einzelnen aussieht. Das sind Männer, die im Dienste der Allgemeinheit stehen und ehrenamtlich tätig sind. Sie haben einen klaren Kopf und zwei gesunde Hände. Wenn das ganze THW das jetzt macht, habe ich mehr für den Biotopschutz getan, als wenn ich 100 000 DM mehr im Haushalt gehabt hätte.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Nagel, es kommt ein Stück innovative Verwaltung zu einem konkreten und nicht nur verbalen Umweltschutz hinzu.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Deswegen ist die Ergänzung, die die beiden Fraktionen mit den ökologischen Beratergruppen vorgenommen haben,

richtig, weil ich die Maschinenringe, das THW, Vereine, Verbände und wen auch immer, an diese Dinge heranführen möchte.

(Henze, SPD: Das haben Sie uns vor Jahren abgelehnt! -  
Schulter, CDU: Das habt Ihr nie gefordert!)

Herr Dr. Dörr, ich stehe uneingeschränkt zu den Biotop-Sicherungsprogrammen. Sie haben das kritisiert.

(Unruhe im Hause -  
Glocke des Präsidenten)

Wir wissen doch beide, daß das Ackerrandstreifenprogramm auch deswegen gemacht wurde, um Erfahrungen zu machen, ob es überhaupt einen Nutzen hat. Ich weiß, wie kritisch es betrachtet wird, da es doch als Nachbarschaftsproblem auftaucht. Gehen Sie einmal nach Rheinhessen und hören, wie die Bauern, die es nicht machen, schimpfen, daß sie jetzt das Zeug nebendran haben. Wenn wir erfahren, daß dieses Programm keinen Nutzen hat, dann war das Geld trotzdem richtig investiert, damit wir diese Erkenntnis ziehen konnten.

Herr Dr. Dörr, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Hinweis, den ich jetzt schon mehrfach gemacht habe, auch innerlich realisieren würden. Diese Biotopschutzprogramme sollen jetzt nach meinem Vorschlag durch die Streifen an Gewässern dritter Ordnung ergänzt werden, damit die Düngung am Bach entsprechend unterbleiben kann. Ich glaube, das ist eine wirksame und nützliche Ergänzung des Biotopsicherungsprogramms

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich halte die Umweltakademie für einen wichtigen Einstieg. Zugegeben, es sind nur 100 000 DM. Wir können eine interdisziplinäre Verknüpfung, die heute abend wiederholt angesprochen worden ist, dort, wo sie noch fehlt und wo wir noch Verständnis wecken wollen, zum Beispiel im Landwirtschaftsministerium oder im Wirtschaftsministerium, nur schaffen, wenn diese Mitarbeiter auch im umfassenden Sinne Umweltschutz verstehen, Herr Kollege Nagel, so wie wir das auch tun, die wir Umweltpolitik konkret betreiben. Dazu muß Fortbildung betrieben werden, und dazu ist die Einrichtung einer Umweltakademie der richtige Anfang für die Motivation und die interdisziplinäre Verknüpfung mit anderen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es gehört natürlich noch ein Stück mehr dazu. Natürlich müssen wir auch immer überprüfen, ob unsere eigenen Verwaltungsstrukturen schlank und geschmeidig genug sind, den neuen Herausforderungen einer anderen, einer neuen und historischen Aufgabe gerecht zu werden. Nur das Draufsatteln vor dem Hintergrund von Tarifabschlüssen, wie wir sie haben, wird dem nicht gerecht.

Ich möchte kurz unterbrechen und darf sicher im Namen des gesamten Hauses Herrn Debus zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall im Hause)

Für uns gibt es deswegen auch die Herausforderung, ob die eine oder andere Struktur nicht den Aufgaben der 50er und 60er Jahre entspricht und ob wir vor dem Hintergrund dessen, was die Fortführung der Funktionalreform anbelangt, das vorhandene Personal nicht anders, besser und zweckmäßiger einsetzen können. All das sind Fragen, die nicht von jetzt auf gleich zu beantworten sind, durch die aber ein wichtiger Beitrag für die Wahrnehmung dieser Aufgaben geleistet werden kann.

Vollzugsdefizit - ich lasse es weg - Verwaltung auf den Prüfstand!

Nur zur Wasserwirtschaft noch einen Satz.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Herr Kollege Wilhelm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kramer?

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Gerne.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Kollege Wilhelm, gehe ich recht in der Annahme, daß Herr Kollege Debus heute Geburtstag hat?

(Starke Heiterkeit im Hause -  
Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Das ist ein weiterer Hinweis darauf, daß auf den Redner etwas besser gehört werden muß.

(Anhaltend Heiterkeit im Hause)

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Meine Damen und Herren, von der Wasserwirtschaft ---

(Erneut Heiterkeit im Hause -

Zuruf von der SPD: Wirtschaft schon, aber viel Wasser? -  
Anhaltend Heiterkeit im Hause -  
Glocke des Präsidenten -  
Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich lasse das Wasser und das Hochwasser.

(Erneut Heiterkeit und Beifall im Hause)

Immerhin sind Sie noch aufnahmefähig genug.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Volkert:**

Herr Minister, die gute Aufnahmefähigkeit kann natürlich auch daran liegen, daß es früh am Tage ist.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

**Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:**

Ich erliege auch nicht der Verführung, mich zu den Ausführungen des Kollegen Brinkmann zum Krankenhauszielplan zu äußern, weil ich, für eine Opposition bemerkenswert, bei der Art, wie Sie es vorgetragen haben, das, was Sie dazu gesagt haben, nur als Kompliment für den Gesundheitsminister verstehen kann. Ich sage auch wegen der besonderen Problematik und um offenbar nach der Vermutung des Kollegen Kroh auch die sozialdemokratische Fraktion nicht in zusätzliche Ängste zu stürzen, nichts mehr über AIDS.

Ich möchte mich nur, weil es bei dieser Uhrzeit wirklich keinen Sinn mehr hat, ernsthaft weiter zu diskutieren, nochmals sehr herzlich für die Beratung und für die Aufmerksamkeit bedanken. Es hat beim ersten Mal, was die Beratung anbelangt, sehr viel Spaß gemacht. Wir haben sehr gut kooperiert.

Herr Professor Reisinger und ich sind uns sogar nähergekommen.

(Starke Heiterkeit und Beifall im Hause)

Ich finde, außer den positiven inhaltlichen Fragen sollte man auch solche menschlichen Aspekte nicht ganz vergessen.

(Heiterkeit im Hause)

Ich bedanke mich sehr und freue mich darauf, daß der Einzelplan 14 morgen eine gute Mehrheit bekommen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Dr. Volkert:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache

Ich möchte an dieser Stelle im Namen von uns allen Herrn Kollegen Debus zum Geburtstag gratulieren

(Beifall im Hause)

Das geschieht dann morgen zu Beginn der Sitzung nicht mehr.

Ich erinnere daran, daß sich der Ältestenrat um 8.00 Uhr zu einer Sitzung trifft und daß die Fortsetzung der Beratung um 9.00 Uhr beginnt.

Ende der Sitzung: 0.05 Uhr.